

JAHRES- ABSCHLÜSSE 2014

Beteiligungen des Landkreises Lörrach



GEMEINSAM ZUKUNFT GESTALTEN

**LANDKREIS
LÖRRACH**

Eigenbetrieb Abfallwirtschaft

Eigenbetrieb Heime



EIGENBETRIEB ABFALLWIRTSCHAFT

EINBLICK	2
MANAGEMENT SUMMARY	3
FESTSTELLUNG DES JAHRESABSCHLUSSES	4
SCHLUSSBERICHT ÜBER DIE PRÜFUNG	6
JAHRESABSCHLUSS 2014	17
BILANZ	18
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	21
ANHANG	22
LAGEBERICHT	41



EIGENBETRIEB HEIME

EINBLICK	56
MANAGEMENT SUMMARY	57
FESTSTELLUNG DES JAHRESABSCHLUSSES	58
SCHLUSSBERICHT ÜBER DIE PRÜFUNG	60
JAHRESABSCHLUSS 2014	87
BILANZ	90
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	93
ANHANG	94
LAGEBERICHT	156

Kliniken GmbH

KLINIKEN GMBH

EINBLICK	172
MANAGEMENT SUMMARY	173
PRÜFBERICHT	175
JAHRESABSCHLUSS 2014	179
BILANZ	180
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	183
ANHANG	184
LAGEBERICHT	197
FRAGENKATALOG ZUR PRÜFUNG NACH § 53 HGRG	213
WIRTSCHAFTLICHE GRUNDLAGEN	231
GESELLSCHAFTSRECHTLICHE GRUNDLAGEN	233

verbundene Unternehmen

DATA-MED DIENSTLEISTUNGSGESELLSCHAFT MBH

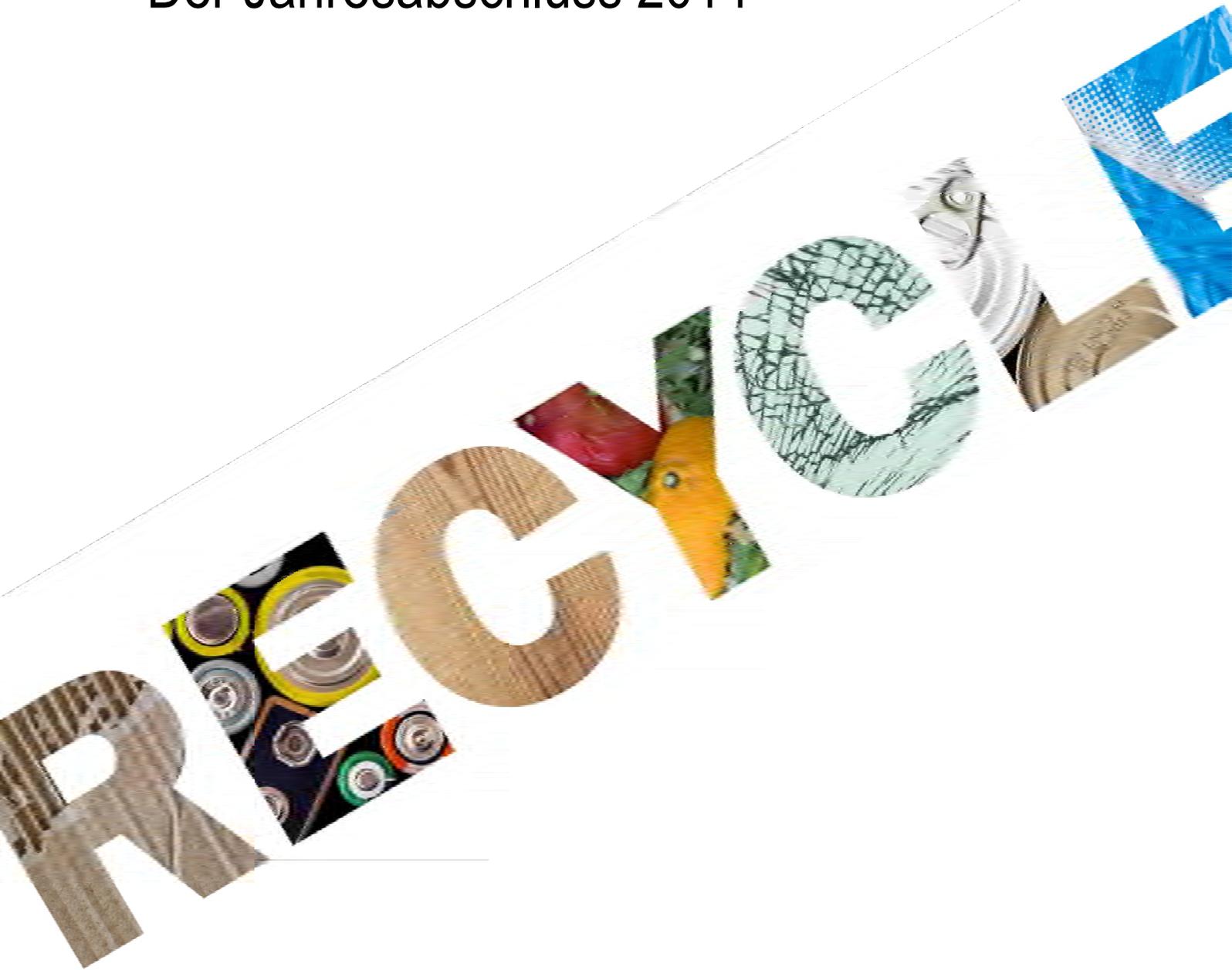
EINBLICK	238
MANAGEMENT SUMMARY	239
PRÜFBERICHT	241
JAHRESABSCHLUSS 2014	243
BILANZ	244
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	247
ANHANG	248
FRAGENKATALOG ZUR PRÜFUNG NACH § 53 HGRG	259
WIRTSCHAFTLICHE UND GESELLSCHAFTSRECHTLICHE GRUNDLAGEN	256

MVZ GMBH

EINBLICK	280
MANAGEMENT SUMMARY	281
PRÜFBERICHT	283
JAHRESABSCHLUSS 2014	285
BILANZ	286
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	289
ANHANG	290
FRAGENKATALOG ZUR PRÜFUNG NACH § 53 HGRG	294
WIRTSCHAFTLICHE UND GESELLSCHAFTSRECHTLICHE GRUNDLAGEN	309

■ Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach

Eigenbetrieb Abfallwirtschaft – Der Jahresabschluss 2014



Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach

Einblick

	2014		2013		2012	
Einwohner (EW)	222.644		221.311		223.286	
Abfallaufkommen in (t)	221.974		188.041		178.226	
Abfallaufkommen pro EW (t)	1,00		0,85		0,80	
Erträge aus Abfallentsorgung pro EW (EUR)	98,97		181,18		95,06	
Aufwendungen pro Tonne Abfall (EUR)	106,87		166,48		133,00	
Mitarbeiter	44		42		42	
	in TEUR	in %	in TEUR	in %	in TEUR	in %
UMSATZ						
Erträge aus Abfallentsorgung	23.482	100,0	40.097	100,0	21.266	100,0
<i>davon Umsatzerlöse</i>	18.627	79,3	18.223	45,4	18.637	87,8
<i>davon sonst. betriebl. Erträge</i>	4.855	20,7	21.874	54,6	2.589	12,2
Aufwendungen	23.723	100,0	31.308	100,0	23.231	100,0
<i>davon Materialaufwand/ bez. Leistungen</i>	15.508	65,4	15.789	50,4	15.266	65,7
<i>davon Abschreibungen</i>	685	2,8	575	1,8	619	2,7
<i>davon Personalaufwand</i>	1.998	8,4	1.788	5,7	1.757	7,6
Betriebsergebnis (+ / -)	-1.688		8.791		-2.003	
Jahresergebnis (+ / -)	1.415		9.159		-1.568	
VERMÖGEN						
Bilanzsumme	43.304	100,0	42.671	100,0	22.925	100,0
Eigenkapital	9.635	22,2	8.220	19,3	-939	-4,1
Fremdkapital	33.670	77,8	34.451	80,7	23.863	104,1
<i>davon Rückstellungen</i>	31.472	72,7	32.837	95,3	22.456	94,1
<i>davon Verbindlichkeiten</i>	2.198	5,1	1.615	4,7	1.407	5,9
<i>- davon landkreisintern</i>	320	0,7	28	0,1	205	0,9
Liquide Mittel	25.966	60,0	6.697	15,7	5.206	22,7
INVESTITIONEN	597		865		2.416	

Management Summary

Wirtschaftlich betrachtet ist das Geschäftsjahr 2014 im Bereich Abfallwirtschaft erfolgreich verlaufen.

Der Jahresabschluss 2014 weist einen Gewinn in Höhe von 1.414.778,76 Euro aus.

Das Ergebnis wird nochmals von den Rückzahlungen der KVA Basel beeinflusst. Neben außerplanmäßigen Zinseinnahmen führte eine Rückerstattung von schweizerischer Mehrwertsteuer aus den Überzahlungen der Jahre 2007 – 2009 zu weiteren außerplanmäßigen Einnahmen.



Aufwandsseitig stellen die Sammlungs- und die Entsorgungskosten inklusive der Kosten für die Betreuung von Anlagen den größten Kostenblock dar. Auf der Ertragsseite bleiben die Gebühreneinnahmen die mit Abstand größte Einnahmequelle.

Ohne die bereits erwähnten, bei der Planung nicht vorhersehbaren Sondereinflüsse gleichen sich Mehr- und Minderaufwendungen sowie Minder- und Mehrerträge des Erfolgsplans weitgehend aus. Wie im Vorjahr angedeutet beläuft sich die Mehrbelastung durch die Anwendung des deutschen Mehrwertsteuersatzes bei den Entsorgungskosten der KVA Basel auf ca. 0,5 Mio. €. Dieser Mehraufwand war 2014 noch nicht geplant. Die höher als geplant ausgefallenen Umsatzerlöse haben den Mehraufwand jedoch ausgeglichen.

Aus inhaltlicher Sicht stand das Thema Einführung der getrennten Bioabfallerfassung zum 01.01.2016 im Vordergrund. Das Projekt ‚Einführung einer kommunalen Papiertonne‘ wurde auf Beschluss des Kreistages nicht weiter verfolgt, nachdem die Ausschreibung wegen des Fehlens eines Angebotes zur Durchführung der Sammlung aufgehoben werden musste.

Lörrach, den 17.04.2015



Dr. Silke Bienroth
Betriebsleitung

Feststellung des Jahresabschlusses 2014



Feststellung des Jahresabschlusses 2014 nach Anlage 9 zu § 12 EigBVO gemäß § 16 EigBG

1. Feststellung des Jahresabschlusses

1.1	Bilanzsumme	43.304.302,00	EUR
1.1.1	davon entfallen auf der Aktivseite auf		
	- das Anlagevermögen	14.900.112,66	EUR
	- das Umlaufvermögen	28.402.258,37	EUR
	- den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten	1.930,97	EUR
1.1.2	davon entfallen auf der Passivseite auf		
	- das Eigenkapital	9.634.738,07	EUR
	- die Rückstellungen	31.472.044,40	EUR
	- die Verbindlichkeiten	2.197.519,53	EUR
1.2	Jahresgewinn	1.414.778,76	EUR
1.2.1	Summe der Erträge	25.164.187,82	EUR
1.2.2	Summe der Aufwendungen	23.749.409,06	EUR

2. Behandlung des Jahresgewinns

a)	zur Tilgung des Verlustvortrags	0,00	EUR
b)	zur Einstellung der Rücklagen	1.414.778,76	EUR
c)	zur Abführung an den Haushalt des Landkreises	0,00	EUR
d)	auf neue Rechnung vorzutragen	0,00	EUR

3. Verwendung der für das Wirtschaftsjahr nach § 14 Abs. 3 EigBG für den Haushalt des Landkreises eingeplanten Finanzierungsmittel

0,00 EUR

Schlussbericht über die Prüfung

des Jahresabschlusses

des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach

für das Wirtschaftsjahr 2014



Inhalt

1. VORBEMERKUNGEN	8
2. WIRTSCHAFTSPLAN	8
3. ABFALLGEBÜHREN 2013	9
4. JAHRESABSCHLUSS UND LAGEBERICHT	10
4.1 ERFOLGSRECHNUNG (GUV)	10
4.2 BILANZ	12
5. ABSCHLIEßENDES ERGEBNIS	16

Abkürzungen

EAL	=	EIGENBETRIEB ABFALLWIRTSCHAFT LANDKREIS LÖRRACH
EigBG	=	EIGENBETRIEBSGESETZ
EigBVO	=	VERORDNUNG ÜBER DIE WIRTSCHAFTSFÜHRUNG UND DAS RECHNUNGSWESEN DER EIGENBETRIEBE
GEMO	=	GEMEINDEORDNUNG
GPA	=	GEMEINDEPRÜFUNGSANSTALT BADEN-WÜRTTEMBERG
HGB	=	HANDELSGESETZBUCH
KAG	=	KOMMUNALABGABENGESETZ
KVA/iwb	=	KEHRRICHTVERWERTUNGSANLAGE/ INDUSTRIELLE WERKE BASEL
LKRO	=	LANDKREISORDNUNG

Schlussbericht des FB Kommunalaufsicht & Prüfung

1. Vorbemerkungen

Der Eigenbetrieb „Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach“ unterliegt als Eigenbetrieb im Sinne des § 102 Abs. 4 GemO (kein wirtschaftliches Unternehmen, sondern Hoheitsbetrieb) und des § 1 EigBG der örtlichen Prüfung (§ 48 LKrO i.V.m. § 111 GemO). Die Prüfung des Jahresabschlusses durch den Fachbereich Kommunalaufsicht & Prüfung hat neben dem Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang) auch die Vorschriften über die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen in die Prüfung einzubeziehen.

Der Jahresabschluss des Eigenbetriebs unterliegt ferner der überörtlichen Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg (§ 113 GemO).

2. Wirtschaftsplan 2014

	Planansatz - in EUR -	Ergebnis - in EUR -
Erfolgsplan		
Erträge	20.728.804	25.164.187,82
Aufwendungen	20.672.470	23.749.409,06
Gewinn (+) / Verlust (-)	56.334	1.414.778,76
Vermögensplan		
Gesamtbetrag der		
Einnahmen	5.201.556	21.446.275,83
Ausgaben	5.201.556	2.546.599,14
Deckungsmittelfehlbetrag (-) / -überschuss (+)	0	18.899.676,69
Kredit- und Verpflichtungsermächtigungen		
Kreditermächtigungen	0	0
Verpflichtungsermächtigungen	0	0
Höchstbetrag Kassenkredite	2.000.000	0

Das Regierungspräsidium Freiburg hat mit Erlass vom 07.01.2014 die Gesetzmäßigkeit des Wirtschaftsplans bestätigt. Kassenkredite mussten nicht in Anspruch genommen werden.

■ 3. Abfallgebühren 2014

Der Kreistag hat mit Beschluss vom 23.10.2013 die Benutzungsgebühren für den Erhebungszeitraum 2014 beschlossen.

Die Gebührensätze wurden gerundet. Die Kostenobergrenze (der durch Gebühren zu deckende Gesamtaufwand darf durch die festgesetzte Summe der Gebühren nicht überschritten werden) wurde beachtet.

2014 haben sich periodenfremde Erträge von insgesamt 2.020.684,28 EUR ergeben. Teilweise entstanden diese durch den Unterschied zwischen dem erwarteten zum tatsächlichen Umrechnungskurs vom CHF zum EURO bei der Zahlung der Gutschrift der KVA/iwb. Außerdem wurde auch die, auf die zurückgezahlten Überschüsse schon bezahlte, schweizerische Mehrwertsteuer erstattet.

Weiterhin haben die Erstattungen der KVA/iwb im umsatzsteuerrechtlichen Sinne zu einer Entgeltminderung geführt, weshalb die (zu viel) gezahlte Umsatzsteuer der Jahre 2011 bis 2013 zu korrigieren war.

Die gebührenrechtlichen Ergebnisse der Kalkulationszeiträume 2007 bis 2012 mussten aus diesen Gründen neu errechnet werden.

Kostenüberdeckungen müssen nach § 14 Abs. 2 KAG innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren, Kostenunterdeckungen können innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren ausgeglichen werden.

Wegen des Fünf-Jahres-Zeitraums besteht für die Jahre 2007 bis 2010 (Überdeckung von insgesamt 977.528,35 EUR) keine gesetzliche Ausgleichspflicht mehr, da die Gebührenkalkulation für 2015 schon am 22.10.2014 beschlossen wurde. Über die Verwendung hat der Kreistag zu entscheiden.

Die Abweichung zum bisher festgestellten Ergebnis betrug für den Kalkulationszeitraum 2011/2012: 1.110.111,36 EUR und für 2013: 147.295,55 EUR, zusammen 1.257.406,91 EUR. Die Überdeckung von 1.257.406,91 EUR ist ausgleichspflichtig.

Bei der Ermittlung des gebührenrechtlichen Ergebnisses für 2014 ergab sich eine Kostenüberdeckung von 1.037.453,22 EUR.

Über die Summe der ausgleichspflichtigen Kostenüberdeckung aus den Zeiträumen 2011 bis 2013 (1.257.406,91 EUR) und 2014 (1.037.453,22 EUR) von 2.294.860,13 EUR wurde eine Rückstellung nach § 14 Abs. 2 KAG gebildet.

Mit Beschluss des Kreistags vom 04.06.2014 war die Verrechnung einer Kostenunterdeckung aus dem Zeitraum 2009-2010 mit bestehenden Kostenüberdeckungen beschlossen worden. Außerdem wurden für 2014 weitere Verrechnungen beschlossen. Insgesamt wurde aus der Rückstellung ein Betrag von 468.673,50 EUR aufgelöst.

Mit dem Bestand aus den Vorjahren von 8.315.365,00 EUR beträgt die Rückstellung nach § 14 Abs. 2 KAG zum Bilanzstichtag 10.141.551,63 EUR.

Schlussbericht des FB Kommunalaufsicht & Prüfung

4. Jahresabschluss und Lagebericht

Ein Einblick in die Vermögens- und Finanzlage des Betriebs wird in erster Linie durch die Bilanz vermittelt, der Einblick in die Ertragslage durch die Gewinn- und Verlustrechnung.

4.1 Erfolgsrechnung (GuV)

Die Erfolgsrechnung – in verdichteter Form – schließt gegenüber dem Vorjahr wie folgt ab:

	31.12.2014	31.12.2013	Unterschied	
	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	v.H.
Umsatzerlöse	18.626.571,15	18.222.974,22	403.596,93	2,20
sonst. betriebl. Erträge (Auflösung von Rückstellungen u.a.)	4.855.373,48	21.873.799,80	-17.018.426,32	-77,80
Summe Erlöse	23.481.944,63	40.096.774,02	-16.614.829,39	-41,4
Materialaufwand	15.507.955,29	15.789.344,41	-281.389,12	-1,80
Personalaufwand	1.998.195,87	1.787.858,98	210.336,89	11,80
Abschreibungen	685.150,92	574.760,98	110.389,94	19,20
Aufwand für Deponienachsorge	1.207.041,35	1.606.451,44	-399.410,09	-24,90
Rückstellungen	2.395.728,80	8.168.593,10	-5.772.864,30	-70,70
Sonst. betriebl. Aufwand	1.926.829,02	3.379.437,23	-1.452.608,21	-43,00
Summe Aufwendungen	23.720.901,25	31.306.446,14	-7.585.544,89	-24,2
Zinsen und ähnliche Erträge	1.622.643,58	339.510,65	1.283.132,93	377,90
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	26.821,91	19.013,58	7.808,33	41,10
	1.595.821,67	320.497,07	1.275.324,60	
Ergebnis gewönl. Geschäftstätigkeit	1.356.865,05	9.110.824,95	-7.753.959,90	-85,10
Außerordentliche Erträge	59.599,61	48.884,97	10.714,64	21,90
Außerordentliche Aufwendungen	274,98	275,21	-0,23	-0,10
Steuern	1.410,92	863,42	547,50	63,40
Jahresverlust (-)/ Jahresgewinn (+)	1.414.778,76	9.158.571,29	-7.743.792,53	-84,6

Für die liquiden Mittel wurden dem EAL aus der Kompensation aller Geschäftskonten des Landkreises und der Eigenbetriebe 495,18 EUR an Zinsen erstattet (§ 13 EigBVO). Die vereinnahmten Zinsen wurden im Verhältnis der buchmäßigen Kassenbestände/Kassenvorgriffe verteilt.

Da die *sonstigen betrieblichen Erlöse* durch die Rückerstattung der Überschüsse der KVA/iwb 2013 um ein Vielfaches höher waren, ergibt sich 2014 zum Vorjahr eine erhebliche Differenz.

Die höheren Personalaufwendungen entstanden hauptsächlich durch zusätzliche Stellen für das Behältermanagement.

Die Verminderung des Aufwands für die *Rückstellungen* und des *sonstigen betrieblichen Aufwands* resultiert jeweils auch aus der Erstattung der KVA/iwb.

Im *sonstigen betrieblichen Aufwand* ist ein Verwaltungskostenbeitrag an den Kernhaushalt für in Anspruch genommene Leistungen (kaufmännische Buchführung, Personalabrechnung, Forderungsmanagement, Sachgebiet Information und Kommunikation, Raumkosten etc.) in Höhe von insgesamt 842.276,75 EUR enthalten.

In den *Zinsen und ähnlichen Erträgen* ist eine Gutschrift von 1.383.744,06 EUR enthalten, die von der KVA/iwb als Verzinsung der erstatteten Überschüsse gezahlt wurde.

Da die Umsatzsteuernachzahlung aus der Betriebsprüfung aufgrund gesetzlicher Vorgaben verzinst werden muss, weist das Sachkonto *Zinsen und ähnliche Aufwendungen* einen Aufwand von 26.821,91 aus.

Im Übrigen wird auf die Erläuterungen zum Erfolgsplan im Anhang und die Angaben im Lagebericht verwiesen.

Schlussbericht des FB Kommunalaufsicht & Prüfung

4.2 Bilanz

Die nachfolgende Zusammenfassung der Bilanz in Hauptgruppen zeigt die Entwicklung gegenüber dem Vorjahr:

Bilanz 2014

AKTIVA	2014 TEUR	2013 TEUR	PASSIVA	2014 TEUR	2013 TEUR
Anlagevermögen					
1. Immater. Vermögensgegenstände	35	23	Eigenkapital	9.635	8.220
2. Sachanlagen	7.429	7.625	Rückstellungen	31.472	32.836
3. Finanzanlagen	7.436	8.254	Verbindlichkeiten	2.197	1.615
Umlaufvermögen					
Vorräte	89	53			
Ford. u. sonst. Vermögensgegenst.	2.347	20.017			
Wertpapiere, Bankguthaben	25.966	6.696			
Rechnungsabgrenzungsposten	2	3			
Summe	43.304	42.671	Summe	43.304	42.671

AKTIVA

4.2.1 Anlagevermögen / Finanzanlagen

Das Vermögen hat folgenden Stand:

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Anschaffungswert 01.01.	41.298.403,46	42.358.669,61
Zugang	597.169,34	777.729,77
Anzahlungen auf Sachanlagen		87.101,64
Abgang	-1.222.385,15	-1.837.995,92
Anschaffungswert 31.12.	40.673.187,65	41.385.505,10
abzüglich Abschreibungen Anlagevermögen	-25.773.074,99	-25.483.539,44
Restbuchwert 31.12.	14.900.112,66	15.901.965,66

Im Jahr 2013 fand eine Betriebsprüfung des Finanzamtes statt. Als Folge mussten die prozentualen Anteile des Betriebs gewerblicher Art (BgA) ab dem Jahr 2008 geändert werden. Dadurch änderte sich beim Anlagevermögen die Aufteilung der Abschreibungen zwischen Hoheitlich und BgA und die Anlagebuchhaltung musste teilweise korrigiert werden. Der Anschaffungswert zum 01.01.2014 (41.298.403,46) stimmt deshalb aufgrund der veränderten Vorsteuerabzüge nicht mehr mit dem Wert zum 31.12.2013 (41.385.505,10) überein.

Auch die vergleichsweise hohen Zu- und Abgänge hängen mit diesen Korrekturbuchungen zusammen.

2014 wurden eine Lagerhalle und eine Behälterwaschanlage für den Behälteränderungsdienst, der 2014 in Betrieb ging, gebaut bzw. angeschafft (ca. 200.000,00 EUR).

Eine weitere größere Anschaffung betraf den Kauf einer Raupe für den Deponiebetrieb (rd. 270.000,00 EUR).

Auf den Anlagennachweis im Jahresabschluss (detailliert) wird verwiesen.

Die Zu- und Abgänge beim Anlagevermögen stimmen mit den entsprechenden Konten der Buchhaltung überein.

■ 4.2.2 Umlaufvermögen

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Vorräte	88.864,42	52.964,85
Ford. aus Lieferungen und Leistungen	971.762,72	877.546,50
Forderungen an den Landkreis	1.003.843,98	142.533,16
sonstige Forderungen	371.513,76	18.996.786,45
Bankguthaben	25.966.273,49	6.696.676,91
Summe Umlaufvermögen	28.402.258,37	26.766.507,87

Die *Forderungen aus Lieferungen und Leistungen* setzen sich wie folgt zusammen:

■ -Hausmüll	442.192,58 EUR
■ -Abrechnung Müllsäcke, Kompostverkauf, Entsorgungsunternehmen	639.570,14 EUR
■ -Pauschale Wertberichtigung (allgemeines Ausfallrisiko)	-110.000,00 EUR

Da die Erstattungen der KVA/iwb zu einer Umsatzminderung führten, ist es in der Folge zu einer Umsatzsteuerüberzahlung gekommen. Der Rückforderungsbetrag gegenüber dem Finanzamt schlägt sich in den *Forderungen an den Landkreis* nieder (der Landkreis und nicht der Eigenbetrieb ist gegenüber dem Finanzamt steuerpflichtig). Aus diesem Grunde ist dieser Betrag 2014 ungewöhnlich hoch.

Die *sonstigen Forderungen* waren 2013 wegen der Rückerstattung der KVA/iwb, die zum Zeitpunkt des Jahresabschlusses zwar zugesagt, aber noch nicht eingegangen war, so hoch.

Aus folgendem Grund sind sie aber trotzdem noch höher als in den Vorjahren:

2013 hatte man festgestellt, dass die von der Firma Kühl abgerechneten Leerungen zu gering waren.

Schlussbericht des FB Kommunalaufsicht & Prüfung

Zwischenzeitlich wurde die Ursache gefunden, die Leerungszahlen werden nun wieder korrekt erfasst.

Nach der Gebührensystematik werden die Vorauszahlungen nach den Leerungen des Vorjahres berechnet. Somit fielen die Vorauszahlungen für 2014 (teilweise) zu gering aus, was zu Gebührennachforderungen für das Jahr 2014 führte.

Die Auswertung hat einen Betrag von rund 336.000,00 EUR ergeben, welcher in den *sonstigen Forderungen* enthalten ist.

PASSIVA

4.2.3 Eigenkapital

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Stammkapital	0,00	0,00
Kapitalrücklage	308.813,45	308.813,45
Gewinnrücklage	7.911.145,86	177.378,40
Ergebnisvortrag	0,00	-1.424.803,83
Jahresgewinn (+) / Jahresverlust (-)	1.414.778,76	9.158.571,29
Summe Eigenkapital	9.634.738,07	8.219.959,31

Das Stammkapital wurde durch die Änderung der Betriebssatzung mit Wirkung vom 01.01.2004 auf null herabgesetzt.

Von dem Jahresgewinn aus 2013 in Höhe von 9.158.571,29 EUR wurde gemäß Kreistagsbeschluss vom 04.06.2014 der Betrag von 1.424.803,83 EUR mit dem Verlustvortrag verrechnet und 7.733.767,46 EUR auf neue Rechnung vorgetragen.

2014 wurde ein Gewinn von 1.414.778,76 EUR erwirtschaftet.

4.2.4 Rückstellungen

Rückstellungen sind gebildet für:

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Deponienachsorge	21.181.501,42	20.896.060,37
Rückstellungen nach § 14 KAG	10.141.551,63	8.315.365,00
sonstige Rückstellungen	148.991,35	3.625.204,21
Summe Rückstellungen	31.472.044,40	32.836.629,58

Die Höhe der *Rückstellung für die Deponienachsorge* wurde nach dem Gutachten über die Ermittlung der Folgekosten von 2013 berechnet und die Daten nach dem Bilanzmodernisierungsgesetz (BilMoG) fortgeschrieben (Barwertermittlung).

Ende 2014 hätten die *Rückstellungen für die Deponienachsorge* auf einem Stand von 21.181.501,42 EUR sein müssen.

Der fehlende Betrag von 1.207.041,35 EUR wurde 2014 aufwandserhöhend der Nachsorge-rückstellung zugeführt.

Da heute schon Teilabschnitte auf der Deponie Scheinberg verfüllt sind, mussten für Nachsorgearbeiten 921.600,30 EUR entnommen werden.

Unter die *sonstigen Rückstellungen* fallen auch *Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten, für Urlaubs- und Mehrarbeitsstunden* und für *Altersteilzeit*.

2013 war im Zusammenhang mit der Prüfung des Finanzamtes (für die zu erwartende Umsatzsteuernachzahlung in Deutschland nach Wegfall der Schweizerischen Umsatzsteuerpflicht) eine Rückstellung von rd. 2,4 Mio EUR gebildet worden. Dies war 2014 nicht erforderlich. Auch sonst mussten in 2014 kaum nennenswerte Rückstellungen gebildet werden.

■ 4.2.5 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten betragen:

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
gegenüber Kreditinstituten	0	0
aus Lieferungen und Leistungen	1.839.882,34	1.359.787,07
gegenüber Landkreis	320.417,98	28.187,28
sonstige Verbindlichkeiten	37.219,21	226.868,74
Summe Verbindlichkeiten	2.197.519,53	1.614.843,09

Die Differenz zum Vorjahr bei den *Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen* rührt daher, dass im Vorjahr für die Kosten der Verbrennung für den Dezember eine Rückstellung gebildet wurde - 2014 eine Verbindlichkeit, da die Rechnung bei Erstellung des Jahresabschlusses 2014 bereits vorlag.

Der Anstieg bei den *Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis* hängt mit dem Verwaltungskostenbeitrag zusammen.

2014 sind die *sonstigen Verbindlichkeiten* wieder auf einem üblichen Niveau.

Schlussbericht des FB Kommunalaufsicht & Prüfung

5. Abschließendes Ergebnis, Feststellungsvorschlag

Zusammenfassung

Der Fachbereich Kommunalaufsicht & Prüfung hat die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2014 des Eigenbetriebes „Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach“ unter Einbeziehung der Unterlagen der Wirtschaftsführung, des Rechnungswesens und der Vermögensverwaltung nach den geltenden Vorschriften durchgeführt.

Im Berichtsjahr wurden neben den laufenden Prüfungsaufgaben auch Schwerpunktprüfungen vorgenommen. Die Prüfungsbemerkungen haben wir in Prüfungsberichten zusammengefasst und den Abteilungen zugeleitet.

Die Abteilungen wurden gleichzeitig aufgefordert, die getroffenen Feststellungen auszuräumen bzw. Stellung zu nehmen. Soweit eine Erledigung noch nicht erfolgen konnte, wird diese von uns überwacht.

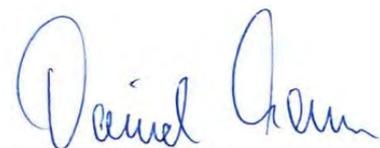
Nach Abschluss der örtlichen Prüfung wird bestätigt, dass die Wirtschaftsführung des Eigenbetriebs den in den Bestimmungen für Eigenbetriebe festgelegten Grundsätzen entspricht. Gesetze und Vorschriften wurden im Wesentlichen beachtet.

Nach dem Ergebnis dieser Prüfung für das Wirtschaftsjahr 2014 wird entsprechend § 111 GemO bestätigt, dass

- a) bei den Erträgen und Aufwendungen und bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung nach dem Gesetz und den bestehenden Vorschriften verfahren wurde,
- b) die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,
- c) die Wirtschaftspläne im Wesentlichen eingehalten und
- d) das Vermögen und die Schulden richtig nachgewiesen wurden.

Dem Kreistag kann die Feststellung des Jahresabschlusses 2014 des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft des Landkreis Lörrach empfohlen werden.

Lörrach, den 20.05.2015



Daniel Senn
Fachbereich Kommunalaufsicht & Prüfung

Jahresabschluss zum 31.12.2014

Inhalt

BILANZ	18
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	21
ANHANG	22
1. ALLGEMEINE ANGABEN	22
2. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN	23
3. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ	24
4. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	32
5. SONSTIGE ANGABEN	37
ANLAGEN	38
LAGEBERICHT	41

Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach

BILANZ

AKTIVA	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	34.500,00	23.313,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke mit Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	6.606.125,22	6.839.810,36
2. Maschinen und maschinelle Anlagen	126.352,01	161.408,01
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	696.895,00	536.633,00
4. Anlagen im Bau und geleistete Anzahlungen	0,00	87.101,64
	7.429.372,23	7.624.953,01
III. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen/Finanzanlagen	1.027.829,50	1.027.829,50
2. Sonstige Ausleihungen	6.408.410,93	7.225.870,15
	7.436.240,43	8.253.699,65
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte	88.864,42	52.964,85
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen *) 0,00 €, Vj. 0,00 €	971.762,72	877.546,50
2. Forderungen an den Landkreis *) 0,00 €, Vj. 0,00 €	1.003.843,98	142.533,16
3. Sonstige Vermögensgegenstände *) 1.368,00 €, Vj. 1.368,00 €	371.513,76	18.996.786,45
	2.347.120,46	20.016.866,11
III. Guthaben bei Kreditinstituten	25.966.273,49	6.696.676,91
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	1.930,97	2.958,45
SUMME DER AKTIVA	43.304.302,00	42.671.431,98

*) = davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr

PASSIVA	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
A. EIGENKAPITAL		
I. Stammkapital	0,00	0,00
II. Kapitalrücklage	308.813,45	308.813,45
III. Gewinnrücklage	7.911.145,86	177.378,40
IV. Gewinn(+)/ Verlust (-)		
Bilanzverlust/-gewinn des Vorjahres	7.733.767,46	-1.424.803,83
Jahresergebnis	1.414.778,76	9.158.571,29
Bilanzverlust / -gewinn des Jahres	1.414.778,76	7.733.767,46
	-9.634.738,07	8.219.959,31
B. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellung für Deponienachsorge	21.181.501,42	20.896.060,37
2. Rückstellungen gem. § 14 II S. 2 KAG	10.141.551,63	8.315.365,00
3. Sonstige Rückstellungen	148.991,35	3.625.204,21
	31.472.044,40	32.836.629,58
C. VERBINDLICHKEITEN		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.839.882,34	1.359.787,07
*) 1.839.882,34 €, Vj 1.359.787,07 €		
Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis	320.417,98	28.187,28
*) 320.417,98 €, Vj. 28.187,28 €		
Sonstige Verbindlichkeiten	37.219,21	226.868,74
*) 37.219,21 €, Vj. 226.868,74 €		
	2.197.519,53	1.614.843,09
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	0,00	0,00
SUMME DER PASSIVA	43.304.302,00	42.671.431,98

*) =davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr

■ Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
1. Umsatzerlöse	18.626.571,15	18.222.974,22
2. sonstige betriebliche Erträge	4.855.373,48	21.873.799,80
Summe Betriebsertrag	23.481.944,63	40.096.774,02
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	228.007,83	94.197,89
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	15.279.947,46	15.695.146,52
	15.507.955,29	15.789.344,41
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.520.896,09	1.393.757,58
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	477.299,78	394.101,40
- davon Altersversorgung 125.794,23 €, Vj. 112.811,38 €		
	1.998.195,87	1.787.858,98
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	685.150,92	574.760,98
6. Aufwendungen für Deponienachsorge	1.207.041,35	1.606.451,44
7. Aufwendungen Zuführung Rückstellung § 14 KAG	2.294.860,13	8.084.627,63
8. Aufwendungen Zuführung Urlaubsrückstellung	98.965,33	79.965,47
9. Aufwendungen Zuführung Sonstige Rückstellung	1.903,34	4.000,00
10. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.926.829,02	3.379.437,23
	6.214.750,09	13.729.242,75
Summe Betriebsaufwand	23.720.901,25	31.306.446,14
11. Zinsen und ähnliche Erträge	1.622.643,58	339.510,65
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	26.821,91	19.013,58
	1.649.465,49	320.497,07
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.356.865,05	9.110.824,95
13. Außerordentliche Erträge	59.599,61	48.884,97
14. Außerordentliche Aufwendungen	274,98	275,21
Außerordentliches Ergebnis	59.324,63	48.609,76
15. Sonstige Steuern	1.410,92	863,42
16. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	1.414.778,76	9.158.571,29
17. Gewinnvortrag (+)/Verlustvortrag (-)	0,00	-1.424.803,83
18. Bilanzgewinn (+) / Bilanzverlust (-)	1.414.778,76	7.733.767,46

1. Allgemeine Angaben

Die Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach wird gemäß Beschluss des Kreistages vom 18.07.1990 als Eigenbetrieb geführt. Er fällt damit in den Anwendungsbereich des Eigenbetriebsrechts (§1 EigBG in der Fassung vom 18.12.1995, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts vom 08.05.2009, GBl. Nr. 7 S. 185 ff.) und ist zur Bilanzierung verpflichtet.

Der Jahresabschluss 2014 wurde gemäß den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung (EigBVO) vom 07.12.1992 erstellt. Für die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden grundsätzlich die Formblätter 1 (Bilanz), 4 (Gewinn- und Verlustrechnung) und 5 (Erfolgsübersicht) zugrunde gelegt.

Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung ist das Gesamtkostenverfahren vorgeschrieben.

Die Vorjahresbeträge der Schlussbilanz wurden unverändert übernommen.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Gliederung und die Bewertung von Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung entsprechen den gesetzlichen Vorschriften. Im Einzelnen sind die Posten der Bilanz wie folgt angesetzt:

1. Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen sind zu fortgeführten Anschaffungs- und Herstellkosten bewertet. Die Abschreibungen wurden linear entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer vorgenommen. Einige die Deponie Scheinberg betreffenden Vermögensgegenstände werden leistungsbezogen abgeschrieben. Bewegliche, eigenständig nutzbare Gegenstände des Anlagevermögens mit Anschaffungs- oder Herstellkosten bis 150,00 EUR sind direkt als Aufwand gebucht. Diejenigen mit Anschaffungs- oder Herstellkosten über 150,00 EUR bis einschließlich 1.000,00 EUR sind über einen Sammelposten als geringwertige Wirtschaftsgüter erfasst. Dieser Sammelposten wird über 5 Jahre abgeschrieben.
2. Die Finanzanlagen wurden zu den historischen Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips ausgewiesen.
3. Die Vorräte werden mit dem tatsächlichen Anschaffungsbetrag unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips bewertet.
4. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert unter Beachtung der erkennbaren Risiken bewertet.
5. Die flüssigen Mittel sind zum Nennwert am Bilanzstichtag angesetzt.
6. Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken sowie ungewisse Verbindlichkeiten und sind in Höhe ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme angesetzt.
7. Verbindlichkeiten sind mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Dingliche Sicherheiten sind nicht vereinbart.

Anlagen

3. Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

Anlagevermögen

	Stand zum 01.01. - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	Abschrei- bungen - in EUR -	Stand zum 31.12. - in EUR -
Immaterielle Vermögensgegenstände					
Immaterielle Vermögensgegenstände	23.313,00	23.324,00	0,00	12.137,00	34.500,00

Unter dieser Position werden Konzessionen, gewerbliche Schutz- und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten ausgewiesen (Bsp. SAP, Athos, Enigma, Windows). Im Hinblick auf die Übernahme des Behälteränderungsdienstes sowie die Neuregelungen im Vertrag Sammeln +Transport von häuslichen Abfällen wurden im Geschäftsjahr dafür erforderliche Softwarelizenzen erworben.

	Stand zum 01.01. - in EUR	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	Abschrei- bungen - in EUR -	Stand zum 31.12. - in EUR -
Sachanlagen					
Bebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte - inkl. Anlagen im Bau	6.839.810,36	151.234,74	0,00	384.919,88	6.606.125,22
Maschinen und maschinelle Anlagen	161.408,01	85.186,10	0,00	115.134,10	126.352,01
Betriebs- und Geschäftsausstattung	536.633,00	337.424,50	404.925,93	172.959,94	696.895,00
Gesamt	7.561.164,37	597.169,34	404.925,93	685.150,92	7.463.872,23

Die Deponiegrundstücke werden leistungsabhängig (nach Verfüllgrad) abgeschrieben, sofern sie sich innerhalb des Verfüllbereiches der Deponie befinden. Für außerhalb liegende Grundstücke fallen keine planmäßigen Abschreibungen an. Im Geschäftsjahr wurde die im Vorjahr begonnene Lagerhalle fertiggestellt.

Maschinen und maschinelle Anlagen umfassen sämtliche Einrichtungs- und Arbeitsanlagen sowohl auf den kreiseigenen Deponien als auch auf den Recyclinghöfen (beispielsweise Arbeitsbühnen, Montagelift, Beregnungsanlage, Stromerzeuger). 2014 wurden die Fahrzeugwaagen auf der Deponie Scheinberg erneuert. Der Behälteränderungsdienst wurde mit einer Behälterwaschanlage sowie Hochdruckreinigern ausgestattet.

Unter Betriebs- und Geschäftsausstattung fallen sonstige bewegliche Anlagegüter und Fahrzeuge (wie z.B. Baumaschinen und Radlader auf den Deponien, aber auch Büroeinrichtung und Arbeitsgeräte). Im Geschäftsjahr wurden eine neue Raupe, ein Kfz-Anhänger, verschiedene Container sowie mehrere Kleingeräte beschafft.

Der hohe Wert bei den Abgängen hängt im Wesentlichen mit den Besonderheiten bei geringwertigen Wirtschaftsgütern zusammen. Diese werden über einen Zeitraum von 5 Jahren anteilig abgeschrieben. Im Jahr 2014 wurden im Rahmen einer Bereinigung die historischen Anschaffungskosten der Jahre 2009 und früher in Abgang genommen.

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Finanzanlagen		
Finanzanlagen	1.027.829,50	1.027.829,50
Sonstige Ausleihungen	6.408.410,93	7.225.870,15
Gesamt	7.436.240,43	8.253.699,65

Im Posten Finanzanlagen werden die Anteile am Deko-Kommunal Euroland Balance Fond ausgewiesen. Außerplanmäßige Wertberichtigungen waren nicht vorzunehmen.

Die *sonstigen Ausleihungen* betreffen ursprünglich acht Darlehen an den Eigenbetrieb Heime sowie ein Darlehen an die Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH.

Die bisherigen acht Darlehen an den EB Heime wurden zum 01.07.2014 zusammengefasst und zu neuen Konditionen vergeben (teilweise nach dem Auslaufen der Zinsbindung). Ein Darlehen wurde komplett abgelöst. Das Darlehen der Kliniken wurde mit angepassten Konditionen verlängert. Neue Ausleihungen wurden im Jahr 2014 nicht getätigt.

Anlagen

Die Darlehen werden zu den jeweiligen Nennwerten ausgewiesen:

Sonstige Ausleihungen (Darlehen) an:	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR
Eigenbetrieb Heime (2,95 %)	0,00	420.000,00
Eigenbetrieb Heime (3,93 %)	0,00	1.217.358,63
Eigenbetrieb Heime (4,20 %)	0,00	980.637,42
Eigenbetrieb Heime (4,42 %)	0,00	866.270,50
Eigenbetrieb Heime (2,98 %)	0,00	391.600,00
Eigenbetrieb Heime (2,21 %)	0,00	1.405.487,82
Eigenbetrieb Heime (1,625 %)	0,00	582.628,20
Eigenbetrieb Heime (1,65 %)	0,00	435.567,31
Eigenbetrieb Heime (PML; 0,73 %)	3.363.334,09	0,00
Eigenbetrieb Heime (PSR; 0,73 %)	2.277.407,74	0,00
Summe Eigenbetrieb Heime	5.640.741,83	6.299.549,88
Kliniken GmbH (1,14 %)	767.669,10	926.320,27
Gesamt	6.408.410,93	7.225.870,15

Umlaufvermögen

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	88.864,42	52.964,85

Als Vorräte werden im wesentlichen Treib- und Betriebsstoffe, fabrikneue Abfallbehälter, Transponderkarten und Materialien für die Schlackeaufbereitung auf der Deponie Scheinberg dargestellt. Die Bestände der Vorräte sind durch eine Stichtagsinventur zum Bilanzstichtag erfasst. Der Bestand ist im Zusammenhang mit der Übernahme des Behälteränderungsdienstes in eigene Regie angestiegen (Vorräte Müllgroßbehälter).

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		
Öffentlich Rechtliche Forderungen	890.718,37	776.733,34
Privatrechtliche Forderungen	191.044,35	175.813,16
Pauschale Wertberichtigung auf Forderungen	-110.000,00	-75.000,00
Gesamt	971.762,72	877.546,50

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind stichtagsgerecht abgegrenzt und haben eine Laufzeit von unter einem Jahr. Sie setzen sich wie folgt zusammen:

Die öffentlich-rechtlichen Forderungen sind überwiegend Forderungen aus der Hausmüllentsorgung sowie aus Selbstanlieferungen auf der Deponie Scheinberg.

Die privatrechtlichen Forderungen betreffen hauptsächlich Forderungen aus verschiedenen Lieferungen und Leistungen im Zusammenhang mit dem Betrieb gewerblicher Art (z.B. Kompost, Vergütungen DSD/ gelber Sack, Erlöse aus Wertstoffverkäufen).

In der Bilanz werden zunächst alle bestehenden Forderungen zum Bilanzstichtag mit ihrem Nennwert ausgewiesen, ungeachtet dessen, inwieweit sie werthaltig sind. Um wahrscheinliche Ausfälle von Forderungen das Jahr 2014 und früher betreffend abzubilden, wurde der Forderungsbestand einer pauschalen Wertberichtigung unterzogen. Dazu wurden die zurückliegenden Wirtschaftsjahre betrachtet, das Ausfallrisiko je Forderungsbestand als Durchschnittswert auf Basis einer Schätzung bestimmt und auf den jeweiligen Forderungsbestand zum 31.12.2014 zu rein bilanziellen Ausweiszwecken angewandt. Der Betrag ist gegenüber dem Vorjahr erhöht, weil vor allem ältere Forderungen bereinigt werden sollen.

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Forderungen an den Landkreis		
Forderungen an den Landkreis	1.003.843,98	142.533,16

Bei den Forderungen an den Landkreis handelt es sich um Forderungen aus der Umsatzsteuer, welche über den Landkreis als Steuerschuldner abgerechnet wird. Die Forderungen sind stichtagsgerecht abgegrenzt und haben eine Laufzeit von unter einem Jahr. Wegen der Rückforderung überzahlter Umsatzsteuer ist der Betrag für 2014 außergewöhnlich hoch.

Anlagen

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Sonstige Vermögensgegenstände		
Sonstige Forderungen	371.513,76	18.996.786,45

Die sonstigen Forderungen sind stark rückläufig. Sie bewegen sich jedoch auf dem Niveau der Vorjahre. Der hohe Bestand zum Jahresende 2013 hängt mit der Sondersituation KVA Basel zusammen. Im Jahr 2014 handelt es sich in erster Linie um Gebührenforderungen, die nachträglich im Jahr 2015 für 2014 festgesetzt wurden, sowie Erträge aus Bußgeldverfahren. 370.145,76 EUR der Forderungen haben eine Laufzeit von unter einem Jahr und 1.368,00 EUR haben eine Laufzeit von über einem Jahr (Mietkautionen).

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		
Termingelder	25.800.000,00	6.600.000,00
Sichteinlagen bei Banken und Kreditinstituten	161.913,91	92.412,35
Bankverrechnungskonto	2.071,21	1.979,01
Kassenbestand	2.288,37	2.285,55
Gesamt	25.966.273,49	6.696.676,91

Die liquiden Mittel sind zu ihrem Nennwert ausgewiesen. Die Sichteinlagen stimmen jeweils mit dem Kontoauszug zum 31.12.2014 überein.

Rechnungsabgrenzungsposten

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten		
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	1.930,97	2.958,45

In den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Auszahlungen vor dem Abschlussstichtag enthalten, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Stichtag 2014 darstellen.

Passiva

■ Eigenkapital

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Eigenkapital		
Stammkapital	0,00	0,00
Kapitalrücklage	308.813,45	308.813,45
Gewinnrücklage	7.911.145,86	177.378,40
Ergebnisvortrag	0,00	- 1.424.803,83
Jahresgewinn (+) /Verlust (-)	1.414.778,76	9.158.571,29
Gesamt	9.634.738,07	8.219.959,31

Seit 2004 ist für den Eigenbetrieb kein Stammkapital festgesetzt.

Der Jahresgewinn 2014 beträgt 1.414.778,76 EUR (Vj. 9.158.571,29 EUR).

An dem Ergebnis sind die hoheitliche Abfallentsorgung mit einem Überschuss von 4.346.862,93 EUR (Vj. 11.741.264,59 EUR) sowie der Betrieb gewerblicher Art mit einem Fehlbetrag von -2.932.084,17 EUR (Vj. -2.582.693,30 EUR) beteiligt.

Aufgrund des Beschlusses des Kreistags ist der Vorjahresgewinn nach Tilgung des bestehenden Verlustvortrages vollständig in die Gewinnrücklage eingestellt worden. Die Gewinnrücklage soll im Wesentlichen dazu verwendet werden, die Kostensteigerungen (Preissteigerungen sowie neue abfallwirtschaftliche Leistungen) der nächsten Jahres abzufedern.

■ Rückstellungen

	Stand zum 01.01. - in EUR -	Auflösung/ Verbrauch - in EUR -	Zuführung - in EUR -	Stand zum 31.12. - in EUR -
Rückstell. für Deponienachsorge				
Rückst. für Deponienachsorge	20.896.060,37	921.600,30	1.207.041,35	21.181.501,42

Als Grundlage für die Berechnung der notwendigen Rückstellungen für die Deponienachsorge wurde im Frühjahr 2013 ein neues Gutachten erstellt. Die auf diesem Gutachten aufgebaute Berechnung zur Barwertermittlung kommt zu dem Ergebnis, dass die Rückstellungen für Deponienachsorge am Ende des Wirtschaftsjahres 2014 einen Stand von 21.181.501,42 EUR (Vj. 20.896.060,37 EUR) haben müssten.

Aufgrund von Nachsorgetätigkeiten betreffend die ehemaligen Deponien in Rheinfeldenherten, Lörrach-Brombach und Schopfheim-Wiechs und betreffend die Deponie „Scheinberg“ wurden im Wirtschaftsjahr 2014 insgesamt 921.600,30 EUR aus der Rückstellung entnommen.

Anlagen

Der Differenzbetrag von 1.207.041,35 EUR wurde 2014 aufwandserhöhend der Nachsorge-rückstellung zugeführt.

Für die Deponie Scheinberg, die weiterhin als Inertstoffdeponie betrieben wird, wurden lediglich die Kosten aus den Rückstellungen beglichen, die die zum 31.05.2005 geschlossene Reaktordeponie betrafen.

	Stand zum 01.01. - in EUR -	Auflösung / Verbrauch - in EUR -	Zuführung - in EUR -	Stand zum 31.12. - in EUR -
Rückstellungen gem. § 14 KAG				
Rückst. gem. § 14 KAG	8.315.365,00	468.673,50	2.294.860,13	10.141.551,63

Gem. § 14 Abs. 2 Satz 2 Kommunalabgabengesetz (KAG) sind gebührenrechtliche Kosten-überdeckungen innerhalb der folgenden fünf Jahre auszugleichen. Diese ausgleichspflichtigen Beträge sind hier dargestellt.

Die ermittelte Zuführung resultiert teilweise aus nochmaligen Verbesserungen der Zeiträume 2011 – 2013 in Zusammenhang mit der anteiligen Rückerstattung der KVA Basel. Auch der für das Wirtschaftsjahr 2014 ermittelte Betrag fällt mit 1.037.453,22 € wegen der Berücksichtigung eines Teils des Zinsertrages bei der Aussonderung des Aufwandes für die Nachsorge-rückstellung vergleichsweise hoch aus.

	Stand zum 01.01. - in EUR -	Auflösung/ Verbrauch - in EUR -	Zuführung - in EUR -	Stand zum 31.12. - in EUR -
Sonstige Rückstellungen				
Rückst. f. ungewisse Verbindlichk.	3.477.134,17	3.477.134,17	44.718,07	44.718,07
Rückstellungen Altersteilzeit	68.104,57	64.699,96	1.903,34	5.307,95
Rückst. f. Urlaub und Mehrarbeit	79.965,47	79.965,47	98.965,33	98.965,33
Gesamt	3.625.204,21	3.621.799,60	145.586,74	148.991,35

Die sonstigen Rückstellungen setzen sich aus Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten, Altersteilzeit sowie Urlaub und Mehrarbeit zusammen.

Die Zuführungen zu Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten gehen im Jahresvergleich deutlich zurück. Der hohe Betrag zum Jahresende 2013 war in erster Linie auf die absehbaren Umsatzsteuernachzahlungen für die von der KVA Basel erbrachte Dienstleistung 'Abfallverbrennung' zurückzuführen.

Darüber hinaus sind Rechnungen für Lieferungen und Leistungen enthalten, die vor dem Bilanzstichtag erbracht, jedoch erst nach dem Stichtag fakturiert wurden und bei denen der tatsächliche Abrechnungsbetrag überwiegend noch nicht fest steht (z.B. Entsorgung Sickerwasser in der ARA Steinen). Der Betrag fällt insgesamt erheblich geringer aus, da die Konten für die direkte Buchung auf das jeweilige Sachkonto zu einem späteren Zeitpunkt geschlossen wurden.

■ **Verbindlichkeiten**

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.839.882,34	1.359.787,07

Die Verbindlichkeiten betreffen ausschließlich kurzfristige Posten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Die Zunahme korrespondiert mit der Abnahme bei den sonstigen Rückstellungen. Zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung waren diese Verbindlichkeiten nahezu vollständig beglichen.

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis		
Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis	320.417,98	28.187,28

Der Posten betrifft Beträge, die der Landkreis für den EAL verauslagt hat und die noch nicht ausgeglichen wurden. Der starke Anstieg (292.230,70 EUR) hängt mit der Nachversteuerung von Umsätzen die auf der Deponie generiert wurden und vom Finanzamt im Rahmen der Betriebsprüfung dem Betrieb gewerblicher Art zugeordnet wurden, zusammen.

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Sonstige Verbindlichkeiten		
Sonstige Verbindlichkeiten	37.219,21	226.868,74

Die Verbindlichkeiten betreffen ausschließlich kurzfristige Posten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. In 2013 war der Betrag außergewöhnlich hoch, da die automatisiert gebuchten Vorauszahlungen für das Jahr 2013 zu hoch ausgefallen waren.

4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Umsatzerlöse		
Benutzungsgebühren	17.105.963,54	16.608.497,77
Wertstoff Erlöse	1.446.838,55	1.552.541,71
Verkaufserlöse	73.769,06	61.934,74
Gesamt	18.626.571,15	18.222.974,22

Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr um 2,2 % gestiegen. Sie liegen auch über dem Planansatz i. H. von 18.092.004 EUR. Die Zunahme betrifft vor allem das Aufkommen an Benutzungsgebühren. Höhere Leerungszahlen sowie gestiegene Selbstanlieferungsmengen führten zu Mehreinnahmen. Bei den Wertstoff Erlösen sind wegen geringerer Marktpreise Rückgänge zu verzeichnen.

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Sonstige betriebliche Erträge		
Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen	16.000,00	0,00
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1.558.525,32	1.844.204,04
Sonstige Betriebserträge	1.101.074,36	1.389.858,71
Erträge aus der Herabsetzung der Pauschalwertberichtigung	75.000,00	115.000,00
Stromerlöse	9.864,07	9.040,71
Erträge aus Mahngebühren, Säumniszuschlägen etc.	48.668,81	50.327,67
Periodenfremde Erträge	2.020.684,28	18.435.895,49
Personalkostenersätze	8.761,26	13.511,30
Überzahlungen	3.873,80	4.345,28
Kostenersätze	10.921,58	9.616,60
Miet- und Pächterträge	2.000,00	2.000,00
Gesamt	4.855.373,48	21.873.799,80

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Vergleich stark rückläufig. Sie liegen aber immer noch erheblich über dem langjährigen Durchschnitt. Im Vorjahr führte der Sonderfall ‚Rück-erstattung der KVA Basel‘ zu einem massiven Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge. Der Sonderfall wirkt 2014 noch nach, jedoch in erheblich geringerem Umfang. Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen betreffen vor allem Entnahmen der Nachsorgerückstellungen und Auflösung der im Vorjahr gebildeten Rückstellungen.

Unter den sonstigen Betriebserträgen sind Erlöse aus der Annahme der Schlacke der KVA Basel sowie Vergütungen/Kostenersätze der Dualen Systeme für Öffentlichkeitsarbeit und Glascontainer ausgewiesen.

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Materialaufwand		
Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie bezogene Waren	228.007,83	94.197,89
Aufwendungen für bezogene Leistungen	15.279.947,46	15.695.146,52
davon:		
<i>Entsorgung von Abfällen</i>	7.691.309,79	7.352.700,43
<i>Einsammeln des Abfalls</i>	4.405.165,71	4.095.419,18
<i>Leistungsentgelte für Betriebsunternehmer</i>	2.042.181,29	1.893.549,23
<i>Instandhaltung</i>	564.285,81	1.434.292,32
<i>Sonstiger Aufwand</i>	577.004,86	919.185,36
Gesamt	15.507.955,29	15.789.344,41

Der Materialaufwand ist insbesondere durch geringere Aufwendungen für Instandhaltungen um 1,8 % gesunken. Bei den Instandhaltungen 2013 war die Oberflächenabdichtung der ehem. Hausmülldeponie Herten enthalten. Der Entsorgungsaufwand ist gestiegen. Bei den Aufwendungen im Bereich „sonstiger Aufwand“ sind die Kosten für Ersatzbeschaffung von Müllgefäßen enthalten. Dieser fällt erheblich geringer aus als im Vorjahr.

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	1.520.896,09	1.393.757,58
Soziale Abgaben, Altersversorgung und sonstige Aufwendungen	477.299,78	394.101,40
Gesamt	1.998.195,87	1.787.858,98

Der Personalaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 11,8 % erhöht. Neben den tariflichen Anpassungen sind dafür Stellenmehrungen (vor allem im Bereich Behältermanagement) sowie Stufenaufstiege verantwortlich. Hier sind auch Kosten enthalten, die Personen in der Freistellungsphase der Altersteilzeit betreffen. Die dafür gebildeten Rückstellungen wurden anteilig aufgelöst.

Anlagen

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Abschreibungen		
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten	384.919,88	257.830,25
Technische Anlagen in Bauten	115.134,10	110.416,00
Fahrzeuge	117.890,73	91.368,69
Geringwertige Wirtschaftsgüter	24.979,86	88.622,29
Betriebs- und Geschäftsausstattung	30.089,35	25.856,54
Immaterielle Vermögensgegenstände	12.137,00	667,21
Gesamt	685.150,92	574.760,98

Der Anstieg bei den Abschreibungen um 19,2 % gegenüber dem Vorjahr ist auf höhere mengenmäßige Abschreibungen bei der Deponie Scheinberg, zusätzliche Fahrzeuge für den Behälteränderungsdienst sowie die neue Sickerwasserreinigungsanlage zurückzuführen.

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Sonstige Betriebliche Aufwendungen		
Zuführung Rückstellung für Deponienachsorge	1.207.041,35	1.606.451,44
Interne Dienstleistungen	842.276,75	730.360,40
Miet- und Pacht Aufwand	336.185,56	410.610,60
Sonstiger Geschäftsbedarf	281.080,62	257.602,48
Verluste aus Forderungsabgängen	45.229,26	76.266,10
Einstellung in pauschale Wertberichtigung	110.000,00	75.000,00
Zuführung sonstige Rückstellung (§14 KAG, Urlaub und sonst. Rst.)	2.395.728,80	8.168.593,10
Postaufwand und Frachten	116.222,77	111.440,87
Beitreibungskosten	60.605,01	38.571,44
Kostenerstattung an Gemeinden	37.317,00	37.426,50
Periodenfremder Aufwand	96.113,37	1.638.889,41
Zuschüsse für Eigenkompostierung	1.798,68	3.269,43
Gesamt	5.529.599,17	13.154.481,77

Die Aufwendungen für Deponienachsorge (Zuführung zu Rückstellungen) sind erneut zurückgegangen. Für das Jahr 2014 wurde eine Pauschalwertberichtigung zu Forderungen i. H. v. 110.000 EUR gebildet (vgl. Ausführungen unter der Position Forderungen aus Lieferungen und Leistungen).

Die Aufwendungen für die Zuführung zu sonstigen Rückstellungen betreffen i. H. v. 2.294.860,13 EUR Rückstellungsaufwand, der aufgrund des gebührenrechtlichen Ergebnisses

2014 (Kostenüberdeckung vor allem im Zusammenhang mit der Rückerstattung der KVA) im Rahmen der Jahresabschlussbuchungen gebucht und den Rückstellungen nach § 14 KAG zugeführt wurde.

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.622.643,58	339.510,65

In den Zinserträgen sind Zinszahlungen i.H.v. 136.240,46 EUR des Eigenbetriebs Heime, 13.548,83 EUR der Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH sowie 1.383.744,06 EUR der Industriellen Werke Basel (Verzinsung des Rückstellungsguthabens) enthalten. Daneben sind Zinserträge aus Einlagen bei Kreditinstituten sowie aus Hausmüll-Forderungen ausgewiesen.

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen		
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	26.821,91	19.013,58

Es bestehen keine Fremdkredite mehr. Aufgrund der hohen Liquidität waren auch keine Kassenkredite erforderlich. Aus den Feststellungen im Rahmen der Steuerprüfung resultierten jedoch weitere Zinsforderungen aus der Umsatzsteuernachforderungen für die Jahre 2008 - 2012.

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Außerordentliche Erträge		
Außerordentliche Erträge aus der Erstattung von Beitreibungen	45.134,01	36.523,81
Außerordentliche Erträge	14.268,27	12.086,18
Ertrag aus Forderungen Urlaub und Mehrarbeit	197,33	274,98
Gesamt	59.599,61	48.884,97

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Außerordentliche Aufwendungen		
Aufwand aus der Auflösung Forderungen aus Urlaub und Mehrarbeit	274,98	275,21

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Sonstige Steuern		
Sonstige Steuern	1.410,92	863,42

Sonstige Steuern betreffen Kfz-Steuern, Grundsteuern, Kapitalertragssteuern und den Solidaritätszuschlag (aus den Finanzanlagen).

■ Anlagen

5. Sonstige Angaben

Der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft des Landkreises Lörrach beschäftigte im Jahresdurchschnitt 43,96 Mitarbeiter/-innen (inkl. temporäre Arbeitskräfte, Mitarbeiter/-innen in Elternzeit bzw. Altersteilzeit sowie geringfügig Beschäftigte), davon 24,50 weiblich.

Bis 30.06.2014 bestand eine kaufmännische (Finanzdezernent Herr Philipp von Ritter zu Groenesteyn) und eine technische Betriebsleitung (Frau Dr. Silke Bienroth). Zum 01.07.2014 wurde die Betriebsleitungsfunktion zusammengelegt und zunächst kommissarisch von Frau Dr. Silke Bienroth wahrgenommen. Die ordentliche Bestellung erfolgte zum 01.11.2014. Die Betriebsleitung hat seither Frau Dr. Silke Bienroth inne.

Die Aufgaben des Betriebsausschusses werden vom Umweltausschuss des Kreistages wahrgenommen. Die Tätigkeit der Mitglieder des Ausschusses wird im Rahmen der allgemeinen Regelungen des Landkreises für den Sitzungsdienst vergolten.

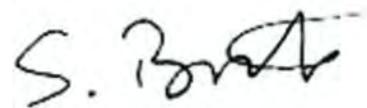
Dem Betriebsausschuss gehören an:

- Frau Landrätin Marion Dammann, Vorsitzende

sowie als ordentliche Mitglieder des Kreistags:

- | | |
|---|--|
| ■ Herr Bernhard Escher | ■ Frau Inge Gula |
| ■ Herr Wilfried Markus | ■ Herr Klaus Eberhardt |
| ■ Herr Paul Renz | ■ Frau Heike Hauk (bis 08/2014) |
| ■ Herr Karl Fischer (bis 08/2014) | ■ Herr Heinrich Lohmann |
| ■ Herr Bruno Schmidt | ■ Herr Peter Schalajda |
| ■ Herr Wolfgang Fürstenberger (bis 08/2014) | ■ Herr Martin Halm |
| ■ Herr Prof. Dr. Richard Zahoransky (bis 08/2014) | ■ Frau Daniela Meier (bis 08/2014) |
| ■ Herr Franz Kiefer (bis 08/2014) | ■ Herr Erich Hildebrand |
| ■ Herr Heinz Intveen (bis 08/2014) | ■ Herr Ewald Lützelshwab |
| ■ Herr Herbert Baier | ■ Herr Willibald Kerscher |
| ■ Herr Wolfgang Deschler (ab 09/2014) | ■ Herr Hanspeter Buck |
| ■ Herr Hans-Dieter Böhringer (ab 09/2014) | ■ Herr Gerhard Zickenheiner (ab 09/2014) |
| ■ Herr Dr. Hans-Peter Volkmer (ab 09/2014) | ■ Herr Dr. Christoph Hoffmann (ab 09/2014) |
| ■ Herr Kevin Brändlin (ab 09/2014) | ■ Herr Rolf Rung (ab 09/2014) |

Lörrach, den 13.04.2015



Dr. Silke Bienroth
Betriebsleitung

Anlagen

Anlagennachweis *

BILANZPOSTEN	ENTWICKLUNG DER ANSCHAFFUNGSWERTE				
	Anfangs- bestand zum 01.01.2014	Zugang	Umbuch- ungen	Abgang	Endstand zum 31.12.2014
1	2	3	4	5	6
	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
Immaterielle Vermögensgegenstände	247.616,58	23.324,00	0,00	0,00	270.940,58
Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten	26.203.886,63	151.234,74	-68,00	0,00	26.355.053,37
Grundstücke ohne Bauten	1.295.099,02	0,00	68,00	0,00	1.295.167,02
Technische Anlagen in Bauten	3.675.150,80	85.186,10	-15.731,80	0,00	3.744.605,10
Betriebs- und Geschäftsausstattung	352.070,41	41.693,35	0,00	0,00	393.763,75
Geringwertige Wirtschaftsgüter	484.166,98	11.560,86	0,00	370.823,81	124.904,03
Fahrzeuge	786.713,39	284.170,29	15.731,80	34.102,11	1.052.513,37
Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Finanzanlagen	8.253.699,65	0,00	0,00	817.459,22	7.436.240,43
davon: sonstige Ausleihungen	7.225.870,15	0,00	0,00	817.459,22	6.408.410,93
Summen	41.298.403,46	597.169,34	0,00	1.222.385,15	40.673.187,65

*) Anlagennachweis gem. Anlagen 2 und 3 zu §10 Abs. 2 EigBVO BW

ENTWICKLUNG DER ABSCHREIBUNGEN					
Anfangsbestand zum 01.01.2014	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Umbuchungen	angesammelte Abschreibungen für Abgänge	Endstand zum 31.12.2014	Restbuchwerte zum 31.12.2014
7	8	9	10	11	12
- in EUR -	- in EUR -	- in EUR-	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
224.303,58	12.137,00	0,00	0,00	236.440,58	34.500,00
20.405.621,63	384.919,88	0,00	0,00	20.790.541,51	5.564.511,86
253.553,66	0,00	0,00	0,00	253.553,66	1.041.613,36
3.513.742,79	115.134,10	-10.623,80	0,00	3.618.253,09	126.352,01
245.957,41	30.089,35	0,00	0,00	276.046,75	117.717,00
422.403,98	24.979,86	0,00	370.823,81	76.560,03	48.344,00
417.956,39	117.890,73	10.623,80	24.791,55	521.679,37	530.834,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7.436.240,43
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.027.829,50
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6.408.410,93
25.483.539,44	685.150,92	0,00	395.615,37	25.773.074,99	14.900.112,66

Erfolgsübersicht 2014 *

Aufwendungen nach Bereichen nach Aufwandsarten	Gesamt	Erdaushub (Deponie Wiechs)	Abfallentsorgung (ohne BgA)	BgA
1	2	3	4	5
	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
1. Materialaufwand	15.507.955	1.599	11.457.816	4.048.540
2. Löhne und Gehälter	1.520.896	0,00	1.352.152	168.745
3. Soziale Abgaben	301.045	0,00	267.820	33.225
4. Aufwand. Altersversorg.	176.255	0,00	153.142	23.113
5. Abschreibungen	685.151	0,00	527.554	157.596
6. Zinsen u. ähnl. Aufwand	26.822	0,00	26.822	0,00
7. Steuern	1.411	0,00	1.169	241,68
8. Konzessionsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
9. anderer betriebl. Aufwand	5.529.599	0,00	4.945.109	584.490
10. Summe 1.-9.	23.749.134	1.599	18.731.585	5.015.950
11. Umlage	-	-	-	-
12. ILV	-	-	-	-
13. Su Aufwendungen 1.-12.	23.749.134	1.599,36	18.731.585	5.015.950
14. Betriebserträge				
a) nach GuV-Rechnung	-23.481.945	-1.599	-21.396.479	-2.083.866
b) Lief. a. Betriebszweige				
15. Betriebserträge insg.	-23.481.945	-1.599	-21.396.479	-2.083.866
16. Betriebsergebnis				
Überschuss (-)/Fehlbetrag (+)	267.189	0,00	-2.664.894,72	2.932.084
17. Finanzerträge	-1.622.644	0,00	-1.622.644	0,00
18. Außerordentl. Ergebnis				
Überschuss (-)/Fehlbetrag (+)	-59.325	0,00	-59.325	0,00
19. Steuern v. Eink. u. Ertrag	0,00	0,00	0,00	0,00
20. Unternehmensergebnis				
Überschuss (-)/Fehlbetrag (+)	-1.414.779	0,00	-4.346.863	2.932.084

)* Formblatt gem. Anlage 5 zu § 9 Abs. 3 EigBVO BW

Lagebericht 2014

gemäß § 16 des Eigenbetriebsgesetzes
sowie § 11 der Eigenbetriebsverordnung



Inhalt

1	DARSTELLUNG DES GESCHÄFTSVERLAUFS	43
1.1	GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN	43
1.2	WIRTSCHAFTLICHE LAGE UND GESCHÄFTSVERLAUF	45
1.3	PERSONAL- UND SOZIALBEREICH	46
1.4	INVESTITIONEN UND IHRE FINANZIERUNG	47
1.5	SONSTIGE WICHTIGE VORGÄNGE IM GESCHÄFTSJAHR	48
2	ANALYSE DES GESCHÄFTSVERLAUFS UND DER LAGE	49
2.1	VERMÖGENSLAGE	49
2.2	FINANZLAGE	50
2.3	ERTRAGSLAGE	51
2.4	VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG MIT IHREN WESENTLICHEN RISIKEN UND CHANCEN	53

1 DARSTELLUNG DES GESCHÄFTSVERLAUFS

1.1 Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Der Landkreis Lörrach ist i.S. der §§ 17 und 20 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) in Verbindung mit § 6 des Landesabfallgesetzes (LAbfG) als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger tätig. Im Rahmen der Überlassungspflicht betreibt der Landkreis die Entsorgung der in seinem Gebiet angefallenen und überlassenen Abfälle. Die Entsorgung umfasst die Verwertung und Beseitigung von Abfällen sowie die hierzu erforderlichen Maßnahmen des Einsammelns, Beförderns, Behandelns und Lagerns.

Der EAL bietet folgende Dienstleistungen an:

- Durchführung der Haus- und Sperrmüllsammlungen
- Recyclinghöfe für die Abgabe Ihrer Wertstoffe
- Straßensammlungen für Möbelholz, Altmetall und Altpapier/Kartonage
- Annahme von Grünabfällen
- Sammlung von Schadstoffen, Haushaltskühlgeräten und Elektronikschrott
- Betrieb der Kreismülldeponie Scheinberg
- Herausgabe des Abfallkalenders
- Information und Beratung zu allen Fragen der Abfallwirtschaft (auch „Gelber Sack“)
- Förderung der Kompostierung und Kompostberatung
- Förderung der Umwelterziehung

Teile der Abfallbewirtschaftung führt der EAL nicht in Eigenregie durch, sondern in vertraglichen Vereinbarungen mit privaten Dritten:

- Thermische Behandlung der Restabfälle
- Sammeln und Transport von Haus- und Sperrmüll
- Sondersammlungen von verwertbaren Abfällen (Metall, Papier, Holz)
- Betrieb der Recyclinghöfe
- Schadstoffsammlung
- Betrieb der Grünabfallannahme- und Häckselplätze
- Grünabfallverwertung

Aus rechtlichen Gründen unterscheidet die Abfallwirtschaft des Landkreises Lörrach zwischen den Betriebszweigen:

- Allgemeine Abfallentsorgung mit Deponie Scheinberg,
- Betrieb gewerblicher Art „Wertstoffe“
- Erdaushubdeponie Wiechs

Lagebericht

Die Ergebnisse der Abfallentsorgung Allgemein und des Betriebes gewerblicher Art (BgA) „Abfallverwertung“ sind zusammengefasst zu betrachten. Die Trennung in zwei Betriebszweige hat keinen betrieblichen Hintergrund, sondern erfolgt aus rein steuerlichen Gründen.

Bis einschließlich 1994 wurde zwischen hoheitlicher und privatwirtschaftlicher Tätigkeit der Abfallwirtschaft der öffentlichen Hand nicht unterschieden. Erst seit dem Jahr 1995 geht die Finanzverwaltung davon aus, dass die entsorgungspflichtigen Körperschaften dann als Betrieb gewerblicher Art tätig sind, wenn sie aufgrund privatrechtlicher Vereinbarungen Aufgaben im Rahmen des Dualen Systems durchführen.

Der BgA wurde in den folgenden Jahren auf die Bereiche Grünabfallerfassung und -verwertung ausgeweitet.

Im Rahmen der steuerlichen Betriebsprüfung 2013/2014 wurden für den Zeitraum 01/2008 – 05/2012 große Teile des Betriebs der Deponie ebenfalls dem BgA zugeordnet. Seit Juni 2012 (Inkrafttreten des Kreislaufwirtschaftsgesetzes) gilt dies nur noch für die Annahme und den Einbau von Materialien, die auf der Deponie im Rahmen baulicher Maßnahmen verwertet werden.

Folgende Bereiche werden derzeit im BgA geführt

- Altpapier
- Schrott
- Grünschnitt/Kompost
- Schlackeaufbereitung
- Straßenkehricht
- Altreifen
- bauliche Maßnahmen auf Deponien

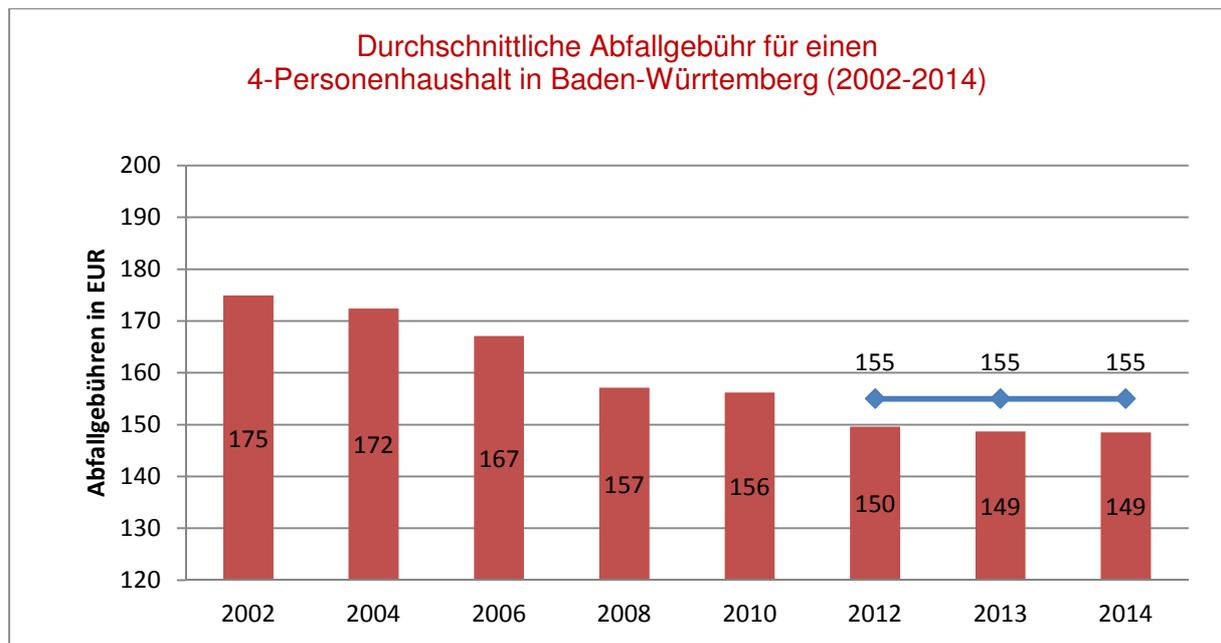
Dabei werden sowohl Erträge als auch Aufwendungen berücksichtigt, die im Zusammenhang mit der Erfassung und der Verwertung entstehen.

Die Erdaushubdeponie Wiechs befindet sich seit Frühjahr 2007 in der Stilllegungsphase. Die Deponie schließt im Jahr 2014 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Die im Geschäftsjahr 2014 entstandenen Aufwendungen wurden über die Deponienachsorgerückstellungen finanziert.

1.2 Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf 2014

Die Benutzungsgebühren für die öffentliche Müllabfuhr haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Mit wenigen Ausnahmen konnten die Gebühren im 4. Jahr in Folge stabil gehalten werden.

Die durchschnittlichen Abfallgebühren für einen 4-Personenhaushalt in Höhe von 155 EUR sind im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Der durchschnittliche Vergleichswert für Baden-Württemberg liegt bei 149 EUR.



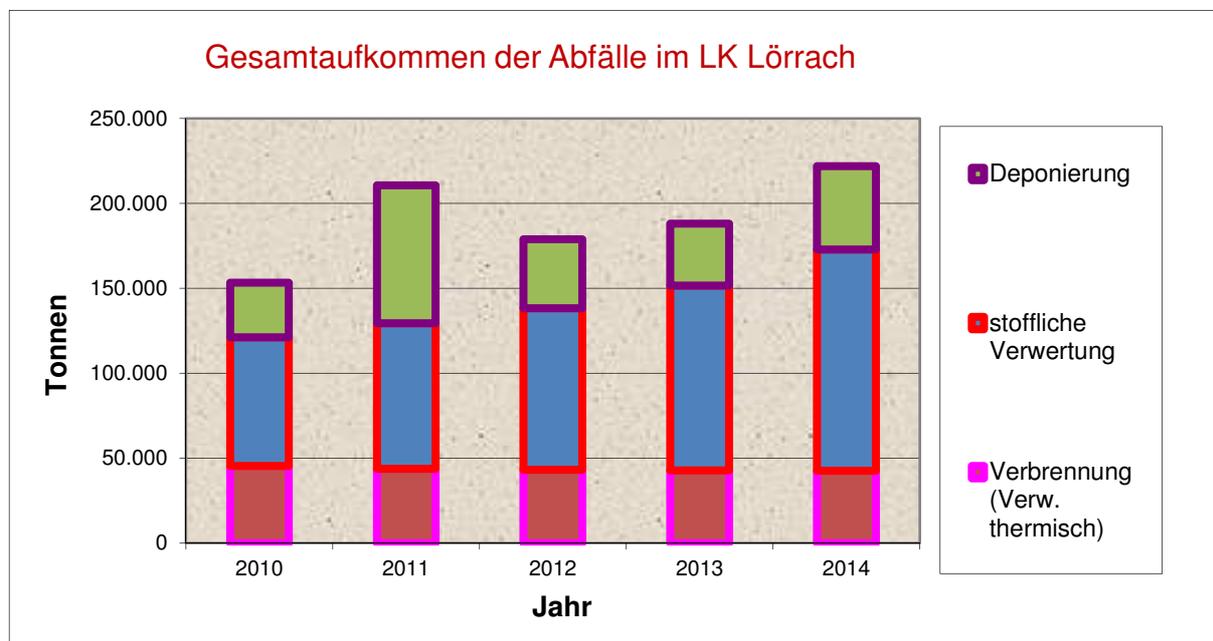
Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Erlössituation verschlechtert. Sie lag dennoch auch 2014 auf überdurchschnittlichem Niveau. Der Planansatz wurde erneut überschritten.

Der Sonderfall 2013 wirkte 2014 noch nach. Da für die angekündigte Rückerstattung von Verbrennungskosten der KVA Basel nach dem Vorsichtsprinzip ein geringerer Wechselkurs angesetzt war kam es bei dem tatsächlichen Zahlungseingang zu Mehreinnahmen. Ebenfalls nicht geplant waren Zinszahlungen sowie die Rückerstattung gezahlter schweizerischer Mehrwertsteuer für die Rückerstattungsbeträge. Diese Positionen belaufen sich in Summe auf annähernd 2,5 Mio. EUR. Der Jahresgewinn ist dadurch zu erklären, dass nur ein Teil der Rückzahlungsbeträge bei der gebührenrechtlichen Nebenrechnung für den Zeitraum 2011 – 2014 zu berücksichtigen sind.

Die im Rahmen des Jahresabschlusses dargestellten Änderungen des Umsatzsteuerrechts waren im Jahr 2014 annähernd ergebnisneutral. Zwar führte die Erhebung der deutschen Umsatzsteuer bei den Verbrennungskosten zu einem nicht geplanten Aufwand in Höhe von ca. 500.000 €. Da die Rückerstattungen aus Basel jedoch umsatzsteuerrechtlich eine Entgeltminderung darstellen kam es hier zu Umsatzsteuerückforderungen in Höhe von knapp 900.000 EUR. Dies ist jedoch ein Einmaleffekt. Die künftigen Mehrbelastungen von jährlich ca. 500.000 EUR fließen in die jeweilige Gebührenkalkulation ein.

Lagebericht

Das Gesamtaufkommen der Abfälle im Landkreis Lörrach hat im Vergleich zum Vorjahr um ca. 18 % (ca. 34.000 Tonnen) zugenommen (vgl. Grafik).



Davon wurden ca. 42.650 t (19 %) thermisch, 130.130 t (59 %) stofflich bzw. biologisch verwertet und 49.200 t (22 %) deponiert.

Abfälle zur Verwertung aus dem gewerblichen Bereich sind darin nicht enthalten. Diese werden über private Entsorger erfasst und verwertet.

Im langjährigen Vergleich ist die Abfallmenge des Jahres 2014 eher überdurchschnittlich.

1.3 Personal- und Sozialbereich

Für die anstehenden Aufgaben wurde 2014 eine entsprechende Personalplanung vorgenommen, die vom Kreistag genehmigt wurde.

Die Situation im Personalbereich war jedoch auch im Jahr 2014 angespannt. Die Zahl der in das neue Jahr übertragenen Urlaubstage erhöhte sich erneut auf insgesamt 423. Auch die Zahl der angesammelten Überstunden hat sich im Vergleich zum Vorjahr nochmals um annähernd 50 % auf über 1.600 erhöht. Anfang des Jahres 2015 wurde zusätzliches Personal eingestellt.

Die seit Bestellung der Betriebsleitung zum 01.11.2014 vakante Stelle als Abteilungsleiter Technik/Betrieb wird zum 01.07.2015 neu besetzt. Bis dahin wird die Aufgabe von der Betriebsleitung wahrgenommen.

1.4 Investitionen und ihre Finanzierung

Zugänge in TEUR	- in TEUR -
Bauten auf fremden Grundstücken (inkl. Anlagen im Bau)	0
Betriebs- und Geschäftsausstattung (inkl. GWG)	42
Fahrzeuge	284
Finanzanlagen (Ausleihungen)	0

Die größten Investitionen im Geschäftsjahr 2014 betrafen die Neuanschaffung einer Raupe für den Betrieb der Kreismülldeponie Scheinberg, die komplette Erneuerung der Deponiewaagen, die Fertigstellung einer Lagerhalle auf der Deponie sowie weitere Betriebs- und Geschäftsausstattung für den Behälteränderungsdienst, der zum Beginn des Jahres 2014 in Betrieb gegangen ist.

Alle Investitionen konnten aus eigenen Mitteln getätigt werden. Die Aufnahme von Darlehen oder Krediten war nicht erforderlich.

1.5 Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Die beiden Sondereinflüsse des Vorjahres wirkten auch 2014 nach. Aufgrund des tatsächlichen Zahlungseingangs Anfang 2014 mussten umfangreiche Korrekturen der Umsatzsteuererklärungen vorgenommen werden, da die Rückzahlung zu einer nachträglichen Entgeltminderung führte.

Als weitere Punkte sind hier zu nennen:

■ **Neustrukturierung Abfallwirtschaft**

Aufhebung der bisherigen Trennung in eine Kaufmännische und Technische Betriebsleitung zugunsten einer einheitlichen Betriebsleitung.

■ **Neuvergabe S+T Haus-, Bio-, Sperrmüll und Altholz:**

Auftragserteilung für die Leistung Sammeln und Transport. Auftragnehmer für den neuen Vertrag ist der bisherige Auftragnehmer. Im Frühjahr des Jahres 2015 wurde bereits mit der Vorbereitung der neuen Leistung begonnen.

■ **Bioabfallverwertung**

Vorbereitung der Ausschreibung für die Verwertung der ab 2016 gesammelten Bioabfälle. Die Vergabe erfolgte im Frühjahr 2015.

■ **Grünabfall:**

Neuvergabe Erfassung und Verwertung der Teilmenge Rheinfeldern sowie Vorbereitung der Ausschreibung der Teilmenge Lörrach Markgräflerland. Beide Leistungen sind auf eine kurze Vertragslaufdauer angelegt. Sobald die getrennte Bioabfallerfassung eingeführt und etabliert ist können die Auswirkungen auf die Grünabfallmengen quantifiziert werden. Dies ist dann bei einer Neuausschreibung der Grünabfallmengen zu berücksichtigen.

■ **Wertstofffassung allgemein:**

Keine Einführung einer kommunalen Papiertonne. Die Ausschreibung musste aufgehoben werden, nachdem kein Angebot für die Sammlung abgegeben worden war.

■ **Ehemalige Hausmülldeponie Herten:**

Weitere Vorbereitung des Abschlusses der Deponie sowie weitere Überlegungen hinsichtlich der Nutzung der Fläche für Photovoltaik.

■ **KVA Basel**

Ratifizierung des Vertrages über die reduzierten Mengen.

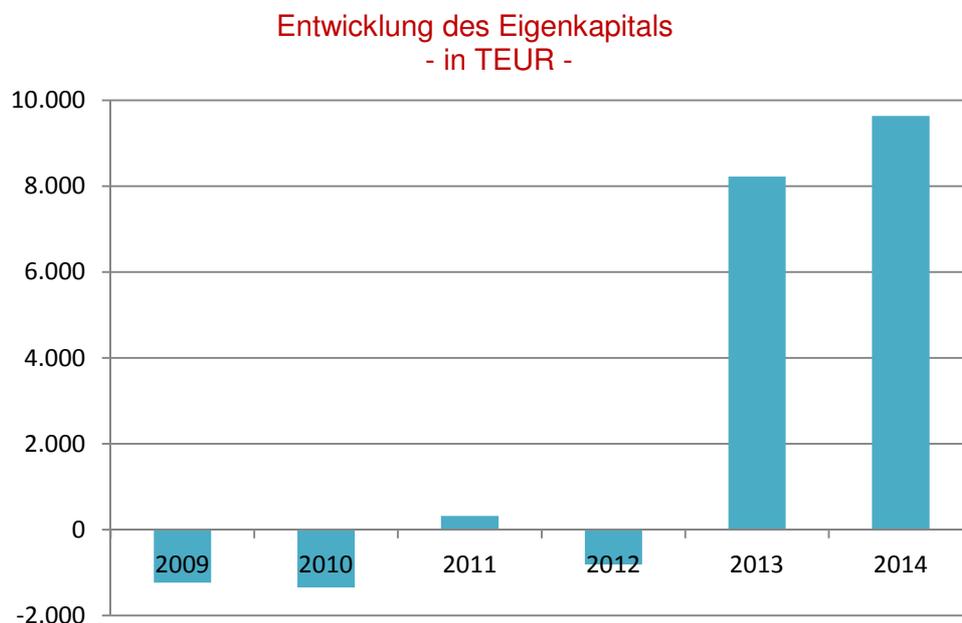
2 ANALYSE DES GESCHÄFTSVERLAUFS UND DER LAGE

2.1 Vermögenslage

Der handelsrechtliche Jahresgewinn in Höhe von 1.414.778,76 EUR ermöglicht eine weitere Aufstockung der bestehenden Gewinnrücklage.

Das Eigenkapital hat sich nochmals erhöht. Es stellt sich mit 9.634.738,07 EUR außerordentlich positiv dar.

In den kommenden Jahren ist jedoch damit zu rechnen, dass sich das Eigenkapital reduzieren wird, da die Gewinnrücklage dazu verwendet werden soll, künftige Kostensteigerungen abzumildern und den Gebührenanstieg zu bremsen.



Auf Grund des Jahresgewinns erhöht sich die Eigenkapitalquote auf 22,2 % (Vj. 19,3 %).

Die Anlageintensität sinkt auf 34,4 % (Vj. 37,3 %). Diese Quote gibt an, wie hoch der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen ist..

Der Anlagendeckungsgrad II (Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital) steigt auf annähernd 275 % (Vj. 235 %) und liegt damit weiterhin deutlich über den Zielwert von 100 % (die vollständige Deckung des langfristig gebundenen Vermögens durch Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital). Der Anstieg der Quote resultiert aus dem Gewinn des Geschäftsjahres bei gleichzeitigem Rückgang des Buchwertes des Anlagevermögens.

2.2 Finanzlage

Der Bestand an liquiden Mitteln liegt mit 60,0 % (Vj. 15,7 %) der Bilanzsumme auf einem sehr hohen Niveau, wobei sich die Bilanzsumme 2014 geringfügig um 1,5 % auf 43,30 Mio. EUR (Vj. 42,67 Mio. EUR) erhöht hat.

In absoluten Beträgen hat sich der Bestand an liquiden Mitteln im Vergleich zum Vorjahr um 288 % (19.270 TEUR) erhöht. Die Geldmittel, die im Rahmen der Rückerstattung der KVA Basel geflossen sind wurden bisher nur kurzfristig als Termingelder angelegt.

Der EAL verfügt sowohl durch die Pflichtrückstellungen für die Deponienachsorge als auch durch die Rücklagen über ausreichende Liquidität.

Im Jahr 2014 steigt der Liquiditätsgrad I auf 1.181 % (Vj. 415 %). Der Liquiditätsgrad I gibt an, inwieweit die flüssigen Mittel die kurzfristigen Verbindlichkeiten decken. Ein Grad von 1.181 % bedeutet, dass kurzfristigen Verbindlichkeiten in Höhe von 100,00 EUR flüssige Mittel in Höhe von 1.181 EUR gegenüber stehen.

Der Liquiditätsgrad II sinkt auf 1.335 % (Vj. 1.717 %). Der Liquiditätsgrad II gibt an, inwieweit Forderungen und flüssige Mittel die kurzfristigen Verbindlichkeiten decken. Das bedeutet, dass 100,00 EUR kurzfristigen Verbindlichkeiten 1.335 EUR Kundenforderungen und flüssige Mittel gegenüber stehen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind bereits seit dem Jahr 2011 vollständig abgebaut, neue Kredite wurden nicht aufgenommen.

Veränderung Cash-Flow	2014	2013
	- in TEUR -	- in TEUR -
+ Mittelzufluss/ - Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	18.946	1.438
+ Mittelzufluss/ - Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit	323	52
+ Mittelzufluss/ - Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit	0	0
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands	19.270	1.490
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode (01.01.)	6.697	5.206
Finanzmittelbestand am Ende der Periode (31.12.)	25.966	6.696

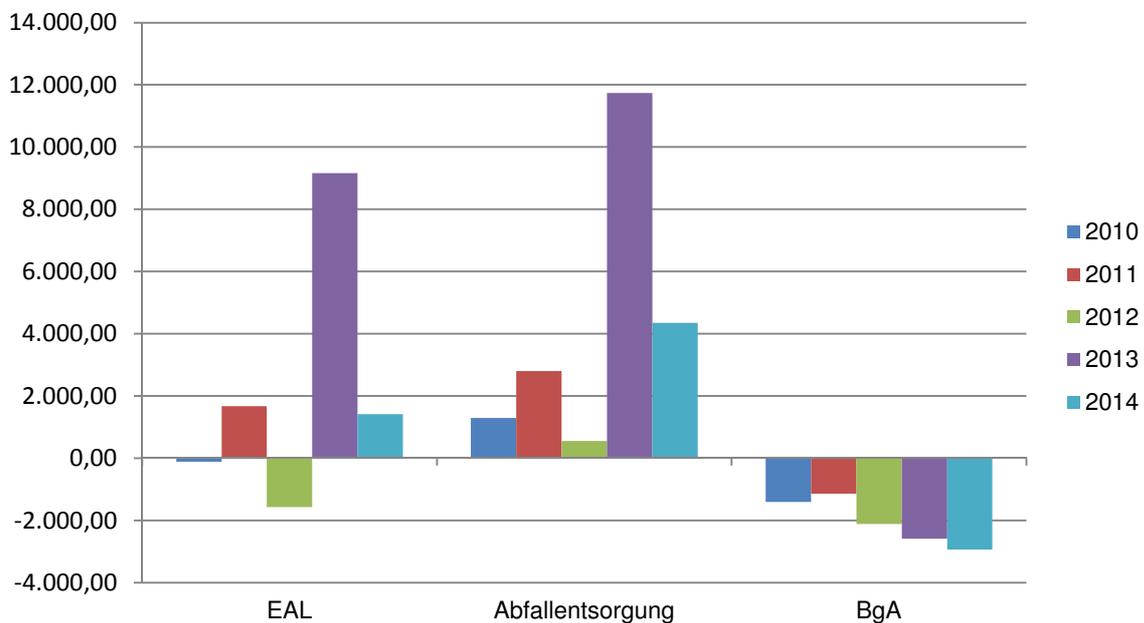
Der Cash-Flow zeigt die Mittelzu- und -abflüsse eines Geschäftsjahres. Er gibt an, welchen Mittelzufluss ein Unternehmen in einer Periode aus dem Umsatzprozess erwirtschaftet hat und was somit unterjährig für Investitionen oder Tilgungszahlungen zur Verfügung steht.

2.3 Ertragslage

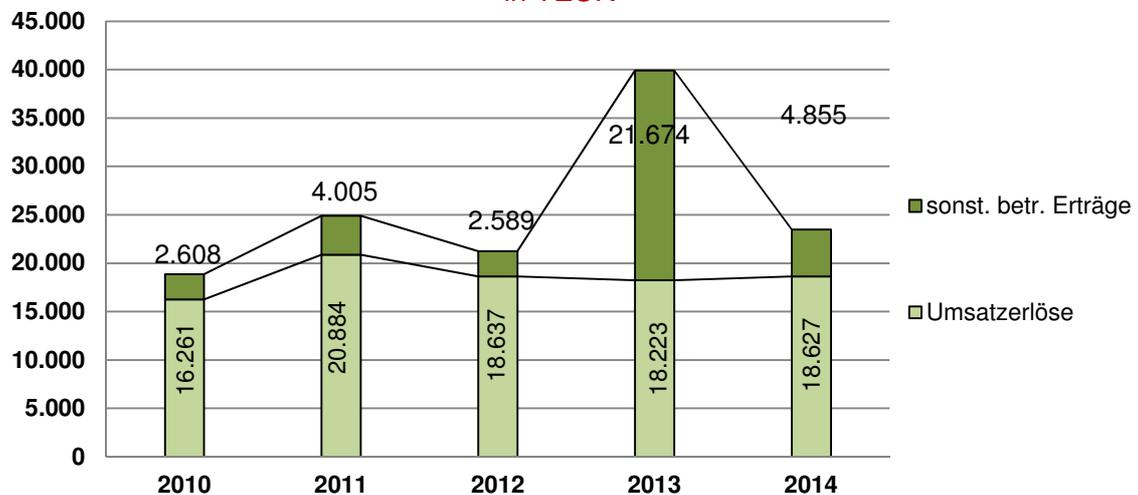
Die Gewinn- und Verlustrechnung für den EAL weist für das Geschäftsjahr 2014 einen Gewinn von 1.414.778,76 EUR (Vj. 9.158.571,29 EUR) auf.

Zum Gewinn maßgebend beigetragen hat sowohl die tatsächliche Abwicklung der Rückerstattungen der KVA Basel für nicht mehr ausgleichspflichtige Zeiträume als auch die Zahlung von Zinsen für den Zeitraum 2007 - 2013. Zinserträge sind gebührenrechtlich nur teilweise relevant.

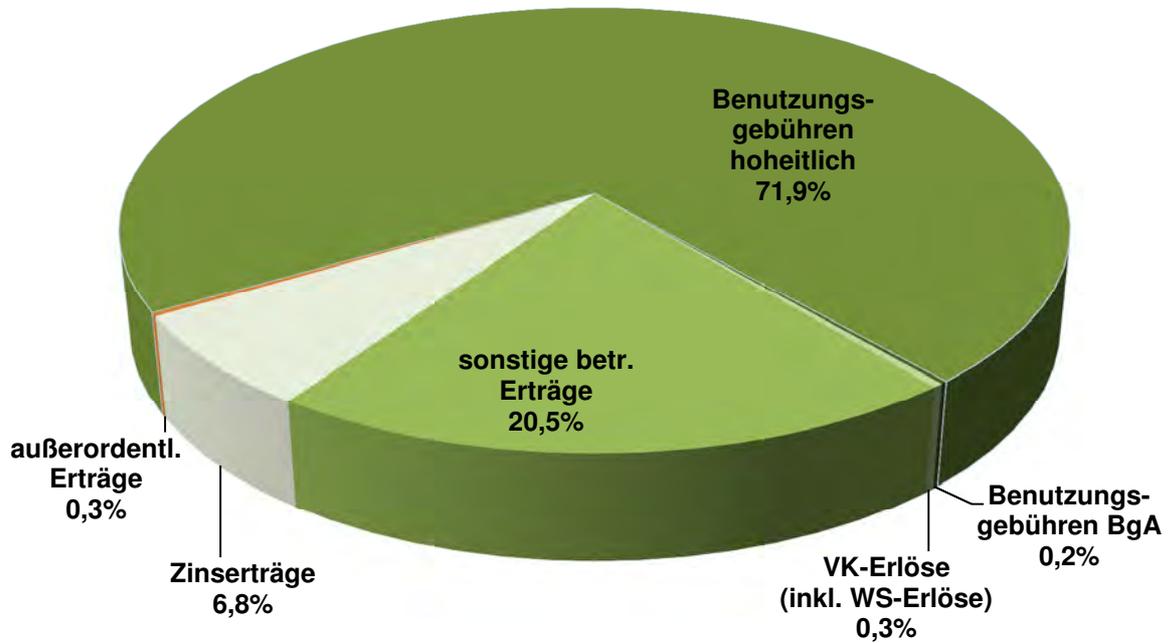
Entwicklung der Jahresergebnisse nach Betriebszweigen
 - in TEUR -



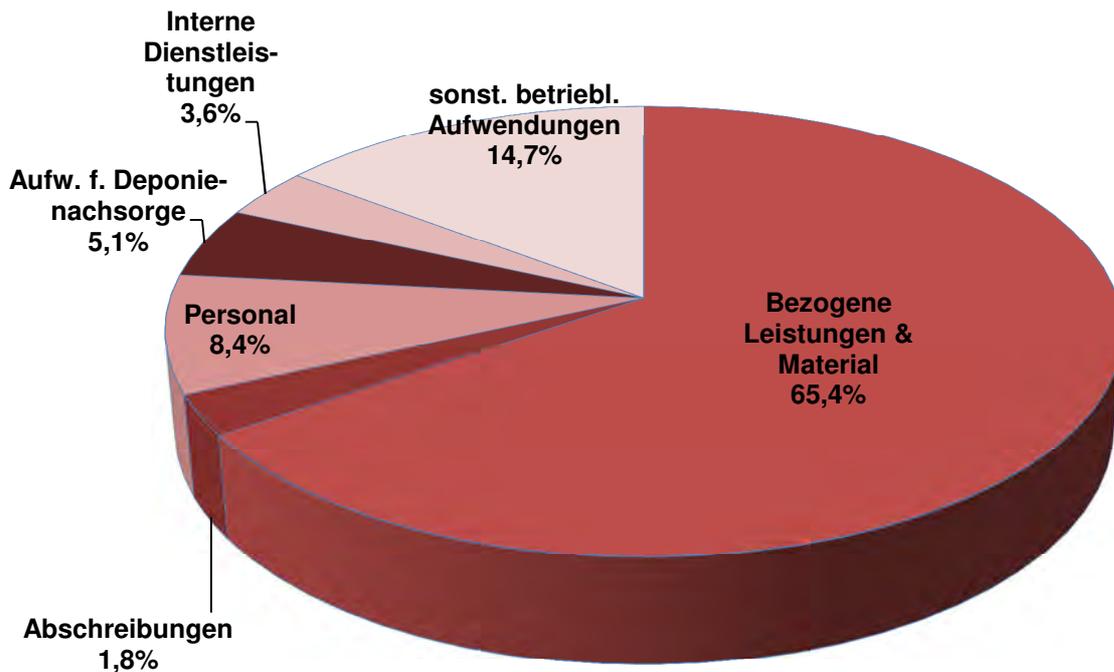
Entwicklung der Betriebserträge
 - in TEUR -



Zusammensetzung der Erträge im Geschäftsjahr 2014
- in % -



Zusammensetzung der Aufwendungen im Geschäftsjahr 2014
- in % -



2.4 Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Risiken und Chancen

Der Anfang des Jahres 2015 stark gestiegene Kurs des Schweizer Franken wird das Geschäftsjahr 2015 kostenmäßig belasten.

Bei einem Wechselkurs von ca. 1,05 CHF/EUR entsteht zusätzlicher Aufwand in Höhe von ca. 1 Mio. EUR. Hier ist die weitere Entwicklung zu beobachten. Wegen der bestehenden vertraglichen Bindung besteht jedoch keine Möglichkeit, diese Mehrkosten zu umgehen.

Inwieweit es durch Einsparungen oder Mehreinnahmen möglich sein wird, diese Mehrkosten zumindest teilweise aufzufangen wird sich erst im Laufe des Jahres erweisen.

Im Vordergrund stehen im Jahr 2015 die Vorbereitungen zur Einführung der getrennten Bioabfallerfassung. Ziel des EAL ist es, durch eine gute Öffentlichkeitsarbeit möglichst schnell eine hohe Anschluss- und Erfassungsquote zu erreichen. Dies kann kostenseitig auch zu einer Reduzierung der Kosten für die Restmüllbehandlung führen. Allerdings zeigt das Ergebnis der Ausschreibung Sammel- und Transport von Rest- und Bioabfällen, dass im Sammel- und Transportbereich mit zusätzlichen Kosten zu rechnen ist.

Auch die im Frühjahr 2015 beschlossene Verwertung der Bioabfälle ist nicht optimal. Angesichts der Unsicherheiten bei den Mengen und der verhältnismäßig kurzen Vertragslaufzeit war jedoch mit diesem Ergebnis zu rechnen. 2015 und 2016 muss an den Überlegungen zur regionalen optimierten Verwertung intensiv weitergearbeitet werden.

Bei der Umsetzung des Beschlusses, den Behälteränderungsdienst ab 2016 wieder an einen Dritten zu vergeben wird 2015 der Fokus darauf liegen, den Übergang möglichst nahtlos zu gestalten.

Im Bereich der Wertstofferrfassung wird es neben der Überprüfung der Verträge darum gehen, das kommunale Erfassungssystem zu optimieren.



Markus-
Pflüger-Heim



Pflegeheim
Markgräflerland



Pflegeheim
Schloss Rheinweiler



Ambulanter Dienst
Schloss Rheinweiler



Eigenbetriebe Heime Der Jahresabschluss 2014



Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Einblick

	2014		2013		2012	
Plätze	538		538		538	
vollstationär	527		527		527	
- davon MPH	244		244		244	
- davon PML	212		212		212	
- davon PSR	70		70		70	
teilstationär	11		11		11	
- davon PSR	11		11		11	
Auslastungsgrad	96,3%		97,4%		97,9%	
MPH	96,0%		96,9%		97,3%	
PML	96,1%		97,6%		97,6%	
PSR	97,5%		98,6 %		98,7%	
Mitarbeiter	335		286		268	
- davon Auszubildende	67		47		48	
			in TEUR	in %	in TEUR	in %
UMSÄTZE						
Erträge aus Pflegeleistungen	21.240	89,2	20.663	89,1	20.155	86,6
Personalaufwand	10.649	45,2	8.739	37,8	8.610	37,4
Materialaufwand	9.510	40,4	11.006	47,6	10.413	45,3
davon Aufwand für Leiharbeitnehmer	5.615	23,8	6.923	29,9	6.459	28,1
Abschreibungen	1.380	5,9	1.461	6,3	1.574	6,8
Betriebsergebnis (+/-)	-28		-146		106	
Jahresergebnis(+/-)	269		54		256	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust(+/-)	283		13		-40	
VERMÖGEN						
Bilanzsumme	24.275	100,0	25.029	100,0	26.170	100
davon Eigenkapital und Sonderposten aus Zuschüssen u. Zuweisungen	16.572	68,3	16.781	67,1	17.237	65,87
Darlehen	5.758	23,7	6.420	25,7	7.211	27,6
- von Kreditinstituten	117	0,5	121	0,5	126	0,5
- landkreisintern (inkl. EAL)	5.641	23,2	6.300	25,2	7.085	27,1
Liquide Mittel	2.040	8,40	1.436	5,74	753	2,88
Investitionen						
davon Investitionen mit Fördermitteln	0		0		0	
davon Investitionen mit Eigenmitteln	145		119		130	

Management Summary

Der Eigenbetrieb Heime konnte das Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresüberschuss von 269.221,26 EUR abschließen.

Die wirtschaftliche Lage hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr trotz schwieriger Rahmenbedingungen verbessert. Der Gewinnvortrag beträgt gut 282 TEUR.

Besonders erfreulich ist das Ergebnis des Pflegeheims Markgräflerland mit einem Gewinn von rund 233 TEUR und das Ergebnis des Ambulanten Dienstes mit einem Überschuss von knapp 61 TEUR.



Für das Jahr 2015 wird das größte Projekt des Eigenbetriebs Heime die weitere Planung zur Dezentralisierung des Markus-Pflüger-Heims sein. Im Mittelpunkt steht die wohnortnahe und soweit wie möglich ambulante Unterstützung von seelisch behinderten Menschen (Psychiatrie und Sucht) auch bei intensivem Unterstützungsbedarf. Basis der Umsetzung ist der Teilhabeplan 2 A des Landkreises Lörrach.

Auf Grundlage des Leitbildes des Eigenbetriebs Heime wird der Paradigmenwechsel weg von der klassischen Pflegeeinrichtung hin zu einer Einrichtung der Eingliederungshilfe fortgeführt. Im Jahr 2015 werden weitere Bereiche in die Eingliederungshilfe umgewandelt.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Umsetzung der Landesheimbauverordnung für die Pflegeheime Schloss Rheinweiler und Markgräflerland (insbesondere der Abbau von Doppelzimmern).

Eine besondere Auszeichnung erhielt der Ambulante Dienst Schloss Rheinweiler, der im Jahr 2014 an einer unabhängigen Prüfung durch das Great Place to Work® Institut teilnahm. Hier erreichte der Ambulante Dienst beim bundesweiten Great Place to Work® Wettbewerb „Beste Arbeitgeber Gesundheit & Soziales 2015“ den 1. Platz in der Kategorie „Pflege unter 50 Mitarbeiter“. Die Auszeichnung steht für besondere Leistungen bei der Entwicklung vertrauensvoller Arbeitsbeziehungen und der Gestaltung attraktiver Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.

Zum 01.12.2014 konnten wir mit Herrn Michael Schreiner einen kompetenten Nachfolger für die Heimleitung des Markus-Pflüger-Heims gewinnen.

Bad Bellingen, 02.04.2015



Reinhard Heichel
Betriebsleiter

Feststellung des Jahresabschlusses 2014



Feststellung des Jahresabschlusses 2013 nach Anlage 9 zu § 12 EigBVO gemäß § 16 EigBG

1. Feststellung des Jahresabschlusses

1.1	Bilanzsumme	24.274.798,77	EUR
1.1.1	davon entfallen auf der Aktivseite auf		
	- das Anlagevermögen	21.364.024,08	EUR
	- das Umlaufvermögen	2.894.633,29	EUR
	- den Rechnungsabgrenzungsposten	16.141,40	EUR
1.1.2	davon entfallen auf der Passivseite auf		
	- das Eigenkapital	9.430.561,82	EUR
	- die empfangenen Ertragszuschüsse	7.141.791,98	EUR
	- die Rückstellungen	821.251,18	EUR
	- die Verbindlichkeiten	6.879.344,83	EUR
	- den Rechnungsabgrenzungsposten	1.848,96	EUR
1.2	Jahresgewinn	269.221,26	EUR
1.2.1	Summe der Erträge	23.820.174,50	EUR
1.2.2	Summe der Aufwendungen	23.550.953,24	EUR

2. Behandlung des Jahresgewinns

a)	Tilgung des Verlustvortrags	0,00	EUR
b)	Einstellung in Rücklagen	0,00	EUR
c)	Abführung an den Haushalt des Landkreises	0,00	EUR
d)	Vortrag auf neue Rechnung	269.221,26	EUR

3.	Verwendung der für das Wirtschaftsjahr nach § 14 Abs. 3 EigBG für den Haushalt des Landkreises eingeplanten Finanzierungsmittel	0,00	EUR
----	---	------	-----

Schlussbericht über die Prüfung

des Jahresabschlusses des Eigenbetrieb Heime
des Landkreises Lörrach für das Wirtschaftsjahr 2014



Inhalt

ALLGEMEINE BEMERKUNGEN	62
I MARKUS-PFLÜGER-HEIM WIECHS	64
II PFLEGEHEIM MARKGRÄFLERLAND WEIL AM RHEIN	69
III PFLEGEHEIM SCHLOSS RHEINWEILER	74
IV AMBULANTER DIENST BEIM PFLEGEHEIM SCHLOSS RHEINWEILER	79
V KONSOLIDIERTE BILANZ DES EIGENBETRIEBS „HEIME DES LANDKREISES LÖRRACH“	83
ABSCHLIEßENDES ERGEBNIS	86

Abkürzungen

EigBG	=	EIGENBETRIEBSGESETZ
EigBVO	=	VERORDNUNG ÜBER DIE WIRTSCHAFTSFÜHRUNG UND DAS RECHNUNGSWESEN DER EIGENBETRIEBE
GEMO	=	GEMEINDEORDNUNG
HGB	=	HANDELSGESETZBUCH
PBV	=	PFLEGEBUCHFÜHRUNGSVERORDNUNG

Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Allgemeine Bemerkungen

Die Heime des Landkreises Lörrach werden als Eigenbetrieb ohne eigene Rechtspersönlichkeit geführt.

Die Verbindlichkeit des Eigenbetriebs „Heime des Landkreises Lörrach“ gegenüber dem Landkreis als Träger der Pflegeeinrichtungen betrug zum Ende des Wirtschaftsjahres 122.031,83 EUR. Es handelt sich hierbei vor allem um den noch offenen Verwaltungskostenbeitrag für das IV. Quartal 2014.

Der reine Verwaltungskostenbeitrag (ohne Stundenaufwendungen Sachgebiet Hochbau), den der Landkreis vom Eigenbetrieb für 2014 erhoben hat, betrug 440.000,00 EUR (Vorjahr 426.999,99 EUR).

Eine Verzinsung im Rahmen der konsolidierten Girokontoführung zwischen den Girokonten der Landkreiskasse und den Girokonten der Sonderkasse Eigenbetrieb ist im Wirtschaftsjahr 2014 entsprechend § 13 EigBVO erfolgt.

Nach § 249 HGB sind für am Ende des Wirtschaftsjahres noch bestehende Urlaubs- und Überstundenansprüche Rückstellungen zu bilden, damit die Aufwendungen periodengerecht dem richtigen Wirtschaftsjahr zugeordnet werden. Dies gilt auch für die künftigen Ansprüche aus der Altersteilzeit für Beschäftigte des Eigenbetriebs.

Im Wirtschaftsjahr 2014 wurden in die Bilanzen der einzelnen Betriebsstätten folgende Rückstellungen in die PASSIVA aufgenommen:

	MPH Wiechs - in EUR -	PH MGL Weil am Rhein - in EUR -	PH Schloss Rheinweiler - in EUR -	Ambulanter Dienst - in EUR -
Urlaubs- und Mehrarbeitsstunden	231.118,43	189.485,48	99.378,70	17.186,08
Altersteilzeitansprüche	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	231.118,43	189.485,48	99.378,70	17.186,08

Für die dem Wirtschaftsjahr weiter zuzuordnenden Aufwendungen mussten folgende zusätzliche Rückstellungen gebildet werden:

Markus-Pflüger-Heim	210.062,80 EUR
Pflegeheim Markgräflerland	63.527,72 EUR
Pflegeheim Schloss Rheinweiler	9.951,97 EUR
Ambulanter Dienst	540,00 EUR
Summe der sonstigen Rückstellungen	284.082,49 EUR

In den 284.082,49 EUR (Vorjahr 91.927,72 EUR) sind vor allem Rückstellungen für die Brandmeldeanlagen enthalten.

Die examierten Pflege- und Betreuungskräfte wurden zum 01.07.2014 in den TVöD „überführt“. Neue Fachkräfte werden nur noch als eigene TVöD-Beschäftigte angestellt und nicht mehr als Leiharbeitnehmer beschäftigt. Vereinzelt waren zusätzliche Stellen erforderlich. **Dies führte im Ergebnis zur Erhöhung der Personalaufwendungen.**

Lagebericht

Die unterschiedlichen Darstellungsweisen im Lagebericht und unserem Prüfungsbericht hängt mit der unterschiedlichen Zuordnung der Aufwendungen für die Leiharbeitnehmer und den Rückstellungen für Urlaub, Mehrarbeit und den Minusstunden der Mitarbeiter zusammen.

Kassenkredite

Im Wirtschaftsjahr 2014 wurden keine Kassenkredite benötigt.

Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

I. Markus-Pflüger-Heim Wiechs

1. Wirtschaftsplan

Im Erfolgsplan wurden Erträge und Aufwendungen von je 9.670.600 EUR und im Vermögensplan Einnahmen und Ausgaben von je 890.935 EUR veranschlagt.

2. Gewinn- und Verlustrechnung

Die Erträge und Aufwendungen haben sich 2014 wie folgt entwickelt:

Erträge Pflegeleistungen	6.121.025,40 EUR	
Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	1.785.909,66 EUR	
Erträge aus Zusatzleistungen	31.374,00 EUR	
Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten	830.634,50 EUR	
sonstige Erträge	<u>745.255,76 EUR</u>	9.514.199,32 EUR
Personalaufwand	4.584.763,99 EUR	
Materialaufwand	3.702.126,03 EUR	
Aufwand für bezogene Leistungen und übriger Sachaufwand	950.172,90 EUR	
Abschreibungen	453.237,28 EUR	
Zinsen	<u>6.195,00 EUR</u>	<u>-9.696.495,20 EUR</u>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-182.295,88 EUR
Außerordentliche Erträge		85.439,52 EUR
Außerordentliche Aufwendungen		-52.089,28 EUR
Weitere Erträge (Auflösung von Rückstellungen)		170.845,14 EUR
Weitere Aufwendungen		<u>-4.214,49 EUR</u>
Jahresgewinn		17.685,01 EUR

Die ordentlichen Aufwendungen im Berichtsjahr betragen:

Wirtschaftsjahr	Aufwand insgesamt - in EUR -	v.H. des Betriebsaufwandes	Veränderung gegenüber dem Vorjahr (v.H.)
Personalaufwand			
2011	4.215.825,50	44,4	-5,6
2012	3.948.202,70	42,7	-6,3
2013	3.925.929,63	41,4	-0,6
2014	4.584.763,99	47,3	16,8
Sachaufwand			
2011	5.288.079,29	55,6	8,6
2012	5.298.610,86	57,3	0,2
2013	5.551.549,82	58,6	4,8
2014	5.111.731,21	52,7	-7,9
Betriebsaufwand			
2011	9.503.904,79		1,8
2012	9.246.813,56		-2,7
2013	9.477.479,45		2,5
2014	9.696.495,20		2,3

Die ordentlichen Erträge betragen:

Wirtschaftsjahr	Erträge - in EUR -	v.H. der Gesamterträge	Veränderung gegenüber dem Vorjahr (v.H.)
2011	8.167.894,83	87,3	1,16
2012	8.434.783,21	91,5	3,27
2013	8.604.577,05	92,2	2,01
2014	8.768.943,56	92,2	1,91

■ Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

■ 3. Abweichungen vom Wirtschaftsplan

Die Abweichungen der Erträge und Aufwendungen von den Ansätzen des Wirtschaftsplans (Planvergleich) ergeben folgendes Bild:

Erfolgsplan

Erträge

Planansatz	9.670.600,00 EUR	
Lt. Gewinn- und Verlustrechnung	<u>9.770.483,98 EUR</u>	99.883,98 EUR

Aufwendungen

Planansatz	9.670.600,00 EUR	
Lt. Gewinn- und Verlustrechnung	<u>9.752.798,97 EUR</u>	-82.198,97 EUR

Jahresgewinn	17.685,01 EUR
---------------------	----------------------

■ 4. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

Bilanzposten	Stand 01.01. - in EUR -	Zu- gänge - in EUR -	Abschreibungen und Abgänge - in EUR -	Sonderab- schreibungen - in EUR -	Stand 31.12. - in EUR -
Summe	3.484.537,66	100.277,23	-423.841,35	0,00	3.160.973,54

Auf den detaillierten Anlagennachweis beim Jahresabschluss wird verwiesen.

Die Zu- und Abgänge und Abschreibungen beim Anlagevermögen stimmen mit den entsprechenden Konten der Buchhaltung überein.

■ 5. Vorräte

Die Vorräte auf 31.12.2014 mit 79.675,34 EUR haben sich gegenüber dem Vorjahr um 20,4 % vermindert. Der Wert der Vorräte wurde bei der Inventur ermittelt.

■ 6. Kassenbestand

Als Kassenbestand ist zum 31.12.2014 ein Guthaben von 1.095.744,50 EUR (VJ 1.093.180,05 EUR) auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen. Der Gesamtbetrag setzt sich aus den verwalteten Heimbewohnergeldern von 106.238,84 EUR, den Bar- und Girokontoständen des Pflegeheimes von 978.072,00 EUR, einem Geldtransit von 10.205,11 EUR und den auf den Sparbüchern befindlichen Mietkautionen von 1.228,55 EUR zusammen.

■ 7. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Auf 31.12.2014 werden Forderungen aus Lieferungen und Leistungen von

142.971,89 EUR (Vorjahr 222.325,77 EUR)

in der Bilanz ausgewiesen. Die ausstehenden Forderungen entsprechen 1,63 v.H. (Vorjahr 2,58 v.H.) der ordentlichen Erträge.

Von Seiten der Prüfung wird ein eventuelles Ausfallrisiko von ca. 16.700,00 EUR für möglich gehalten (0,19 v.H. der ordentlichen Erträge). Abschreibungen erfolgen aber erst, wenn das Sachgebiet Forderungsmanagement im Einzelfall feststellt, dass eine Forderung uneinbringlich ist.

■ 8. Eigenkapital

Am 01.01.2014 war in der Bilanz folgendes Eigenkapital ausgewiesen:

Gewährtes Kapital	2.000.000,00 EUR
Kapitalrücklagen	1.300.000,00 EUR
Gewinn-/Verlustvortrag	-47.821,17 EUR
Ergebnisvortragskonto	-574.523,68 EUR
Jahresverlust 2013	<u>-4.335,52 EUR</u>

Summe Eigenkapital zum 01.01.2014 2.673.319,63 EUR

Am 31.12.2014 ergab sich folgender Stand 2.691.004,64 EUR

Erhöhung 17.685,01 EUR

Das Eigenkapital zum 31.12.2014 stellt sich wie folgt dar:

Gewährtes Kapital	2.000.000,00 EUR
Kapitalrücklage	1.300.000,00 EUR
Gewinn-/Verlustvortrag	-626.680,37 EUR
Ergebnisvortragskonto	0,00 EUR
Jahresgewinn 2014	17.685,01 EUR

Summe Eigenkapital 2.691.004,64 EUR

■ Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

■ 9. Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen

Die Zuschüsse und Zuweisungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

Bilanzposten	Stand 01.01. - in EUR -	Zu- gänge - in EUR -	Abschreibungen und Abgänge - in EUR -	Sonderab- schreibungen - in EUR -	Stand 31.12. - in EUR -
Summe	917.847,94	250,00	-126.206,08	0,00	791.891,86

Eine detaillierte Aufstellung befindet sich beim Jahresabschluss. Der Anfangsbestand wurde richtig übernommen und die Zu- und Abgänge stimmen mit den entsprechenden Konten der Buchhaltung überein.

■ 10. Sonstige Verbindlichkeiten

Die restliche Verbindlichkeit gegenüber dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft von 420.000,00 EUR wurde am 26.06.2014 mit 30.000,00 EUR und am 27.10.2014 mit 390.000,00 EUR abgelöst.

Die sonstigen Verbindlichkeiten betragen daher nur noch 173.093,50 EUR.

II. Pflegeheim Markgräflerland Weil am Rhein

■ 1. Wirtschaftsplan

Im Erfolgsplan wurden Erträge und Aufwendungen von je 9.654.900 EUR und im Vermögensplan Einnahmen und Ausgaben von je 1.183.099 EUR veranschlagt.

■ 2. Gewinn- und Verlustrechnung

Die Erträge und Aufwendungen haben sich 2014 wie folgt entwickelt:

Es sind angefallen:

Erträge Pflegeleistungen	6.263.906,69 EUR	
Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	1.742.736,89 EUR	
Erträge aus Zusatzleistungen	0,00 EUR	
Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten	886.977,85 EUR	
sonstige Erträge	<u>916.805,00 EUR</u>	9.810.426,43 EUR
Personalaufwand	4.225.294,67 EUR	
Materialaufwand	4.206.940,79 EUR	
Aufwand für bezogene Leistungen und übriger Sachaufwand	548.008,30 EUR	
Abschreibungen	642.037,98 EUR	
Zinsen	<u>79.412,97 EUR</u>	<u>-9.701.694,71 EUR</u>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		108.731,72 EUR
Außerordentliche Erträge		27.751,18 EUR
Außerordentliche Aufwendungen		-34.895,62 EUR
Weitere Erträge (Auflösung von Rückstellungen)		136.887,02 EUR
Weitere Aufwendungen		<u>-5.362,29 EUR</u>

Jahresgewinn

233.112,01 EUR

Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Die ordentlichen Aufwendungen im Betriebsergebnis betragen:

Wirtschaftsjahr	Aufwand insgesamt - in EUR -	v.H. des Betriebsaufwandes	Veränderung gegenüber dem Vorjahr (v.H.)
Personalaufwand			
2011	3.211.345,12	34,3	-0,6
2012	3.225.041,18	33,8	0,4
2013	3.385.324,97	35,1	5,0
2014	4.225.294,67	43,6	24,8
Sachaufwand			
2011	6.163.809,31	65,7	2,6
2012	6.328.205,73	66,2	2,7
2013	6.271.956,02	64,9	-0,9
2014	5.476.400,04	56,4	-12,7
Betriebsaufwand			
2011	9.375.154,43		1,5
2012	9.553.246,91		1,9
2013	9.657.280,99		1,1
2014	9.701.694,71		0,5

Die ordentlichen Erträge betragen:

Wirtschaftsjahr	Erträge - in EUR -	v.H. der Gesamterträge	Veränderung gegenüber dem Vorjahr (v.H.)
2011	8.286.491,27	90,0	0,1
2012	8.407.436,07	89,4	1,5
2013	8.601.560,43	91,4	2,3
2014	8.893.621,43	90,7	3,4

■ 3. Abweichungen vom Wirtschaftsplan

Die Abweichungen der Erträge und Aufwendungen von den Ansätzen des Wirtschaftsplans (Planvergleich) ergeben folgendes Bild:

Erfolgsplan

Erträge

Planansatz	9.654.900,00 EUR	
Lt. Gewinn- und Verlustrechnung	<u>9.975.064,63 EUR</u>	320.164,63 EUR

Aufwendungen

Planansatz	9.654.900,00 EUR	
Lt. Gewinn- und Verlustrechnung	<u>9.741.952,62 EUR</u>	-87.052,62 EUR

Jahresgewinn	233.112,01 EUR
---------------------	-----------------------

■ 4. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

Bilanzposten	Stand 01.01. - in EUR -	Zu- gänge - in EUR -	Abschreibungen und Abgänge - in EUR -	Sonderab- schreibungen - in EUR -	Stand 31.12. - in EUR -
Summe	13.418.004,05	17.400,82	-633.468,06	0,00	12.801.936,81

Auf den detaillierten Anlagenachweis beim Jahresabschluss wird verwiesen.

Die Zu- und Abgänge und Abschreibungen beim Anlagevermögen stimmen mit den entsprechenden Konten der Buchhaltung überein.

■ 5. Vorräte

Die Vorräte auf 31.12.2014 mit 39.882,20 EUR haben sich gegenüber dem Vorjahr um 1,5 % erhöht. Der Wert der Vorräte wurde bei der Inventur ermittelt.

■ Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

■ 6. Kassenbestand

Als Kassenbestand ist zum 31.12.2014 ein Guthaben in Höhe von 418.293,35 EUR auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen. Der Gesamtbetrag setzt sich aus dem Guthaben auf dem Girokonto des Pflegeheims von 345.700,28 EUR, dem Bar- und Girokontostand der Zahlstelle des Pflegeheims von 16.008,58 EUR, einem Geldtransit von 13.036,37 EUR und den verwalteten Heimbewohnergeldern von 43.548,12 EUR zusammen.

Gegenüber den Mitarbeitern bestehen aus Spenden Verbindlichkeiten von 3.646,80 EUR.

■ 7. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Auf 31.12.2014 werden Forderungen aus Lieferungen und Leistungen von

270.380,51 EUR (Vorjahr 274.631,18 EUR)

in der Bilanz ausgewiesen. Die ausstehenden Forderungen entsprechen 3,04 v.H. (Vorjahr 3,2 v.H.) der ordentlichen Erträge.

Von Seiten der Prüfung wird ein eventuelles Ausfallrisiko von ca. 52.300,00 EUR für möglich gehalten (0,6 v.H. der ordentlichen Erträge). Abschreibungen erfolgen aber erst, wenn das Sachgebiet Forderungsmanagement im Einzelfall feststellt, dass eine Forderung uneinbringlich ist.

■ 8. Eigenkapital

Am 01.01.2014 war in der Bilanz folgendes Eigenkapital ausgewiesen:

Gewährtes Kapital	2.500.000,00 EUR
Kapitalrücklagen	1.400.000,00 EUR
Gewinn-/Verlustvortrag	-4.641,74 EUR
Ergebnisvortragskonto	1.085.521,57 EUR
Jahresgewinn 2013	4.347,46 EUR
Summe Eigenkapital zum 01.01.2014	4.985.227,29 EUR
Am 31.12.2014 ergab sich folgender Stand	5.218.339,30 EUR
Erhöhung	233.112,01 EUR

Das Eigenkapital zum 31.12.2014 stellt sich wie folgt dar:

Gewährtes Kapital	2.500.000,00 EUR
Kapitalrücklage	1.400.000,00 EUR
Gewinn-/Verlustvortrag	1.085.227,29 EUR
Ergebnisvortragskonto	0,00 EUR
Jahresgewinn 2014	233.112,01 EUR

Summe Eigenkapital 5.218.339,30 EUR

■ 9. Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen

Die Zuschüsse und Zuweisungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

Bilanzposten	Stand 01.01. - in EUR -	Zu- gänge - in EUR -	Abschreibungen und Abgänge - in EUR -	Sonderab- schreibungen - in EUR -	Stand 31.12. - in EUR -
Summe	4.485.807,32	0,00	-226.247,35	0,00	4.259.559,97

Eine detaillierte Aufstellung befindet sich beim Jahresabschluss. Der Anfangsbestand wurde richtig übernommen und die Abschreibungen stimmen mit den entsprechenden Konten der Buchhaltung überein.

■ 10. Sonderposten aus nicht-öffentlicher Förderung

Die Zuschüsse und Zuwendungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

Bilanzposten	Stand 01.01. - in EUR -	Zu- gänge - in EUR -	Abschreibungen und Abgänge - in EUR -	Sonderab- schreibungen - in EUR -	Stand 31.12. - in EUR -
Summe	86.361,29	2.886,35	-10.266,03	0,00	78.981,61

Eine detaillierte Aufstellung befindet sich beim Jahresabschluss. Der Anfangsbestand wurde richtig übernommen, die Zugänge und Abschreibungen stimmen mit den entsprechenden Konten der Buchhaltung überein.

■ 11. Sonstige Verbindlichkeiten

Die bilanzierten Verbindlichkeiten setzen sich unter anderem aus einem Darlehen vom Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach von 3.363.334,09 EUR zusammen. Zum 01.07.2014 wurden die bisherigen Darlehen zusammengefasst und die Zinsen angemessen angepasst.

■ Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

III. Pflegeheim Schloss Rheinweiler

■ 1. Wirtschaftsplan

Im Erfolgsplan 2014 wurden Erträge und Aufwendungen von je 3.196.400 EUR und im Vermögensplan Einnahmen und Ausgaben von je 470.958 EUR veranschlagt.

■ 2. Gewinn- und Verlustrechnung

Die Erträge und Aufwendungen haben sich 2014 wie folgt entwickelt:

Es sind angefallen:

Erträge Pflegeleistungen	1.980.002,26 EUR	
Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	616.385,31 EUR	
Erträge aus Zusatzleistungen	27.193,10 EUR	
Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten	293.766,90 EUR	
sonstige Erträge	<u>326.301,76 EUR</u>	3.243.649,33 EUR
Personalaufwand	1.439.645,20 EUR	
Materialaufwand	1.354.095,05 EUR	
Aufwand für bezogene Leistungen und übriger Sachaufwand	242.387,94 EUR	
Abschreibungen	284.131,03 EUR	
Zinsen	<u>35.001,72 EUR</u>	<u>-3.355.260,94 EUR</u>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-111.611,61 EUR
Außerordentliche Erträge		14.462,12 EUR
Außerordentliche Aufwendungen		-11.829,51 EUR
Weitere Erträge		67.960,60 EUR
Weitere Aufwendungen		<u>-1.230,07 EUR</u>

Jahresverlust

-42.248,47 EUR

Die ordentlichen Aufwendungen im Betriebsergebnis betragen:

Wirtschaftsjahr	Aufwand insgesamt - in EUR -	v.H. des Betriebsaufwandes	Veränderung gegenüber dem Vorjahr (v.H.)
Personalaufwand			
2011	1.288.549,75	40,1	-0,6
2012	1.168.816,12	35,3	-9,3
2013	1.153.503,95	35,4	-1,3
2014	1.439.645,20	42,9	24,8
Sachaufwand			
2011	1.928.613,90	59,9	45,6
2012	2.138.148,52	64,7	10,9
2013	2.100.938,81	64,6	-1,7
2014	1.915.615,74	57,1	-8,8
Betriebsaufwand			
2011	3.217.163,65		22,7
2012	3.306.964,64		2,8
2013	3.254.442,76		-1,6
2014	3.355.260,94		3,1

Die ordentlichen Erträge betragen:

Wirtschaftsjahr	Erträge - in EUR -	v.H. der Gesamterträge	Veränderung gegenüber dem Vorjahr (v.H.)
2011	2.659.347,90	87,5	31,1
2012	2.728.794,70	87,3	2,6
2013	2.806.072,58	90,3	2,8
2014	2.917.347,57	89,9	4,0

Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

3. Abweichungen vom Wirtschaftsplan

Die Abweichungen der Erträge und Aufwendungen von den Ansätzen des Wirtschaftsplans (Planvergleich) ergeben folgendes Ergebnis:

Erfolgsplan

Erträge

Planansatz	3.196.400,00 EUR	
Lt. Gewinn- und Verlustrechnung	<u>3.326.072,05 EUR</u>	129.672,05 EUR

Aufwendungen

Planansatz	3.196.400,00 EUR	
Lt. Gewinn- und Verlustrechnung	<u>3.368.320,52 EUR</u>	-171.920,62 EUR

Jahresverlust -42.248,47 EUR

4. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

Bilanzposten	Stand 01.01. - in EUR -	Zu- gänge - in EUR -	Abschreibungen und Abgänge - in EUR -	Sonder- abschreibungen - in EUR -	Stand 31.12. - in EUR -
Summe	5.658.495,97	26.823,20	-285.080,44	0,00	5.400.238,73

Auf den detaillierten Anlagenachweis beim Jahresabschluss wird verwiesen.

Die Zu- und Abgänge und Abschreibungen beim Anlagevermögen stimmen mit den entsprechenden Konten der Buchhaltung überein.

5. Vorräte

Die Vorräte auf 31.12.2014 mit 34.952,46 EUR haben sich gegenüber dem Vorjahr um 28,1 % vermindert. Der Wert der Vorräte wurde bei der Inventur ermittelt.

6. Kassenbestand

Als Kassenbestand ist zum 31.12.2014 ein Guthaben von 202.891,18 EUR ausgewiesen. Dieser Betrag setzt sich aus den verwalteten Heimbewohnergeldern von 10.663,74 EUR und den Bar- und Girokontoständen des Pflegeheims von zusammen 192.227,44 EUR zusammen.

Gegenüber den Mitarbeitern bestehen aus Spenden Verbindlichkeiten von 1.597,59 EUR.

■ 7. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Auf den 31.12.2014 werden als Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

62.257,62 EUR (Vorjahr 72.566,53 EUR)

in der Bilanz ausgewiesen.

Die ausstehenden Forderungen entsprechen 2,13 v.H. (Vorjahr 2,59 v.H.) der ordentlichen Erträge.

■ 8. Eigenkapital

Am 01.01.2014 war in der Bilanz folgendes Eigenkapital ausgewiesen:

Gewährtes Kapital	400.000,00 EUR
Kapitalrücklage	1.448.000,00 EUR
Gewinn-/Verlustvortrag	-416.209,46 EUR
Ergebnisvortragskonto	-225.037,78 EUR
Jahresverlust 2013	-34.822,44 EUR

Summe Eigenkapital zum 01.01.2014 1.171.930,32 EUR

Am 31.12.2014 ergab sich folgender Stand 1.129.681,85 EUR

Verminderung -42.248,47 EUR

Das Eigenkapital zum 31.12.2014 stellt sich wie folgt dar:

Gewährtes Kapital	400.000,00 EUR
Kapitalrücklage	1.448.000,00 EUR
Gewinn-/Verlustvortrag	-676.069,68 EUR
Ergebnisvortragskonto	0,00 EUR
Jahresverlust 2014	-42.248,47 EUR

Summe Eigenkapital 1.129.681,85 EUR

■ Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

■ 9. Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen

Die Zuschüsse und Zuweisungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

Bilanzposten	Stand 01.01. - in EUR -	Zu- gänge - in EUR -	Abschreibungen und Abgänge - in EUR -	Sonderab- schreibungen - in EUR -	Stand 31.12. - in EUR -
Summe	2.129.515,86	700,00	-118.857,32	0,00	2.011.358,54

Eine detaillierte Aufstellung befindet sich beim Jahresabschluss. Der Anfangsbestand wurde richtig übernommen, die Zugänge und Abschreibungen stimmen mit den entsprechenden Konten der Buchführung überein.

■ 10. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und sonstige Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 117.317,70 EUR setzen sich aus zwei Darlehen bei der L-Bank in Karlsruhe zusammen. Bei den sonstigen Verbindlichkeiten sind unter anderem die Darlehensverpflichtungen gegenüber dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft von 2.277.407,75 EUR bilanziert. Die bisherigen Darlehen wurden zum 01.07.2014 zusammengefasst und die Zinsen angemessen angepasst.

IV. Ambulanter Dienst beim Pflegeheim Schloss Rheinweiler

■ 1. Wirtschaftsplan

Im Erfolgsplan wurden Erträge und Aufwendungen von je 682.000 EUR und im Vermögensplan Einnahmen und Ausgaben von je 5.000 EUR veranschlagt.

■ 2. Gewinn- und Verlustrechnung

Die Erträge und Aufwendungen haben sich 2014 wie folgt entwickelt:

Es sind angefallen:

Erträge Pflegeleistungen	706.291,56 EUR	
Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten	12.652,05 EUR	
sonstige Erträge	<u>6.484,54 EUR</u>	725.428,15 EUR
Personalaufwand	399.417,72 EUR	
Materialaufwand	246.942,29 EUR	
Aufwand für bezogene Leistungen und übriger Sachaufwand	39.141,21 EUR	
Abschreibungen	<u>713,27 EUR</u>	<u>-686.214,49 EUR</u>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		39.213,66 EUR
Außerordentliche Erträge		23.125,69 EUR
Außerordentliche Aufwendungen		<u>-1.666,64 EUR</u>

Jahresgewinn

60.672,71 EUR

Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Die ordentlichen Aufwendungen im Betriebsergebnis betragen:

Wirtschaftsjahr	Aufwand insgesamt - in EUR -	v.H. des Betriebsaufwandes	Veränderung gegenüber dem Vorjahr (v.H.)
Personalaufwand			
2011	319.569,89	50,9	-18,6
2012	267.982,45	45,6	-16,1
2013	274.435,67	45,4	2,4
2014	399.417,72	58,2	45,5
Sachaufwand			
2011	308.090,05	49,1	35,1
2012	320.111,23	54,4	3,9
2013	330.077,09	54,6	3,1
2014	286.796,77	41,8	-13,1
Betriebsaufwand			
2011	627.659,94		1,2
2012	588.093,68		-6,3
2013	604.512,76		2,8
2014	686.214,49		13,5

Die ordentlichen Erträge betragen:

Wirtschaftsjahr	Erträge - in EUR -	v.H. der Gesamterträge	Veränderung gegenüber dem Vorjahr (v.H.)
2011	595.291,70	99,5	-3,6
2012	583.577,78	99,2	-1,97
2013	670.809,29	99,9	14,95
2014	718.943,61	99,1	7,18

■ 3. Abweichungen vom Wirtschaftsplan

Die Abweichungen der Erträge und Aufwendungen von den Ansätzen des Wirtschaftsplans (Planvergleich) ergeben folgendes Ergebnis:

Erfolgsplan

Erträge

Planansatz	682.000,00 EUR	
Lt. Gewinn- und Verlustrechnung	<u>748.553,84 EUR</u>	66.553,84 EUR

Aufwendungen

Planansatz	682.000,00 EUR	
Lt. Gewinn- und Verlustrechnung	<u>687.881,13 EUR</u>	-5.881,13 EUR

Jahresgewinn	60.672,71 EUR
---------------------	----------------------

■ 4. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

Bilanzposten	Stand 01.01. - in EUR -	Zu- gänge - in EUR -	Abschreibungen und Abgänge - in EUR -	Sonder- abschreibungen - in EUR -	Stand 31.12. - in EUR -
Summe	1.269,00	295,42	-689,42	0,00	875,00

Auf den detaillierten Anlagenachweis beim Jahresabschluss wird verwiesen.

Die Zugänge und Abschreibungen beim Anlagevermögen stimmen mit den entsprechenden Konten der Buchhaltung überein.

■ 5. Kassenbestand

Als Kassenbestand ist zum 31.12.2014 ein Guthaben von 323.201,74 EUR ausgewiesen. Dieser Betrag setzt sich aus dem Barbestand des Ambulanten Dienstes von 1.887,18 EUR, dem Guthaben auf dem Girokonto von 60.148,36 EUR, dem Bestand auf dem Tagesgeldkonto von 260.000,00 EUR bei der Sparkasse Lörrach-Rheinfelden und einem Geldtransit von 1.166,20 EUR zusammen.

Gegenüber den Mitarbeitern bestehen aus Spenden Verbindlichkeiten von 3.982,32 EUR.

■ Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

■ 6. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Auf den 31.12.2014 werden als Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

86.607,60 EUR (Vorjahr 121.613,01 EUR)

in der Bilanz ausgewiesen.

Die ausstehenden Forderungen entsprechen 12,05 v.H. (Vorjahr 18,13 v.H.) der ordentlichen Erträge.

Zum Prüfungszeitpunkt am 24.02.2015 betragen die ausstehenden Forderungen 45.829,21 EUR. Zu diesem Zeitpunkt waren die Rechnungen für Januar 2015 erstellt, aber noch nicht fällig. Die Leistungen des Ambulanten Dienstes können in der Regel nur nachträglich abgerechnet werden.

■ 7. Eigenkapital

Der Ambulante Dienst wurde mit einem Eigenkapital von 100.000 EUR ausgestattet.

Zum 31.12.2014 stellt sich das Eigenkapital wie folgt dar:

Eigenkapital 31.12.2013	330.863,32 EUR
Jahresgewinn 2014	<u>60.672,71 EUR</u>
Summe Eigenkapital 2014	391.536,03 EUR

■ 8. Verbindlichkeiten

Beim Ambulanten Dienst des Pflegeheims Schloss Rheinweiler bestehen keine langfristigen Verbindlichkeiten.

V. Konsolidierte Bilanz des Eigenbetriebs „Heime des Landkreises Lörrach“

■ 1. Vorbemerkung

Nach § 16 Abs. 1 EigBG ist für die Betriebsstätten des Eigenbetriebes ein konsolidierter Jahresabschluss mit Lagebericht aufzustellen.

■ 2. Wirtschaftsplan 2014

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs mit allen Betriebsstätten stellt sich wie folgt dar:

Erfolgsplan

<u>Erträge</u>	EUR	EUR
Markus-Pflüger-Heim Wiechs	9.670.600	
PH Markgräflerland Weil am Rhein	9.654.900	
Pflegeheim Schloss Rheinweiler	3.196.400	
Ambulanter Dienst	682.000	23.203.900
<hr/>		
<u>Aufwendungen</u>		
Markus-Pflüger-Heim Wiechs	9.670.600	
PH Markgräflerland Weil am Rhein	9.654.900	
Pflegeheim Schloss Rheinweiler	3.196.400	
Ambulanter Dienst	682.000	23.203.900
<hr/>		
<u>mit einem voraussichtlichen Gewinn</u>		
Markus-Pflüger-Heim Wiechs	0	
PH Markgräflerland Weil am Rhein	0	
Pflegeheim Schloss Rheinweiler	0	
Ambulanter Dienst	0	0

Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Vermögensplan

<u>Einnahmen</u>	EUR	EUR
Markus-Pflüger-Heim Wiechs	890.935	
PH Markgräflerland Weil am Rhein	1.183.099	
Pflegeheim Schloss Rheinweiler	470.958	
Ambulanter Dienst	5.000	1.496.000
<hr/>		
<u>Ausgaben</u>		
Markus-Pflüger-Heim Wiechs	890.935	
PH Markgräflerland Weil am Rhein	1.183.099	
Pflegeheim Schloss Rheinweiler	470.958	
Ambulanter Dienst	5.000	1.496.000
<hr/>		

Im konsolidierten Vermögensplan werden die erübrigten Mittel aus Vorjahren mit den Finanzierungsfehlbeträgen aus Vorjahren der einzelnen Betriebsstätten verrechnet. Außerdem muss auch der konsolidierte Vermögensplan ausgeglichen sein. Dies wurde auf der Ausgabenseite bei der Position „Tilgung von Krediten“ mit einem zusätzlichen Betrag von 334.694 EUR vollzogen. Deshalb können die Vermögenspläne der vier Betriebsstätten nicht nur einfach zusammen addiert werden.

3. Gewinn- und Verlustrechnung

Die Erträge und Aufwendungen von allen Betriebsstätten entwickelten sich 2014 wie folgt:

Erträge Pflegeleistungen	15.071.225,91 EUR	
Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	4.145.031,86 EUR	
Erträge aus Zusatzleistungen	58.567,10 EUR	
Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten	2.024.031,30 EUR	
sonstige Erträge	1.994.847,06 EUR	23.293.703,23 EUR
<hr/>		
Personalaufwand	10.649.121,58 EUR	
Materialaufwand	9.510.104,16 EUR	
Aufwand für bezogene Leistungen und übriger Sachaufwand	1.779.710,35 EUR	
Abschreibungen	1.380.119,56 EUR	
Zinsen	120.609,69 EUR	-23.439.665,34 EUR
<hr/>		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-145.962,11 EUR
Außerordentliche Erträge		127.870,17 EUR
Außerordentliche Aufwendungen		-100.481,05 EUR
Weitere Erträge (Auflösung von Rückstellungen)		398.601,10 EUR
Weitere Aufwendungen		-10.806,85 EUR
<hr/>		

Jahresgewinn

269.221,26 EUR

■ 4. Bilanz

Die konsolidierte Bilanz setzt sich nach den Hauptgruppen wie folgt zusammen:

Aktiva		Passiva	
Immaterielles Vermögen	4.759,00 EUR	Eigenkapital	9.430.561,82 EUR
Sachanlagen	21.359.265,08 EUR	Sonderposten	7.141.791,98 EUR
Vorräte	159.928,03 EUR	Rückstellungen	821.251,18 EUR
Forderungen und sonstiges Vermögen	694.574,49 EUR	Verbindlichkeiten	6.879.344,83 EUR
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.040.130,77 EUR	PRAP	1.848,96 EUR
ARAP	16.141,40 EUR		
Summe Aktiva	24.274.798,77 EUR	Summe Passiva	24.274.798,77 EUR

(Anmerkung: In der konsolidierten Bilanz werden keine innerbetrieblichen Verflechtungen bei Forderungen, Kassenbestand und Verbindlichkeiten dargestellt. Deshalb können die Bilanzen der vier Betriebsstätten nicht nur einfach zusammen addiert werden).

■ Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Abschließendes Ergebnis, Feststellungsvorschlag

■ **Zusammenfassung**

Der Fachbereich Kommunalaufsicht & Prüfung hat die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2014 des Eigenbetriebs „Heime des Landkreises Lörrach“ unter Einbeziehung der Unterlagen der Wirtschaftsführung, des Rechnungswesens und der Vermögensverwaltung nach den geltenden Vorschriften durchgeführt.

Nach Abschluss der örtlichen Prüfung wird bestätigt, dass die Wirtschaftsführung des Eigenbetriebes den in den Bestimmungen für Eigenbetriebe festgelegten Grundsätzen entspricht. Gesetze und Vorschriften wurden im Wesentlichen beachtet.

Nach dem Ergebnis dieser Prüfung für das Wirtschaftsjahr 2014 wird entsprechend § 111 GemO bestätigt, dass

- a) bei den Erträgen und Aufwendungen und bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung nach dem Gesetz und den bestehenden Vorschriften verfahren wurde,
- b) die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,
- c) die Wirtschaftspläne im Wesentlichen eingehalten und
- d) das Vermögen und die Schulden richtig nachgewiesen wurden.

Dem Kreistag kann die Feststellung des Jahresabschlusses 2014 des Eigenbetriebes „Heime des Landkreises Lörrach“ empfohlen werden.

Lörrach, den 03.06.2015



Daniel Senn
Fachbereich Kommunalaufsicht & Prüfung

Jahresabschluss zum 31.12.2014



■ Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Inhalt

BILANZ	90
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	93
ANHANG	
1. ALLGEMEINE ANGABEN	94
2. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN	95
3. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ	96
4. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	103
5. SONSTIGE ANGABEN	111
ANLAGEN ZUM ANHANG	
ANL. 1 ANLAGENNACHWEIS	112
ANL. 2 DARLEHENSÜBERSICHT	114
ANL. 3 TEILABSCHLÜSSE DER EINZELNEN EINRICHTUNGEN	115

Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Bilanz (konsolidiert)

AKTIVA	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Lizenzen, Rechte, Software	4.759,00	396,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	20.301.559,60	21.414.871,68
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	27.675,00	27.675,00
3. Technische Anlagen	22.647,00	26.987,00
4. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	959.198,00	1.055.155,00
5. Fahrzeuge	23.318,00	37.222,00
6. Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	24.867,48	0,00
	21.359.265,08	22.561.910,68
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	159.928,03	192.800,68
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen *) 0,00 €, Vj. 0,00 €	562.217,62	691.136,49
2. Forderungen an Gesellschafter oder Träger der Einrichtung *) 0,00 €, Vj. 0,00 €	50.981,55	50.410,00
3. Forderungen aus öffentlicher Förderung für Investitionen *) 0,00 €, Vj. 0,00 €	0,00	0,00
4. Sonstige Vermögensgegenstände *) 0,00 €, Vj. 0,00 €	81.375,32	84.572,62
5. Umsatzsteuer-Verrechnungskonto *) 0,00 €, Vj. 0,00 €	0,00	0,00
	694.574,49	826.119,11
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.040.130,77	1.435.597,60
	2.040.130,77	1.435.597,60
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	16.141,40	12.063,02
SUMME DER AKTIVA	24.274.798,77	25.028.887,09

*) = davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr

PASSIVA	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes/gewährtes Kapital	5.000.000,00	5.000.000,00
II. Kapitalrücklage	4.148.000,00	4.148.000,00
III. Gewinn(+)/Verlust(-)	13.340,56 269.221,26 282.561,82	-40.316,41 53.656,97 13.340,56
	9.430.561,82	9.161.340,56
B. SONDERPOSTEN AUS ZUSCHÜSSEN UND ZUWEISUNGEN ZUR FINANZIERUNG DES SACHANLAGEVERMÖGENS		
1. Sonderposten aus öffentlichen Fördermittel für Investitionen	7.036.873,29	7.503.634,72
2. Sonderposten aus nichtöffentlichen Fördermittel für Investitionen	104.918,69	115.897,69
	7.141.791,98	7.619.532,41
C. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellung für Altersteilzeit	0,00	0,00
2. Rückstellungen für Urlaubs- und Mehrstunden	537.168,69	394.101,39
3. Sonstige Rückstellungen	284.082,49	91.927,72
	821.251,18	486.029,11
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen *) 494.528,59 €, Vj. 615.692,31 €	494.528,59	615.692,31
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten *) 7.976,65 €, Vj. 11.637,45 €	117.317,70	127.126,08
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter oder dem Träger der Einrichtung *) 122.031,83 €, Vj. 127.106,40 €	122.031,83	127.106,40
4. Verbindlichkeiten aus öffentlicher Förderung für Investitionen *) 0,00 €, Vj. 0,00 €	0,00	0,00
5. Sonstige Verbindlichkeiten *) 615.787,77 €, Vj. 722.488,14 €	5.967.260,80	6.733.490,70
6. Verwahrgeldkonto *) 178.205,91 €, Vj. 156.204,07 €	178.205,91	156.204,17
	6.879.344,83	7.759.619,66
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	1.848,96	2.365,35
SUMME DER PASSIVA	24.274.798,77	25.028.887,09

*) =davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr

■ Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Gewinn- und Verlustrechnung (konsolidiert)

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
1. Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen gemäß Pflege-VG	15.071.225,91	14.603.003,11
2. Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	4.145.031,86	4.028.681,52
3. Erträge aus Zusatz- und Transportleistungen nach PflegeVG	58.567,10	19.949,62
4. Erträge aus gesonderten Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen	2.024.031,30	2.031.385,10
5. Sonstige betriebliche Erträge	1.510.623,36	1.436.290,24
	22.809.479,53	22.119.309,59
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	7.806.088,44	6.440.084,87
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.843.033,14	2.299.109,35
7. Materialaufwand		
a) Lebensmittel	1.192.144,87	1.324.502,18
b) Aufwendungen für Zusatzleistungen	35.408,69	21.876,68
c) Wasser, Energie, Brennstoffe	991.804,76	1.019.814,93
d) Wirtschaftsbedarf/Verwaltungsbedarf	7.290.745,84	8.639.711,50
8. Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	441.945,81	430.610,20
9. Steuern, Abgaben, Versicherungen	177.753,19	163.204,61
10. Sachaufwendungen für Hilfs- und Nebenbetriebe	152.866,75	132.888,07
11. Mieten, Pacht, Leasing	197.724,24	179.500,73
	21.129.515,73	20.651.303,12
Zwischenergebnis	1.679.963,80	1.468.006,47
12. Erträge aus öffentlicher / nicht-öffentlicher Förderung für Investitionen	0,00	0,00
13. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	481.576,78	516.250,56
14. Aufwendungen aus der Zuführung von öffentlichen Fördermitteln zu den Sonderposten	0,00	0,00
15. Abschreibungen		
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	1.340.495,99	1.436.192,86
b) Abschreibungen auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	39.623,57	25.075,24
16. Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	774.520,77	634.214,33
17. Sonstige ordentliche Aufwendungen	34.899,59	34.299,08
	-1.707.963,14	-1.613.530,95
Zwischenergebnis	-27.999,34	-145.524,48
18. Zinsen und ähnliche Erträge	2.646,92	1.420,13
19. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	120.609,69	212.631,33
	-117.962,77	-211.211,20
20. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-145.962,11	-356.735,68
21. Außerordentliche Erträge	127.870,17	137.658,08
22. Außerordentliche Aufwendungen	100.481,05	129.094,06
23. Weitere Erträge	398.601,10	413.645,94
24. Weitere Aufwendungen	10.806,85	11.817,31
25. Außerordentliches Ergebnis	415.183,37	410.392,65
26. Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	269.221,26	53.656,97
27. Gewinnvortrag (+)/Verlustvortrag (-)	13.340,56	-40.316,41
28. Bilanzgewinn (+)/Bilanzverlust (-)	282.561,82	13.340,56

ANHANG

1. Allgemeine Angaben

Der Eigenbetrieb „Heime des Landkreises Lörrach“ wird gemäß Beschluss des Kreistages vom 23.07.1997 als Eigenbetrieb geführt. Er ist nach dem Eigenbetriebsgesetz und § 1 der „Verordnung über die Rechnungs- und Buchführungspflichten der Pflegeeinrichtungen“ (Pflege-Buchführungsverordnung, PBV) zur Bilanzierung verpflichtet.

Der Eigenbetrieb besteht aus folgenden Einrichtungen:

- Markus-Pflüger-Heim in 79650 Schopfheim
- Pflegeheim Markgräflerland in 79576 Weil am Rhein
- Pflegeheim Schloss Rheinweiler in 79415 Bad Bellingen und dem
- Ambulanten Dienst des Pflegeheimes Schloss Rheinweiler.

Nach § 16Abs. 1 EigBG sind für diese 4 Betriebsstätten Teilabschlüsse sowie ein konsolidierter Jahresabschluss mit Lagebericht aufzustellen.

Der Jahresabschluss 2013 wurde gemäß den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung (EigBVO) vom 07.12.92, §§ 3 und 4 der PBV vom 22.11.1995 sowie dem Handelsgesetzbuch (HGB) vom 10.05.1897 (zuletzt geändert im Dezember 2012) erstellt. Für die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden die Anlagen 1 (Bilanz), 2 (Gewinn- und Verlustrechnung), 3a (Anlagenachweis), 3b (Fördernachweis) und 4 (Kontenrahmen) der PBV zugrunde gelegt.

Das Wirtschaftsjahr ist gemäß § 2 PBV das Kalenderjahr.

Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung ist das Gesamtkostenverfahren vorgeschrieben.

Die Vorjahresbeträge der Schlussbilanz wurden unverändert übernommen.

ANHANG

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Gliederung und Bewertung von Posten der Bilanz- und der Gewinn- und Verlustrechnung entsprechen den gesetzlichen Vorschriften. Im Einzelnen sind die Posten der Bilanz wie folgt angesetzt:

1. Die immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- und Herstellkosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen bilanziert. Geringwertige Anlagegüter (Anschaffungs- oder Herstellkosten bis zu 150 EUR netto je Stück) werden im Jahr des Zugangs in voller Höhe als Aufwand erfasst; diejenigen mit Anschaffungs- oder Herstellkosten über 150 EUR bis einschließlich 1.000,00 EUR netto pro Stück sind über einen Sammelposten erfasst und werden über 5 Jahre planmäßig linear abgeschrieben. Alle übrigen Vermögensgegenstände werden über ihre jeweilige betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer gemäß den AfA-Tabellen des Bundesministeriums der Finanzen planmäßig linear abgeschrieben. Grund und Boden wird nicht planmäßig abgeschrieben.
2. Die Vorräte sind zu tatsächlich geleisteten Einstandspreisen unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips bewertet worden. Außerplanmäßige Abschreibungen von Vermögensgegenständen des Umlaufvermögens i. S. d. § 253 Abs.3 und 4 HGB sind nicht vorgenommen worden.
3. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Forderungen an den Träger, Forderungen gegen verbundene Unternehmen sowie Sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bewertet. Ein Ausfallrisiko kann zum Zeitpunkt des Jahresabschlusses nicht beziffert werden.
4. Die flüssigen Mittel sind zum Nennwert am Bilanzstichtag angesetzt.
5. In den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Ausgaben vor dem Abschlussstichtag enthalten, sofern sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem darstellen.
6. Sonderposten aus empfangenen Investitionszuschüssen wurden bilanziert, wenn die Zuwendung dem Grunde und der Höhe nach konkret feststand. Alle Sonderposten werden gemäß § 5 Abs. 2 der Pflege-Buchführungsverordnung analog zur Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstandes im gleichen Verhältnis ratierlich aufgelöst.
7. Rückstellungen werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung am Bilanzstichtag notwendig ist. Langfristige Rückstellungen, bei denen eine Abzinsung i. S. d. § 253 Abs. 2 HGB notwendig gewesen wäre, liegen nicht vor.
8. Die Verbindlichkeiten sind zu ihrem Erfüllungsbetrag passiviert. Dingliche Sicherheiten sind nicht vereinbart.
9. Passive Rechnungsabgrenzungsposten wurden zur periodenrechten Abgrenzung für Einzahlungen vor dem Abschlussstichtag gebildet, die Ertrag für einen bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

3. Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens im Geschäftsjahr ergibt sich aus dem Anlagennachweis in der Anlage 2 zum Anhang.

	Stand zum 01.01. - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR -	Abschrei- bungen - in EUR -	Stand zum 31.12.- in EUR -
Immaterielle Vermögensgegenstände					
Immaterielle Vermögensgegenstände	396,00	5.712,00	0,00	1.349,00	4.759,00

Unter **Immateriellen Vermögensgegenständen** sind alle werthaltigen, abgrenzbaren und unkörperlichen Vermögensgegenstände zu verstehen, die nicht Sachen i. S. v. § 90 BGB sind. Sie müssen einzeln greifbar sein und selbstständig bewertet werden können.

	Stand zum 01.01. - in EUR -	Zugänge - in EUR -	Abgänge - in EUR-	Abschrei- bungen - in EUR -	Stand zum 31.12. - in EUR -
Sachanlagen					
Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	21.414.871,68	0,00	0,00	1.113.312,08	20.301.559,60
Grundstücke ohne Bauten	27.675,00	0,00	0,00	0,00	27.675,00
Technische Anlagen in Betriebsbauten	26.987,00	0,00	0,00	4.340,00	22.647,00
Einrichtungen und Ausstattungen	1.055.155,00	114.217,19	2.583,28	207.590,91	959.198,00
Fahrzeuge	37.222,00	0,00	0,00	13.904,00	23.318,00
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	24.867,48	0,00	0,00	24.867,48
Gesamt	22.561.910,68	144.796,67	2.583,00	1.339.146,99	21.359.265,08

Die Vermögenszugänge betreffen einerseits Zugänge zur Betriebs- und Geschäftsausstattung aller Einrichtungen i. H. v. 114.217,19 EUR (bspw. geringwertige Wirtschaftsgüter, Pflegebetten oder Reinigungs- und Küchengeräte). Andererseits sind im Markus-Pflüger-Heim bereits geleistete Anzahlungen für den Bau eines Block-Heizkraftwerkes incl. der notwendigen Wärmeleitung i. H. v. 24.867,48 EUR aktiviert worden.

Die Vermögensabgänge i. H. v. 2.583,00 EUR betreffen beim Pflegeheim Schloss Rheinweiler den Verkauf von Thermoport- Transport- und Warmhaltewagen für Speisen an das Pflegeheim Markgräflerland.

ANHANG

■ Umlaufvermögen

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	149.889,63	178.692,37
Waren	10.038,40	14.108,31
Stand 31.12.	159.928,03	192.800,68

Die Vorräte sind durch eine Stichtagsinventur zum Bilanzstichtag erfasst und mit den tatsächlich geleisteten Brutto- bzw. Netto-Einstandspreisen bewertet. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 17 % (32.872,65 EUR) erhöht.

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	562.217,62	691.136,49
Forderungen an Gesellschafter oder Träger der Einrichtung		
Forderungen an Träger der Pflegeeinrichtung	50.981,55	50.410,00

Der Bestand der Forderungen zum Bilanzstichtag (562.217,62 EUR) hat sich im Vergleich zum Vorjahr (691.136,49 EUR) um rd. 18,7% verringert.

Die Forderungen sind stichtagsgerecht abgegrenzt und haben eine Laufzeit von unter einem Jahr. Die offenen Posten werden durch ein planmäßiges, strukturiertes Mahnwesen periodisch (in der Regel monatlich) gemahnt und ggf. mit Unterstützung des SG Forderungsmanagement begetrieben.

Die Forderungen an den Träger der Pflegeeinrichtung beinhalten überwiegend Forderungen aus der Umsatzsteuer-Jahreserklärung, da der Landkreis Lörrach als Träger der Pflegeeinrichtung steuerrechtlich das Steuersubjekt der Umsatzbesteuerung ist.

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Sonstige Vermögensgegenstände		
Verrechnungskonten Lohn & Gehalt, Sozialversicherungsbeiträge	3.416,00	3.525,64
Geleistete Kauttionen	1.800,00	0,00
Forderungen ggü. Mitarbeitern	19.596,18	10.806,85
Sonstige Forderungen	56.281,64	70.240,13
Durchlaufende Bargelder	281,00	0,00
Gesamt	81.375,32	84.572,62

Die sonstigen Vermögensgegenstände sind stichtagsgerecht abgegrenzt und haben eine Laufzeit von unter einem Jahr.

Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Als Forderungen gegenüber Mitarbeitern sind ausschließlich Minuszeiten (Minusstunden /-Urlaubstage) ausgewiesen

In der Position der sonstigen Forderungen sind hauptsächlich debitorische Kreditoren, abgegrenzte Erlöse des Berichtsjahres, die erst im Folgejahr abgerechnet wurden, Erstattungen für Mitarbeiter im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes und die Dezembereinnahmen der Bewohnercafés ausgewiesen.

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		
Kurzfristige Festgelder	1.160.000,00	0,00
Sichteinlagen bei Banken und Kreditinstituten (Heim)	682.664,64	1.271.288,21
Sichteinlagen bei Banken und Kreditinstituten (Bewohner)	152.262,04	142.179,67
Kassenbestand (Heim)	11.379,20	13.429,87
Kassenbestand (Bewohner)	8.188,66	7.472,40
Geldtransit	24.407,68	0,00
Sparbücher (Kautionen)	1.228,55	1.227,45
Gesamt	2.040.130,77	1.435.597,60

Der Bestand der flüssigen Mittel ist zum Bilanzstichtag in Höhe von 2.040.130,77 EUR (Vorjahr: 1.435.597,60 EUR) ausgewiesen.

Der Gesamtbetrag setzt sich aus den verwalteten Heimbewohnergeldern, den Bank- und Girokontoständen und den auf den Sparbüchern befindlichen Mietkautionen zusammen. Die Sichteinlagen bei Banken und Kreditinstituten (Heim) setzen sich aus den Girokonten bei der Sparkasse Lörrach-Rheinfelden (620.679,46 EUR) und den Girokonten bei anderen Banken (Sparkassen Schopfheim und Markgräflerland: 61.985,18 EUR) zusammen.

Die Kassenbestände sind durch Aufnahmeprotokolle zum Bilanztag und Kontoauszüge belegt. Verfügungsbeschränkungen liegen nicht vor.

Rechnungsabgrenzungsposten

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten		
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	16.141,40	12.063,02

Unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten werden Ausgaben des Wirtschaftsjahres ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen. Die Veränderung im betrachteten Haushaltsjahr beträgt ca. 33,8%.

ANHANG

Passiva

■ Eigenkapital

	gewährtes Kapital - in EUR -	Kapital- rücklage - in EUR -	Gewinn/ Verlust - in EUR -	2014 - in EUR
Eigenkapital				
Stand 01.01.	5.000.000,00	4.148.000,00	13.340,56	9.161.340,56
Jahresüberschuss			269.221,26	269.221,26
Stand 31.12.	5.000.000,00	4.148.000,00	282.561,82	9.430.561,82

Das gewährte Kapital und die Kapitalrücklage i. H. v. insgesamt 9.148.000,00 EUR ist vom Kreistag festgesetzt worden. Aufgrund des positiven Jahresergebnisses des Berichtsjahres i. H. v. 269.221,26 EUR wird für den Eigenbetrieb ein bilanzieller Gewinnvortrag zum Stichtag i. H. v. 282.561,82 EUR ausgewiesen (Vorjahr: 13.340,56 EUR).

■ Sonderposten

	Stand zum 01.01. - in EUR -	Auflösung - in EUR -	Zuführung - in EUR -	Stand zum 31.12. - in EUR -
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens				
Sonderposten öffentlich-rechtlicher Fördermittel für Investitionen	7.503.634,72	466.761,43	0,00	7.036.873,29
Sonderposten nicht-öffentlicher Förderung für Investitionen	115.897,69	14.815,35	3.836,35	104.918,69
Stand 31.12.	7.619.532,41	481.576,78	3.836,35	7.141.791,98

Sonderposten aus öffentlichen Fördermitteln für Investitionen sind passivierte Zuschüsse öffentlicher Träger (Land Baden-Württemberg, Landkreis Lörrach sowie Gemeinden) für Investitionsmaßnahmen des Eigenbetriebs. Sie werden im gleichen Verhältnis wie das geförderte Anlagegut aufgelöst.

Sonderposten aus nichtöffentlichen Fördermitteln für Investitionen sind passivierte Zuschüsse nicht-öffentlicher natürlicher oder juristischer Personen für Investitionsmaßnahmen des Eigenbetriebs. Sie werden im gleichen Verhältnis wie das geförderte Anlagegut aufgelöst.

Die Zugänge bei den nicht-öffentlichen Sonderposten betreffen im Pflegeheim Schloss Rheinweiler einen Zuschuss zu einer Harfe i. H. v. 700,00 EUR, im Pflegeheim Markgräflerland einen Zuschuss zu einer Gehhilfe i. H. v. 2.886,35 EUR und im Markus-Pflüger-Heim einen Zuschuss zu einem Ergotrainer i. H. v. 250,00 EUR.

Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Rückstellungen

	Stand zum 01.01. - in EUR -	Auflösung / Verbrauch - in EUR -	Zuführung - in EUR -	Stand zum 31.12. - in EUR -
Rückstellungen				
Rückstellung für Urlaub und Mehrarbeit	394.101,39	394.101,39	537.168,69	537.168,69
Sonstige Rückstellungen	91.927,72	89.975,75	282.130,52	284.082,49
Summe	486.029,11	484.077,14	819.299,21	821.251,18

Rückstellungen sind Schulden, die dem Grund und / oder der Höhe nach unsicher sind.

Gemäß § 249 HGB sind für den Verpflichtungsüberhang des Arbeitgebers an die Arbeitnehmer für die am Ende des Wirtschaftsjahres noch bestehenden Urlaubs- und Überstundenansprüche Rückstellungen zu bilden. Insofern werden die Aufwendungen für diese Sachverhalte periodengerecht dem Wirtschaftsjahr zugeordnet, in dem sie entstanden sind.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten überwiegend Rückstellungen für die noch nicht abschließend durchgeführte Modifikation der Brandmeldeanlagen. Dafür sind im Markus-Pflüger-Heim 183.062,80 EUR und im Pflegeheim Markgräflerland 58.000,00 EUR zurück gestellt worden. Des Weiteren ist für die ausstehende Jahresabrechnung der Firma Siemens betreffend die Hackschnitzelanlage des Markus-Pflüger-Heimes eine Rückstellung i. H. v. 27.000,00 EUR gebildet worden.

Die Rückstellungen der einzelnen Einrichtungen setzten sich wie folgt zusammen:

	Stand zum 01.01. - in EUR -	Auflösung / Verbrauch - in EUR -	Zuführung - in EUR -	Stand zum 31.12. - in EUR -
Markus-Pflüger-Heim				
Rückstellung für Urlaub und Mehrarbeit	166.649,80	166.649,80	231.118,43	231.118,43
Sonstige Rückstellungen	62.000,00	62.000,00	210.062,80	210.062,80
Summe	228.649,80	228.649,80	441.181,23	441.181,23
Pflegeheim Markgräflerland				
Rückstellung für Urlaub und Mehrarbeit	136.887,02	136.887,02	189.485,48	189.485,48
Sonstige Rückstellungen	6.877,72	6.877,72	63.527,72	63.527,72
Summe	143.764,74	137.735,11	253.013,20	253.013,20
Pflegeheim Schloss Rheinweiler				
Rückstellung für Urlaub und Mehrarbeit	67.656,23	67.656,23	99.378,70	99.378,70
Sonstige Rückstellungen	22.440,00	20.488,03	8.000,00	9.951,97
Summe	90.096,23	88.144,26	107.378,70	109.330,67
Ambulanter Dienst				
Rückstellung für Urlaub und Mehrarbeit	22.908,34	22.908,34	17.186,08	17.186,08
Sonstige Rückstellungen	610,00	610,00	540,00	540,00
Summe	23.518,34	23.518,34	17.726,08	17.726,08

ANHANG

■ Verbindlichkeiten

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	494.528,59	615.692,31

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	117.317,70	127.126,08

Die Position Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhaltet sowohl langfristige als auch kurzfristige Verbindlichkeiten (Girokontoüberzüge). Zum Bestand der langfristigen Verbindlichkeiten wird auf die Übersicht über die Darlehen im Folgenden verwiesen.

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger der Einrichtung		
Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger der Einrichtung	122.031,83	127.106,40

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger der Einrichtung betreffen den Verwaltungskostenbeitrag für das 4. Quartal des Berichtsjahres, den das Landratsamt für die gegenüber dem Eigenbetrieb erbrachten Steuerungs- und Serviceleistungen in Rechnung gestellt hat (108.621,34 EUR), Schulden aus der Umsatzsteuervoranmeldung der Monate November / Dezember des Berichtsjahres (11.909,71 EUR) und weitere Positionen (1.500,78 EUR).

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Sonstige Verbindlichkeiten		
Darlehen und Kredite des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft Landkreises Lörrach (EAL)	5.640.741,84	6.299.549,88
Verbindlichkeiten ggü. Bewohner und Kostenträger	134.059,56	164.597,24
Verbindlichkeiten aus LOB	95.301,51	94.644,64
Sonstige Verbindlichkeiten	83.732,63	75.763,30
Sonst. Verbindlichkeiten ggü. Mitarbeiter	9.226,71	94.678,19
Erhaltene Kautionen	4.198,55	4.257,45
Gesamt	5.967.260,80	6.733.490,70
- davon Restlaufzeit bis 1 Jahr	(615.787,77)	(722.488,14)

Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen überwiegend langfristige Darlehensverbindlichkeiten i. H. v. ca. 5,64 Mio. EUR gegenüber dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft. Bei der im Wirtschaftsjahr zwischen beiden Eigenbetrieben durchgeführten Umschuldung (Pflegeheim Markgräflerland, Pflegeheim Schloss Rheinweiler) sind die Zinssätze an das aktuelle Marktniveau angepasst worden. Der Grund für die Zinsanpassung war das Auslaufen der vereinbarten Zinsbindung.

■ Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Durch die Regeltilgung und eine Sondertilgung des Markus-Pflüger-Heimes i. H. v. insgesamt 420.000,00 EUR haben sich die Verbindlichkeiten des Eigenbetriebs Heime gegenüber dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft im Betrachtungszeitraum um ca. 658 TEUR reduziert.

Des Weiteren liegen sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten aus dem laufenden Geschäftsverkehr in Höhe von 326.518,96 EUR vor.

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Verwahrgeldkonto		
Verwahrgelder Heimbewohner	158.422,49	138.955,71
Spenden	17.170,64	12.891,84
Schwebende Posten Verwahrgelder Heimbewohner	2.612,78	4.356,62
Gesamt	178.205,91	156.204,17
- davon Restlaufzeit bis 1 Jahr	(178.205,91)	(156.204,17)

Über das Verwahrgeldkonto werden die im Auftrag der Heimbewohner verwalteten Vermögen nachgewiesen. Es handelt sich hierbei um Verbindlichkeiten des Eigenbetriebes gegenüber seinen Heimbewohnern. Die Gegenposition ist auf der Aktivseite der Bilanz in den Positionen Kasse und Guthaben bei Kreditinstituten enthalten. Daneben werden vereinnahmte Spenden für die Heimbewohner ausgewiesen.

■ Rechnungsabgrenzungsposten

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Passive Rechnungsabgrenzungsposten		
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	1.848,96	2.365,35

Unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden Einnahmen des Rechnungsjahres abgebildet, die Erträge für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.

ANHANG

4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Erträge des originären Geschäftsprozesses		
Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen gemäß Pflege-VG	15.071.225,91	14.603.003,11
Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	4.145.031,86	4.028.681,52
Erträge aus Zusatz- und Transportleistungen	58.567,10	19.949,62
Erträge aus gesonderten Berechnungen von Investitionskosten	2.024.031,30	2.031.385,10
Sonstige betriebliche Erträge	1.510.623,36	1.436.290,24
Gesamt	22.809.479,53	22.119.309,59

Die Erträge aus dem Kern-Geschäftsprozess (z. B. aus der Abrechnung von Pflegesätzen) betragen im Berichtsjahr insgesamt 21.298.856,17 EUR (Vorjahr: 20.683.019,35 EUR).

Des Weiteren werden sonstige betriebliche Erträge, die der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zuzurechnen sind, i. H. v. 1.510.623,36 EUR (Vorjahr: 1.436.290,24 EUR) dargestellt.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind überwiegend Erträge aus Nebenbetrieben (z. B. externe Essenlieferungen oder Erträge der Cafeterien) i. H. v. 920.911,15 EUR (Vorjahr: 938.259,69 EUR), Erträge aus der Ausbildungumlage des KVJS i. H. v. 244.509,90 EUR (Vorjahr: 222.140,31 EUR) und Erstattungen für Personalkosten (z. B. für Mutterschutz oder für Weiterbildungen) i. H. v. 99.029,12 EUR (Vorjahr: 36.412,65 EUR) enthalten.

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -	Abweichung in %
sonstige betriebliche Erträge (Essenslieferungen)			
Markus-Pflüger-Heim	286.692,17	264.059,08	8,571%
Pflegeheim Markgräflerland	346.103,86	393.363,07	-12,014%
Pflegeheim Schloss Rheinweiler	97.135,12	91.153,77	6,561%
Summe Erträge aus sonst. Essenslieferungen	729.931,15	748.575,92	-2,4907%

Im Pflegeheim Markgräflerland und Pflegeheim Schloss Rheinweiler wird der Mahlzeiten-dienst Essen auf Rädern angeboten.

Die Einrichtungen Markus-Pflüger-Heim und Pflegeheim Markgräflerland beliefern darüber hinaus andere Pflegeheime, Schulen und Kindergärten.

Per Saldo erzielten die Essenlieferungen im Vergleich zum Vorjahr ca. -2,49% weniger Erlöse.

Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	7.806.088,44	6.440.084,87
Soziale Abgaben, Altersversorgung und sonstige Aufwendungen	2.843.033,14	2.299.109,35
Gesamt	10.649.121,58	8.739.194,22

Die Personalaufwendungen stellen den bewerteten Ressourcenverbrauch für eigenes Personal dar. Im Berichtsjahr sind die Personalaufwendungen um ca. 1.909.927 EUR im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Für weitere Erläuterungen zum Personalaufwand wird auf den Lagebericht verwiesen.

Da die Leiharbeitnehmer kein eigenes Personal darstellen, sind die entsprechenden Aufwendungen für die Leiharbeitnehmer buchhalterisch als Sachaufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung in der Position „Wirtschafts- und Verwaltungsbedarf„ enthalten.

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Materialaufwand		
Lebensmittel	1.192.144,87	1.324.502,18
Aufwendungen für Zusatzleistungen	35.408,69	21.876,68
Wasser, Energie, Brennstoffe	991.804,76	1.019.814,93
Wirtschafts-/Verwaltungsbedarf davon:	7.290.745,84	8.639.711,50
Leiharbeitnehmer	5.614.680,49	6.922.654,37
Bezogene Fremdleistungen (z. B. Wäscherei, Reinigung)	624.121,84	631.153,00
Hausverbrauchs- und Reinigungsmittel	261.793,18	261.555,49
Ausbildungsumlage	198.408,16	186.095,44
Sonstiger Verwaltungsaufwand	133.850,13	144.251,62
Fort- und Weiterbildungskosten	90.076,98	131.599,05
Büromaterial, Kommunikation und Druckkosten	89.905,08	81.004,70
Aufwendungen für Inkontinenzmaterial u. Verbrauchsgüter Pflege	78.267,50	89.184,98
Sonstige Aufwendungen Personal und Berufskleidung	56.214,10	40.219,26
Aufwendungen für Werbung und Repräsentation	48.186,81	60.832,98
Rechts- und Beratungskosten	31.570,40	25.453,30
KFZ-Kosten	27.436,77	28.223,06
Reisekosten	13.972,97	14.008,11
Rundfunk- und Fernsehgebühren, Bücher, Zeitschriften	13.737,34	14.204,39
Nebenkosten Geldverkehr	5.908,51	5.737,04
Beiträge und Gebühren	2.615,58	3.534,71
Gesamt	9.510.104,16	11.005.905,29

ANHANG

- Unter den Aufwendungen für „Wasser, Energie, Brennstoffe“ sind u.a. auch die Aufwendungen für das Contracting der Heizungsanlage des Markus-Pflüger-Heimes dargestellt. Diese Aufwendungen betragen sowohl im Berichtsjahr als auch im Vorjahr 137.310,20 EUR. Die Stromkosten sind leicht auf 465.186,06 EUR (Vorjahr: 451.887,92 EUR) gestiegen. Der Aufwand für Brennstoffe (Gas, Heizöl, Hackschnitzel) ist um 44.741,39 EUR auf 250.269,40 EUR (Vorjahr: 295.010,79 EUR) gesunken.
- Im Aufwand für Wirtschafts- und Verwaltungsbedarf sind die Kosten für Leiharbeitnehmer i. H. v. 5.614.680,49 EUR enthalten (Vorjahr: 6.922.654,37 EUR). Diese Kosten werden in der Gewinn- und Verlustrechnung nicht unter den Personalaufwendungen dargestellt, da es sich nicht um eigenes Personal handelt.
- Der Aufwand für Fremdleistungen ist um 7.031,16 EUR auf 624.121,84 EUR (Vorjahr: 631.153,00 EUR) gesunken.
- Die Fort- und Weiterbildungskosten sind um 41.522,07 EUR auf 90.076,98 EUR (Vorjahr: 131.599,05 EUR) gesunken.

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen		
Aufwendungen zentrale Dienstleistungen	440.534,00	429.389,99
Sachaufwand Personalrat	1.411,81	1.220,21
Gesamt	441.945,81	430.610,20

Die Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen sind um ca. 2,595 % moderat angestiegen. Diese Position umfasst Serviceleistungen, die die Kernverwaltung des Landratsamtes für den Eigenbetrieb erbringt (insbes. Personalverwaltung, Buchhaltung, Betreuung der Liegenschaften sowie EDV-Betreuung) und als Verwaltungskostenbeitrag abrechnet.

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Steuern, Abgaben, Versicherungen		
Versicherungen	101.326,71	87.363,03
Aufwendungen für Abfallbeseitigung	70.466,01	69.781,16
Grund-/KFZ-Steuern	5.960,47	6.060,42
Gesamt	177.753,19	163.204,61

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Sachaufwendungen für Hilfs- und Nebenbetriebe		
Sachaufwendungen für Hilfs- und Nebenbetriebe	152.866,75	132.888,07

In dieser Position werden alle Aufwendungen betreffend die Nebenbetriebe (z. B. Cafeterien) ausgewiesen.

Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Mieten, Pacht, Leasing		
Leasing	144.990,38	135.882,03
Mieten	52.733,86	43.618,70
Gesamt	197.724,24	179.500,73

Der Aufwand aus Miet- und Leasingverhältnissen ist im Berichtsjahr um 18.223,51 EUR (ca. 10,152 %) angestiegen. Leasinggegenstände sind überwiegend Fahrzeuge, Reinigungsgerät und EDV- und Büromaschinen.

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten		
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für vollstationäre Pflege	481.576,78	516.250,56

Bei den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten handelt es sich um planmäßig aufgelöste Zuschüsse für Investitionsmaßnahmen (vgl. Bilanzposition Sonderposten).

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Abschreibungen		
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	1.340.495,99	1.436.192,86
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	39.623,57	25.075,24
Gesamt	1.380.119,56	1.461.268,10

Bei den Abschreibungen handelt es sich überwiegend um planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen. Daneben werden Abschreibungen auf uneinbringliche Forderungen i. H. v. 39.623,57 EUR (Vorjahr: 25.075,24 EUR) dargestellt. Davon betreffen allein 24.681,03 EUR eine Sonderabschreibung im Markus-Pflüger-Heim. Abschreibungen auf sonstige Vermögensgegenstände liegen nicht vor.

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung		
Instandhaltung und Instandsetzung feste Wirtschaftsgüter	670.888,63	500.577,38
Instandhaltung und Instandsetzung bewegliche Wirtschaftsgüter	89.232,78	87.527,47
Unterhaltung der Außenanlagen	14.399,36	46.109,48
Gesamt	774.520,77	634.214,33

Die Aufwendungen für die „Instandhaltung feste Wirtschaftsgüter“ sind im Berichtsjahr um insgesamt ca. 170 TEUR höher ausgefallen.

Davon sind im Markus-Pflüger-Heim Aufwendungen i. H. v. 368.678,49 EUR (Vorjahr: 226.590,64 EUR) entstanden, die vorwiegend in der Rückstellungsbildung zur noch nicht fertiggestellten Modifikation der Brandmeldeanlage begründet sind (183.062,80 EUR).

ANHANG

Im Pflegeheim Markgräflerland sind die Instandhaltungsaufwendungen für feste Wirtschaftsgüter um ca. 52,472 % auf 185.332,56 EUR (Vorjahr: 121.551,34 EUR) angestiegen. Auch hier entfallen allein 73.500,00 EUR auf die noch fertig zustellende Anpassung der Brandmeldeanlage.

Im Pflegeheim Schloss Rheinweiler sind die Aufwendungen hingegen um ca. 23,326 % auf 116.877,58 EUR (Vorjahr: 152.435,40 EUR) gesunken, da sich die Beseitigung des Wasserschadens der Vorjahre nahezu nicht mehr in das Wirtschaftsjahr 2014 ausgewirkt hat.

Die Aufwendungen für die Instandhaltung beweglicher Wirtschaftsgüter sind aufgrund vieler verschiedener Kleinmaßnahmen mit einer Steigerung von ca. 1,948 % nahezu gleich geblieben.

Die Unterhaltungsmaßnahmen für die Außenanlagen sind um ca. 68,771 % gesunken.

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Sonstige ordentliche Aufwendungen		
Arbeitsaufträge Industrie	34.323,58	30.594,12
Sonstige ordentliche Aufwendungen	576,01	3.704,96
Gesamt	34.899,59	34.299,08

Die Aufwendungen für die „Arbeitsaufträge Industrie“ sind um ca. 12,190 % gestiegen und betreffen Arbeitsgelder, die im Rahmen der Arbeits- und Beschäftigungstherapie im Markus-Pflüger-Heim ausbezahlt werden.

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		
Zinsen für Einlagerungen bei Kreditinstituten	2.646,92	1.387,01
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	33,12
Gesamt	2.646,92	1.420,13

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen		
Zinsaufwand für langfristige Kredite	120.609,69	212.631,33
Sonstige Aufwendungen für Darlehen/Kredite	0,00	0,00
Gesamt	120.609,69	212.631,33

Unter den sonstigen Zinsen und ähnlichen Aufwendungen werden die üblichen Zinsaufwendungen betreffend langfristiger Darlehen abgebildet.

Die Zinsaufwendungen sind um ca. 43,277 % auf 120.609,69 (Vorjahr: 212.631,33 EUR) gefallen. Diese positive Entwicklung ist durch die Neustrukturierung der Darlehen begründet. Für weitere Informationen wird auf den Darlehenspiegel verwiesen.

Weitere Aufwendungen, die Darlehen betreffend sind im Berichtsjahr nicht angefallen.

Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Außerordentliche Erträge		
Periodenfremde Erträge	76.618,11	66.427,38
Außerordentliche Erträge	19.620,53	40.729,09
Spenden und ähnliche Zuwendungen	31.631,53	30.501,61
Gesamt	127.870,17	137.658,08

Als periodenfremd werden Erträge ausgewiesen, sofern deren Entstehung einem vorangegangenen Geschäftsjahr zuzurechnen ist und sofern diese Erträge noch nicht erfasst worden waren.

Im Markus-Pflüger-Heim betreffen die periodenfremden Erträge mit 61.486,48 EUR (Vorjahr: 23.018,92 EUR) überwiegend Gutschriften aus Vorjahren (59.239,20 EUR).

Im Pflegeheim Markgräflerland betreffen die periodenfremden Erträge mit 13.692,92 EUR (Vorjahr: 27.074,91 EUR) überwiegend eine Gutschrift betreffend eine Netzentgeltreduzierung beim Strombezug (13.101,48 EUR).

Im Pflegeheim Schloss Rheinweiler betreffen die periodenfremden Erträge mit 1.359,21 EUR (Vorjahr: 15.042,48 EUR) überwiegend Gutschriften und Erstattungen aus Vorjahren.

Im Ambulanten Dienst im Schloss Rheinweiler betragen die periodenfremden Erträge im Berichtsjahr 79,50 EUR (Vorjahr: 1.291,07 EUR) und betreffen eine Korrektur eines Sachverhalts aus dem Vorjahr.

Als außerordentlich werden nicht nachhaltige Erträge ausgewiesen, die untypisch oder einmalig sind.

Im Markus- Pflüger-Heim waren im Berichtsjahr 9.941,56 EUR (Vorjahr: 16.518,68 EUR), im Pflegeheim Markgräflerland 2.195,16 EUR (Vorjahr: 2.561,81 EUR), im Pflegeheim Schloss Rheinweiler 7.345,96 EUR (Vorjahr: 19.289,17 EUR) und im Ambulanten Dienst im Schloss Rheinweiler 137,85 EUR (Vorjahr: 2.359,43 EUR) als außerordentliche Erträge zu erfassen.

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Außerordentliche Aufwendungen		
Periodenfremde Aufwendungen	38.871,65	50.230,30
Aufwand aus Spendenbewirtschaftung	31.131,53	32.916,63
Außerordentliche Aufwendungen	12.363,70	27.294,24
Verbandsumlage	15.530,89	15.071,13
Abgang von Gegenständen aus dem Anlagevermögen	2.583,28	3.581,76
Gesamt	100.481,05	129.094,06

Die periodenfremden Aufwendungen beinhalten überwiegend nicht erfolgte Abrechnungen der Vorjahre, die bisher nicht als Aufwand erfasst wurden.

Im Markus- Pflüger-Heim sind im Berichtsjahr 29.117,56 EUR (Vorjahr: 28.535,55 EUR), im Pflegeheim Markgräflerland 8.324,38 EUR (Vorjahr: 14.753,24 EUR), im Pflegeheim Schloss Rheinweiler 1.390,24 EUR (Vorjahr: 6.665,37 EUR) und im Ambulanten Dienst im Schloss Rheinweiler 39,47 EUR (Vorjahr: 276,14 EUR) erfasst worden.

ANHANG

In der Spendenbewirtschaftung werden Bewegungen auf dem Spendenkonto dargestellt.

Als außerordentlich werden nicht nachhaltige Aufwendungen ausgewiesen, die untypisch oder einmalig sind.

Im Markus- Pflüger-Heim sind im Berichtsjahr 2.577,75 EUR (Vorjahr: 25.972,13 EUR), im Pflegeheim Markgräflerland 9.685,82 EUR (Vorjahr: 1.315,43 EUR), im Pflegeheim Schloss Rheinweiler 7,66 EUR (Vorjahr: 0,00 EUR) und im Ambulanten Dienst im Schloss Rheinweiler 92,47 EUR (Vorjahr: 6,68 EUR) als außerordentliche Aufwendungen ausgewiesen.

Die Aufwendungen für den Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens erfassen Anlagegüter, die zum Zeitpunkt des Abgangs noch einen positiven Restbuchwert aufweisen und betreffen ausschließlich den Abgang von Thermoporten und Transportwagen für Mahlzeiten beim Pflegeheim Schloss Rheinweiler, da diese Gerätschaften zum Restbuchwert an das Pflegeheim Markgräflerland verkauft wurden.

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Weitere Erträge		
Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen	398.101,10	412.620,94
Erträge aus Anlagenabgang, Zuschreibungen	500,00	1.025,00
Gesamt	398.601,10	413.645,94

Nach der Pflegebuchführungsverordnung sind die Aufwendungen zur Bildung der Rückstellungen für Urlaub und Mehrarbeit unter dem gewöhnlichen Geschäftsaufwand bei den Personalaufwendungen zu zeigen. Der Ertrag aus der Auflösung dieser Rückstellungen und der Rückstellungen für Altersteilzeit ist allerdings unter den weiteren Erträgen im außerordentlichen Ergebnis zu zeigen. Diese Darstellung ist „asymmetrisch“.

Die Erträge aus Anlagenabgängen betreffen das Markus-Pflüger-Heimes und resultieren aus dem Verkauf eines LKW.

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
Weitere Aufwendungen		
Auflösung Forderung Urlaub und Mehrarbeitsstunden	10.806,85	11.817,31

■ Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

ANHANG

5. Sonstige Angaben

Im Durchschnitt war im Geschäftsjahr folgendes Personal (Zahl der Mitarbeiter incl. Azubis, ohne Zivildienstleistende und Praktikanten) in den einzelnen Einrichtungen eingesetzt:

	2014	2013
Markus-Pflüger-Heim, Wiechs	136	114
Pflegeheim Markgräflerland, Weil am Rhein	137	105
Pflegeheim Schloss Rheinweiler, Rheinweiler	49	38
Ambulanter Dienst, Rheinweiler	13	8
Gesamt	335	265

Die Erhöhung um 70 Mitarbeiter begründet sich insbesondere mit der Einstellung von bisher bei der Fa. DATA-MED beschäftigten Fachkräften direkt beim Eigenbetrieb Heime.

Zum Betriebsleiter war im Geschäftsjahr 2014 Herr Reinhard Heichel bestellt.

Die Aufgaben des Betriebsausschusses werden vom Sozialausschuss des Kreistages wahrgenommen. Dem Betriebsausschuss gehören an:

- Frau Landrätin Marion Dammann

Sowie als ordentliche Mitglieder des Kreistags:

- | | |
|------------------------|-------------------------------------|
| ■ Herr Jörg Lutz | ■ Herr Dr. Stefan Grüter |
| ■ Frau Gabriele Weber | ■ Herr Dr. Günter Zabel |
| ■ Frau Hannelore Nuß | ■ Herr Dr. Christian Renkert |
| ■ Herr Johannes Foege | ■ Herr Wolfgang Deschler |
| ■ Herr Karl Argast | ■ Herr Franz Kiefer |
| ■ Frau Ina Rosenthal | ■ Herr Dieter Müller |
| ■ Frau Ingrid Pross | ■ Frau Beatrice Kaltenbach-Holzmann |
| ■ Herr Wolfgang Straub | ■ Herr Gunter Halter |
| ■ Herr Peter Hüttlin | ■ Frau Erika Brogle |
| ■ Frau Diana Stöcker | ■ Herr Dr. Fritz Lenz |
| ■ Herr Dieter Wild | |



Reinhard Heichel
 Betriebsleiter

Bad Bellingen, 04.04.2015

Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Anlagennachweis (konsolidiert) *

BILANZPOSTEN	ENTWICKLUNG DER ANSCHAFFUNGSWERTE				
	Anfangs- bestand zum 01.01.2014	Zugang	Umbuch- ungen	Abgang	Endstand zum 31.12.2014
1	2	3	4	5	6
	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
Immaterielle Vermögensgegenstände	41.583,99	5.712,00	-	-	47.295,99
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten	55.301.257,44	-	-	-	55.301.257,44
darunter: Betriebsbauten und Außenanlagen	54.968.476,59	-	-	-	54.968.476,59
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	31.639,00	-	-	-	31.639,00
Grundstücke ohne Bauten	27.675,26	-	-	-	27.675,26
Technische Anlagen in Bauten	80.729,41	-	-	-	80.729,41
Einrichtungen und Ausstattung in Bauten	3.404.130,91	76.221,84	-	118.033,67	3.362.319,08
Einrichtungen und Ausstattung in Außenanlagen	472.978,16	1.229,00	-	-	474.207,16
Geringwertige Wirtschaftsgüter	722.635,13	36.766,35	-	460.271,62	299.129,86
Fahrzeuge	184.630,99	-	-	2.340,00	182.290,99
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	-	24.867,48	-	-	24.867,48
SUMMEN	60.267.260,29	144.796,67	-	580.645,29	59.831.411,67

*) Anlagennachweis gem. Anlage 3a PBV und den Anlagen 2 und 3 gem.
§10 Abs. 2 EigBVO BW

ENTWICKLUNG DER ABSCHREIBUNGEN								
Anfangsbestand zum 01.01.2014	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Umbuchungen	Zuschreibungen des Geschäftsjahres	Entnahme für Abgänge	Endstand zum 31.12.2014	Restbuchwerte zum 31.12.2014	Ø AfA-Satz	Ø Restbuchwert
7	8	9	10	11	12	13	14	15
- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in % -	- in % -
41.187,99	1.349,00	-	-	-	42.536,99	4.759,00	2,85%	10,06%
33.915.612,64	1.113.044,08	-	-	-	35.028.656,72	20.272.600,72	2,01%	36,66%
33.915.612,35	1.113.044,08	-	-	-	35.028.656,43	19.939.820,16	2,02%	36,28%
2.412,12	268,00	-	-	-	2.680,12	28.958,88	0,85%	91,53%
0,26	-	-	-	-	0,26	27.675,00	0,00%	100,00%
53.742,41	4.340,00	-	-	-	58.082,41	22.647,00	5,38%	28,05%
2.777.625,91	121.979,84	-	-	118.033,67	2.781.572,08	580.747,00	3,63%	17,27%
150.518,16	25.789,00	-	-	-	176.307,16	297.900,00	5,44%	62,82%
616.445,13	59.822,07	-	-	457.688,34	218.578,86	80.551,00	20,00%	26,93%
147.408,99	13.904,00	-	-	2.340,00	158.972,99	23.318,00	7,63%	12,79%
-	-	-	-	-	-	24.867,48	0,00%	100,00%
37.704.953,61	1.340.495,99	-	-	578.062,01	38.467.387,59	21.364.024,08	2,24%	35,71%

Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Darlehensübersicht (konsolidiert)

Nr.	Darlehensgeber	Empfänger	Aufnahmehjahr	Urspr. Kreditbetrag	Stand am Jahresanfang	Umschuldung / Neuaufnahme	Tilgung	Stand am Jahresende	gezahlte Zinsen	Zinssatz
				- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in % -
1	EB Abfallwirtschaft	MPH	2005	900.000,00	420.000,00	-	420.000,00	0,00	6.195,00	2,95
2	EB Abfallwirtschaft	PML	2007	1.468.013,87	1.217.358,63	-	1.217.358,63	0,00	27.835,78	3,93
3	EB Abfallwirtschaft	PML	2008	1.177.529,51	980.637,42	-	980.637,42	0,00	30.683,17	4,20
4	EB Abfallwirtschaft	PML	2008	1.558.703,00	866.270,50	-	866.270,50	0,00	19.144,58	4,42
5	EB Abfallwirtschaft	PML	2012	467.000,00	435.567,31	-	435.567,31	0,00	3.520,73	1,625
6	EB Abfallwirtschaft	PML	2014	3.449.573,43	0,00	3.449.573,43	86.239,34	3.363.334,09	12.512,25	0,010
7	EB Abfallwirtschaft	PSR	2009	534.000,00	391.600,00	-	391.600,00	0,00	7.678,48	2,98
8	L-Bank, Karlsruhe	PSR	2010	78.414,17	65.769,39	-	1.824,51	63.944,88	164,42	0,50
9	L-Bank, Karlsruhe	PSR	2010	59.901,08	55.017,13	-	1.644,31	53.372,82	273,03	0,50
10	EB Abfallwirtschaft	PSR	2011	1.500.000,00	1.405.487,82	-	1.405.487,82	0,00	15.480,11	2,21
11	EB Abfallwirtschaft	PSR	2012	610.000,00	582.628,20	0,00	582.628,20	0,00	4.717,96	1,625
12	EB Abfallwirtschaft	PSR	2014	2.335.802,82	0,00	2.335.802,82	58.395,07	2.277.407,75	8.472,39	0,730
				14.138.937,88	6.420.336,40	5.785.376,25	6.447.653,11	5.758.059,54	136.677,90	

Teilabschlüsse der einzelnen Einrichtungen

- Markus-Pflüger-Heim
- Pflegeheim Markgräflerland
- Pflegeheim Schloss Rheinweiler
- Ambulanter Dienst Schloss Rheinweiler



■ Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Inhalt

MARKUS PFLÜGER HEIM

BILANZ	118
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	121
ANLAGENNACHWEIS	122
FÖRDERNACHWEIS	124
DARLEHENSÜBERSICHT	127

PFLEGEHEIM MARKGRÄFLERLAND

BILANZ	128
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	131
ANLAGENNACHWEIS	132
FÖRDERNACHWEIS	134
DARLEHENSÜBERSICHT	139

PFLEGEHEIM SCHLOSS RHEINWEILER

BILANZ	140
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	143
ANLAGENNACHWEIS	144
FÖRDERNACHWEIS	146
DARLEHENSÜBERSICHT	149

AMBUL. DIENST SCHLOSS RHEINWEILER

BILANZ	150
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	153
ANLAGENNACHWEIS	154

Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Bilanz

AKTIVA	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Lizenzen, Rechte, Software	4.601,00	0,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.755.776,06	3.088.786,66
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	25.470,00	25.470,00
3. Technische Anlagen	8.533,00	11.833,00
4. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	329.695,00	339.300,00
5. Fahrzeuge	12.031,00	19.148,00
6. Geleistete Anzahlungen	24.867,48	0,00
	3.156.372,54	3.484.537,66
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	79.675,34	100.138,02
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen *) 0,00 €, Vj. 0,00 €	142.971,89	222.325,77
2. Forderungen an Gesellschafter oder Träger der Einrichtung *) 0,00 €, Vj. 0,00 €	18.083,92	21.078,15
3. Forderung gegen verbundene Unternehmen *) 0,00 €, Vj. 0,00 €	23.296,16	24.696,94
4. Sonstige Vermögensgegenstände *) 0,00 €, Vj. 0,00 €	27.342,94	39.819,02
5. Umsatzsteuer-Verrechnungskonto *) 0,00 €, Vj. 0,00 €	0,00	0,00
	211.694,91	307.919,88
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.095.744,50	1.093.180,05
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	7.798,59	11.229,58
SUMME DER AKTIVA	4.555.886,88	4.997.005,19

*) = davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr

PASSIVA	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes/gewährtes Kapital	2.000.000,00	2.000.000,00
II. Kapitalrücklage	1.300.000,00	1.300.000,00
III. Gewinn(+) / Verlust(-)		
1. Gewinnvortrag (+) / Verlustvortrag(-)	-626.680,37	-622.344,85
2. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	17.685,01	-4.335,52
	-608.995,36	-626.680,37
	2.691.004,64	2.673.319,63
B. SONDERPOSTEN AUS ZUSCHÜSSEN UND ZUWEISUNGEN ZUR FINANZIERUNG DES SACHANLAGEVERMÖGENS		
1. Sonderposten aus öffentlichen Fördermittel für Investitionen	783.030,86	907.837,94
2. Sonderposten aus nichtöffentlichen Fördermittel für Investitionen	8.861,00	10.010,00
	791.891,86	917.847,94
C. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellungen für Altersteilzeit	0,00	0,00
2. Rückstellungen für Urlaubs- und Mehrstunden	231.118,43	166.649,80
3. Sonstige Rückstellungen	210.062,80	62.000,00
	441.181,23	228.649,80
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen *) 244.750,47 €, Vj. 279.867,55 €	244.750,47	279.867,55
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten *) 0,00 €, Vj. 0,00 €	0,00	0,00
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter oder dem Träger der Einrichtung *) 56.738,70 €, Vj. 56.938,80 €	56.738,70	56.938,80
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen *) 44.645,67 €, Vj. 41.700,00 €	44.645,67	41.700,70
5. Sonstige Verbindlichkeiten *) 173.093,50 €, Vj. 338.935,04 €	173.093,50	698.935,04
6. Verwahrgeldkonto *) 110.731,85 €, Vj. 97.380,38 €	110.731,85	97.380,38
	629.960,19	1.174.822,47
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	1.848,96	2.365,35
SUMME DER PASSIVA	4.555.886,88	4.997.005,19

*) =davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr

■ Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
1. Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen gemäß Pflege-VG	6.121.025,40	6.037.366,09
2. Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	1.785.909,66	1.730.439,76
3. Erträge aus Zusatz- und Transportleistungen nach PflegeVG	31.374,00	3.858,60
4. Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen	830.634,50	832.912,60
5. Sonstige betriebliche Erträge	617.336,15	585.023,46
	9.386.279,71	9.189.600,51
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	3.395.812,55	2.931.101,15
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.188.951,44	994.828,48
7. Materialaufwand		
a) Lebensmittel	528.023,94	549.588,42
b) Aufwendungen für Zusatzleistungen	12.148,11	12.054,41
c) Wasser, Energie, Brennstoffe	464.697,02	469.970,47
d) Wirtschaftsbedarf/Verwaltungsbedarf	2.697.256,96	3.215.319,97
8. Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	203.777,86	199.552,19
9. Steuern, Abgaben, Versicherungen	75.364,91	71.533,13
10. Sachaufwendungen für Hilfs- und Nebenbetriebe	109.591,96	93.915,17
11. Mieten, Pacht, Leasing	96.276,77	81.110,72
	8.771.901,52	8.618.974,11
Zwischenergebnis	570.626,40	570.626,40
12. Erträge aus öffentlicher / nicht-öffentlicher Förderung für Investitionen	0,00	0,00
13. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	126.206,08	141.577,71
14. Aufwendungen aus der Zuführung von öffentlichen Fördermitteln zu den Sonderposten	0,00	0,00
15. Abschreibungen		
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	423.841,35	480.669,38
b) Abschreibungen auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	29.395,93	18.572,07
16. Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	430.754,97	312.643,11
17. Sonstige ordentliche Aufwendungen	34.406,43	32.903,28
	-792.192,60	-703.210,13
Zwischenergebnis	-132.583,73	-132.583,73
18. Zinsen und ähnliche Erträge	1.713,53	880,89
19. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.195,00	13.717,50
	-4.481,47	-12.836,61
20. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-182.295,88	-145.420,34
21. Außerordentliche Erträge	85.439,52	54.762,12
22. Außerordentliche Aufwendungen	52.089,28	77.137,76
23. Weitere Erträge	170.845,14	169.062,65
24. Weitere Aufwendungen	4.214,49	5.602,19
25. Außerordentliches Ergebnis	199.980,89	141.084,82
26. Jahresüberschuss(+)/Jahresfehlbetrag (-)	17.685,01	-4.335,52
27. Gewinnvortrag (+)/Verlustvortrag (-)	-626.680,37	-622.344,85
28. Bilanzgewinn (+)/Bilanzverlust (-)	-608.995,36	-626.680,37

Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Anlagennachweis *

BILANZPOSTEN	Entwicklung der Anschaffungswerte				
	Anfangs- bestand zum 01.01.2014	Zugang	Umbuch- ungen	Abgang	Endstand zum 31.12.2014
1	2	3	4	5	6
	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
Immaterielle Vermögensgegenstände	5.057,36	5.712,00	-	-	10.769,36
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten	25.180.482,80	-	-	-	25.180.482,80
<i>darunter: Betriebsbauten und Außenanlagen</i>	<i>25.150.494,51</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>25.150.494,51</i>
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	31.639,00	-	-	-	31.639,00
Grundstücke ohne Bauten	25.470,26	-	-	-	25.470,26
Technische Anlagen in Bauten	58.436,44	-	-	-	58.436,44
Einrichtungen und Ausstattung in Bauten	1.966.574,58	49.967,55	-	118.033,67	1.898.508,46
Einrichtungen und Ausstattung in Außenanlagen	50.696,31	1.229,00	-	-	51.925,31
Geringwertige Wirtschaftsgüter	180.379,24	18.501,20	-	104.395,37	94.485,07
Fahrzeuge	88.390,95	-	-	2.340,00	86.050,95
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	-	24.867,48	-	-	24.867,48
SUMMEN	27.587.126,94	100.277,23	-	224.769,04	27.462.635,13

*) Anlagennachweis gem. Anlage 3a PBV und den Anlagen 2 und 3 gem. §10 Abs. 2 EigBVO BW

Entwicklung der Abschreibungen								
Anfangsbestand zum 01.01.2014	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Umbuchungen	Zuschreibungen des Geschäftsjahres	Entnahme für Abgänge	Endstand zum 31.12.2014	Restbuchwerte zum 31.12.2014	Ø AfA-Satz	Ø Restbuchwert
7	8	9	10	11	12	13	14	15
- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in % -	- in % -
5.057,36	1.111,00	-	-	-	6.168,36	4.601,00	10,32%	42,72%
22.120.923,02	332.742,60	-	-	-	22.453.665,62	2.726.817,18	1,32%	10,83%
22.120.922,73	332.742,60	-	-	-	22.453.665,33	2.696.829,18	1,32%	10,72%
2.412,12	268,00	-	-	-	2.680,12	28.958,88	0,85%	91,53%
0,26	-	-	-	-	0,26	25.470,00	0,00%	100,00%
46.603,44	3.300,00	-	-	-	49.903,44	8.533,00	5,65%	14,60%
1.677.376,58	59.052,55	-	-	118.033,67	1.618.395,46	280.113,00	3,11%	14,75%
37.870,31	1.345,00	-	-	-	39.215,31	12.710,00	2,59%	24,48%
143.103,24	18.905,20	-	-	104.395,37	57.613,07	36.872,00	20,01%	39,02%
69.242,95	7.177,00	-	-	2.340,00	74.019,95	12.031,00	8,27%	13,98%
-	-	-	-	-	-	24.867,48	0,00%	100,00%
24.102.589,28	423.841,35	-	-	224.769,04	24.301.661,59	3.160.973,54	1,74%	11,51%

Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Fördernachweis *

BILANZPOSTEN	Entwicklung der Anschaffungswerte				
	Anfangsbestand zum 01.01.2014	Zugang	Umbuchungen	Abgang	Endstand zum 31.12.2014
1	2	3	4	5	6
	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
Landeszuschuss für Neubau Wirtschaftsgebäude und Gemeinschaftshaus (Bescheid RP v. 26.09.1974)	317.001,00	-	-	-	317.001,00
Landeszuschuss für den Bau des Hauses Dinkelberg (Bescheid RP Frbg. v. 08.08.1977 u. 14.12.1984)	1.750.523,00	-	-	-	1.750.523,00
Landeszuschuss für den Neubau des Hauses Entegast (Bescheid RP Frbg. v. 17.01.1983)	4.229.918,00	-	-	-	4.229.918,00
Fiktivzuschuss des Landkreises für den Neubau des Hauses Entegast	1.528.763,00	-	-	-	1.528.763,00
Landeszuschüsse für den Umbau des Hauses Dinkelberg	1.885.379,00	-	-	-	1.885.379,00
Fiktivzuschuss des Landkreises für den Umbau des Hauses Dinkelberg	453.188,00	-	-	-	453.188,00
Summe öffentliche Förderung	10.164.772,00	-	-	-	10.164.772,00
Sonderposten aus nicht öffentlicher Förderung					
Spende von Fr. D. Schaub für ein Pflegebett	5.689,60	-	-	-	5.689,60
Spende für geringwertige Wirtschaftsgüter der SNOEZELEN-THERAPIE	5.601,21	-	-	-	5.601,21
Spende Deutsche Bank	6.076,79	-	-	-	6.076,79
Spende für Gehhilfe	2.886,35	-	-	-	2.886,35
Spende Ergotrainer	-	250,00	-	-	250,00
Summe nicht öffentliche Förderung	20.253,95	250,00	-	-	20.503,95
SUMMEN	10.185.025,95	250,00	-	-	10.185.275,95

*) Nachweis der Förderungen nach Landesrecht gem. Anlage 3b PBV

Entwicklung der Abschreibungen								
Anfangsbestand zum 01.01.2014	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Umbuchungen	Zuschreibungen des Geschäftsjahres	Entnahme für Abgänge	Endstand zum 31.12.2014	Restbuchwerte zum 31.12.2014	Ø AfA-Satz	Ø Restbuchwert
7	8	9	10	11	12	13	14	15
- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in % -	- in % -
317.001,00	-	-	-	-	317.001,00	-	0,00%	0,00%
1.750.523,00	-	-	-	-	1.750.523,00	-	0,00%	0,00%
4.041.921,80	46.999,08	-	-	-	4.088.920,88	140.997,12	1,11%	3,33%
1.514.203,78	7.279,80	-	-	-	1.521.483,58	7.279,42	0,48%	0,48%
1.316.772,68	56.860,68	-	-	-	1.373.633,36	511.745,64	3,02%	27,14%
316.511,80	13.667,52	-	-	-	330.179,32	123.008,68	3,02%	27,14%
9.256.934,06	124.807,08	-	-	-	9.381.741,14	783.030,86	1,23%	7,70%
2.311,60	380,00	-	-	-	2.691,60	2.998,00	6,68%	52,69%
5.601,21	-	-	-	-	5.601,21	-	0,00%	0,00%
2.179,79	608,00	-	-	-	2.787,79	3.289,00	10,01%	54,12%
151,35	361,00	-	-	-	512,35	2.374,00	12,51%	82,25%
-	50,00	-	-	-	50,00	200,00	20,00%	80,00%
10.243,95	1.399,00	-	-	-	11.642,95	8.861,00	6,82%	43,22%
9.267.178,01	126.206,08	-	-	-	9.393.384,09	791.891,86	1,24%	7,77%

■ Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Darlehensübersicht

Nr.	Darlehens- geber	Aufnah- mejahr	Urspr. Kredit- betrag	Stand am Jahres- anfang	Umschul- dung / Neuauf- nahme	Tilgung	Stand am Jahres- ende	gezahlte Zinsen	Zins- satz
			- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in % -
1	EB Abfall- wirtschaft	2005	900.000,00	420.000,00	-	420.000,00	0,00	6.195,00	2,95%
			900.000,00	420.000,00	-	420.000,00	0,00	6.195,00	

Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Bilanz

AKTIVA	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Lizenzen, Rechte, Software	0,00	0,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	12.317.827,81	12.864.495,05
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	0,00	0,00
3. Technische Anlagen	14.114,00	15.154,00
4. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	464.030,00	530.725,00
5. Fahrzeuge	5.965,00	7.630,00
	12.801.936,81	13.418.004,05
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	39.882,20	39.289,54
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen *) 0,00 €, Vj. 0,00 €	270.380,51	274.631,18
2. Forderungen an Gesellschafter oder Träger der Einrichtung *) 0,00 €, Vj. 0,00 €	26.659,50	23.507,16
3. Forderung gegen verbundene Unternehmen *) 0,00 €, Vj. 0,00 €	0,00	0,00
4. Sonstige Vermögensgegenstände *) 0,00 €, Vj. 0,00 €	31.231,23	31.131,82
	328.271,24	329.270,16
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	418.293,35	45.279,63
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	5.039,39	240,57
SUMME DER AKTIVA	13.593.422,99	13.832.083,95

*) = davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr

PASSIVA	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes/gewährtes Kapital	2.500.000,00	2.500.000,00
II. Kapitalrücklage	1.400.000,00	1.400.000,00
III. Gewinn(+) / Verlust(-)		
1. Gewinnvortrag (+) / Verlustvortrag (-)	1.085.227,29	1.080.879,83
2. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	233.112,01	4.347,46
	1.318.339,30	1.085.227,29
	5.218.339,30	4.985.227,29
B. SONDERPOSTEN AUS ZUSCHÜSSEN UND ZUWEISUNGEN ZUR FINANZIERUNG DES SACHANLAGEVERMÖGENS		
1. Sonderposten aus öffentlichen Fördermitteln für Investitionen	4.259.559,97	4.485.807,32
2. Sonderposten aus nichtöffentlichen Fördermitteln für Investitionen	78.981,61	86.361,29
	4.338.541,58	4.572.168,61
C. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellungen für Altersteilzeit	0,00	0,00
2. Rückstellungen für Urlaubs- und Mehrstunden	189.485,48	136.887,02
3. Sonstige Rückstellungen	63.527,72	6.877,72
	253.013,20	143.764,74
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen *) 138.478,05 €, Vj. 175.316,06 €	138.478,05	175.316,06
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten *) 0,00 €, Vj. 154.914,71 €	0,00	154.914,71
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter oder dem Träger der Einrichtung *) 49.965,99 €, Vj. 50.829,99 €	49.965,99	50.829,99
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen *) 65.350,33 €, Vj. 80.410,36 €	65.350,33	80.410,36
5. Sonstige Verbindlichkeiten *) 283.949,75 €, Vj. 262.091,23 €	3.474.805,17	3.621.144,16
6. Verwahrgeldkonto *) 54.929,37 €, Vj. 48.308,03 €	54.929,37	48.308,03
	3.783.528,91	4.130.923,31
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	0,00	0,00
SUMME DER PASSIVA	13.593.422,99	13.832.083,95

*) =davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr

■ Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
1. Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen gemäß Pflege-VG	6.263.906,69	6.001.245,73
2. Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	1.742.736,89	1.705.838,10
3. Erträge aus Zusatz- und Transportleistungen nach PflegeVG	0,00	42,90
4. Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen	886.977,85	894.433,70
5. Sonstige betriebliche Erträge	680.002,82	672.855,25
	9.573.624,25	9.274.415,68
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	3.111.817,47	2.507.063,85
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.113.477,20	878.261,12
7. Materialaufwand		
a) Lebensmittel	510.724,02	575.224,42
b) Aufwendungen für Zusatzleistungen	18.423,58	6.117,27
c) Wasser, Energie, Brennstoffe	379.289,13	398.869,07
d) Wirtschaftsbedarf/Verwaltungsbedarf	3.298.504,06	3.998.284,91
8. Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	176.388,78	171.039,01
9. Steuern, Abgaben, Versicherungen	68.508,20	62.240,57
10. Sachaufwendungen für Hilfs- und Nebenbetriebe	40.822,06	36.814,84
11. Mieten, Pacht, Leasing	54.179,23	53.957,64
	8.772.133,73	8.687.872,70
Zwischenergebnis	801.490,52	586.542,98
12. Erträge aus öffentlicher / nicht-öffentlicher Förderung für Investitionen	0,00	0,00
13. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	236.513,38	251.637,81
14. Aufwendungen aus der Zuführung von öffentlichen Fördermitteln zu den Sonderposten	0,00	0,00
15. Abschreibungen		
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	633.468,06	661.718,44
b) Abschreibungen auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.569,92	3.082,43
16. Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	207.621,50	158.399,21
17. Sonstige ordentliche Aufwendungen	488,53	1.376,44
	-613.634,63	-572.938,71
Zwischenergebnis	187.855,89	13.604,27
18. Zinsen und ähnliche Erträge	288,80	120,54
19. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	79.412,97	144.831,77
	-79.124,17	-144.711,23
20. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	108.731,72	-131.106,96
21. Außerordentliche Erträge	27.751,18	42.264,61
22. Außerordentliche Aufwendungen	34.895,62	36.454,24
23. Weitere Erträge	136.887,02	135.129,35
24. Weitere Aufwendungen	5.362,29	5.485,30
25. Außerordentliches Ergebnis	124.380,29	135.454,42
26. Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	233.112,01	4.347,46
27. Gewinnvortrag (+)/Verlustvortrag (-)	1.085.227,29	1.080.879,83
28. Bilanzgewinn (+)/Bilanzverlust (-)	1.318.339,30	1.085.227,29

Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Anlagennachweis *

BILANZPOSTEN	Entwicklung der Anschaffungswerte				
	Anfangs- bestand zum 01.01.2014	Zugang	Umbuch- ungen	Abgang	Endstand zum 31.12.2014
1	2	3	4	5	6
	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
Immaterielle Vermögensgegenstände	20.119,00	-	-	-	20.119,00
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten	21.434.196,22	-	-	-	21.434.196,22
<i>darunter: Betriebsbauten und Außenanlagen</i>	<i>21.150.157,66</i>	-	-	-	<i>21.150.157,66</i>
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	-	-	-	-	-
Grundstücke ohne Bauten	-	-	-	-	-
Technische Anlagen in Bauten	22.292,97	-	-	-	22.292,97
Einrichtungen und Ausstattung in Bauten	1.154.793,02	4.484,35	-	-	1.159.277,37
Einrichtungen und Ausstattung in Außenanlagen	374.466,33	-	-	-	374.466,33
Geringwertige Wirtschaftsgüter	399.758,48	12.916,47	-	336.700,95	75.974,00
Fahrzeuge	38.877,96	-	-	-	38.877,96
SUMMEN	23.444.503,98	17.400,82	-	336.700,95	23.125.203,85

*) Anlagennachweis gem. Anlage 3a PBV und den Anlagen 2 und 3 gem. §10 Abs. 2 EigBVO BW

Entwicklung der Abschreibungen								
Anfangsbestand zum 01.01.2014	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Umbuchungen	Zuschreibungen des Geschäftsjahres	Entnahme für Abgänge	Endstand zum 31.12.2014	Restbuchwerte zum 31.12.2014	Ø AfA-Satz	Ø Restbuchwert
7	8	9	10	11	12	13	14	15
- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in % -	- in % -
20.119,00	-	-	-	-	20.119,00	-	0,00%	0,00%
8.569.701,17	546.667,24	-	-	-	9.116.368,41	12.317.827,81	2,55%	57,47%
8.569.701,17	546.667,24	-	-	-	9.116.368,41	12.033.789,25	2,58%	56,90%
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
7.138,97	1.040,00	-	-	-	8.178,97	14.114,00	4,67%	63,31%
924.511,02	47.409,35	-	-	-	971.920,37	187.357,00	4,09%	16,16%
103.035,33	21.490,00	-	-	-	124.525,33	249.941,00	5,74%	66,75%
370.746,48	15.196,47	-	-	336.700,95	49.242,00	26.732,00	20,00%	35,19%
31.247,96	1.665,00	-	-	-	32.912,96	5.965,00	4,28%	15,34%
10.026.499,93	633.468,06	-	-	336.700,95	10.323.267,04	12.801.936,81	2,74%	55,36%

Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Fördernachweis *

BILANZPOSTEN	ENTWICKLUNG DER ANSCHAFFUNGSWERTE				
	Anfangsbestand zum 01.01.2014	Zugang	Umbuchungen	Abgang	Endstand zum 31.12.2014
1	2	3	4	5	6
SONDERPOSTEN AUS ÖFFENTLICHER FÖRDERUNG	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
Landes- und Bundesbahnzuschuss für den Bau des Pflegeheimes (1964)	205.179,00	-	-	-	205.179,00
Landeszuschuss für die Sanierung des Heimes (1978-1980)	18.023,00	-	-	-	18.023,00
Landeszuschuss für den Anbau des Bettentraktes (1980)	276.098,00	-	-	-	276.098,00
Zuschuss der Stadt Weil für den Anbau des Bettentraktes (1980)	81.807,00	-	-	-	81.807,00
Eigenzuschuss des Landkreises für den Altersheimbau (1963) sowie den Pflegetraktanbau (1980)	715.809,00	-	-	-	715.809,00
Landeszuschuss für den 1. BA (Neubau der Kommunikationszone 1995)	627.031,00	-	-	-	627.031,00
Fiktivzuschuss des Landkreises für den 1. BA (Neubau der Kommunikationszone 1995)	242.764,00	-	-	-	242.764,00
Landeszuschuss für den 2. BA (Pflegeheimneubau 1997)	2.330.673,00	-	-	-	2.330.673,00
Zuschuss der Stadt Weil für den 2. BA (Pflegeheimneubau 1997)	470.389,00	-	-	-	470.389,00
Fiktivzuschuss des Landkreises für den 2. BA (Pflegeheimneubau)	664.680,00	-	-	-	664.680,00
Landeszuschuss für den 3. BA (Umbau Kurzbau 1998)	567.738,00	-	-	-	567.738,00
Fiktivzuschuss des Landkreises für den 3. BA (Umbau Kurzbau 1998)	398.807,00	-	-	-	398.807,00
Kreiszuschuss für den 4. BA (Erweiterung)	907.900,00	-	-	-	907.900,00
Landeszuschuss für den 4. BA (Erweiterung)	2.048.922,00	-	-	-	2.048.922,00
Zuschuss der KVJS für den 4. BA (Erweiterung)	116.563,00	-	-	-	116.563,00
Zuschuss der Stadt Weil für den 4. BA (Erweiterung)	30.700,00	-	-	-	30.700,00
ZWISCHENSUMME ÖFFENTLICHE FÖRDERUNG	9.703.083,00	-	-	-	9.703.083,00

*) Nachweis der Förderungen nach Landesrecht gem. Anlage 3b PBV

ENTWICKLUNG DER ABSCHREIBUNGEN								
Anfangsbestand zum 01.01.2014	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Umbuchungen	Zuschreibungen des Geschäftsjahres	Entnahme für Abgänge	Endstand zum 31.12.2014	Restbuchwerte zum 31.12.2014	Ø AfA-Satz	Ø Restbuchwert
7	8	9	10	11	12	13	14	15
- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in % -	- in % -
205.179,00	-	-	-	-	205.179,00	-	0,00%	0,00%
18.023,00	-	-	-	-	18.023,00	-	0,00%	0,00%
276.098,00	-	-	-	-	276.098,00	-	0,00%	0,00%
81.807,00	-	-	-	-	81.807,00	-	0,00%	0,00%
715.809,00	-	-	-	-	715.809,00	-	0,00%	0,00%
474.751,68	16.919,88	-	-	-	491.671,56	135.359,44	2,70%	21,59%
183.806,24	6.550,80	-	-	-	190.357,04	52.406,96	2,70%	21,59%
1.553.781,04	73.989,60	-	-	-	1.627.770,64	702.902,36	3,17%	30,16%
313.593,20	14.933,04	-	-	-	328.526,24	141.862,76	3,17%	30,16%
443.133,77	21.087,15	-	-	-	464.220,92	200.459,08	3,17%	30,16%
378.491,67	18.023,40	-	-	-	396.515,07	171.222,93	3,17%	30,16%
265.871,08	12.660,48	-	-	-	278.531,56	120.275,44	3,17%	30,16%
92.304,00	18.158,00	-	-	-	110.462,00	797.438,00	2,00%	87,83%
200.116,00	40.979,00	-	-	-	241.095,00	1.807.827,00	2,00%	88,23%
11.389,00	2.332,00	-	-	-	13.721,00	102.842,00	2,00%	88,23%
3.122,00	614,00	-	-	-	3.736,00	26.964,00	2,00%	87,83%
5.217.275,68	226.247,35	-	-	-	5.443.523,03	4.259.559,97	2,33%	43,90%

Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Fördernachweis *

BILANZPOSTEN	ENTWICKLUNG DER ANSCHAFFUNGSWERTE				
	Anfangsbestand zum 01.01.2014	Zugang	Umbuchungen	Abgang	Endstand zum 31.12.2014
1	2	3	4	5	6
Sonderposten aus nicht öffentlicher Förderung	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
Erbschaft Pregger (zur Finanzierung des 1. BA)	244.211,00	-	-	-	244.211,00
Zuschuss des Vereins zur Förderung der Altenhilfe Weil am Rhein für den 1. BA	25.565,00	-	-	-	25.565,00
Zuschuss des Vereins zur Förderung der Altenhilfe Weil am Rhein für Pflegebetten	10.226,00	-	-	-	10.226,00
Zuschuss des Vereins zur Förderung der Altenhilfe Weil am Rhein für Hubsäulenbetten	11.519,00	-	-	-	11.519,00
Zuschuss des Vereins zur Förderung der Altenhilfe Weil am Rhein für Anlagegüter	7.945,00	-	-	-	7.945,00
Zuschuss zu ARJO-Aufstehhilfe	3.054,94	-	-	-	3.054,94
Zuschuss des Vereins zur Förderung der Altenhilfe Weil am Rhein für Sofas	6.491,52	-	-	-	6.491,52
Zuschuss des Vereins zur Förderung der Altenhilfe Weil am Rhein für Fotokunst	22.610,00	-	-	-	22.610,00
Zuschuss des Vereins zur Förderung der Altenhilfe Weil am Rhein für Möbel Cafeteria	22.851,27	-	-	-	22.851,27
Zuschuss des Vereins zur Förderung der Altenhilfe Weil am Rhein für Ersatztische	7.066,64	-	-	-	7.066,64
Zuschuss des Vereins zur Förderung der Altenhilfe Weil am Rhein für Gartenbänke	11.242,88	-	-	-	11.242,88
Zuschuss für eine Sofa	1.451,78	-	-	-	1.451,78
Zuschuss für Stapelstühle	1.878,99	-	-	-	1.878,99
Zuschuss für Easy Walker	-	2.886,35	-	-	2.886,35
Summe nicht öffentliche Förderung	376.114,02	2.886,35	-	-	379.000,37
SUMMEN	10.079.197,02	2.886,35	-	-	10.082.083,37

*) Nachweis der Förderungen nach Landesrecht gem. Anlage 3b PBV

Entwicklung der Abschreibungen								
Anfangsbestand zum 01.01.2014	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Umbuchungen	Zuschreibungen des Geschäftsjahres	Entnahme für Abgänge	Endstand zum 31.12.2014	Restbuchwerte zum 31.12.2014	Ø AfA-Satz	Ø Restbuchwert
7	8	9	10	11	12	13	14	15
- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in % -	- in % -
184.902,97	6.589,80	-	-	-	191.492,77	52.718,23	2,70%	21,59%
19.356,74	689,88	-	-	-	20.046,62	5.518,38	2,70%	21,59%
10.226,00	-	-	-	-	10.226,00	-	0,00%	0,00%
11.519,00	-	-	-	-	11.519,00	-	0,00%	0,00%
7.945,00	-	-	-	-	7.945,00	-	0,00%	0,00%
3.054,94	-	-	-	-	3.054,94	-	0,00%	0,00%
3.358,52	650,00	-	-	-	4.008,52	2.483,00	10,01%	38,25%
7.792,00	1.508,00	-	-	-	9.300,00	13.310,00	6,67%	58,87%
22.851,27	-	-	-	-	22.851,27	-	0,00%	0,00%
7.066,64	-	-	-	-	7.066,64	-	0,00%	0,00%
11.242,88	-	-	-	-	11.242,88	-	0,00%	0,00%
60,78	121,00	-	-	-	181,78	1.270,00	8,33%	87,48%
375,99	376,00	-	-	-	751,99	1.127,00	20,01%	59,98%
-	331,35	-	-	-	331,35	2.555,00	11,48%	88,52%
289.752,73	10.266,03	-	-	-	300.018,76	78.981,61	4,51%	20,84%
5.507.028,41	236.513,38	-	-	-	5.743.541,79	4.338.541,58	2,50%	43,03%

■ Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Darlehensübersicht

Nr.	Darlehensgeber	Aufnahmejahr	Urspr. Kreditbetrag	Stand am Jahresanfang	Umschuldung / Neuaufnahme	Tilgung	Stand am Jahresende	gezahlte Zinsen	Zinssatz
			- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in % -
1	EB Abfallwirtschaft	2007	1.468.013,87	1.217.358,63	-	1.217.358,63	0,00	27.835,78	3,93%
2	EB Abfallwirtschaft	2008	1.177.529,51	980.637,42	-	980.637,42	0,00	30.683,17	4,20%
3	EB Abfallwirtschaft	2008	1.558.703,00	866.270,50	-	866.270,50	0,00	19.144,58	4,42%
4	EB Abfallwirtschaft	2012	467.000,00	435.567,31	-	435.567,31	0,00	3.520,73	1,625%
5	EB Abfallwirtschaft	2014	3.449.573,43	0,00	3.449.573,43	86.239,34	3.363.334,09	12.512,25	0,73%
			8.120.819,81	3.499.833,86	3.449.573,43	3.586.073,20	3.363.334,09	93.696,51	

Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Bilanz

AKTIVA	31.12.204 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Lizenzen, Rechte, Software	158,00	396,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	5.227.955,73	5.461.589,97
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	2.205,00	2.205,00
3. Technische Anlagen	0,00	0,00
4. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	164.598,00	183.861,00
5. Fahrzeuge	5.322,00	10.444,00
	5.400.080,73	5.658.099,97
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	34.952,46	48.636,67
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen *) 0,00 €, Vj. 0,00 €	62.257,62	72.566,53
2. Forderungen an Gesellschafter oder Träger der Einrichtung *) 0,00 €, Vj. 0,00 €	6.238,13	5.824,69
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen *) 0,00 €, Vj. 0,00 €	73.033,17	97.819,86
4. Forderungen aus öffentlicher Förderung *) 0,00 €, Vj. 0,00 €	0,00	0,00
5. Sonstige Vermögensgegenstände *) 0,00 €, Vj. 0,00 €	19.983,03	12.535,57
6. Umsatzsteuer-Verrechnungskonto *) 0,00 €, Vj. 0,00 €	0,00	0,00
	161.511,95	188.746,65
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	202.891,18	184.746,97
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	2.499,31	329,27
SUMME DER AKTIVA	5.802.093,63	6.080.955,53

*) = davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr

PASSIVA	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes/gewährtes Kapital	400.000,00	400.000,00
II. Kapitalrücklage	1.448.000,00	1.448.000,00
III. Gewinn(+)/Verlust(-)		
1. Gewinnvortrag (+) / Verlustvortrag (-)	-676.069,68	-641.247,24
2. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	-42.248,47	-34.822,44
	-718.318,15	-676.069,68
	1.129.681,85	1.171.930,32
B. SONDERPOSTEN AUS ZUSCHÜSSEN UND ZUWEISUNGEN ZUR FINANZIERUNG DES SACHANLAGEVERMÖGENS		
1. Sonderposten aus öffentlichen Fördermitteln für Investitionen	1.994.282,46	2.109.989,46
2. Sonderposten aus nichtöffentlichen Fördermitteln für Investitionen	17.076,08	19.526,40
	2.011.358,54	2.129.515,86
C. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellungen für Altersteilzeit	0,00	0,00
2. Rückstellungen für Urlaubs- und Mehrstunden	99.378,70	67.656,23
3. Sonstige Rückstellungen	9.951,97	22.440,00
	109.330,67	90.096,23
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen *) 103.042,17 €, Vj. 131.848,07 €	101.053,24	131.848,07
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten *) 7.976,65 €, Vj. 5.297,89 €	117.317,70	126.860,76
3. Verbindlichkeiten Gesellschafter oder dem Träger der Einrichtung *) 13.166,61 €, Vj. 15.707,92 €	13.166,61	15.707,92
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen *) 0,00 €, Vj. 0,00 €	0,00	0,00
5. Sonstige Verbindlichkeiten *) 147.022,72 €, Vj. 112.530,98 €	2.307.640,33	2.404.480,61
6. Verwahrgeldkonto *) 12.544,69 €, Vj. 10.515,76 €	12.544,69	10.515,76
	2.551.722,57	2.689.413,12
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	0,00	0,00
SUMME DER PASSIVA	5.802.093,63	6.080.955,53

*) =davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr

■ Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
1. Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen gemäß Pflege-VG	1.980.002,26	1.906.270,20
2. Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	616.385,31	592.403,66
3. Erträge aus Zusatz- und Transportleistungen nach PflegeVG	27.193,10	16.048,12
4. Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen	293.766,90	291.350,60
5. Sonstige betriebliche Erträge	207.245,02	178.168,94
	3.124.592,59	2.984.241,52
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.016.246,20	820.060,06
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	423.399,00	333.443,89
7. Materialaufwand		
a) Lebensmittel	153.396,91	199.689,34
b) Aufwendungen für Zusatzleistungen	4.837,00	3.705,00
c) Wasser, Energie, Brennstoffe	136.159,40	138.927,03
d) Wirtschaftsbedarf/Verwaltungsbedarf	1.059.701,74	1.144.471,67
8. Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	52.973,08	51.479,00
9. Steuern, Abgaben, Versicherungen	26.156,74	23.113,48
10. Sachaufwendungen für Hilfs- und Nebenbetriebe	2.452,73	2.158,06
11. Mieten, Pacht, Leasing	25.123,98	24.600,52
	2.900.446,78	2.741.648,05
Zwischenergebnis	224.145,81	242.593,47
12. Erträge aus öffentlicher / nicht-öffentlicher Förderung für Investitionen	0,00	0,00
13. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	118.857,32	123.035,04
14. Aufwendungen aus der Zuführung von öffentlichen Fördermitteln zu den Sonderposten	0,00	0,00
15. Abschreibungen		
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	282.497,16	292.986,04
b) Abschreibungen auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.633,87	3.090,00
16. Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	135.678,96	162.622,38
17. Sonstige ordentliche Aufwendungen	2,45	14,23
	-300.955,12	-335.677,61
Zwischenergebnis	-76.809,31	-93.084,14
18. Zinsen und ähnliche Erträge	199,42	166,99
19. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	35.001,72	54.082,06
	-34.802,30	-53.915,07
20. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-111.611,61	-146.999,21
21. Außerordentliche Erträge	14.462,12	36.980,85
22. Außerordentliche Aufwendungen	11.829,51	13.738,15
23. Weitere Erträge	67.960,60	89.663,89
24. Weitere Aufwendungen	1.230,07	729,82
25. Außerordentliches Ergebnis	69.363,14	112.176,77
26. Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	-42.248,47	-34.822,44
27. Gewinnvortrag (+)/Verlustvortrag (-)	-676.069,68	-641.247,24
28. Bilanzgewinn (+)/Bilanzverlust (-)	-718.318,15	-676.069,68

Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Anlagennachweis *

BILANZPOSTEN	ENTWICKLUNG DER ANSCHAFFUNGSWERTE				
	Anfangsbestand zum 01.01.2014	Zugang	Umbuchungen	Abgang	Endstand zum 31.12.2014
1	2	3	4	5	6
	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
Immaterielle Vermögensgegenstände	11.025,69	-	-	-	11.025,69
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten	8.686.578,42	-	-	-	8.686.578,42
<i>darunter: Betriebsbauten und Außenanlagen</i>	<i>8.667.824,42</i>	-	-	-	<i>8.667.824,42</i>
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	-	-	-	-	-
Grundstücke ohne Bauten	2.205,00	-	-	-	2.205,00
Technische Anlagen in Bauten	-	-	-	-	-
Einrichtungen und Ausstattung in Bauten	278.337,29	21.769,94	-	-	300.107,23
Einrichtungen und Ausstattung in Außenanlagen	47.815,52	-	-	-	47.815,52
Geringwertige Wirtschaftsgüter	139.897,21	5.053,26	-	18.271,83	126.678,64
Fahrzeuge	57.362,08	-	-	-	57.362,08
SUMMEN	9.223.221,21	26.823,20	-	18.271,83	9.231.772,58

*) Anlagennachweis gem. Anlage 3a PBV und den Anlagen 2 und 3 gem. §10 Abs. 2 EigBVO BW

ENTWICKLUNG DER ABSCHREIBUNGEN								
Anfangsbestand zum 01.01.2014	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Umbuchungen	Zuschreibungen des Geschäftsjahres	Entnahme für Abgänge	Endstand zum 31.12.2014	Restbuchwerte zum 31.12.2014	Ø AfA-Satz	Ø Restbuchwert
7	8	9	10	11	12	13	14	15
- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in % -	- in % -
10.629,69	238,00	-	-	-	10.867,69	158,00	2,16%	1,43%
3.224.988,45	233.634,24	-	-	-	3.458.622,69	5.227.955,73	2,69%	60,18%
3.224.988,45	233.634,24	-	-	-	3.458.622,69	5.209.201,73	2,70%	60,10%
-	-	-	-	-	-	-	0,00%	0,00%
-	-	-	-	-	-	2.205,00	0,00%	0,00%
-	-	-	-	-	-	-	0,00%	0,00%
172.167,29	15.227,94	-	-	-	187.395,23	112.712,00	5,07%	37,56%
9.612,52	2.954,00	-	-	-	12.566,52	35.249,00	6,18%	73,72%
100.409,21	25.320,98	-	-	15.688,55	110.041,64	16.637,00	19,99%	13,13%
46.918,08	5.122,00	-	-	-	52.040,08	5.322,00	8,93%	9,28%
3.564.725,24	282.497,16	-	-	15.688,55	3.831.533,85	5.400.238,73	3,06%	58,50%

Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Fördernachweis *

BILANZPOSTEN	ENTWICKLUNG DER ANSCHAFFUNGSWERTE				
	Anfangsbestand zum 01.01.2014	Zugang	Umbuchungen	Abgang	Endstand zum 31.12.2014
1	2	3	4	5	6
Sonderposten aus öffentlicher Förderung	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
Zuschuss des Landesdenkmalamtes für die Sanierung des Heimes 1977	40.904,00	-	-	-	40.904,00
Zuschuss des Landesdenkmalamtes für die Sanierung des Heimes 1977	15.338,00	-	-	-	15.338,00
Landeszuschuss für Modernisierungsarbeiten 1983	42.412,00	-	-	-	42.412,00
Zuschuss des Landesdenkmalamtes für die Innessanierung 1983	13.639,00	-	-	-	13.639,00
Fiktivzuschuss des Landkreises 1981	327.226,00	-	-	-	327.226,00
Landeszuschuss für den Um- und Neubau 1998	1.662.040,00	-	-	-	1.662.040,00
Zuschuss der Gemeinde Bad Bellingen für den Um- und Neubau 1998	51.130,00	-	-	-	51.130,00
Zuschuss der Gemeinde Efringen-Kirchen	7.669,00	-	-	-	7.669,00
Zuschuss des Landkreises für den Um- und Neubau 1998	959.439,00	-	-	-	959.439,00
Zuschuss des Landkreises für den Anbau Südflügel	368.500,00	-	-	-	368.500,00
Zuschuss des Landes für den Anbau Südflügel	736.980,00	-	-	-	736.980,00
Summe öffentliche Förderung	4.225.277,00	-	-	-	4.225.277,00
Sonderposten aus nicht öffentlicher Förderung					
Spende Adolf und Lörle Noss Stiftung für den Um- und Neubau 1998	26.004,00	-	-	-	26.004,00
Sonderposten Spende Bau	13.898,00	-	-	-	13.898,00
Sonderposten Spende Anlagegüter	613,00	-	-	-	613,00
Erbschaft Rosa Günther	9.700,00	-	-	-	9.700,00
Sonderposten Veeh-Harfe	-	700,00	-	-	700,00
Summe nicht öffentliche Förderung	50.215,00	700,00	-	-	50.915,00
SUMMEN	4.275.492,00	700,00	-	-	4.276.192,00

*) Nachweis der Förderungen nach Landesrecht gem. Anlage 3b PBV

ENTWICKLUNG DER ABSCHREIBUNGEN								
Anfangsbestand zum 01.01.2014	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Umbuchungen	Zuschreibungen des Geschäftsjahres	Entnahme für Abgänge	Endstand zum 31.12.2014	Restbuchwerte zum 31.12.2014	Ø AfA-Satz	Ø Restbuchwert
7	8	9	10	11	12	13	14	15
- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in % -	- in % -
40.904,00	-	-	-	-	40.904,00	-	0,00 %	0,00 %
15.338,00	-	-	-	-	15.338,00	-	0,00 %	0,00 %
42.412,00	-	-	-	-	42.412,00	-	0,00 %	0,00 %
13.639,00	-	-	-	-	13.639,00	-	0,00 %	0,00 %
327.226,00	-	-	-	-	327.226,00	-	0,00 %	0,00 %
994.585,54	58.039,44	-	-	-	1.052.624,98	609.415,02	3,49%	36,67%
30.596,50	1.785,48	-	-	-	32.381,98	18.748,02	3,49%	36,67%
4.588,98	267,84	-	-	-	4.856,82	2.812,18	3,49%	36,67%
574.139,52	33.504,24	-	-	-	607.643,76	351.795,24	3,49%	36,67%
23.953,00	7.370,00	-	-	-	31.323,00	337.177,00	2,00%	91,50%
47.905,00	14.740,00	-	-	-	62.645,00	674.335,00	2,00%	91,50%
2.115.287,54	115.707,00	-	-	-	2.230.994,54	1.994.282,46	0,00%	0,00%
15.559,97	908,04	-	-	-	16.468,01	9.535,99	3,49%	36,67%
8.316,63	485,28	-	-	-	8.801,91	5.096,09	3,49%	36,67%
613,00	-	-	-	-	613,00	-	0,00%	0,00%
6.199,00	1.617,00	-	-	-	7.816,00	1.884,00	16,67%	19,42%
-	140,00	-	-	-	140,00	560,00	20,00%	80,00%
30.688,60	3.150,32	-	-	-	33.838,92	17.076,08	6,19%	33,54%
2.145.976,14	118.857,32	-	-	-	2.264.833,46	2.011.358,54	2,78%	47,04%

■ Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Darlehensübersicht

Nr.	Darlehensgeber	Aufnahmejahr	Urspr. Kreditbetrag	Stand am Jahresanfang	Umschuldung / Neuaufnahme	Tilgung	Stand am Jahresende	gezahlte Zinsen	Zinssatz
			- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in % -
1	EB Abfallwirtschaft	2009	534.000,00	391.600,00	-	391.600,00	0,00	7.678,48	2,98%
2	L-Bank, Karlsruhe	2010	78.414,17	65.769,39	-	1.824,51	63.944,88	164,42	0,50%
3	L-Bank, Karlsruhe	2010	59.901,08	55.017,13	-	1.644,31	53.372,82	273,03	0,50%
4	EB Abfallwirtschaft	2011	1.500.000,00	1.405.487,82	-	1.405.487,82	0,00	15.480,11	2,21%
5	EB Abfallwirtschaft	2012	610.000,00	582.628,20	-	582.628,20	0,00	4.717,96	1,625%
6	EB Abfallwirtschaft	2014	2.335.802,82	0,00	2.335.802,82	58.395,07	2.277.407,75	8.472,39	0,73%
			5.118.118,07	2.500.502,54	2.335.802,82-	2.441.579,91	2.394.725,45	36.786,39	

Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Bilanz

AKTIVA	31.12.204 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Lizenzen, Rechte, Software	0,00	0,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	0,00	0,00
3. Technische Anlagen	0,00	0,00
4. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	875,00	1269,00
5. Fahrzeuge	0,00	0,00
	875,00	1.269,00
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5.418,03	4.736,45
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen *) 0,00 €, Vj. 0,00 €	86.607,60	121.613,01
2. Forderungen an Gesellschafter oder Träger der Einrichtung *) 0,00 €, Vj. 0,00 €	0,00	0,00
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen *) 0,00 €, Vj. 0,00 €	18.149,57	12.412,22
4. Sonstige Vermögensgegenstände *) 0,00 €, Vj. 0,00 €	2.818,12	1.086,21
	107.575,29	135.111,44
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	323.201,74	367.040,34
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	804,11	263,60
SUMME DER AKTIVA	437.874,17	408.420,83

*) = davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr

PASSIVA	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes/gewährtes Kapital	100.000,00	100.000,00
II. Kapitalrücklage	0,00	0,00
III. Gewinn(+)/Verlust(-)		
1. Gewinnvortrag (+) / Verlustvortrag (-)	230.863,32	142.395,85
2. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	60.672,71	88.467,47
	<u>291.536,03</u>	<u>230.863,32</u>
	391.536,03	330.863,32
B. SONDERPOSTEN AUS ZUSCHÜSSEN UND ZUWEISUNGEN ZUR FINANZIERUNG DES SACHANLAGEVERMÖGENS		
1. Sonderposten aus öffentlichen Fördermittel für Investitionen	0,00	0,00
2. Sonderposten aus nichtöffentlichen Fördermittel für Investitionen	0,00	0,00
	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
	0,00	0,00
C. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellungen für Altersteilzeit	0,00	0,00
2. Rückstellungen für Urlaubs- und Mehrstunden	22.908,34	22.908,34
3. Sonstige Rückstellungen	540,00	610,00
	<u>17.726,08</u>	<u>23.518,34</u>
	17.726,08	23.518,34
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen *) 10.246,83 €, Vj. 28.660,63 €	10.246,83	28.660,63
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten *) 0,00 €, Vj. 0,00 €	0,00	0,00
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter oder dem Träger der Einrichtung *) 2.160,53 €, Vj. 3.629,69 €	2.160,53	3.629,69
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen *) 4.482,90 €, Vj. 12.817,96 €	4.482,90	12.817,96
5. Sonstige Verbindlichkeiten *) 11.721,80 €, Vj. 8.930,89 €	11.721,80	8.930,89
6. Verwahrgeldkonto) 0,00 €, Vj. 0,00 €	0,00	0,00
	<u>28.612,06</u>	<u>54.039,17</u>
	28.612,06	54.039,17
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	0,00	0,00
SUMME DER PASSIVA	437.874,17	408.420,83

*) =davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr

■ Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
1. Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen gemäß Pflege-VG	706.291,56	658.121,09
3. Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen	12.652,05	12.688,20
3. Sonstige betriebliche Erträge	6.039,37	242,59
	724.982,98	671.051,88
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	282.212,22	181.859,81
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	117.205,50	92.575,86
5. Materialaufwand		
a) Lebensmittel	0,00	0,00
b) Aufwendungen für Zusatzleistungen	0,00	0,00
c) Wasser, Energie, Brennstoffe	11.659,21	12.048,36
d) Wirtschaftsbedarf/Verwaltungsbedarf	235.283,05	281.634,95
6. Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	8.806,09	8.540,00
7. Steuern, Abgaben, Versicherungen	7.723,34	6.317,43
8. Sachaufwendungen für Hilfs- und Nebenbetriebe	0,00	0,00
9. Mieten, Pacht, Leasing	22.144,26	19.831,85
	685.033,70	602.808,26
Zwischenergebnis	39.949,28	68.243,62
10. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	0,00	0,00
11. Abschreibungen		
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	689,42	819,00
b) Abschreibungen auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	23,85	330,74
12. Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	465,34	549,63
13. Sonstige ordentliche Aufwendungen	2,18	5,13
	-1.180,79	-1.704,50
Zwischenergebnis	38.768,49	66.539,12
14. Zinsen und ähnliche Erträge	445,17	251,71
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
	445,17	251,71
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	39.213,66	66.790,83
17. Außerordentliche Erträge	217,35	3.650,50
18. Außerordentliche Aufwendungen	1.666,64	1.763,91
19. Weitere Erträge	22.908,34	19.790,05
20. Weitere Aufwendungen	0,00	0,00
21. Außerordentliches Ergebnis	21.459,05	21.676,64
22. Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	60.672,71	88.467,47
23. Gewinnvortrag (+)/Verlustvortrag (-)	230.863,32	142.395,85
24. Bilanzgewinn (+)/Bilanzverlust (-)	291.536,03	230.863,32

■ Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Anlagennachweis *

BILANZPOSTEN	ENTWICKLUNG DER ANSCHAFFUNGSWERTE				
	Anfangs- bestand zum 01.01.2014	Zugang	Umbuch- ungen	Abgang	Endstand zum 31.12.2014
1	2	3	4	5	6
	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
Immaterielle Vermögensgegenstände	5.381,94	-			5.381,94
Einrichtung und Ausstattung ohne Fahrzeuge	4.426,02				4.426,02
Geringwertige Wirtschaftsgüter	2.600,20	295,42		903,47	1.992,15
SUMMEN	12.408,16	295,42		903,47	11.800,11

*) Anlagennachweis gem. Anlage 3a PBV und den Anlagen 2 und 3 gem. §10 Abs. 2 EigBVO BW

Entwicklung der Abschreibungen								
Anfangsbestand zum 01.01.2014	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Umbuchungen	Zuschreibungen des Geschäftsjahres	Entnahme für Abgänge	Endstand zum 31.12.2014	Restbuchwerte zum 31.12.2014	Ø AfA-Satz	Ø Restbuchwert
7	8	9	10	11	12	13	14	15
- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in % -	- in % -
5.381,94	-	-	-	-	5.381,94	-	0,00 %	0,00%
3.571,02	290,00	-	-	-	3.861,02	565,00	6,55%	12,77%
2.186,20	399,42	-	-	903,47	1.682,15	310,00	20,05%	15,56%
11.139,16	689,42	-	-	903,47	10.925,11	875,00	5,84%	7,42%

Lagebericht 2014

Gemäß § 16 des Eigenbetriebsgesetzes
sowie § 11 der Eigenbetriebsverordnung



Inhalt

1 DARSTELLUNG DES GESCHÄFTSVERLAUFS	158
1.1 GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN	158
1.2 NACHFRAGE UND AUFTRAGSENTWICKLUNG	158
1.3 WIRTSCHAFTLICHE LAGE UND GESCHÄFTSVERLAUF 2013	159
1.4 PERSONAL- UND SOZIALBEREICH	162
1.5 INVESTITIONEN UND IHRE FINANZIERUNG	162
1.6 SONSTIGE WICHTIGE VORGÄNGE IM GESCHÄFTSJAHR	163
2 ANALYSE DES GESCHÄFTSVERLAUFS UND DER LAGE	164
2.1 VERMÖGENSLAGE	164
2.2 FINANZLAGE	165
2.3 ERTRAGSLAGE	166
2.4 VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG MIT IHREN WESENTLICHEN RISIKEN UND CHANCEN	169

■ Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

1 DARSTELLUNG DES GESCHÄFTSVERLAUFS

1.1 Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Der Eigenbetrieb „Heime des Landkreises Lörrach“ ist der größte Anbieter vollstationärer Pflege- und Betreuungsleistungen im Landkreis Lörrach und bietet auf die verschiedenen Krankheitsbilder zugeschnittene, differenzierte Pflege- und Betreuungsleistungen an. Diese Angebotspalette ist historisch gewachsen. Im Jahre 1998 wurden die drei Heime des Landkreises Lörrach organisatorisch verselbstständigt und der Eigenbetrieb "Heime des Landkreises Lörrach" gegründet. Im Jahre 1999 wurde der Ambulante Dienst Schloss Rheinweiler gegründet.

Schwerpunkt des Markus-Pflüger-Heimes mit 244 vollstationären Plätzen ist die Betreuung und Pflege psychisch kranker und/oder suchterkrankter Menschen. Daneben werden noch demenzerkrankte Personen und somatisch pflegebedürftige Menschen betreut.

Schwerpunkt des Pflegeheimes Markgräflerland mit 212 vollstationären Plätzen (incl. 5 ganzjährig vorgehaltenen Kurzzeitpflegeplätzen) ist die Alterspflege. Es gibt spezielle Angebote für Menschen mit MS oder ähnlichen Krankheitsbildern, Menschen mit einer Parkinsonerkrankung und Menschen mit einer Demenzerkrankung.

Das Pflegeheim Schloss Rheinweiler bietet 70 vollstationäre Pflegeplätze an; hiervon sind 22 Plätze in der im Herbst 2010 eröffneten Erweiterung als Wohngruppen konzeptioniert. Daneben wird eine Tagespflege mit 11 Plätzen angeboten. Abgerundet wird das Angebot durch einen Ambulanten Dienst, der durchschnittlich ca. 125 Kunden betreut.

1.2 Nachfrage und Auftragsentwicklung

Durch die allgemeine demografische Entwicklung steigt die Anzahl pflegebedürftiger Menschen und damit auch die Nachfrage nach stationären Pflegeplätzen und ambulanten Angeboten.

Durch die Eröffnung einer weiteren, stationären Pflegeeinrichtung in Weil wird damit gerechnet, dass es im Verlauf des Jahres 2015 zu einem Nachfragerückgang im Pflegeheim Markgräflerland kommt.

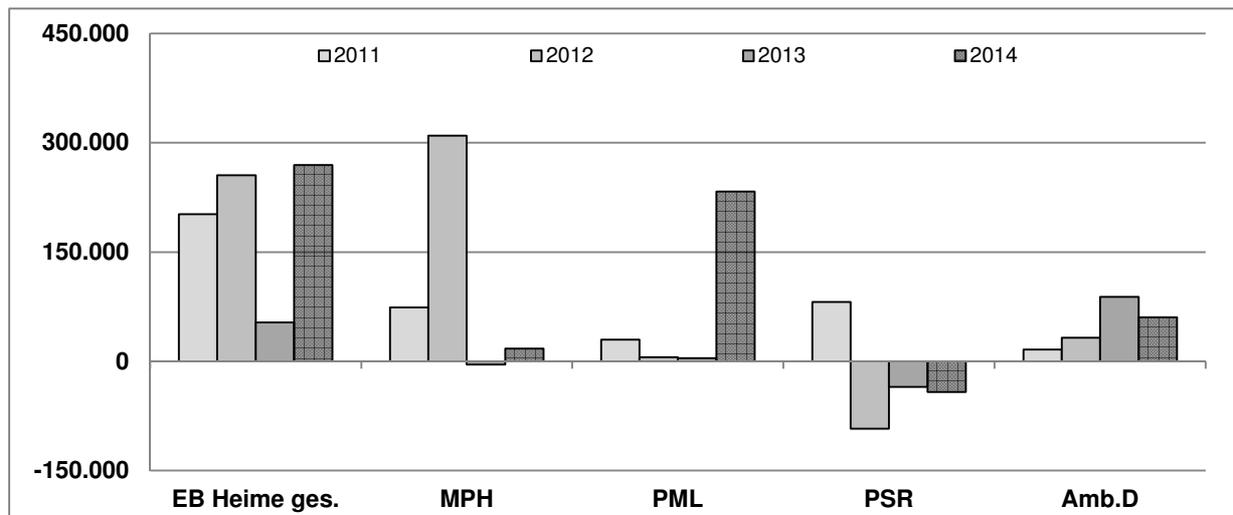
Auch der relativ hohe Anteil von Plätzen in Doppelzimmern in den Einrichtungen Markus-Pflüger-Heim und Pflegeheim Markgräflerland kann zukünftig zu Belegungsschwierigkeiten führen

Lagebericht

1.3 Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf 2014

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen ist es dem Eigenbetrieb Heime zum sechsten Mal in Folge gelungen, ein positives Jahresergebnis zu erwirtschaften.

Die folgende Grafik und Tabelle zeigen, wie sich die Jahresergebnisse des Eigenbetriebs insgesamt und die Jahresergebnisse der einzelnen Einrichtungen seit 2010 entwickelt haben.



Entwicklung der Jahresergebnisse des EB Heime - in EUR -				
Einrichtung	2011	2012	2013	2014
Markus-Pflüger-Heim	74.170,57	309.847,58	-4.335,52	17.685,01
Pflegeheim Markgräflerland	30.014,73	5.777,98	4.347,46	233.112,01
Pflegeheim Schloss Rheinweiler	81.422,26	-92.328,86	-34.822,44	-42.248,47
Ambulanter Dienst	16.347,81	32.216,55	88.467,47	60.672,71
EB Heime insgesamt	201.955,37	255.513,25	53.656,97	269.221,26

Markus-Pflüger-Heim, Wiechs:

Die Erträge aus dem Kerngeschäft der Betreuung und Pflege konnten um 1,9 % gesteigert werden.

Die Aufwendungen für Personal (mit Leiharbeitnehmern) sind um 3,1 % gestiegen. Bei den Sachaufwendungen ist zu berücksichtigen, dass für die Erweiterung der Brandmeldeanlage wg. geänderter gesetzlicher Vorschriften eine Rückstellung i. H. v. 183.068 € gebildet werden musste. Trotz dieses zusätzlichen Aufwandes ist es gelungen, dass die Sachaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr kaum gestiegen sind (0,02 %).

Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

Pflegeheim Markgräflerland, Weil am Rhein:

Die Erträge aus dem Kerngeschäft der Pflege und Betreuung konnten um 3,4 % gesteigert werden.

Die Personalaufwendungen sind um 2,1 % gestiegen. Die Sachaufwendungen konnten um 3,4 % reduziert werden.

Pflegeheim Schloss Rheinweiler, Bad Bellingen:

Das Ziel, ein ausgeglichenes Ergebnis zu erwirtschaften, wurde verfehlt (- 42.248,47 EUR).

Ursächlich sind insbesondere folgende zwei Gründe: Die Erweiterung der Brandmeldeanlage verursachte Aufwendungen i. H. v. knapp 65 TEUR und die Personalaufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 11,4 % gestiegen.

Die Erträge aus dem Kerngeschäft der Pflege und Betreuung konnten um 4,0 % gesteigert werden. Die Sachaufwendungen konnten um 7,4 % reduziert werden.

Ambulanter Dienst

Der Ambulante Dienst konnte in 2014 einen Überschuss i. H. v. 60.672,71 EUR erwirtschaften. Das ist ein sehr gutes Ergebnis, wenn man berücksichtigt, dass viele Dienste Schwierigkeiten haben, ausgeglichene Betriebsergebnisse zu erwirtschaften.

Die Erträge konnten um 7,2 % gesteigert werden. Die Personalaufwendungen sind um 19 % und die Sachaufwendungen um knapp 10 % gestiegen. Grund für den wirtschaftlichen Erfolg ist insbesondere eine äußerst effektive und vorbildhafte Personaleinsatzplanung.

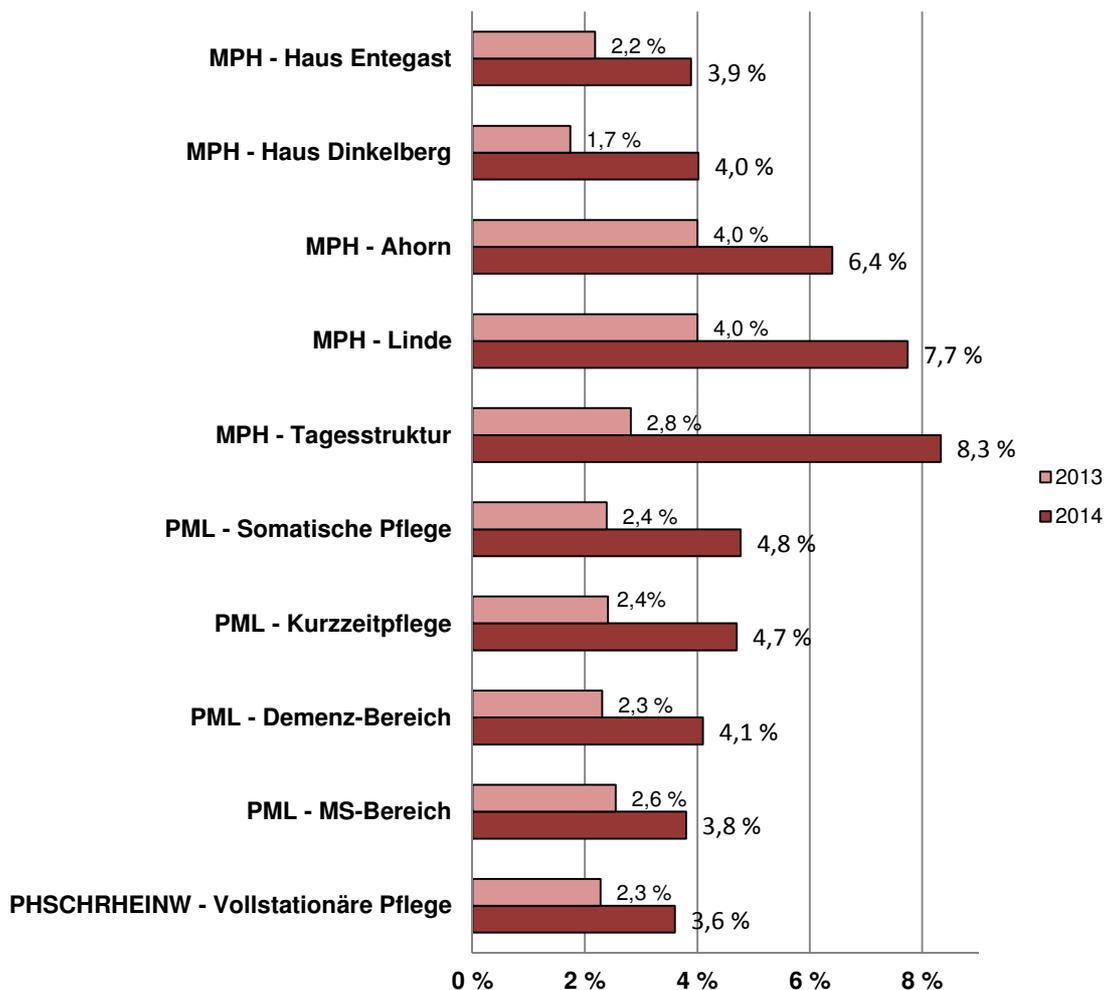
Die Auslastung der einzelnen Einrichtungen entwickelte sich im Geschäftsjahr 2014 wie folgt:

Auslastung der Heime	2011	2012	2013	2014
Markus-Pflüger-Heim	97,2 %	97,3 %	96,9%	96,0 %
Pflegeheim Markgräflerland	98,3 %	98,1 %	97,6%	96,1 %
Pflegeheim Schloss Rheinweiler	98,6 %	98,6 %	98,6%	97,5 %

Lagebericht

Neben der Auslastung sind die Kosten der Leistungserbringung und die Rahmenbedingungen für die Refinanzierung dieser Kosten über die Heimentgelte (Pflegesätze) mitentscheidend für die wirtschaftliche Situation der Einrichtungen.

Entwicklung der Steigerungsraten der Pflegesätze - in % -



Die (im Vergleich zum Vorjahr) mit den Kostenträgern ausgehandelten höheren Steigerungsraten der Vergütungssätze sollen die Beschäftigung der Mitarbeiter (mit Ausnahme der Wirtschaftsdienste und der Küche) nach den Regelungen des TVöD ermöglichen.

Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach

1.4 Personal- und Sozialbereich

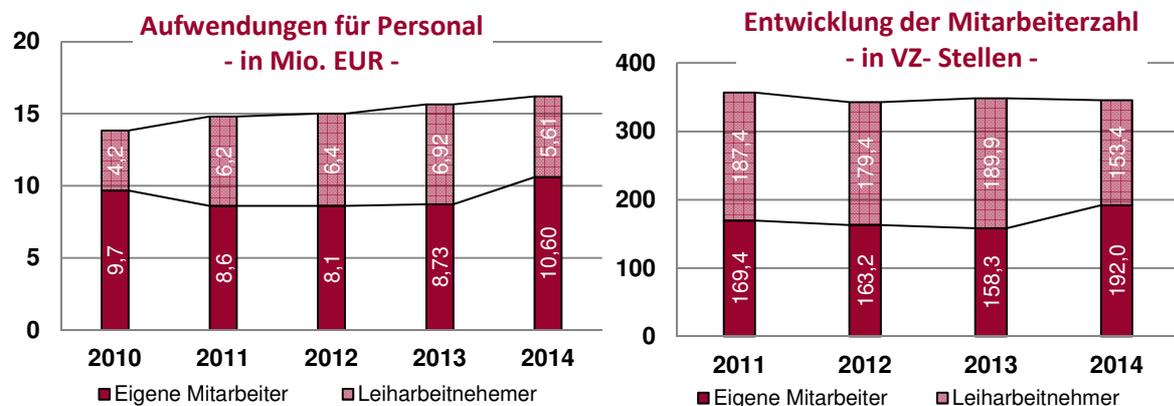
Entwicklung der Mitarbeiter - in VZ-Stellen - :

Bereich	Eigene Mitarbeiter	Leiharbeiternehmer	Gesamt 2014	Gesamt 2013	Gesamt 2012
Pflege und Betreuung	131,39	99,32	230,71	235,75	227,7
Leitung und Verwaltung	9,42	6,20	15,62	14,83	14,6
Übriger Wirtschaftsdienst	18,02	13,80	31,82	33,07	33,1
Speiseversorgung	13,56	28,29	41,35	40,88	42,0
Technischer Dienst	3,84	3,34	7,18	6,83	7,0
Nebenbetriebe	2,01	2,48	4,49	4,47	5,1
Ausbildung, Praktikum, BFD	13,71	0	13,71	12,38	13,0
Gesamt:	191,95	153,43	345,38	348,21	342,5

Die Tarifparteien im öffentlichen Dienst haben sich am 01.04.2014 rückwirkend ab 01.03.14 auf einen Tarifvertrag mit 24 Monaten Laufzeit geeinigt. Dieser Vertrag sieht für das Geschäftsjahr ab dem 01.03.14 Gehaltssteigerungen i. H. v. 3 %, mindestens aber 90 € vor und eine weitere Erhöhung ab dem 01.3.2015 i. H. v. 2,4 %.

Der Kreistag hatte in seiner Sitzung im Frühjahr 2014 beschlossen, dass den beim EB Heime eingesetzten DATA-MED-Fachkräften in der Pflege und Betreuung ein Einstellungsangebot direkt beim EBH (nach den Regelungen des TVöD) gemacht werden soll. Die Einstellung erfolgte i. d. R. zum 01.07.2014.

Durch den zum 01.01.2014 abgeschlossenen neuen Tarifvertrag Zeitarbeit iGZ-DGB stiegen die Gehälter der Beschäftigten der Fa. DATA-MED ab dem 01.01.14 um 3,8 %.



Lagebericht

1.5 Investitionen und ihre Finanzierung

	- in EUR -
Immaterielle Vermögensgegenstände	5.712,00
Betriebsbauten	0,00
Einrichtung und Ausstattung	102.318,32
Geringwertige Wirtschaftsgüter	36.766,35
Summe	144.796,67

Die Vermögenszugänge i. H .v. knapp 145 TEUR betreffen mit rd. 102 TEUR überwiegend die Betriebs- und Geschäftsausstattung und geringwertige Wirtschaftsgüter.

1.6 Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

- Der Kreistag beschloss in seiner Sitzung am 04.06.2014 das Betreuungskonzept für psychisch kranke und/oder suchterkrankte Menschen im Landkreis Lörrach. Dieses hat erhebliche Auswirkungen auf das Markus-Pflüger-Heim. Im Mittelpunkt steht die wohnortnahe und soweit wie möglich ambulante Unterstützung von seelisch behinderten Menschen (Psychiatrie und Sucht) auch bei intensivem Unterstützungsbedarf. Basis der Umsetzung ist der Teilhabeplan 2 A des Landkreises Lörrach. Am bisherigen Standort wird nicht festgehalten.
- Eine besondere Auszeichnung erhielt der Ambulante Dienst Schloss Rheinweiler, der im Jahr 2014 an einer unabhängigen Prüfung durch das Great Place to Work® Institut teilnahm. Er erreichte beim bundesweiten Great Place to Work® Wettbewerb „Beste Arbeitgeber Gesundheit & Soziales 2015“ den 1. Platz in der Kategorie „Pflege unter 50 Mitarbeiter“. Die Auszeichnung steht für besondere Leistungen bei der Entwicklung vertrauensvoller Arbeitsbeziehungen und der Gestaltung attraktiver Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.
- Die Stelle der Heimleitung im Markus-Pflüger-Heim konnte ab dem 01.12. 2014 mit Herrn Michael Schreiner besetzt werden.

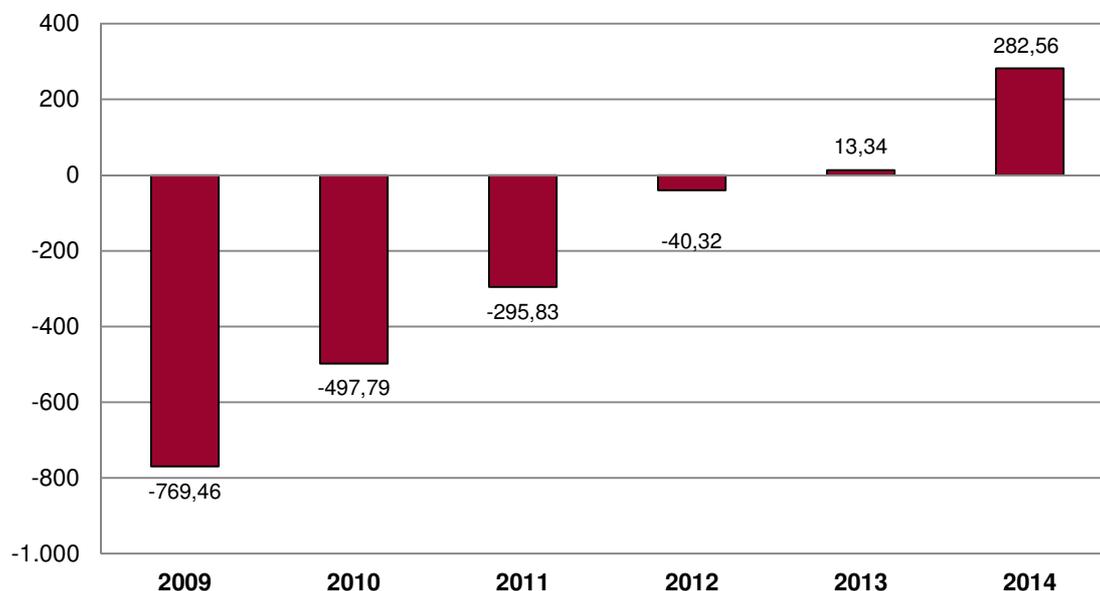
2 Analyse des Geschäftsverlaufs und der Lage

2.1 Vermögenslage

Die Vermögenslage des Eigenbetriebs Heime hat sich durch den Überschuss verbessert. Die Eigenkapitalquote beträgt (unter Berücksichtigung der Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens) 68,3 %.

	2014		2013		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Bilanzsumme	24.275	100,0	25.029	100,0	-754	
Anlagevermögen	21.359	88,0	22.562	90,1	-1.203	
Eigenkapital	16.572	68,3	16.781	67,1	209	
Fremdkapital	7.702	31,7	8.248	33,0	-546	
Verschuldungsgrad (FK/EK)		46,0		49,0		-3,0

**Entwicklung des jährlichen Verlust-/Gewinnvortrags
- in TEUR -**



Auf Grund des Jahresüberschusses 2014 i. H. v. 269.221,26 EUR ist es gelungen, die seit 2008 aufgelaufenen Verlustvorträge aus Vorjahren i. H. v. 1.559.874,51 EUR vollständig abzubauen und einen Bilanzgewinn von 282.561,82 EUR zu erwirtschaften.

Lagebericht

2.2 Finanzlage

Die Finanzlage des Eigenbetriebs ist zum Ende des Jahres 2014 weiterhin stabil.

Der Kassenbestand und die Salden (+/-) der einzelnen Einrichtungen entwickelten sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt:

Einrichtung	Stand zum 31.12.2014 - in EUR -	Stand zum 31.12.2013 - in EUR -	Veränderung - in EUR -
Markus-Pflüger-Heim	1.095.745	1.093.180	2.565
Pflegeheim Markgräflerland	418.293	45.280	373.013
Pflegeheim Schloss Rheinweiler	202.891	184.747	18.144
Ambulanter Dienst	323.202	267.040	56.162
Summe EB Heime	2.040.131	1.435.597,60	449.884

Die o.g. Darstellung beinhaltet auch die im Auftrag der Heimbewohner verwalteten Gelder (insbesondere Taschengelder) sowie Mietkautionen.

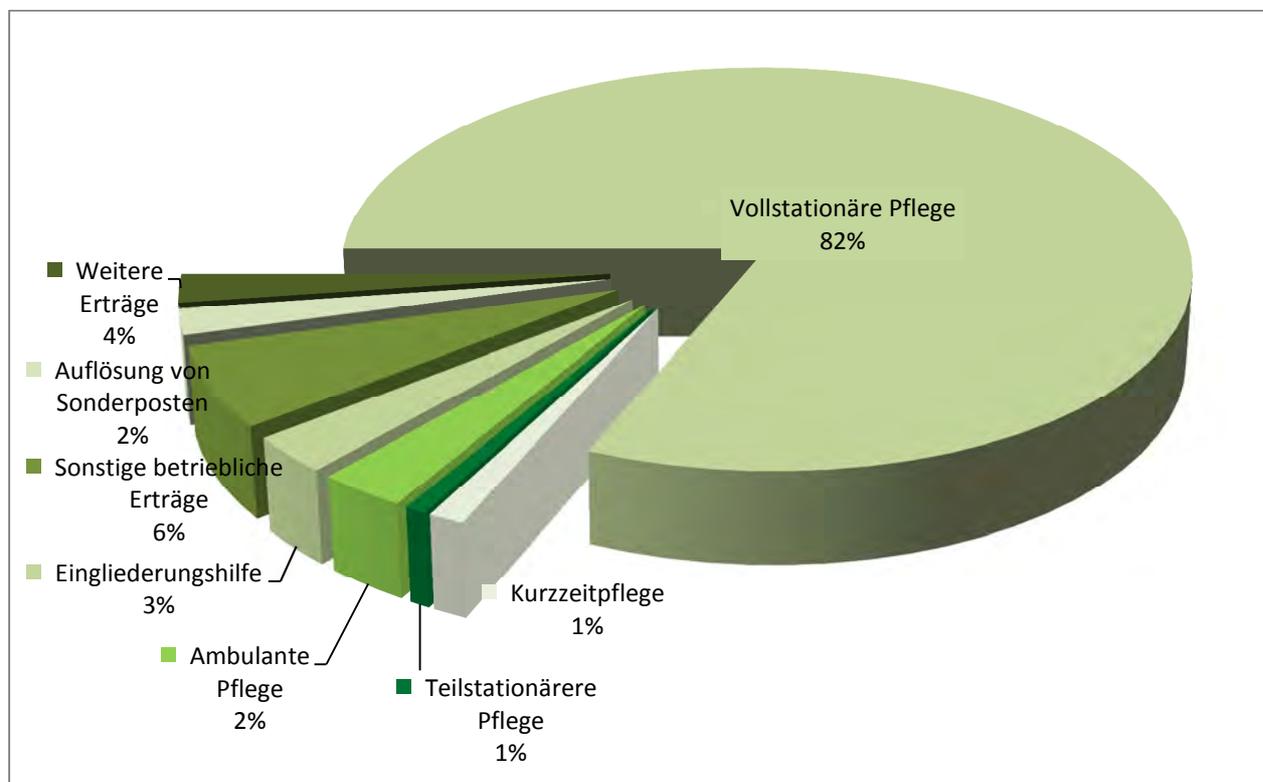
Im Jahr 2013 entspricht die Summe der für die Teileinrichtungen ausgewiesenen Guthaben mathematisch nicht dem in der Summenzeile (Konsolidierung) dargestellten Betrag von 1.435,597,60 EUR. Dies begründet sich mit Darstellungsproblemen im SAP-System. Ein Prüf- und Korrekturauftrag an das Rechenzentrum ist erteilt.

Der Cash-Flow stellt sich wie folgt dar:

	2014 - in EUR -	2013 - in EUR -
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit	1.407	1.800
Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit	-140	-328
Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit	-662	-789
zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	604	683
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	1.436	753
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	2.040	1.436

2.3 Ertragslage

Die Erträge setzen sich wie folgt zusammen:



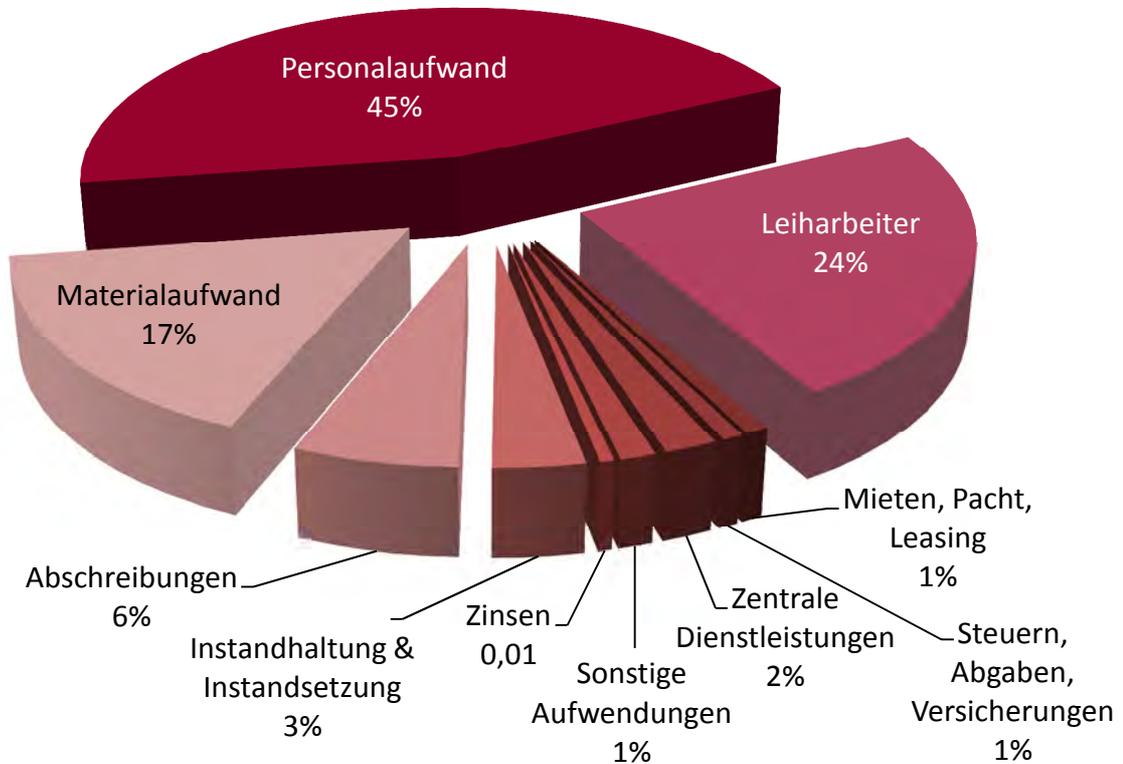
Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Erlöse aus Pflegesatz wie folgt entwickelt:

	2014 - in TEUR -	2013 - in TEUR -	Veränderung - in TEUR -
Erlöse aus vollstationärer Pflege	19.417	18.873	544
Erlöse aus Kurzzeitpflege	293	249	44
Erlöse aus teilstationärer Pflege	176	149	27
Erlöse aus ambulanter Pflege (incl. Behandlungspflege SGB V)	719	671	48
Erlöse aus Eingliederungshilfe	694	705	-11
Summe Erlöse aus Pflegesatz	21.299	20.647	652

Die höheren Erlöse hängen mit den Erhöhungen der Pflegesätze und mehr „Kunden“ beim ambulanten Dienst und der teilstationären Pflege zusammen.

Lagebericht

Die Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:



Die 5 größten Aufwandspositionen haben sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt entwickelt.

	2014 - in TEUR -	2013 - in TEUR -	Veränderung - in TEUR -
Personalaufwand	10.649	8.739	1.909
Leiharbeiter	5.615	6.923	-1.307
Materialaufwand	3.895	4.083	-188
Abschreibungen	1.380	1.461	-81
Instandhaltung & Instandsetzung	775	634	140

2.4 Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Risiken und Chancen

■ Chancen

a) Pflege als Wachstumsmarkt

Die Statistiken und Prognosen gehen davon aus, dass der Bedarf nach Pflegeangeboten und vollstationären Pflegeangeboten weiter wachsen wird. Es ist mit steigender Nachfrage zu rechnen.

b) Dezentralisierung der Angebote des Markus-Pflüger-Heimes

Der Kreistag hat in seiner Sitzung im Sommer 14 die grundsätzliche Dezentralisierung der Angebote des Markus-Pflüger-Heimes beschlossen und den Bedarf mit insgesamt 186 Plätzen festgestellt.

■ Risiken

a) Fachkräftemangel

Es ist nach wie vor schwierig, geeignete Fachkräfte zu finden.

b) Einzelzimmeranteil

Die Landesheimbauverordnung schreibt grundsätzlich (mit wenigen Ausnahmen) vor, dass ab 2019 in Heimen nur noch Plätze in Einzelzimmern angeboten werden dürfen. Derzeit beträgt der Platzanteil von Plätzen in Doppelzimmern:

- im Markus-Pflüger-Heim 49 %,
- im Pflegeheim Markgräflerland 32 % und
- im PH Schloss Rheinweiler 17 %.

D.h., hier sind in den nächsten Jahren entsprechende Anpassungen erforderlich.

Der EB Heime hatte bisher keine Belegungsprobleme. Allerdings dürfte sich dies in Zukunft aufgrund des hohen Anteiles von Plätzen in Doppelzimmern ändern.



Lörrach



Rheinfelden



Schopfheim



Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH
Der Jahresabschluss 2014



Einblick

	2014		2013		2012	
Planbetten	567		567		567	
Fallzahl	21.855		21.422		20.973	
Auslastung (%)	81,5		80,7		75,7	
Verweildauer (Tage)	6,1		6,4		6,6	
durchschnittliche Zahl der Vollkräfte	704		705		726	
Umsatzerlöse je Vollkraft (TEUR)	117,44		113,2		105,3	
Umsatzrentabilität (in %)	1,5		1,1		0,3	
	- TEUR -	- % -	- TEUR -	- % -	- TEUR -	- % -
UMSATZ						
Umsatzerlöse (Pos. 1-4 der GuV)	82.681	91,0	79.799	90,6	76.450	90,0
davon Erlöse aus Krankenhausleistungen	74.100	81,6	71.772	81,5	68.424	80,5
Personalaufwand	47.411	52,2	45.726	51,9	44.859	53,8
Materialaufwand	29.561	34,2	29.561	33,6	27.901	33,5
Betriebsergebnis (+/-)	1.097		934		415	
Jahresergebnis (+/-)	1.221		852		206	
VERMÖGEN						
Bilanzsumme	75.669	100,0	79.206	100,0	84.455	100,0
Anlagevermögen	55.819	73,8	59.404	75,0	63.439	75,1
Sonderposten	37.134	49,1	39.881	50,4	42.190	50,0
Eigenkapital ohne Sonderposten	23.950	31,7	22.729	28,7	21.877	25,9
Eigenkapital mit Sonderposten	61.084	80,8	62.609	79,1	64.067	75,9
FINANZEN						
Mittelzufluss/ -abfluss aus:						
laufender Geschäftstätigkeit	1.554		4.752		2.971	
Investitionstätigkeit	-637		-274		75	
Finanzierungstätigkeit	-1.514		-3.700		-1.569	
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	454		1.051		273	

Management Summary

Der Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH gelang es im Geschäftsjahr 2014 einen deutlichen Jahresüberschuss i. H. v. 1.221 TEUR (VJ. 852 TEUR) zu erwirtschaften.

Der Wirtschaftsplan 2015 sieht ein positives Ergebnis von 921 TEUR vor, er liegt somit unter dem erreichten Niveau von 2014.

Die Fallzahlen konnten im Geschäftsjahr 2014 erneut gesteigert werden (+2,02%), ein weiterer Rückgang der Verweildauer und eine hervorragende Auslastung von 81,5% (Vj. 80,7%) erreicht werden.



Die Budgeterlöse erhöhten sich um über 2.300 TEUR auf 74.100 TEUR gegenüber dem Vorjahr (71.772 TEUR). Die Erlöse aus Wahlleistungen, ambulanten Leistungen und Nutzungsentgelten der Ärzte sind leicht angestiegen.

Im Kostenbereich sind die Personalkosten und die bezogenen Leistungen aufgrund des nicht unwesentlichen Personalbezugs von unserer Tochtergesellschaft DATA-MED gemeinsam zu betrachten.

Der Cash-Flow aus operativer Tätigkeit ist im Geschäftsjahr 2014 um 3.198 TEUR zurückgegangen. Wesentliche Ursache für den im Vorjahresvergleich rückläufigen operativen Cash-Flow ist der deutliche Abbau des Umlaufvermögens in 2013, der zur Freisetzung liquider Mittel in Höhe von 1.986 TEUR führte. Im Geschäftsjahr 2014 ergab sich demgegenüber wieder ein zahlungswirksamer Aufbau der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, der mit den vergleichsweise hohen Abrechnungen im Dezember zusammenhängt.

Die nächsten Jahre werden von nachhaltigen Veränderungen gekennzeichnet. Ausgelöst wird dies durch die anstehenden gesetzlichen Änderungen, den Abschluss der baulichen Zielplanung und die Sicherung der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit. Für diese drei Themen ist der richtige Weg beschritten. Interne Vorbereitungen auf wichtige Anforderungen und das verbesserte Jahresergebnis sind der Beleg dafür und lassen positiv nach vorne blicken.

Lörrach, 25.03.2015

Armin Müller

Geschäftsführer

Inhalt

Prüfungsbericht	175
Bilanz	180
Gewinn- und Verlustrechnung	183
Anhang	184
1. ALLGEMEINE HINWEISE	184
2. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN	184
3. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ	186
4. HAFTUNGSVERHÄLTNISSE UND SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN	189
5. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	191
6. SONSTIGE ANGABEN	192
ANLAGEN ZUM ANHANG	
ANL. 1: ANLAGENNACHWEIS	194
ANL. 2: DARLEHENSÜBERSICHT	196

Bericht über die Prüfung

des Jahresabschlusses und des Lageberichts für das
Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2014
der Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH



■ Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH

Die folgende Zusammenfassung stellt lediglich einen Auszug aus dem Prüfungsbericht der KPMG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zum Jahresabschluss 2014 der Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH vom 25.03.2015 dar. Der vollständige Bericht kann bei der SST Beteiligungsmanagement eingesehen werden.

■ Prüfungsauftrag

In der Gesellschafterversammlung am 5. Juni 2014 der Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH, Lörrach, im Folgenden auch kurz „Kliniken“ oder „Gesellschaft“ genannt – sind wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2014 gewählt worden. Die Geschäftsführung hat uns demzufolge den Auftrag erteilt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht zu prüfen.

Ergänzend wurden wir damit beauftragt, in diesen Prüfungsbericht eine betriebswirtschaftliche Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft aufzunehmen.

Auftragsgemäß erstreckt sich die Prüfung weiterhin auf die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG, die Angaben gemäß § 17a Abs. 7 Satz 2 KHG und die Aufstellung gemäß § 4 Abs. 11 Satz 5 i. V. m. § 4 Abs. 10 Satz 11 Halbsatz 2 KHEntG.

■ Art und Umfang der Prüfung

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und den vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung vorgenommen. Ziel unseres risikoorientierten Prüfungsansatzes ist es sicherzustellen, dass die Aussagen im Jahresabschluss und Lagebericht der Kliniken eine verlässliche Basis für die Entscheidung der Adressaten bildet.

Als Schwerpunkte der Prüfung wurden festgelegt:

- Prüfung des Prozesses der Jahresabschlusserstellung
- Ansatz und Bewertung des Anlagevermögens
- Bilanzierung des Fördermittelbereichs
- Vollständigkeit und Bewertung der Rückstellungen
- Periodenabgrenzung in der Umsatzrealisierung
- Plausibilität der prognostischen Angaben im Lagebericht

Wir haben die Prüfung (mit Unterbrechungen) in den Monaten Februar und März 2015 bis zum 25. März 2015 durchgeführt.

Eine Vorprüfung haben wir im Monat November 2014 vorgenommen.

■ **Auszug aus dem Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

„Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH, Lörrach, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2014 geprüft....“

„Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. ...“

„Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den Vorschriften der KHBV und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Jahresabschluss zum 31.12.2014



Bilanz

AKTIVA	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Software	556.350,22	672.532,38
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten	39.595.188,86	42.297.832,16
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	859.928,81	962.144,82
3. Grundstücke ohne Bauten	184.234,75	184.234,75
4. Technische Anlagen	7.084.303,30	7.930.659,36
5. Einrichtungen und Ausstattungen	7.085.432,29	6.903.337,31
	54.809.088,01	58.278.208,40
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	450.000,00	450.000,00
2. Sonstige Finanzanlagen	3.567,76	3.567,76
	453.567,76	453.567,76
	55.819.005,99	59.404.308,54
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs und Betriebsstoffe	1.562.374,32	1.538.670,52
2. Unfertige Erzeugnisse	675.703,60	665.593,66
	2.238.077,92	2.204.264,18
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	12.154.390,58	11.004.086,29
2. Forderungen an den Gesellschafter bzw. den Krankenhausträger	208,45	609,48
3. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht - davon nach der BPfIV: 8.231,52 EUR (i.V. 319.364,96 EUR)	8.231,52	319.364,96
4. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	19.909,24	240.586,19
5. Sonstige Vermögensgegenstände	61.715,67	177.595,57
	12.244.455,46	11.742.242,49
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	454.434,58	1.052.187,03
	14.936.967,96	14.998.693,70
C. AUSGLEICHSPOSTEN NACH DEM KHG		
Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	4.811.454,48	4.702.517,73
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
Andere Abgrenzungsposten	101.876,02	100.678,13
SUMME DER AKTIVA	75.669.304,45	79.206.198,10

PASSIVA	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
A. EIGENKAPITAL		
1. Gezeichnetes Kapital	1.500.000,00	1.500.000,00
2. Kapitalrücklage	21.228.805,77	27.026.295,97
3. Bilanzgewinn / -verlust	1.221.077,33	-5.797.490,20
	23.949.883,10	22.728.805,77
B. SONDERPOSTEN AUS ZUWENDUNGEN ZUR FINANZIERUNG DES SACHANLAGENVERMÖGENS		
1. Sonderposten aus Fördermittel nach dem KHG	35.984.947,41	38.525.560,12
2. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	755.620,92	879.826,82
3. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	393.705,97	475.268,36
	37.134.274,30	39.880.655,30
C. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellungen für Pensionen	738.696,00	722.634,00
2. Steuerrückstellungen	97.705,79	654.706,82
3. Sonstige Rückstellungen	5.844.645,59	5.902.492,25
	6.681.047,38	7.279.833,07
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	869.963,99	890.372,78
2. Erhaltene Anzahlungen	11.532,35	84.959,11
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.431.689,97	2.492.359,47
4. Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter bzw. dem Krankenhausträger	1.830.716,84	3.549.407,06
5. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht - davon nach der BPfIV: 0,00 EUR (i.V. 68.726,21 EUR)	1.177.612,47	105.485,30
6. Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	272.260,91	266.292,99
7. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	78.372,67	523.318,16
8. Sonstige Verbindlichkeiten	1.185.635,11	1.335.251,38
	7.857.784,31	9.247.446,25
E. AUSGLEICHSPPOSTEN AUS DARLEHEN	46.315,36	69.457,71
SUMME DER PASSIVA	75.669.304,45	79.206.198,10

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 - EUR -	2013 - EUR -
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	74.100.261,18	71.772.378,85
2. Erlöse aus Wahlleistungen	2.426.100,73	2.398.019,39
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	2.617.299,43	2.309.075,25
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	3.537.888,01	3.319.760,38
5. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen	10.109,94	-95.748,34
6. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr.10	24.686,00	42.605,00
7. Sonstige betriebliche Erträge	9.163.319,26	9.492.885,92
Zwischenergebnis	91.879.664,55	89.238.976,45
8. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-37.853.832,43	-36.491.907,65
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge und für Unterstützung	-9.556.952,61	-9.234.318,55
- davon für Altersversorgung:	-3.984.401,71	-3.817.429,77
	-47.410.785,04	-45.726.226,20
9. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe	-15.887.848,83	-15.396.966,37
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-15.170.966,50	-14.019.904,04
	-31.058.815,33	-29.416.870,41
Zwischenergebnis	13.410.064,18	14.095.879,84
10. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen - davon Fördermittel nach dem KHG: 1.783.100,27 EUR (Vj. 1.786.507,27 EUR)	1.783.100,27	1.786.507,27
11. Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelbförderung	108.936,75	108.936,75
12. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG	4.569.586,28	4.570.030,40
13. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	23.142,35	23.142,35
Zwischenergebnis	19.894.829,83	22.371.003,88
14. Aufwendungen aus der Zuführung von Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG	-1.786.446,19	-1.794.025,32
15. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	-379.715,46	-489.289,20
16. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-6.016.771,31	-6.404.204,24
17. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-10.631.800,61	-10.256.475,23
Zwischenergebnis	1.080.096,26	1.640.502,62
18. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge - davon aus verbundenen Unternehmen: 12.000,00 EUR (Vj. 35.545,10 EUR)	41.522,07	62.090,92
19. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-120.950,79	-229.718,08
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.000.667,54	1.472.875,46
20. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	-57.000,00
Außerordentliches Ergebnis	0,00	-57.000,00
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	226.527,49	-473.449,71
22. Sonstige Steuern	-6.117,70	-90.444,06
Jahresüberschuss / -fehlbetrag (-)	1.221.077,33	851.981,69
23. Verlustvortrag	- 5.797.490,20	- 6.649.471,89
24. Entnahme aus Kapitalrücklage	5.797.490,20	0,00
Bilanzgewinn / -verlust (-)	1.221.077,33	- 5.797.490,20

Allgemeine Hinweise

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft i. S. d. § 267 Abs. 3 HGB. Daher wurde der Jahresabschluss nach den handelsrechtlichen Vorschriften für große Kapitalgesellschaften unter Beachtung der Regelungen des GmbHG aufgestellt.

Entsprechend § 3 des Gesellschaftsvertrages verfolgt die Gesellschaft ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Der Jahresabschluss wurde in Ausübung des Wahlrechts nach § 1 Abs. 3 KHBV i. V. m. § 330 Abs. 1 HGB aufgestellt. Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anlagennachweis sind somit nach den Vorschriften der Krankenhausbuchführungsverordnung (KHBV) gegliedert.

Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, haben wir einzelne Posten der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst und daher in diesem Anhang gesondert aufgegliedert und erläutert. Soweit ergänzende Angaben in der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung – zum Beispiel Restlaufzeiten oder zur Mitzugehörigkeit zu anderen Posten – nicht enthalten sind, werden diese im Anhang gesondert ausgewiesen und erläutert.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren im Wesentlichen die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Die Anschaffungs- und Herstellungskosten der einzelnen Vermögensgegenstände enthalten auch die nach § 15 Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. § 4 Nr. 16 UStG nicht abziehbaren Vorsteuern.

Die immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Bei der Bemessung der linearen Abschreibungen wird der durch die §§ 9 ff. KHG festgelegte Rahmen beachtet. Im Geschäftsjahr 1998 wurden für die im Anlagevermögen ausgewiesenen Umbauten von bestehenden Gebäuden des Kreiskrankenhauses Lörrach die Nutzungsdauern von 50 auf 25 Jahre herabgesetzt, um eine einheitliche Nutzungsdauer des Gesamtgebäudes zu erreichen. Geringwertige Anlagegüter bis EUR 150 werden im Jahr des Zugangs in voller Höhe abgeschrieben und als Abgang gezeigt. Die Abschreibungsdauer der immateriellen Vermögensgegenstände betragen 3-5 Jahre, der technischen Anlagen 10-15 Jahre, der Einrichtung und Ausstattung 3-10 Jahre.

Die Finanzanlagen sind mit den Anschaffungskosten bewertet.

Die unfertigen Leistungen wurden unter Zugrundelegung der abzurechnenden Fallpauschalen (DRG) gemäß § 255 Abs. 2 HGB bewertet. Nach Ermittlung eines Kostensatzes für ein CW (Relatives Kostengewicht) erfolgt die entsprechende Multiplikation mit dem individuellen CW/DRG.

In allen Fällen wurde verlustfrei bewertet, d. h. es wurden von den abzurechnenden Fallpauschalen (DRG) Abschläge für noch anfallende Kosten vorgenommen.

Die übrigen Vorräte sind zu fortgeschriebenen Durchschnittseinstandspreisen bzw. mit den letzten Einstandspreisen bewertet. In 2014 wurde der Festwert für den Mindestbestand auf den Stationen auf 214 TEUR erhöht (i. V. TEUR 144).

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind grundsätzlich zum Nominalwert angesetzt; den Ausfallrisiken im Bereich Forderungen gegen Selbstzahler und sonstige Debitoren wurde durch angemessene Einzel- und Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen.

Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG, aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand sowie Ausgleichsposten für Eigenmittel- und Darlehensförderungen wurden auf der Basis der Anschaffungs- oder Herstellungskosten der geförderten bzw. durch Eigenkapital finanzierten Anlagegüter gebildet bzw. entsprechend den planmäßigen Abschreibungen wieder aufgelöst.

Die Rückstellungen für Pensionen wurden für Anwartschaften und laufende Pensionsverpflichtungen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen unter Zugrundelegung des modifizierten Teilwertverfahrens gebildet. Hierbei wurden die Versorgungsverpflichtungen gemäß § 253 Absatz 1 Satz 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages mit einem Rechnungszinssatz von 4,53 % (i.V.: 4,88 %) für eine Restlaufzeit von 15 Jahren - gemäß dem Wahlrecht nach § 253 Absatz 2 Satz 2 HGB -, einer Rentendynamik von 1,0 % (i.V.: 1,0 %) p. a., Gehaltsanpassungen von 2,75 % ab dem 01.01.2015 und den Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck angesetzt.

Bei der Umstellung der Bewertung der Pensionsrückstellungen nach BilMoG wurde von der Übergangsregelung gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB Gebrauch gemacht und der Umstellungsaufwand auf 15 Jahre verteilt. Der gesamte Betrag wurde in 2013 aufgeholt, so dass der Umstellungsaufwand vollständig dargestellt wird.

Für alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen sind bei Bedarf Steuerrückstellungen und sonstige Rückstellungen gebildet worden, die in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt wurden. Sie enthalten Rückstellungen für Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen für vereinbarte Altersteilzeitverhältnisse. Für die Bewertung dieser Verpflichtungen dienten als biometrische Rechnungsgrundlagen die Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck. Die Vereinfachungsregelung hinsichtlich des Ansatzes eines durchschnittlichen Marktzinssatzes gemäß § 253 Absatz 2 HGB wurde in Anspruch genommen. Im Übrigen wurden bei der Bewertung die folgenden Parameter zugrunde gelegt: Rechnungszinssatz von 2,90 % bei einer Restlaufzeit von mindestens einem Jahr;; Gehaltstrend von 1,5 % p.a. ab 2016 sowie die Erhöhung der sozialversicherungsrechtlichen Beitragsbemessungsgrenzen analog zum Gehaltstrend und einer Gehaltsanpassungen von 2,40 % ab dem 01.03.2015.

Die Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Erläuterungen zur Bilanz

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens im Geschäftsjahr ergibt sich aus dem Anlagennachweis in der Anlage zum Anhang.

Die Liste der verbundenen Unternehmen stellt sich wie folgt dar:

Name und Sitz der Gesellschaft	Beteiligungsquote - in % -	Eigenkapital 31.12.2014 - in EUR -	Jahresergebnis 2014 - in EUR -
DATA-MED Dienstleistungsgesellschaft mbH, Lörrach	100,00	176.778,27	61.117,13
Medizinisches Versorgungszentrum Landkreis Lörrach GmbH, Lörrach	100,00	-446.860,10	-148.330,79

Bei den Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von 20 TEUR (Vj: 55 TEUR) handelt es sich um kurzfristige Forderungen aus dem laufenden Geschäftsverkehr und infolge verauslagter Zahlungen. Der im Vorjahr dem Tochterunternehmen DATA-MED Dienstleistungsgesellschaft mbH gewährte kurzfristige Kredit in Höhe TEUR 186 wurde im Geschäftsjahr 2014 getilgt.

Zur Vermeidung einer insolvenzrechtlichen Überschuldung wurde mit der Tochtergesellschaft Medizinisches Versorgungszentrum Landkreis Lörrach GmbH, Lörrach eine Rangrücktrittserklärung in Höhe von 600 TEUR abgeschlossen. Des Weiteren hat die Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH der Tochtergesellschaft Medizinisches Versorgungszentrum Landkreis Lörrach GmbH eine Finanzierungszusage bei Unterdeckung der Finanzmittel gegeben.

Die Forderungen an den Gesellschafter bzw. den Krankenhausträger in Höhe von TEUR 0,2 (i.V. 0,6 TEUR) betreffen kurzfristige sonstige Forderungen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten in Höhe von TEUR 5 (i. V. TEUR 5) Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Alle übrigen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

In Höhe der Abschreibungen auf die aus Eigenmitteln des Krankenhausträgers vor Beginn der Förderung beschafften und hergestellten Vermögensgegenstände, für die ein Ausgleich für die Abnutzung in der Zeit seit Beginn der Förderung verlangt werden kann, wurde ein Ausgleichsposten nach § 5 Abs. 5 KHBV zum 31.12.2014 in Höhe von TEUR 4.811 (i. V. TEUR 4.703) aktiviert.

Das gezeichnete Kapital beträgt EUR 1.500.000,00 und ist vollständig eingezahlt.

Der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres beträgt TEUR 1.221. Die Kapitalrücklage wurde zu Gunsten des Bilanzverlustes in Höhe von 5.797 TEUR aufgelöst.

Die bis zum Bilanzstichtag zweckentsprechend verwendeten Fördermittel – gemäß dem LKHG, aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand sowie aus Zuwendungen Dritter – werden entsprechend § 5 Abs. 3 KHBV in einem zu bildenden Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG beziehungsweise in den Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand und Sonderposten aus Zuweisungen Dritter zur Finanzierung von Investitionen ausgewiesen. Bis zum Bilanzstichtag angefallene Abschreibungen auf die mit diesen Mitteln finanzierten Vermögensgegenstände sowie die Restbuchwerte von Abgängen ehemals geförderter Investitionen werden von diesen Sonderposten abgesetzt. Den Restbuchwerten der mit Fördermitteln finanzierten Anlagegegenstände stehen somit auf der Passivseite die Sonderposten aus Fördermitteln gegenüber.

Die noch nicht verbrauchten Fördermittel werden gemäß den Vorschriften der KHBV unter den Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht beziehungsweise den Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens ausgewiesen.

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden entsprechend Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens sowie Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens ausgewiesen.

Durch die Umstellung der Bewertung der Pensionsrückstellungen nach BilMoG ergab sich ein zusätzlicher einmaliger Rückstellungsbetrag in Höhe von TEUR 511. Von der Übergangsregelung gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wurde Gebrauch gemacht. Der noch nicht in der Bilanz ausgewiesene Betrag aus der Erstanwendung in Höhe von TEUR 57 wurde in 2013 vollständig den Pensionsrückstellungen zugeführt. Die Zuführung wurde in der Gewinn- und Verlustrechnung 2013 gemäß Art. 67 Abs. 7 EGHGB als außerordentlicher Aufwand gezeigt.

Die wesentlichen sonstigen Rückstellungen betreffen unter anderem Rückstellungen für Mehrarbeit/Urlaub (TEUR 2.248), Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen (TEUR 236), Rückstellungen für ausstehende Leistungsentgelte der Mitarbeiter (TEUR 680), ausstehende Rechnungen (TEUR 740), Instandhaltung (562 TEUR) und einer Rückstellung für Pensionsverpflichtungen (TEUR 520) gegenüber dem Träger.

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten ergeben sich aus nachfolgender Übersicht:

	Restlaufzeiten			Gesamt
	unter 1 Jahr - in TEUR -	1 bis 5 Jahre - in TEUR -	über 5 Jahre - in TEUR -	31.12.14 - in TEUR -
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	346	345	180	870
<i>Vorjahr</i>	286	291	313	890
2. Erhaltene Anzahlungen	12	0	0	12
<i>Vorjahr</i>	85	0	0	85
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.432	0	0	2.432
<i>Vorjahr</i>	2.492	0	0	2.492
4. Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter bzw. dem Krankenhausträger	1.202	573	55	1.831
<i>Vorjahr</i>	2.757	556	236	3.549
5. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	1.177	0	0	1.177
<i>Vorjahr</i>	106	0	0	106
6. Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	272	0	0	272
<i>Vorjahr</i>	266	0	0	266
7. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	78	0	0	78
<i>Vorjahr</i>	523	0	0	523
8. Sonstige Verbindlichkeiten	1.186	0	0	1.186
<i>Vorjahr</i>	1.335	0	0	1.335
Summe	6.705	918	235	7.858
<i>Vorjahr</i>	7.850	847	550	9.247

Auf zwei Grundstücken wurden Grundschulden in Höhe von TEUR 2.600 im Zusammenhang mit gemäß dem Krankenhausfinanzierungsrecht geförderten Investitionen eingetragen. Die korrespondierenden Verbindlichkeiten wurden bereits auf den Sonderposten aus Fördermitteln nach KHG (Valuta per 31. Dezember 2014 mit rd. TEUR 1.982 und per 31. Dezember 2013 mit rd. TEUR 2.147) umgebucht.

Die zum Bilanzstichtag ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter bzw. dem Krankenhausträger betreffen mit TEUR 1.768 (i.V. 3.426 TEUR) Darlehensverbindlichkeiten und im Übrigen – wie im Vorjahr- sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen – wie im Vorjahr- kurzfristige Verbindlichkeiten aus dem laufenden Geschäftsverkehr.

Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen Steuerverbindlichkeiten TEUR 652 (i.V.: TEUR 566), Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit TEUR 5 (i.V.: TEUR 9) sowie im Weiteren hauptsächlich Verbindlichkeiten aus Ärzte- und Poolabgaben.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von TEUR 1.875 p. a. aus gegenüber fremden Dritten abgeschlossenen Miet-, Wartungs- und Leasingverträgen.

Im Übrigen hat die Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH für die im Geschäftsjahr 2009 gegründete Tochtergesellschaft Medizinisches Versorgungszentrum Landkreis Lörrach GmbH, Lörrach, eine selbstschuldnerische und unbeschränkte Bürgschaft für mögliche Forderungen von Kassenärztlichen Vereinigungen und gesetzlichen Krankenkassen aus der vertragsärztlichen Tätigkeit der Tochtergesellschaft – die ihre eigentliche Geschäftstätigkeit in 2010 aufgenommen hat – übernommen.

Bezüglich der Zusatzversorgung der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes liegt nach Meinung des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer gemäß Mitteilung in den Fachnachrichten des IDW 1998 eine mittelbare Pensionsverpflichtung nach § 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB vor. Die über eine Zusatzversorgungskasse abzuwickelnden Versorgungsleistungen der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes führen zu einer Subsidiärhaftung des entsprechenden Arbeitgebers, die zu einer mittelbaren Pensionsverpflichtung der Gesellschaft führt. Eine Passivierungspflicht besteht für derartige Verpflichtungen nach Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB nicht. Die Gesellschaft hat von dem Passivierungswahlrecht Gebrauch gemacht.

Nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB besteht jedoch die Verpflichtung, den Betrag der in der Bilanz nicht ausgewiesenen Pensionsrückstellungen im Anhang anzugeben. Da der verlässlichen Betragsangabe im Anhang praktische Schwierigkeiten der Ermittlung seitens der Zusatzversorgungskasse entgegenstehen, hat die Gesellschaft entsprechend den Äußerungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW) qualitative Angaben über die Art und den Umfang der mittelbaren Verpflichtungen im Anhang wie folgt aufgenommen:

Nach dem Tarifvertrag über die Versorgung der Arbeitnehmer des Bundes und der Länder sowie von Arbeitnehmern kommunaler Verwaltungen und Betriebe (Versorgungs-Tarifvertrag) vom 4. November 1966 ist die Gesellschaft verpflichtet, grundsätzlich alle Arbeitnehmer so zu versichern, dass sie eine dynamische Versorgungsrente für sich und ihre Hinterbliebenen im Rahmen einer Gesamtversorgung erwerben. Einzelheiten hierzu sind im Versorgungs-Tarifvertrag und den Satzungen der Zusatzversorgungskassen geregelt. Die Gesellschaft ist Mitglied der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes Baden-Württemberg, Daxlander Str. 74 in 76185 Karlsruhe.

■ Anhang

Im Jahr 2014 betrug der Umlagesatz 5,5% Arbeitgeber- plus 0,15% Arbeitnehmeranteil. Zusätzlich werden noch 2,4% Sanierungsgeld plus 0,22% Zusatzbeitrag des beitragspflichtigen Entgelts berechnet.

Im Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014 betrug das beitragspflichtige Entgelt als Bemessungsgrundlage für die Zusatzversorgungskasse TEUR 35.401 (i.V. TEUR 33.800).

Die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme der nicht in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Bürgschaften schätzen wir aufgrund des bisherigen Zahlungsverhaltens der Begünstigten als gering ein. Erkennbare Anhaltspunkte, die eine neue Beurteilung erforderlich machen würden, liegen uns zurzeit nicht vor.

5. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse, gegliedert nach Tätigkeitsbereichen stellen sich wie folgt dar:

	Klinikverbund Lörrach/ Rheinfeldern/ Schopfheim - in TEUR -
Erlöse aus Krankenhausleistungen	74.100
Erlöse aus Wahlleistungen	2.426
Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	2.617
Nutzung der Ärzte	3.538
Summe	82.681

Von den sonstigen betrieblichen Erträgen entfallen 994 TEUR auf aperiodische Erträge. Sie betreffen Auflösungen von Rückstellungen (TEUR 151), Auflösung Verpflichtung für Beamte vom Landkreis (643 TEUR), Gewinne aus Anlagenabgängen (3 TEUR) sowie sonstige periodenfremde Erträge (197 TEUR).

Bei den Abschreibungen in Höhe von 6.017 TEUR handelt es sich um planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände. Von ihnen entfallen 1.348 TEUR auf mit Eigenmitteln finanziertes Anlagevermögen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen mit TEUR 33 Aufwendungen aus dem Abgang von Anlagevermögen, mit 122 TEUR Ausbuchungen von Forderungen; sowie mit 864 TEUR sonstige periodenfremde Aufwendungen.

Von den Zinsaufwendungen in Höhe von 121 TEUR entfallen 42 TEUR (i.Vj: 48 TEUR) auf Aufwendungen aus der Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen und 45 TEUR (i.Vj.: 91 TEUR) auf den Gesellschafter.

In 2014 gibt es keine außerordentlichen Aufwendungen. Die außerordentlichen Aufwendungen aus dem Vorjahr betreffen den auf höchstens 15 Jahre zu verteilende Umstellungsaufwand für die zum 31. Dezember 2009 / 1. Januar 2010 vorgenommenen Anpassungsbuchungen gemäß BilMoG bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen gemäß Art. 67 Abs. 7 EGHGB, wobei im Geschäftsjahr 2013 die gesamte restliche Zuführung in Höhe von 57 TEUR zur Pensionsrückstellung vorgenommen wurde.

Latente Steuern waren im Geschäftsjahr 2014 nicht auszuweisen. Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag belasten in vollem Umfang das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Sie enthalten die Verrechnung der Auflösung von Steuerrückstellungen in Höhe von 220 TEUR.

6. Sonstige Angaben

Im Durchschnitt des Geschäftsjahres war folgendes Personal in den einzelnen Abteilungen (unter Umrechnung der Krankenpflegeschüler mit dem Anrechnungsverhältnis von 1:9,5 bzw. der Krankenpflegehilfsschüler mit dem Anrechnungsverhältnis von 1:6 und der Umrechnung von Teilzeitbeschäftigten in Vollbeschäftigte, inklusive einem Geschäftsführer und zwei kaufmännischen Auszubildenden, jedoch ohne Praktikanten) eingesetzt:

	2014	Vorjahr
Ärztlicher Dienst	147,52	141,2
Pflegedienst	253,42	256,7
Medizinisch-Technischer Dienst	93,84	95,6
Funktionsdienst	79,71	73,3
Klinisches Hauspersonal	12,63	13,1
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	32,73	38,6
Technischer Dienst	14,92	15,2
Verwaltungsdienst	49,80	51,7
Sonderdienst	3,47	3,5
Personal der Ausbildungsstätten	5,75	5,1
Sonstiges Personal	2,84	2,7
Krankenpflege Schüler	6,82	5,7
Krankenpflege Hilfsschüler	0,54	2,4
Summe	704,00	704,8

Zum einzelvertretungsberechtigten Geschäftsführer war im Geschäftsjahr 2014 Herr Armin Müller, Lörrach, bestellt.

Mitglieder des Aufsichtsrates waren bzw. sind die Damen und Herren:

- Marion Dammann, Landrätin – Vorsitzende –
- Klaus Fleck, Bürgermeister i. R. – Stellv. Vorsitzender – (bis September 2014)
- Philipp von Ritter zu Groenesteyn, Finanz-/Krankenhausdezernent
- Dr. Fritz Lenz, Kreisrat
- Eberhard Niethammer, Kreisrat (bis September 2014)
- Michael Straub, Kreisrat
- Dr. Stefan Grüter, Kreisrat
- Rudolf Rümmele, Kreisrat (bis September 2014)
- Jörg Lutz, Kreisrat

- Ulrich May, Kreisrat
- Fritz Gerbel, Prokurist i. R. (bis September 2014)
- Klaus Eberhardt, Kreisrat (seit September 2014)
- Ina Rosenthal, Kreisrätin (seit September 2014)
- Paul Renz, Kreisrat (seit September 2014)
- Christof Nitz, Kreisrat (seit September 2014)
- Katharina Merkofer, Betriebsratsvorsitzende
- Michael Griesch, Stellv. Betriebsratsvorsitzender
- Edeltraud Lämmelin, Betriebsratsmitglied (bis Oktober 2014)
- Dr. Stephanie Schöneberg-Opalka (seit Oktober 2014)
- Dr. Walter Bauersfeld, Sprecherausschuss (bis Juli 2014)
- Andreas Rudolph, Sprecherausschuss (seit Juli 2014)

Im Übrigen nahmen die Mitglieder des zum 1. März 2008 gem. dem Beschluss des Aufsichtsrates vom 28. Februar 2008 im Rahmen der Neuorganisation geschaffenen Direktoriums für die Kliniken Lörrach GmbH beratend an den Sitzungen des Aufsichtsrates teil:

- Prof. Dr. Hans H. Osterhues, Chefarzt, Ärztlicher Direktor
- Winfried Königs, Pflegedienstleiter (bis Dezember 2014)

Die Gesamtbezüge für den Aufsichtsrat belaufen sich für 2014 auf 2.580,85 EUR.

Auf die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. Für die Pensionsverpflichtung gegenüber einem früheren Mitglied der Geschäftsführung sind am 31. Dezember 2014 739 TEUR zurückgestellt.

An die bestellte und beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wurden im Geschäftsjahr 2014 für Abschlussprüfungstätigkeiten 35,7 TEUR (inklusive Umsatzsteuer und Auslagen) erfasste Honorare geleistet.

Für das Mutterunternehmen Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH ist aufgrund der im Geschäftsjahr 2006 übertragenen Geschäftsanteile an der DATA-MED Dienstleistungsgesellschaft mbH, Lörrach, sowie der im Geschäftsjahr 2009 gegründeten Tochtergesellschaft Medizinisches Versorgungszentrum Landkreis Lörrach GmbH, Lörrach, grundsätzlich eine Pflicht zur Konzernrechnungslegung gem. § 290 HGB gegeben. Infolge der Inanspruchnahme der Befreiungsvorschrift gemäß § 290 Abs. 5 HGB i.V. mit § 296 Abs. 2 HGB wurde auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses verzichtet.

Lörrach, 25. März 2015

Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH

Armin Müller
Geschäftsführer

Anlage 1

Anlagennachweis

Anschaffungs- und Herstellungskosten				
	Stand 01.01.2014 - in EUR -	Zugang - in EUR -	Abgang - in EUR -	Stand 31.12.2014 - in EUR -
	1	2	4	5
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene Software	2.673.353,42	137.156,51	1.120.756,91	1.689.753,02
	2.673.353,42	137.156,51	1.120.756,91	1.689.753,02
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten	99.241.088,72	0,00	1.690,84	99.239.397,88
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	3.179.766,41	0,00	0,00	3.179.766,41
3. Grundstücke ohne Bauten	184.234,75	0,00	0,00	184.234,75
4. Technische Anlagen	26.909.714,69	225.735,69	20.994,75	27.114.455,63
5. Einrichtungen und Ausstattungen	33.023.038,72	2.101.768,49	2.289.233,07	32.835.574,14
	162.537.843,29	2.327.504,18	2.311.918,66	162.553.428,81
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	450.665,59	0,00	0,00	450.000,00
2. Sonstige Finanzanlagen	3.567,76	0,00	0,00	3.567,76
	454.233,35	0,00	0,00	453.567,76
SUMME ANLAGEVERMÖGEN	165.664.764,47	2.464.660,69	3.432.675,57	164.696.749,59

kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
Stand 01.01.2014 - in EUR -	Zugang - in EUR -	Abgang - in EUR -	Stand 31.12.2014 - in EUR -	Stand 31.12.2014 - in EUR -	Stand Vorjahr - in EUR -
6	7	8	9	10	11
2.000.821,04	253.338,67	1.120.756,91	1.133.402,80	556.350,22	672.532,38
2.000.821,04	253.338,67	1.120.756,91	1.133.402,80	556.350,22	672.532,38
56.943.256,56	2.702.643,30	1.690,84	59.644.209,02	39.595.188,86	42.297.832,16
2.217.621,59	102.216,01	0,00	2.319.837,60	859.928,81	962,144,82
0,00	0,00	0,00	0,00	184.234,75	184,234,75
18.979.055,33	1.072.091,75	20.994,75	20.030.152,33	7.084.303,30	7.930.659,36
26.119.701,41	1.886.481,58	2.256.041,14	25.750.141,85	7.085.432,29	6.903.337,31
104.259.634,89	5.763.432,64	2.278.726,73	107.744.340,80	54.809.088,01	58.278.208,40
0,00	0,00	0,00	0,00	450.000,00	450.000,00
0,00	0,00	0,00	0,00	3.567,76	3.567,76
0,00	0,00	0,00	0,00	453.567,76	453.567,76
106.260.455,93	6.016.771,31	3.399.483,64	108.877.743,60	55.819.005,99	59.404.308,54

Anlage 2

Darlehensübersicht

Nr.	Darlehens- geber	Aufnah- mejahr	Urspr. Kredit- betrag	Stand am Jahres- anfang	Tilgung	Zinsen	Stand am Jahres- ende	Zins- satz
			- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in % -
1	SPK-Lö	1998	1.278.229,70	612.478,95	61.665,91	22.697,25	550.813,04	3,85
2	DG HYP	2000	511.291,88	218.307,87	218.307,87	8.948,14	0,00	4,25
3	LK Lörrach	2012	1.123.125,00	926.320,27	158.651,17	13.548,83	767.669,10	1,14
4	KFW / SPK-Lö	2007	93.000,00	58.728,00	4.896,00	2.171,75	53.832,00	3,55
			3.005.646,58	1.815.835,09	443.520,95	47.365,97	1.372.314,14	

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014



INHALT

1	GRUNDLAGEN	199
2	WIRTSCHAFTSBERICHT	199
	2.1 DARSTELLUNG DES GESCHÄFTSVERLAUFS	199
	2.2 INVESTITIONEN UND IHRE FINANZIERUNG	202
	2.3 SONSTIGE WICHTIGE VORGÄNGE IM GESCHÄFTSJAHR	203
	2.4 ANALYSE DES GESCHÄFTSVERLAUFS UND DER LAGE	204
3	VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG MIT IHREN WESENTLICHEN CHANCEN UND RISIKEN	207
4	BERICHTERSTATTUNG NACH § 289 ABS. 2 HGB	208
5	KENNZAHLEN IM 5-JAHRESÜBERBLICK	208
6	ANALYSIERENDE DARSTELLUNGEN	20810

1. Grundlagen

Die Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH ist mit ihren drei Standorten, den Kreiskrankenhäusern in Lörrach, Rheinfeldern und Schopfheim, das größte medizinische Versorgungszentrum im Landkreis Lörrach und stellt mit seinen Fachabteilungen die wichtigste Zulaufstelle für Patienten im Dreiländereck dar.

Wir verfügen über 567 Planbetten und unterhalten mit über 1.500 Mitarbeitern an unseren Standorten die Grund- und Regelversorgung für jährlich rund 22.000 Patienten. Als akademisches Lehrkrankenhaus sind wir mit der medizinischen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg verbunden.

Neben den drei Klinikstandorten umfasst unsere organisatorische Struktur zwei Tochtergesellschaften, an denen wir zu 100% beteiligt sind: die DATA-MED GmbH, die für uns Service-Leistungen erbringt, und die Medizinisches Versorgungszentrum Landkreis Lörrach GmbH.

Wir sind Mitglied im Clinotel-Verbund, einem Zusammenschluss öffentlicher und freigemeinnütziger Krankenhäuser. Über den Verbund eröffnen sich für uns insbesondere im Bereich Benchmarking, Wissenstransfer und hinsichtlich zentraler Dienstleistungen Größenvorteile wie sie ansonsten nur von großen Krankenhauskonzernen realisierbar sind.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

2.1.1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Niedrige Zinsen, hohe Geldmittelverbräuche, wenig Investitionen und hohe Arbeitslosigkeit in Südeuropa kennzeichnen die europäische Situation.

In der Bundesrepublik lag das Wachstum hingegen mit 1,6% höher als erwartet. Bei stabil niedrigen Arbeitslosenzahlen bedeutet dies in der Gesundheitswirtschaft bei Ärzten und Pflegekräften nahezu Vollbeschäftigung und überall besteht Bedarf an ausländischen Arbeitskräften.

Der Krankenhausesektor wurde 2014 öffentlich unter den Generalverdacht gestellt, zu viele Operationen durchzuführen, Hygienemängel zu vertuschen und die Krankenkassen bei der Abrechnung zu betrügen. Es wurde politisch beschlossen, den Krankenkassen die in 2013/2014 gewährten Hilfsmittel auch in 2015 weiter zu gewähren. Gleichzeitig hat die Bund-Länder-Arbeitsgruppe im Dezember ein Eckpunktepapier vorgelegt, welches in 2015 das Gesetzgebungsverfahren durchlaufen wird. Kernpunkt ist eine starke Veränderung des derzeitigen Systems in Richtung „Geld folgt den Qualitätsergebnissen“, „Eindämmung der Leistungszahlen“ und „Konzentration der Leistungserbringung“.

Lagebericht

2.1.2. Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die in der nachfolgenden Tabelle dargestellte positive Entwicklung der Fallzahl (+ 2,02%) sowie der Rückgang der Verweildauer zeigen trotz eines leicht sinkenden Case-Mix-Index eine positive Unternehmensentwicklung:

Zeitraum	KKH Lörrach	KKH Rheinfelden	KKH Schopfheim	Kliniken Gesamt 2014	Vorjahr
Planbetten (vollstationär)	302	135	130	567	567
Patientenzahl	13.745	4.685	3.426	21.855	21.422
davon Psychiatrie und Psychosomatik	162,5	-	215,5	378	382
Verweildauer (DRG)	6,1	6,2	6,1	6,1	6,4
Verweildauer Psychiatrie und Psychosomatik	39,81	-	48,97	45,25	45,5
Auslastung (inkl. Psych.)	89,32%	68,26%	77,07%	81,45%	80,74%
Case-Mix-Index	1,035	0,997	0,848	0,999	1,013

Insgesamt bestätigen die Kennzahlen die laufenden Bemühungen der externen und internen Prozess- und Zufriedenheitsverbesserungen, welche zu der deutlichen Steigerung der Fälle und insofern der Umsätze beigetragen haben.

Personal- und Sozialbereich

2.1.3. Personalwirtschaft

Im Berichtsjahr sind die Personalkosten von 45.726 TEUR im Vorjahr auf 47.411 TEUR um 1.685 TEUR gestiegen. Weiterhin sind die Aufwendungen für bezogene Leistungen im Vergleich zum Vorjahr von 14.020 TEUR auf 15.171 TEUR um 1.151 TEUR gestiegen. Grund hierfür war im Wesentlichen die Erhöhung der Beschäftigtenzahl in der Tochtergesellschaft Data-Med Dienstleistungsgesellschaft mbH durch Einführung von Servicehelfern auf Station und der Beschäftigung von Fremdkräften im ärztlichen und pflegerischen Bereich.

Im Jahre 2014 erfolgte ein entscheidender aber kostenintensiver Schnitt in der Beschäftigung von Fremdkräften im ärztlichen und pflegerischen Bereich. Nach Prüfung der Deutschen Rentenversicherung Bund im Frühjahr 2013 konnten diese Honorarkräfte in den Kliniken nicht mehr im Rahmen von freien Honorarverträgen beschäftigt werden, da deren Tätigkeit als abhängige Beschäftigung von der DRV bewertet wurde und somit als sozialversicherungsrechtlich relevant. Um nun die trotzdem notwendige Beschäftigung der Honorarkräfte auf rechtssichere Bahnen zu lenken, wurden diese im Rahmen eines Kurzzeitanstellungsvertrages über die Data-Med oder über weitere externe Arbeitnehmerüberlassungen beschäftigt. Dies führte, trotz Verringerung der Anzahl der Fremdkräfte, zu einer deutlichen Steigerung der Kosten.

Die Zahl der Data-Med-Beschäftigten, die in die kreiseigenen Heime ausgeliehen worden sind, wurde verringert. Hier wurden nach einem entsprechenden Kreistagsbeschluss etwa 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Data-Med in den TVöD überführt.

2.1.4. Angaben zur Arbeitnehmerschaft

Durchschnittliche Vollkräfte inkl. Fremdmitarbeiter nach Berufsgruppen:

Dienststart	Gesamt 2014	Gesamt 2013
Ärzte	154,1	152,8
Pflegedienst	320,7	326,8
Med. -Tech. Dienst	140,7	138,5
Funktionsdienst	112,0	100,7
Klinisches. Hauspersonal	12,6	13,0
Wirtsch.- und Vers. -Dienst	60,8	68,5
Technischer Dienst	19,8	19,4
Verwaltungsdienst	77,7	75,6
Sonderdienst	4,0	4,8
Personal der Ausbildung	7,8	7,1
Sonstiges Personal	6,3	4,3
Gesamt	916,5	911,5

Lagebericht

Die durchschnittliche Anzahl der Vollkräfte hat sich leicht erhöht.

Altersstruktur der Mitarbeiter der Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH (einschließlich Schüler):

Geburtsjahr	Alter	2014 Anzahl	2013 Anzahl
vor 1963	> 50 Jahre	395	374
1963 - einschl. 1983	30 - 50 Jahre	482	490
Ab 1984	< 30 Jahre	210	181
Gesamt		1.087	1.045

2.1.5. Angaben zu betrieblichen Sozialleistungen

Die betriebliche Altersversorgung erfolgt über die ZVK. Der Beitrag von 7,9% hat sich zum Vorjahr nicht verändert und der Arbeitnehmerbeitrag von 0,15% blieb konstant.

Zusammensetzung der Sozialabgaben:

	2014 - in TEUR -	2012 - in TEUR -	Abweichung - in TEUR -	Abweichung - in % -
Gesetzliche Sozialabgaben	5.573	5.417	+ 156	+ 2,88
Betriebliche Altersversorgung	3.984	3.817	+ 167	+ 4,38
Gesamt	9.557	9.234	+ 323	+ 3,50

2.2. Investitionen und ihre Finanzierung

Es wurden Gesamtinvestitionen von 2.465 TEUR getätigt. Davon entfielen 313 TEUR auf die Röntgenanlage, 214 TEUR auf die Kaltwasser-Kälteanlage, 157 TEUR auf EDV-Lizenzen, 124 TEUR Hardware Rechenzentrum, 125 TEUR Sterilabteilung, 108 TEUR Betten Rheinfelden, 96 TEUR Monitoring Schopfheim, 106 TEUR Aufrüstung MRT-Gerätes, 142 TEUR Perfusoren und Infusomaten.

Die Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH erhalten nach § 9 Abs. 3 Krankenhausfinanzierungsgesetz zur Finanzierung von Beschaffungen jährlich Zuwendungen aus Fördermitteln des Landes in Höhe von 1.783 TEUR. Bei dem nicht durch Fördermittel neutralisierten Abschreibungsaufwand von 1.348 TEUR handelt es sich um Abschreibungsbeträge für die Beschaffungen, die aus eigenen, also selbst erwirtschafteten Mitteln finanziert wurden.

2.3. Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

- Am Standort Lörrach Rückgabe von Wohnungen, die sich in Dauermietverhältnissen befinden. Es verbleiben 15 möblierte 1-2-Zimmerwohnungen für vorübergehendes Wohnungsangebot (Probezeit, Praktika, Honorarkräfte) in unserem Besitz. Ebenso fünf Wohnungen für die PJ-ler der Universität Freiburg.
- Einführung Energiemanagement mit signifikanten Erfolgen bei Verbrauch und Kosten.
- Data-Med-Dienstleistungsgesellschaft mbH:
Tarifverhandlungen, mit dem Ziel begonnen, alle Mitarbeiter möglichst in den Haustarifvertrag zu integrieren bzw. Werkvertragsregelungen zu vereinbaren.
- Neue Zusammensetzung des Aufsichtsrates durch Kommunalwahlen in Baden-Württemberg.
- Durchführung von Patienten-, Mitarbeiter- und Einweiserbefragungen mit wesentlichen Erkenntnissen und Verbesserungspotentialen.
- Wohnheim Rheinfelden:
Derzeit Verhandlungen mit der Stadt Rheinfelden bzgl. eines städtebaulichen Vertrages. Ziel ist Abriss des Wohnheimes und Verkauf des dazugehörigen Grundstückes zur Wohnraumerstellung und Nutzung.

2.4. Analyse des Geschäftsverlaufs und der Lage

2.4.1. Vermögenslage

	2014		Vorjahr		Veränderung	
	- in TEUR -	- in % -	- in TEUR -	- in % -	- in TEUR -	- in % -
Bilanzsumme	75.669		79.206		- 3.537	
Anteil langfristiges Anlagenvermögen	55.819	73,8	59.404	75,0	- 3.585	- 6,0
Eigenkapital ohne SoPo	23.950	31,7	22.729	28,7	1.221	5,4
Sonder-/Ausgleichsposten	37.181	49,1	39.950	50,4	- 2.770	- 6,9
Deckungsgrad II		109,5		105,5		
Verschuldungsgrad		60,7		72,7		

Die Bilanzsumme verringerte sich um 3.537 TEUR zum Vorjahr (79.206 TEUR) auf 75.669 TEUR. Das Eigenkapital erhöhte sich um 1.221 TEUR auf 23.950 TEUR. Der Deckungsgrad II sagt aus, ob das Anlagevermögen durch das Eigenkapital und das langfristige Fremdkapital gedeckt ist. Der Wert hat sich leicht erhöht und entspricht der Zielvorgabe von 100% bis 120%. Der Verschuldungsgrad hat sich sehr positiv entwickelt.

2.4.2. Finanzlage

Die liquiden Mittel der Gesellschaft sind im Geschäftsjahr 2014 zurückgegangen.

Im Jahr 2014 erhöhte sich der Liquiditätsgrad II auf 100,4 % (2013: 96,6 %). Der Liquiditätsgrad II gibt an, inwieweit die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und die flüssigen Mittel die kurzfristigen Verbindlichkeiten decken.

Der Liquiditätsgrad III erhöht sich auf 118,1 % (2013: 113,2 %), also der Deckungsgrad des kurzfristigen Umlaufvermögens durch die kurzfristigen Verbindlichkeiten. Der Zielwert ist größer als 120 %.

Der Cash-Flow veränderte sich folgendermaßen:

aus laufender Geschäftstätigkeit auf 1.554 TEUR (2013: + 4.752 TEUR);

aus Investitionstätigkeit auf - 637 TEUR (2013: - 274 TEUR).

aus Finanzierungstätigkeit auf - 1.514 TEUR (2013: - 3.700 TEUR).

Der Cash-Flow aus operativer Tätigkeit ist um 3.198 TEUR zurückgegangen. Wesentliche Ursache für den im Vorjahresvergleich rückläufigen operativen Cash-Flow ist der deutliche Abbau des Umlaufvermögens in 2013, der zur Freisetzung liquider Mittel in Höhe von 1.986 TEUR führte. Im Geschäftsjahr 2014 ergab sich demgegenüber wieder ein zahlungswirksamer Aufbau der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, der mit den vergleichsweise hohen Abrechnungen im Dezember zusammenhängt.

Durch den operativen Mittelzufluss und die empfangenen Fördermittel konnten die Investitionen vollständig finanziert werden. Darüber hinaus wurden die Kreditverbindlichkeiten bei Banken planmäßig getilgt und die bei Gesellschafterin aufgenommenen Mittel um 1.500 TEUR zurückgeführt.

2.4.3. Ertragslage

Es konnte ein Jahresüberschuss von 1.221 TEUR erreicht werden.

Die Budgeterlöse erhöhten sich um über 2,3 Mio. EUR auf 74.100 TEUR gegenüber dem Vorjahr (71.772 TEUR). Die Erlöse aus Wahlleistungen, ambulanten Leistungen und Nutzungsentgelten der Ärzte sind leicht angestiegen.

Die Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe sind gegenüber dem Vorjahr (TEUR 15.397) um 490 TEUR auf 15.887 TEUR gestiegen.

Im Kostenbereich sind die Personalkosten und die bezogenen Leistungen aufgrund des nicht unwesentlichen Personalbezugs von der Tochtergesellschaft Data-Med gemeinsam zu betrachten und im Abschnitt 1.1.3 Personalwirtschaft erläutert.

Im Jahresüberschuss sind als wesentliche periodenfremde Erträge Auflösungen von Rückstellungen und Verpflichtungen in Höhe von TEUR 1.014 enthalten. Die periodenfremden Aufwendungen belaufen sich auf 1.019 TEUR.

Insgesamt sind wir mit der Entwicklung und der wirtschaftlichen Lage zufrieden.

2.4.4. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Die im letzten Lagebericht beschriebene Vorgehensweise der Personalentwicklung wurde in 2014 konsequent fortgeführt. Aufgrund der Ergebnisse der Patienten- und Mitarbeiterbefragungen wurden die in 2014 begonnenen Maßnahmen zur Achtsamkeit verstärkt.

In 2015 gibt es hier einen Aktionstag mit ca. 100 Mitarbeitern. Auch unser aktuelles Fortbildungsprogramm zeichnet sich durch Themen wie „Positives Führen“ und „Achtsame Kommunikation“ aus.

Sowohl die Mitarbeiter- als auch die Patientenbindung sind elementare Erfolgsfaktoren.

3. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

3.1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und zugrunde gelegte Annahmen

Der Wirtschaftsplan 2015 sieht ein positives Ergebnis von 921 TEUR vor und liegt somit unter dem erreichten Niveau von 2014. 2016 wird der Wirtschaftsplan fortgeschrieben und ein Ergebnis von 1.188 TEUR erwartet.

Der Landesbasisfallwert 2015 ist leider noch nicht endverhandelt. Die Fortführung des Versorgungszuschlages von 0,8% (ca. 500 TEUR) ist nicht in der Planung enthalten. Die Tarifverhandlungen der Ärzte sind mittlerweile abgeschlossen und liegen mit einer Wirkung von 2,2% unter unserem Planansatz von 3%.

3.2. Vermögenslage

Die Vermögenslage kann nur durch positive Jahresergebnisse und Investitionen positiv entwickelt werden. Deshalb sind der Abschluss der Bau- und Zielplanung sowie deren Umsetzung die wichtigste Zukunftsaufgabe des Unternehmens.

3.3. Finanzlage

Die in 2014 verbesserte Kassenlage gilt es zu stabilisieren. Leider sind die weiteren gesetzgeberischen Zugeständnisse des MDK unserer Liquiditätslage in 2015 wohl nicht zuträglich.

3.4. Ertragslage

In Bezug auf die Fallzahlen und den Case-Mix-Index erwarten wir für 2015 vergleichbare Werte. Mit sinkenden Honorarkräftekosten, leichten Umsatzsteigerungen und wieder verbesserten Produktivitätszahlen wird das geplante Jahresergebnis 2015 trotz der Personalkostensteigerungen erreicht.

3.5. Wesentliche Risiken und Chancen

Die weitere Intensivierung der Aktivitäten im Bereich Qualitätssicherung, Hygienemaßnahmen und Patientensicherheit ist im Hinblick auf Gesetzgebung und Wettbewerb unerlässlich. Die Knappheit von Fachkräften sowie die mögliche Weiterentwicklung gesetzgeberischer Maßnahmen im Bereich Arbeitnehmerüberlassung sind die wesentlichen Risiken im Bereich Personal. Sie erfordern weiterhin Anstrengungen zur internen Personalentwicklung sowie ggf. die Überarbeitung der bisherigen Beschäftigungsmodelle.

Auch die Altersstruktur der Anlagen und Gebäude bedeutet ein weiteres erhebliches Risiko. Hier sind wir mit der Fertigstellung der strategischen Bau- und Zielplanung einen wichtigen Schritt vorangekommen. Daraus können sich wesentliche Chancen für die weitere Entwicklung der Kliniken und die Steigerung der Attraktivität ergeben.

Die Zertifizierung des Darm-, des Endoprothesen- und des Traumazentrums war ein wichtiger Schritt in Richtung Qualitätssicherung und Prozessverbesserung. Diese dauerhafte Verbesserung von Prozessen und die Kapazitätsanpassung im OP gilt es weiter zu verfolgen, da darin die Chancen zum weiteren Erfolg liegen

3.6. Zusammenfassende Beurteilung

Die nächsten Jahre werden von nachhaltigen Veränderungen gekennzeichnet. Ausgelöst wird dies durch die anstehenden gesetzlichen Änderungen, den Abschluss der baulichen Zielplanung und die Sicherung der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit. Für diese drei Themen ist der richtige Weg beschritten. Interne Vorbereitungen auf wichtige Anforderungen und das verbesserte Jahresergebnis sind der Beleg dafür und lassen positiv nach vorne blicken.

4. Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

4.1. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Die kommunalen Arbeitgeber und der Marburger Bund haben sich Anfang Februar geeinigt (siehe oben). Neben der linearen Erhöhung von 2,2% ab Dezember 2014 und weiteren 1,9% ab Dezember 2015 gibt es noch Erhöhungen der Bereitschaftsentgelte (7,1%). Somit ergibt sich eine Erhöhung in 2015 von ca. 4,1%. Die Laufzeit endet im August 2016.

4.2. Risikomanagement und Methoden

Mit dem web-basierten Managementinformationssystem (MIS) stehen allen Führungskräften täglich aktuelle Informationen über Fallzahlen, CM-Werte, CMI, Medizinischen Bedarf, OP-Kennziffern etc. zur Verfügung. Dieses webbasierte Managementinformationssystem hat sich zur Steuerung sehr bewährt. Die für 2014 vorgesehene Weiterentwicklung wird in den Bereichen Personal- und Finanzkennzahlen erst in 2015 als Steuerungsinstrument zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus werden den Chefärzten monatlich Soll-/Ist-Analysen über Walleistungen, diverse Leistungskennzahlen (Radiologie, Kardiologie etc.) zur Verfügung gestellt. Im IT- und Technikbereich findet ein bereichsinternes Controlling statt. Mit der neuen Stelle eines Personalcontrollers wurde das Berichtswesen der Personalkosten neu aufgestellt und unterstützt die Steuerung des Personaleinsatzes aktuell und nachhaltig.

Die vergleichenden Clinotel-Auswertungen in den relevanten Bereichen sind mittlerweile wesentliches Steuerungsinstrument der Geschäftsleitung. Die Berichte werden in 2015 ausgewertet (z. B. OP-Zahlen). Fester Bestandteil des monatlichen Berichtswesens ist die Benchmark Qualitätssicherung aus Routinedaten und die Kodierqualität.

Lörrach, den 25. März 2015

Armin Müller

5. Kennzahlen im 5- Jahresüberblick

ALLGEMEINE KENNZAHLEN		2014	2013	2012	2011	2010
Planbetten	Anzahl	567	567	567	547	547
Fallzahl	Anzahl	21.855	21.422	20.973	20.326	19.042
Auslastung	%	81,5	80,7	75,7	73,1	72,5
Verweildauer	Tage	6,1	6,4	6,6	6,6	7,3
KENNZAHLEN ZUR ERTRAGSLAGE						
Jahresergebnis (+/-)	TEUR	1.221	852	206	-2.599	-4.299
Betriebsergebnis (+/-)	TEUR	1.097	934	1.644	-676	-2.684
Finanzergebnis	TEUR	-79	-168	-304	-375	-440
Neutrales Ergebnis	TEUR	302	616	-476	-839	-597
Umsatzerlöse (ohne Bestandveränderung)	TEUR	82.681	79.799	76.450	73.683	72.528
davon Erlöse aus Krankenhausleistungen	TEUR	74.100	71.772	68.424	64.216	62.806
Erlöse Krankenhausleistungen je Fall	TEUR	3,4	3,4	3,3	3,2	3,3
Personalaufwand	TEUR	47.411	45.726	44.859	45.832	45.263
durchschnittliche Zahl der Vollkräfte	Anzahl	704	705	726	773	787
durchschn. Personalaufwand je Vollkraft	TEUR	67,3	64,9	61,8	59,3	57,5
Personalaufwandsquote	%	57,3	57,3	58,7	62,2	62,4
Umsatzerlöse je Vollkraft	TEUR	117,44	113,19	105,3	95,3	92,2
Umsatzrentabilität	%	1,5	1,1	0,3	-3,5	-5,9
KENNZAHLEN ZUR VERMÖGENSLAGE			31.12.13	31.12.12	31.12.11	31.12.10
Bilanzsumme (nach Kürzung um Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung)	TEUR	70.858	74.503	79.861	84.053	87.604
Anlagevermögen	TEUR	55.819	59.404	63.439	67.270	69.143
Sonderposten	TEUR	37.134	39.881	42.190	44.524	43.684
Rückstellungen	TEUR	6.681	7.280	6.540	5.902	5.268
Betriebswirtschaftliches Eigenkapital	TEUR	19.139	18.026	17.283	17.186	19.894
Eigenkapitalrentabilität	%	6,4	4,7	1,2	-15,1	-21,6
Eigenkapitalquote	%	27,0	24,2	21,6	20,4	22,7
KENNZAHLEN ZUR FINANZLAGE			2013	2012	2011	2010
Mittelzufluss/ -abfluss aus						
laufender Geschäftstätigkeit	TEUR	1.554	4.752	2.971	-361	-2.753
Investitionstätigkeit	TEUR	- 637	-274	75	-910	-1.461
Finanzierungstätigkeit	TEUR	- 1.514	-3.700	-1.569	166	2.087
FINANZMITTELFONDS AM ENDE DER PERIODE		31.12.2014	31.12.13	31.12.12	31.12.11	31.12.10
	TEUR	454	1.051	273	-1.204	-99

Analysierende Darstellungen

6. Analysierende Darstellungen

Ertragslage

Zur Darstellung der Ertragslage verwenden wir in der nachfolgenden Übersicht eine unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten abgeleitete Ergebnisrechnung:

	2014		Vorjahr		Ergebnis- veränderung
	- in TEUR -	- in % -	- in TEUR -	- in % -	- in TEUR -
Erlöse aus Krankenhausleistungen	74.100	81,6	71.772	81,5	2.328
Sonstige Umsatzerlöse	8.581	9,4	8.027	9,1	554
Bestandsveränderung	10	0,0	-96	-0,1	106
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	25	0,0	43	0,0	- 18
andere laufende betriebliche Erträge	8.169	9,0	8.300	9,5	- 131
Betriebliche Erträge	90.885	100,0	88.046	100,0	2.839
Materialaufwand	- 31.059	- 34,2	-29.561	-33,6	- 1.498
Personalaufwand	- 47.411	- 52,2	-45.727	-51,9	- 1.684
Planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände u. Sachanlagen	- 6.017	- 6,6	-6.004	-6,8	- 13
Außerplanmäßige Abschreibungen	0	0,0	-400	-0,5	400
Ergebnis aus dem Fördermittelbereich	4.319	4,8	4.205	4,8	114
Betriebsaufwendungen	-6.995	- 7,7	-6.501	-7,4	- 494
Verwaltungsaufwendungen	- 2.461	- 2,7	-2.821	-3,2	360
Vertriebsaufwendungen	- 158	- 0,2	-213	-0,2	55
Gewinnunabhängige Steuern	- 6	0,0	-90	-0,1	84
Aufwendungen für die Betriebsleistung	- 89.788	- 98,8	-87.112	-98,0	- 2.676
Betriebsergebnis	1.097	1,2	934	1,0	163
Zinsergebnis	- 79	- 0,1	-168	-0,2	89
Ordentliches Unternehmensergebnis	1.018	1,2	766	0,8	252
Periodenfremdes/Neutrales Ergebnis	302	0,3	616	0,8	- 314
Außerordentliches Ergebnis	0	0,0	-57	-0,1	57
Ergebnis vor Ertragsteuern	1.320	1,5	1.325	1,5	- 5
Ertragsteuern	- 99	- 0,2	-473	-0,5	374
Jahresüberschuss (+) /Jahresfehlbetrag (-)	1.221	1,3	852	1,0	369

Vermögenslage

In der folgenden Bilanzübersicht sind die einzelnen Posten nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst:

	31.12.2014		31.12.2013		Veränderung TEUR
	TEUR	TEUR	TEUR	%	
Immaterielle Vermögensgegenstände	556	0,7	672	0,8	- 116
Sachanlagen	54.809	72,4	58.278	73,7	- 3.469
Finanzanlagen	454	0,6	454	0,6	-
Anlagevermögen	55.819	73,8	59.404	75,0	- 3.585
Vorräte	2.238	3,0	2.204	2,8	34
Liefer- und Leistungsforderungen	12.182	16,1	11.378	14,4	804
Sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	165	0,2	279	0,4	- 114
Konzernfinanzierung	0	0,0	186	0,2	- 186
Flüssige Mittel	454	0,6	1.052	1,3	- 598
Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten	15.039	19,9	15.099	19,1	- 60
Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	4.811	6,4	4.703	5,9	108
Gesamtvermögen	75.669	100,0	79.206	100,0	- 3.537
Gezeichnetes Kapital und Rücklagen	22.729	30,0	28.526	36,0	- 5.797
Bilanzgewinn	1.221	1,6	-5.797	- 7,3	7.018
Eigenkapital	23.950	31,7	22.729	28,7	1.221
Sonderposten	37.134	49,1	39.881	50,4	- 2.747
Pensionsrückstellungen	739	1,0	723	0,9	16
Andere langfristige Rückstellungen	520	0,7	1.163	1,5	- 643
Verbindlichkeiten geg. Kreditinstituten	180	0,2	604	0,4	- 133
Langfristige Verbindlichkeiten g. Gesellschafter	55	0,1	792	0,3	- 181
Langfristiges Fremdkapital	1.494	2,0	3.282	3,1	- 941
Übrige Rückstellungen	5.422	7,2	5.394	6,8	28
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	690	0,9	286	0,7	113
Erhaltene Anzahlungen	12	0,0	85	0,1	- 73
Liefer- und Leistungsverbindlichkeiten	2.573	3,4	3.138	4,0	-565
Übrige Verbindlichkeiten	3.348	4,4	1.842	3,0	950
Konzernfinanzierung	1.000	1,3	2.500	3,2	- 1.500
Kurz- u. mittelfristiges Fremdkapital	13.045	17,2	13.245	17,8	- 1.047
Fremdkapital insgesamt	14.539	19,2	16.527	20,9	- 1.988
Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	46	0,1	69	0,1	- 23
Gesamtkapital	75.669	100,0	79.206	100,0	- 3.537

Analysierende Darstellungen

Finanzlage

Über die Liquiditätssituation und die finanzielle Entwicklung gibt folgende Kapitalflussrechnung Aufschluss:

	2014 - in TEUR -	2013 - in TEUR -
Periodenergebnis (nach außerordentlichen Posten)	1.221	852
Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	6.017	6.404
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	- 4.570	-4.570
Erträge aus der Einstellung/Auflösung von Ausgleichsposten	- 132	-132
Zunahme der Rückstellungen	- 599	740
Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	29	32
Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	- 537	1.986
Abnahme/Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	125	-560
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	1.554	4.752
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	5	8
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 2.465	-2.409
Veränderung Fördermittel für Investitionen	1.823	2.127
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	- 637	-274
Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	- 14	0
Auszahlungen für die Tilgung von Anleihen und (Finanz-)Krediten	- 1.500	-3.700
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	- 1.514	-3.700
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	- 597	778
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	1.051	273
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	454	1.051

Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG Haushaltsgrundsätzegesetz



Inhalt

FRAGENKREIS 1: TÄTIGKEIT VON ÜBERWACHUNGSORGANEN UND GESCHÄFTSLEITUNG SOWIE INDIVIDUALISIERTE OFFENLEGUNG DER ORGANBEZÜGE	215
FRAGENKREIS 2: AUFBAU- UND ABLAUFORGANISATORISCHE GRUNDLAGEN	216
FRAGENKREIS 3: PLANUNGSWESEN, RECHNUNGSWESEN, INFORMATIONSSYSTEM UND CONTROLLING	218
FRAGENKREIS 4: RISIKOFRÜHERKENNUNGSSYSTEM	220
FRAGENKREIS 5: FINANZINSTRUMENTE, ANDERE TERMIN-GESCHÄFTE, OPTIONEN UND DERIVATE	221
FRAGENKREIS 6: INTERNE REVISION	222
FRAGENKREIS 7: ÜBEREINSTIMMUNG DER RECHTSGESCHÄFTE UND MAßNAHMEN MIT GESETZ, SATZUNG, GESCHÄFTSORDNUNG, GESCHÄFTSANWEISUNG UND BINDENDEN BESCHLÜSSEN DES ÜBERWACHUNGSORGANS	222
FRAGENKREIS 8: DURCHFÜHRUNG VON INVESTITIONEN	223
FRAGENKREIS 9: VERGABEREGELUNGEN	224
FRAGENKREIS 10: BERICHTERSTATTUNG AN DAS ÜBERWACHUNGSORGAN	224
FRAGENKREIS 11: UNGEWÖHNLICHE BILANZPOSTEN UND STILLE RESERVEN	225
FRAGENKREIS 12: FINANZIERUNG	226
FRAGENKREIS 13: EIGENKAPITALAUSSTATTUNG UND GEWINNVERWENDUNG	227
FRAGENKREIS 14: RENTABILITÄT/WIRTSCHAFTLICHKEIT	228
FRAGENKREIS 15: VERLUSTBRINGENDE GESCHÄFTE UND IHRE URSACHEN	229
FRAGENKREIS 16: URSACHEN DES JAHRESFEHLBETRAGES UND MAßNAHMEN ZUR VERBESSERUNG DER ERTRAGSLAGE	229

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Organe der Gesellschaft sind gemäß § 6 des Gesellschaftsvertrags die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung. Als Überwachungsorgan agiert der Aufsichtsrat (§ 11 Ziffer 1 des Gesellschaftsvertrags).

Die Zuständigkeiten des Aufsichtsrats sind in § 11 des Gesellschaftsvertrags geregelt.

Gemäß § 9 Nr. 1 des Gesellschaftsvertrags besteht der Aufsichtsrat aus bis zu 15 Mitgliedern. Hinsichtlich der Zusammensetzung des Aufsichtsrats verweisen wir auf Anlage 1.3 (Anhang für das Geschäftsjahr 2013) zu diesem Bericht.

Gemäß § 10 Nr. 14 des aktuellen Gesellschaftsvertrags hat sich der Aufsichtsrat am 5. Mai 1994 eine Geschäftsordnung gegeben, die insbesondere den Ablauf der Aufsichtsratssitzungen sowie von Abstimmungen und Wahlen regelt. Diese Geschäftsordnung wurde auskunftsgemäß zuletzt am 19. Oktober 2001 geändert. Ausschüsse bestehen auskunftsgemäß nicht.

Die Zuständigkeiten der Gesellschafterversammlung regelt § 8 des Gesellschaftsvertrags.

Die Geschäftsführung bestand im Geschäftsjahr 2014 aus einem Geschäftsführer. In § 14 des Gesellschaftsvertrags werden die Geschäftsführung und die Vertretung der Gesellschaft geregelt.

Eine gesonderte Geschäftsordnung für die Geschäftsführung wurde am 1. Juli 1994 durch den Aufsichtsrat in Kraft gesetzt und auskunftsgemäß zuletzt mit Datum vom 19. Oktober 2001 geändert. Sie regelt die Aufgabenbereiche der Geschäftsführung und entspricht den Bedürfnissen der Gesellschaft. Allerdings weisen wir darauf hin, dass diese zeitnah aktualisiert werden sollte.

Die Zusammensetzung und die Tätigkeit der Organe basiert auf den Rechtsvorschriften und den Vorschriften des Gesellschaftsvertrags.

Die Verteilung der Aufgaben und die Einbindung des Aufsichtsrats in die Entscheidungsprozesse der Geschäftsführung erscheinen den Bedürfnissen des Unternehmens angemessen.

Durch Beteiligung der Kliniken zu je 100 % am Stammkapital sowohl der DATA-MED Dienstleistungsgesellschaft mbH, Lörrach (kurz „DATA-MED“), als auch der Medizinisches Versorgungszentrum Landkreis Lörrach GmbH, Lörrach (kurz „MVZ“), besteht ein Konzern.

Bei den drei Konzerngesellschaften besteht insofern Personenidentität, dass der Geschäftsführer der Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH gleichzeitig Geschäftsführer der MVZ und der DATA-MED ist.

■ Fragenkatalog zur Prüfung nach §53 HGrG

b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Im Berichtsjahr fanden vier Sitzungen des Aufsichtsrats und drei Sitzungen der Generalversammlung statt. Entsprechende Niederschriften wurden erstellt.

c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Die Geschäftsführung ist seit 2014 Mitglied im Verwaltungsrat der Ev. Diakonissenanstalt Karlsruhe-Rüppurr.

d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Die Bezüge der Geschäftsführung werden im Anhang unter Anwendung der Befreiungsvorschrift nach § 286 Abs. 4 HGB nicht ausgewiesen.

Die Gesamtbezüge für den Aufsichtsrat (TEUR 2,6) sind im Anhang offengelegt worden. Aufgrund der geringen Höhe des Gesamtbetrags wurde hier auf eine Darstellung verzichtet.

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/ Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Entsprechend den Bedürfnissen des Krankenhauses gibt es ein Organigramm. Es wird bei Bedarf – zuletzt zum 13. Oktober 2014 – aktualisiert. Aus diesem Organisationsplan werden Aufbau und Arbeitsbereiche ersichtlich. Zuständigkeiten und Weisungsbefugnisse sind im Gesellschaftsvertrag sowie in Dienst- und Arbeitsanweisungen festgelegt.

Die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung regelt die Aufgabenbereiche der Geschäftsführung. Ferner bestehen für die einzelnen Geschäftsbereiche jeweils Geschäftsverteilungspläne, eigene Organigramme und Arbeitsanweisungen, aus denen der Organisationsaufbau, die Arbeitsbereiche und die einzelnen Zuständigkeiten ersichtlich sind.

Die Regelungen sind sachgerecht und entsprechen den Bedürfnissen des Unternehmens.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine derartigen Anhaltspunkte ergeben.

c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Eine schriftliche Dokumentation zur Korruptionsprävention liegt nicht vor. Allerdings gelten in der Gesellschaft die Grundsätze wie Vier-Augen-Prinzip, keine Auszahlung ohne Beleg sowie Einkauf über Einkaufsgemeinschaften. Im Übrigen erfolgen üblicherweise Ausschreibungen der zu vergebenden Leistungen. Aufgrund der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft (Betreiber eines Krankenhausverbunds) halten wir die ergriffenen Vorkehrungen für grundsätzlich ausreichend. Aus unserer Sicht ist eine schriftliche Dokumentation, beispielsweise in Form eines schriftlich dokumentierten Verhaltenskodex im Einkaufsbereich, zu empfehlen. Eine Beschreibung des Einkaufsprozesses liegt schriftlich vor. Wir empfehlen, dass interne Kontrollsystem der Schlüsselprozesse (stationäre und ambulante Abrechnung und Personalabrechnung) mit den implementierten Kontrollen zu dokumentieren.

Weiterhin haben wir folgende Anhaltspunkte für folgende Schwachstelle betreffend die Sicherheit der verarbeiteten rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme festgestellt:

- Keine uneingeschränkte Nachvollziehbarkeit und Transparenz im Bereich der berechtigten EDV-Nutzern. Es ist möglich mit nicht personalisierten Benutzerberechtigungen zu arbeiten.
- Des Weiteren existiert eine Vielzahl von allumfassenden Nutzerberechtigungen (20 Nutzer SAP All User), welche weit über ihr Arbeitsgebiet hinaus EDV-Transaktionen ausführen können und welche nicht in SAP dokumentiert sind (kein Security-Audit-Log).

Die Geschäftsführung hat sich diesen Schwachstellen im Bereich der generellen EDV-Kontrollen angenommen und überarbeitet derzeit das Sicherheits- und Berechtigungskonzept. Wir möchten an dieser Stelle darauf hinweisen, dass diese Aktivitäten zeitnah umgesetzt werden sollten.

Als Reaktion auf diese Schwächen wurde von KPMG eine Massendatenanalyse durchgeführt. Aufgrund der Ergebnisse der Massendatenanalyse gehen wir davon aus, dass der erwähnte Sachverhalt keinen Einfluss auf die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft hat und dass der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens, Finanz- und Ertragslage vermittelt.

Des Weiteren verweisen wir auf die Regelungen über Zuständigkeiten und organisatorische Regelungen gemäß Punkt 2a).

d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Der Gesellschaftsvertrag beinhaltet Regelungen im Zusammenhang mit wesentlichen Entscheidungsprozessen, wie zum Beispiel zur Kreditaufnahme und -gewährung, zum Erwerb, Veräußerung oder Belastung von Grundstücken, zum Abschluss von Dienstverträgen mit

■ Fragenkatalog zur Prüfung nach §53 HGrG

leitenden Ärzten. Im Übrigen liegen diverse Zuständigkeitsordnungen für sonstige Entscheidungsprozesse vor (mit letzten Aktualisierungen vom 1. April 2006). Wesentliche Entscheidungen bedürfen entweder der Zustimmung der Gesellschafterversammlung oder des Aufsichtsrats.

Im Rahmen unserer Prüfung sind uns keine Verstöße bekannt geworden.

e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Es besteht eine zentrale Vertragsverwaltung, die beim Leiter Controlling angesiedelt ist. Die Einzelheiten der jeweiligen Verträge haben die einzelnen Verantwortlichen der jeweiligen Resorts zu verwalten, zu aktualisieren und zu überwachen. In den jeweiligen Aufstellungen werden Angaben wie Vertragsverantwortliche, Abschlussdatum, Auslaufdatum und ähnliches gepflegt. Ein spezielles Verwaltungssystem mit automatischen Benachrichtigungen beispielsweise über auslaufende Fristen besteht nicht, die Einhaltung unterliegt daher der Verantwortung der jeweiligen Ressortverantwortlichen.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

a) Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?

Gemäß § 15 des Gesellschaftsvertrags erstellt die Geschäftsführung in Abstimmung mit dem Landkreis Lörrach jährlich einen Wirtschaftsplan, der sich aus Finanz-, Erfolgs- und Vermögensplan sowie aus der Stellenübersicht zusammensetzt. Er ist zeitlich so aufzustellen, dass der Aufsichtsrat diesen noch vor Beginn des betreffenden Geschäftsjahres genehmigen kann. Dem Wirtschaftsplan ist eine fünfjährige, fortzuschreibende Erfolgs- und Finanzplanung zugrunde zu legen.

In Bezug auf die langfristigen Investitionsentscheidungen wurden im Rahmen der strategischen Bau- und Zielplanung mehrere Szenarien entwickelt. Eine Entscheidung hinsichtlich der umzusetzenden Variante ist noch nicht getroffen.

Das Planungswesen und der Planungshorizont entsprechen den Bedürfnissen der Gesellschaft.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Soweit sich wesentliche Abweichungen ergeben, werden sie in den monatlichen Wirtschaftsberichten (= Hochrechnungen) der einzelnen Häuser sowie in der Budget- und Erlöskontrolle analysiert und regelmäßig in verschiedenen Leitungsgremien (sowohl verwaltungsintern als auch interdisziplinär) besprochen und analysiert.

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Die Gesellschaft setzt für Finanzbuchhaltung und Controlling die Anwendungssoftware SAP/R3 mit den Modulen: FI/CO, MM, IS-H und IS-H-med. ein. Weiterhin wird im Controlling das Programm QlikView eingesetzt, welches auf der Datenbasis von SAP verschiedenste Auswertungen ermöglicht.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir keine Feststellungen getroffen, dass die verfahrensübergreifende Organisation der Datenverarbeitung im Rechnungswesen nicht den gesetzlichen Vorschriften und anerkannten Regeln entspricht und nicht entsprechend verfahren wird. Allerdings möchten wir an dieser Stelle nochmal auf das verbesserungsbedürftige Benutzerberechtigungskonzept verweisen, das sich zurzeit in Überarbeitung befindet.

Das Rechnungswesen entspricht nach unserer Einschätzung den Anforderungen, die hinsichtlich der Größe und der Komplexität der Gesellschaft erforderlich sind. Eine Kostenrechnung ist durch das Programmpaket SAP/R3 eingerichtet.

Die Gesellschaft hat den in der KHBV vorgeschriebenen und in der Anlage 4 zur KHBV aufgeführten Kontenrahmen übernommen.

d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Das kurzfristige Finanzmanagement wird durch tägliche Meldungen der Kontenübersichten gewährleistet. Dabei ist die Geschäftsführung eng eingebunden. Weiterhin werden geplante Projekte in die mittelfristige Liquiditätsplanung einbezogen, sodass eine laufende Liquidität bereitgestellt werden kann. Darüber hinaus enthalten die GmbH-Monatsberichte sowie die Monatsberichte für die einzelnen Häuser entsprechende Liquiditätskontrollen. Für die Aufnahme und Gewährung von Darlehen außerhalb des Wirtschaftsplans ist gemäß § 8 des Gesellschaftsvertrags die Gesellschafterversammlung zuständig.

e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Gemäß einer mit der Sparkasse Lörrach-Rheinfeldern getroffenen Vereinbarung kann der gewährte Kreditrahmen für bestehende Guthaben und Kredite der einzelnen Häuser gegenseitig aufgerechnet werden. Kurzfristige Dispositionen können über das Online-Banking-Verfahren abgewickelt werden. Anhaltspunkte dafür, dass die Regelungen hierzu nicht eingehalten werden, haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Die Abrechnungen mit den Kostenträgern und den Selbstzahlern erfolgen täglich. Seit Juli 2010 gilt die Zielvorgabe, dass die Kodierung und Abrechnung von stationären Fällen inner-

■ Fragenkatalog zur Prüfung nach §53 HGrG

halb von fünf Tagen nach Entlassung abgeschlossen ist. Das Controlling informiert monatlich über die Einhaltung der Zielvereinbarung und über den aktuellen Abrechnungsstand und erstellt monatlich eine Liste der „über 30 Tage entlassenen Patienten“ zur Kontrolle der Vollständigkeit der vorgenommenen Faktura.

Über ein eigenes Mahnwesen erfolgen regelmäßige Mahnläufe und Beitreibungen, falls kein sofortiger Zahlungseingang zu verzeichnen ist. Zudem wird für die Beitreibung ein überregional tätiges Inkassounternehmen eingeschaltet. Nach den internen Auswertungen erfolgt die Abrechnung vollständig und zeitnah, die Forderungen werden zeitnah und effektiv eingezogen.

g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?

Es besteht ein Controlling, das alle wesentlichen Unternehmensbereiche inklusive eines Medizin-Controllings umfasst und regelmäßig über alle entscheidungsrelevanten Bereiche berichtet. Die eingesetzten Controllinginstrumente entsprechen nach unserer Auffassung den Erfordernissen.

h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Bei den Geschäftsführungen der beiden Tochtergesellschaften DATA-MED und MVZ bestehen Personenidentitäten (vgl. Frage Nr. 1a), daher können Entscheidungsprozesse miteinander abgestimmt werden. Eine Steuerung ist daher gegeben.

Bezüglich der Aufstellung eines Konzernabschlusses (zu der die gesetzlichen Vertreter einer Kapitalgesellschaft gemäß § 290 HGB grundsätzlich verpflichtet sind) beruft sich die Geschäftsführung hinsichtlich DATA-MED und MVZ auf § 294 Abs. 1 HGB i. V. m. § 296 Abs. 2 HGB und verzichtet auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses. Wir weisen darauf hin, dass die MVZ aufgrund ihres Jahresergebnisses 2014 in Höhe von TEUR - 148 keine untergeordnete Bedeutung hat.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Die Geschäftsführung hat, wie in den Vorjahren, eine Risikoanalyse und -bewertung für die wesentlichen betrieblichen Prozesse und Funktionsbereiche sowie für sonstige Umfeld- und Branchenrisiken durchgeführt und anhand einer Risikomatrix dokumentiert. Diese Risiken werden fortlaufend verfolgt. Soweit diese Risiken wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten, werden hierüber Ausführungen im Lagebericht oder bei Aufsichtsratssitzungen gemacht.

Darüber hinaus werden monatlich interne Lageberichte an die Geschäftsführung erstellt, die neben liquiditätsbezogenen Informationen auch Auswertungen aus dem Erlöscontrolling beinhalten, sodass bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können.

Spezifische Frühwarnsignale bzw. Schwellenwerte zur Erkennung bestandsgefährdender Risiken wurden im Berichtsjahr nach den uns gegebenen Auskünften stets beobachtet. Dabei werden die erkannten Risiken hinsichtlich Eintrittswahrscheinlichkeit sowie der Folgewirkung im Eintrittsfall für den Patienten und das Unternehmen individuell bewertet und Schwellenwerten zugeordnet. Hiernach ergaben sich keine bestandsgefährdenden Risiken, für die Gegenmaßnahmen dringend geboten wären.

b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Die Übersicht der Einzelrisiken anhand der Risikomatrix und der mit den jeweiligen Risiken einhergehenden möglichen Gefahren und die Regelungen zur Eskalation erscheinen hinreichend geeignet, bestandsgefährdende Risiken frühzeitig zu entdecken. Anhaltspunkte, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden, haben sich im Laufe unserer Prüfung nicht ergeben.

c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Die Dokumentation erfolgt anhand einer Risikomatrix. Regelmäßige Hausbesprechungen an den Klinikstandorten und regelmäßige Abstimmungen der Klinikleitung sichern nach unserer Einschätzung aufgrund der erhaltenen Informationen die Berücksichtigung der erkannten Risiken und deren Dokumentation.

d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Systematische Anpassungen bei den regelmäßig vorgenommenen Bestandsaufnahmen und Bewertungen der Risiken werden vorgenommen.

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termin-geschäfte, Optionen und Derivate

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:

- Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?
- Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?
- Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?
- Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z. B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z. B. antizipatives Hedging)?

■ Fragenkatalog zur Prüfung nach §53 HGrG

Da sich das Wirken der Gesellschaft auf gemeinnützige Zwecke konzentriert und die Geschäftsführung keine derartigen Finanzinstrumente einsetzt bzw. Termingeschäfte tatsächlich tätigt und auch nicht beabsichtigt, sind keine solchen Regelungen festgehalten. Daher werden die anderen Fragen dieses Fragenkreises nicht beantwortet und auf deren Wiedergabe verzichtet.

Fragenkreis 6: Interne Revision

a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

Bei der Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH, Lörrach, besteht keine Interne Revision. Es sollte darüber nachgedacht werden entsprechend den Risiken Sonderprüfungen an externe Dienstleister zu übertragen. Wir verzichten auf die Wiedergabe der weiteren Fragen dieses Fragenkreises, da diese nicht anwendbar sind.

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Der Gesellschaftsvertrag enthält in den §§ 8 und 11 jeweils einen Katalog der durch die Gesellschafterversammlung bzw. den Aufsichtsrat zustimmungsbedürftigen Geschäfte und Maßnahmen der Geschäftsführung. Anhaltspunkte, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt wurden, haben sich im Laufe unserer Prüfung nicht ergeben.

b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Es wurden keine Kredite an Mitglieder der Geschäftsleitung oder das Überwachungsorgan gewährt.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen wurden.

d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Unsere Prüfung hat keine Anhaltspunkte für solche Geschäfte und Maßnahmen ergeben.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Investitionen erfolgen im Rahmen der der Gesellschafterversammlung vorgelegten und von ihr genehmigten Wirtschaftspläne. Investitionen werden grundsätzlich vor Realisierung auf Notwendigkeit und/oder Rentabilität geprüft. Die Finanzierung der Investitionen in das Sachanlagevermögen sowie bei den immateriellen Vermögensgegenständen erfolgt in der Regel über Fördermittel. Bei darüber hinausgehendem Darlehensbedarf werden derzeit diese Mittel überwiegend vom Träger der GmbH, dem Landkreis Lörrach, zur Verfügung gestellt. In 2013 wurde eine zentralisiertere Organisation der Investitionsplanung angestoßen. Investitionen werden zentral im Einkauf abgewickelt, anhand einer Investitionsliste kann eine optimale Planung hinsichtlich der einzusetzenden Fördermittel vorgenommen werden. In 2014 wurden vierteljährliche Investitionssitzungen abgehalten, in denen alle betroffenen Bereiche besprechen, welche Investitionen zu tätigen sind, sodass eine Transparenz über die zukünftigen Investitionsvorhaben geschaffen wird.

Im Übrigen erhält die Gesellschaft für die Wiederbeschaffung und Ergänzungen von bestimmten Anlagegütern jährlich Pauschalfördermittel (2013: 1.783 TEUR; i. Vj. 1.787 TEUR).

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)

Alle öffentlichen Arbeiten werden ausgeschrieben und dokumentiert. Die Preisbildung ist somit für die Geschäftsführung, den Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung transparent. Die Unterlagen und Erhebungen waren nach den uns zur Kenntnis gelangten Unterlagen ausreichend, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen.

Im Berichtsjahr wurden keine Grundstücke erworben oder verkauft.

c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Die laufenden Investitionen werden durch den Einkauf im Rahmen des hierfür jeweils festgesetzten Budgets laufend überwacht. Wesentliche Abweichungen werden grundsätzlich untersucht. Diese Informationen werden auskunftsgemäß laufend der Geschäftsführung zur Verfügung gestellt (vgl. auch die Ausführungen zu Frage a)).

■ Fragenkatalog zur Prüfung nach §53 HGrG

d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Wesentliche Budgetüberschreibungen haben sich im Berichtsjahr nicht ergeben.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Es haben sich im Rahmen unserer Abschlussprüfung keine derartigen Anhaltspunkte ergeben.

Fragenkreis 9: Vergaberegelungen

a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

Bei größeren Investitionen ist die Auftragsvergabe durch Beschlüsse des Aufsichtsrats und der Gesellschafterversammlung vorgegeben. Im Übrigen werden hierbei die einzelnen Gewerke ausgeschrieben. Im Rahmen unserer Prüfungshandlungen sind uns eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen nicht bekannt geworden.

b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Bei Kapitalaufnahmen und Geldanlagen werden jeweils Konkurrenzangebote eingeholt, zum Teil unter Mitwirkung des Trägers der Gesellschaft, dem Landkreis Lörrach.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Vor den jeweiligen Aufsichtsratssitzungen (vier Sitzungen pro Jahr) werden den Aufsichtsratsmitgliedern unter Beachtung der Ladungsfristen zusammen mit der Tagesordnung Ausführungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten übersandt. In jeder Aufsichtsratssitzung wird durch den Geschäftsführer ein Kurzbericht zur Geschäftslage erstattet. Nach § 15 des Gesellschaftsvertrags hat die Geschäftsführung den Wirtschaftsplan und die Finanzplanung zur Beratung im Aufsichtsrat mit dem Beteiligungsmanagement des Landkreises Lörrach abzustimmen. Damit erscheint gewährleistet, dass dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet wird. Monatliche Hochrechnungen werden regelmäßig an die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder versendet.

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Als wesentliche Informationsgrundlage stehen dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsplan und seine Teilpläne, der Jahresabschluss und die Ausführun

gen zu den Tagesordnungspunkten zur Verfügung. Diese Instrumente ermöglichen zusammen mit der detaillierten Berichterstattung (in jeder Aufsichtsratssitzungen werden anhand von Präsentationen mit Auswertungen aus Clinotel und QlikView wesentliche Kennziffern beleuchtet) in den Sitzungen sowohl einen ausreichenden Einblick in die derzeitige wirtschaftliche Lage als auch die Möglichkeit einer Abweichungsanalyse.

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Die Berichterstattung erfolgt im oben dargestellten Umfang. Oben beschriebene Vorfälle wurden im Berichtsjahr nicht bekannt.

d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Aus den uns vorgelegten Protokollen gehen keine derartigen Wünsche für das Geschäftsjahr 2013 hervor.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Solche Anhaltspunkte wurden uns im Rahmen unserer Prüfung nicht bekannt.

f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Es wurde eine D&O-Versicherung für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgeschlossen und im Vorfeld mit dem Überwachungsorgan erörtert. Ein Selbstbehalt wurde in Höhe von EUR 500 vereinbart.

g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offen gelegt worden?

Solche Interessenkonflikte wurden auskunftsgemäß im Berichtsjahr nicht gemeldet.

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen ist im Jahresabschluss der Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH nicht ausgewiesen.

■ Fragenkatalog zur Prüfung nach §53 HGrG

b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Außerhalb der zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs erforderlichen Bestände waren am Bilanzstichtag keine Vermögensgegenstände vorhanden. Die Bestände bewegen sich im üblichen Rahmen.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Mögliche stille Reserven könnten bei den Grundstücken und Gebäuden der Gesellschaft existieren, wobei die Gebäude in nicht unerheblichem Umfang durch Zuschüsse finanziert wurden. Die Höhe eventueller stiller Reserven können derzeit nicht quantifiziert werden, auch da die Gebäude durch die Förderungen einer Zweckbindung unterliegen.

Fragenkreis 12: Finanzierung

a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschluss-Stichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Zum 31. Dezember 2014 beträgt die Eigenkapitalquote nach Abzug des Ausgleichspostens für Eigenmittelförderung 31,7 % (ohne Sonderposten) und 80,7 % (mit Sonderposten).

Die durch die Einzel- und Pauschalfördermaßnahmen des Landes Baden-Württemberg nicht gedeckten Investitionsverpflichtungen sind von der Gesellschaft im Wesentlichen durch eigene Mittel bzw. mit externen Finanzierungsquellen sowie gegebenenfalls durch den Gesellschafter abzudecken (Teile der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und langfristige Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter konnten im Berichtsjahr abgebaut werden).

b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Die Finanzlage des Konzerns unterscheidet sich von der Finanzlage der Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH nur unwesentlich, da die beiden Tochterunternehmen gemäß den Jahresabschlüssen für das Geschäftsjahr 2014 keine langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zum 31. Dezember 2014 ausweisen und im Verhältnis zur Muttergesellschaft nur eine untergeordnete Bedeutung innehaben. Hinsichtlich der Finanzlage der Gesellschaft verweisen wir auf die analysierenden Darstellungen in unserem Bericht.

c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Den Restbuchwerten der bis zum Bilanzstichtag mit Einzel- und Pauschalfördermitteln finanzierten Anlagegegenständen stehen zum Bilanzstichtag auf der Passivseite entsprechend dem finanzierten Anlagevermögen buchungstechnisch fortgeführte Sonderposten aus För

dermitteln nach dem KHG in Höhe von TEUR 35.985 und aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand in Höhe von TEUR 756 gegenüber. Im Übrigen wurden der Gesellschaft im Berichtsjahr pauschale Fördermittel in Höhe von TEUR 1.783 gewährt.

Anhaltspunkte dafür, dass die Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden, haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

Für die zum Bilanzstichtag ausgewiesenen Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von insgesamt TEUR 870 wurden der Gesellschaft Bürgschaften des Landkreises Lörrach gewährt. Darüber hinaus hat der Landkreis Lörrach zur Sicherung zweier Konten bei der Sparkasse Lörrach-Rheinfeld in Höhe von TEUR 2.556 und TEUR 1.278 und gegenüber der Sparkasse Schopfheim-Zell für ein Konto in Höhe von TEUR 256 für die Gesellschaft eine Ausfallbürgschaft ausgesprochen.

Im Übrigen verweisen wir in diesem Zusammenhang auf die Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in unserem Prüfungsbericht.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2013 TEUR 1.500. Außerdem verfügt die Gesellschaft über Rücklagen in Höhe von TEUR 21.229.

Die Eigenkapitalquote nach Abzug des Ausgleichspostens für Eigenmittelförderung (ohne Berücksichtigung von Sonderposten) liegt bei 31,7 % (i. Vj. 28,7 %). Die Eigenkapitalausstattung hat sich aufgrund des positiven Ergebnisses im Vergleich zum Vorjahr verbessert und erscheint ausreichend.

b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Der für das Jahr 2013 ausgewiesene Bilanzverlust von TEUR 5.797, der sich nach einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 852 und einem Verlustvortrag von TEUR 6.649 ergeben hat, soll auskunftsgemäß auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Kapitalrücklage ist zugunsten des Bilanzverlustes in Höhe von TEUR 5.797 aufgelöst worden.

Der in 2014 erwirtschaftete Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 1.221 soll auskunftsgemäß auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Die bisherige Rücklagenbildung ist auch hinsichtlich des Gesellschaftszweckes mit der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft vereinbar.

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?

Für die Zusammensetzung des Betriebsergebnisses verweisen wir auf unsere Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in unserem Prüfungsbericht. Die Ertragslage der Gruppe unterscheidet sich von der Ertragslage der Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH vor allem durch den Einbezug des negativen Ergebnisses der MVZ (TEUR - 148). Die Ertragslage der MVZ ist jedoch in der mittelfristigen Planung positiv. Die Geschäftsführung versucht die Rentabilität zu steigern (z. B. durch die Einstellung eines neuen Arztes und die Umwandlung des Kassensitzes in eine Orthopädie), die Maßnahmen konnten aber noch nicht greifen. Das Jahresergebnis der DATA-MED ist mit TEUR 61 als unwesentlich für das Konzernergebnis anzusehen. Der Klinikverbund weist einen Jahresüberschuss von TEUR 1.134 (i. Vj. TEUR 676) aus.

b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Es gibt einige einmalige Vorgänge, die Einfluss auf das Jahresergebnis haben. Im Geschäftsjahr wurde eine Pensionsrückstellung aufgelöst (Ergebniseffekt TEUR 643), die Ausgleichs der Ausbildungsbudgets wurden für die Jahre vor 2014 als periodenfremder Aufwand gebucht (Ergebniseffekt TEUR – 511), aufgrund der Betriebsprüfung wurden im Geschäftsjahr Steuererstattungen aus Vorjahren gebucht (Steuerertrag in 2014: TEUR 220, i.Vj. Steueraufwendungen TEUR 564).

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Im Rahmen unserer Prüfung ergaben sich keine Anhaltspunkte, dass Kredit- oder sonstige Leistungsbeziehungen zu unangemessenen Konditionen vorlagen. Dazu im Einzelnen zu den Beziehungen zu den beiden Tochtergesellschaften und zum Gesellschafter:

DATA-MED GmbH: Kreditbeziehungen wurden im Geschäftsjahr 2014 nicht unterhalten, den Leistungsbeziehungen liegen ausreichend dokumentierte Verträge und Vereinbarungen zugrunde.

MVZ GmbH: In 2009 wurde ein mittelfristiges Darlehen in Höhe von TEUR 600 für die Finanzierung der Aufbauphase gewährt, welches in 2010 zu TEUR 395 und in 2011 zu TEUR 205 vollständig ausgezahlt wurde. Das Darlehen wurde bis zum 30. September 2013 mit 4,075 % p. a. verzinst, ab dem 1. Oktober 2013 wurden 2 % p. a. Zinsen vereinbart, was nicht als eindeutig unangemessen zu beurteilen ist und kann mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten zum Quartalsende gekündigt werden. Aufgrund der schlechten Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurde auf das Darlehen eine Rangrücktrittserklärung abgegeben und es musste im Geschäftsjahr 2013 vollständig abgeschrieben werden. Um die Liquidität der MVZ sicherzustellen, wurde zusätzlich eine Finanzierungszusage durch die Kliniken dahingehend abgegeben, dass Finanzmittel bei Engpässen im Finanzbereich zur Verfügung gestellt werden.

Gesellschafter: Im Zusammenhang mit der Ablösung des Darlehens Helaba wurde der Gesellschaft am 25. April 2012 ein langfristiges ungesichertes Darlehen mit einem Ursprungsbetrag von TEUR 1.123 zu einem Zinssatz von 1,55 % – was als marktgerecht zu beurteilen ist – gewährt. Der Zinssatz wurde zum 1. Mai 2014 auf 1,14% - was als marktgerecht zu beurteilen ist – gesenkt (Valuta 31. Dezember 2014: TEUR 1.000). Im Übrigen wurden der Gesellschaft ab dem Geschäftsjahr 2011 (Valuta 31. Dezember 2014 TEUR 1.000) vom Gesellschafter kurzfristige Kassenkredite, die im Geschäftsjahr 2014 zu durchschnittlich 2 % verzinst wurden – was nicht als unangemessen zu beurteilen ist – zur Verfügung gestellt.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Entfällt, da kein Versorgungsunternehmen vorliegt.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Es wurden keine wesentlichen verlustbringenden Geschäfte festgestellt.

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Die Geschäftsleitung beobachtet die Entwicklung der MVZ und es wird versucht, deren Ertragslage zu verbessern.

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Da ein Jahresüberschuss erwirtschaftet wurde entfällt diese Frage.

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Nachdem in den Jahren 2010 und 2011 jeweils noch Jahresfehlbeträge (TEUR 4.299 und TEUR 2.599) ausgewiesen wurden, konnten in 2012 ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 206, in 2013 ein Jahresüberschuss von TEUR 852 und in 2014 ein Jahresüberschuss von TEUR 1.221 erwirtschaftet werden.

Zurückzuführen ist die Verbesserung auf eine Reihe von Maßnahmen, die von der Geschäftsführung schon im Geschäftsjahr 2010 eingeleitet wurden und sich nun positiv auswirkten (z. B. Fallzahlsteigerung, Benchmarking durch Mitgliedschaft im Clinotelverbund, Reorganisationen und Organisationsstraffungen, verkürzte Abrechnungszeiten).

■ Fragenkatalog zur Prüfung nach §53 HGrG

■ Wirtschaftliche Grundlagen

Tätigkeitsgebiet	<p>Die Gesellschaft betreibt die Krankenhäuser in Lörrach, Rheinfelden und Schopfheim. Die ehemals selbstständigen Kreiskrankenhäuser Rheinfelden und Schopfheim sind zum 1. Januar 2008 als selbstständige Krankenhäuser aus dem Krankenhausplan des Landes ausgeschieden und werden ab dem gleichen Zeitpunkt als unselbstständige Betriebsstellen des Krankenhauses „Klinikverbund Lörrach/Rheinfelden/ Schopfheim“ des Krankenhausträgers Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH, Lörrach, betrieben.</p> <p>Die Anzahl der Planbetten in 2014 beträgt unverändert zum Vorjahr 567.</p> <p>Nach dem Krankenhausplan bestehen Planbetten in folgenden Fachgebieten (eine explizite Aufteilung bzw. Begrenzung der Anzahl der Planbetten pro Fachgebiet erfolgt nur noch teilweise):</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Chirurgie ■ Innere Medizin ■ Mund-, Kiefer und Gesichtschirurgie ■ Neurologie ■ Psychiatrie und Psychotherapie (30 vollstationäre und 20 teilstationäre Plätze) ■ Medizinische Fachplanungen und besondere Aufgaben: ■ Schlaganfallversorgung: lokale Schlaganfallstation ■ Onkologische Versorgung: kooperierender onkologischer Schwerpunkt (z. B. mehrere onkologische Schwerpunkte in einem Stadt-/Landkreis) ■ Geriatrische Versorgung: geriatrischer Schwerpunkt ■ Versorgung von Schmerzpatienten: regionales Schmerzzentrum
Geschäftsräume	<p>Der Betrieb der Krankenhäuser wird auf eigenen Grundstücken in Lörrach, Rheinfelden und Schopfheim vorgenommen.</p>
Personal	<p>Die durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer, getrennt nach Gruppen ist im Anhang der Gesellschaft (Anlage 1.3) aufgeführt.</p>

Finanzierung

Mit der Aufnahme in den Krankenhausplan gehört der Klinikverbund Lörrach/Rheinfelden/Schopfheim zu den nach dem KHG geförderten Krankenhäusern. Aufgrund der Aufnahme in den Krankenhausplan sind die Krankenkassen verpflichtet, Krankenhauspflege durch das jeweilige Krankenhaus zu gewähren (§§ 39 Abs. 1 und 108 SGB V).

Die Investitionskosten des Krankenhauses werden nach dem Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (KHG in Verbindung mit LKHG BW) gefördert.

Die Benutzerkosten werden überwiegend über die mit den Kostenträgern ausgehandelten Budgets auf Basis des DRG-Vergütungssystems sowie in geringem Maße durch sonstige Zuweisungen und Zuschüsse finanziert.

Die Pflegesatzparteien haben für den DRG-Bereich am 15. August 2013 für den Klinikverbund Lörrach/Rheinfelden/Schopfheim eine Entgeltvereinbarung für das Jahr 2013 abgeschlossen. Hierbei wurde das Erlösbudget gemäß § 4 Abs. 2 KHG auf TEUR 67.454 festgelegt. Die Genehmigung der Vereinbarung erfolgte am 24. September 2013 durch das Regierungspräsidium Freiburg i. Br. Für die Klinik für Erwachsenen-Psychiatrie wurde am 16. August 2013 eine Pflegesatzvereinbarung mit einem vereinbarten Gesamtbetrag der Erlöse nach § 6 Abs. 1 BpflV in Höhe von TEUR 3.585 abgeschlossen. Die Genehmigung des Regierungspräsidiums Freiburg i. Br. erfolgte am 24. September 2013.

Wichtige Verträge

- Die Versorgung mit Arzneien erfolgt über die Zentralapotheke im Kreiskrankenhaus Lörrach, die neben den Betriebsstellen Rheinfelden und Schopfheim auch die Versorgung anderer Krankenhäuser (St. Elisabethen-Krankenhaus Lörrach, Kur- und Rehaklinik Kandertal sowie DRK Lörrach und Mühlheim) gegen Kostenerstattung vornimmt. Für ihre Tätigkeit erhält die Zentralapotheke eine jährliche Kostenpauschale. Die Kostenpauschale erhöht sich prozentual um die jeweils tariflich vereinbarten linearen Gehaltserhöhungen für den öffentlichen Dienst.
- Am 28. Februar 2006 wurde zwischen der DATA-MED Dienstleistungsgesellschaft mbH, Lörrach, und der Gesellschaft ein Werkvertrag für Reinigungsdienstleistungen geschlossen. Mit dem Vertrag wurden ab dem 1. März 2006 Unterhalts-, Zwischen- und Grundreinigungen auf das verbundene Unternehmen übertragen.
- Am 18. Januar 2007 wurde zwischen der DATA-MED Dienstleistungsgesellschaft mbH, Lörrach, und der Gesellschaft ein Rahmenvertrag für die Überlassung von Arbeitnehmern abgeschlossen.

■ Gesellschaftsrechtliche Grundlagen

Gründung	Die Gesellschaft wurde am 29. November 1993 (mit anderem Gesellschaftszweck) gegründet.
Firma	Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH
Sitz	Lörrach
Gesellschaftsvertrag	Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 20. Oktober 2011.
Handelsregister	Die Gesellschaft ist im Handelsregister von Freiburg im Breisgau unter HRB Nr. 412229 eingetragen. Der letzte uns vorgelegte Auszug datiert vom 25. Februar 2015.
Gegenstand	<p>Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Krankenhäusern einschließlich der organisatorisch und wirtschaftlich mit ihnen verbundenen Einrichtungen und Nebenbetrieben wie Personalwohnheime und Ausbildungsstätten.</p> <p>Zweck der Gesellschaft ist es, zur ärztlichen und pflegerischen Versorgung der Bevölkerung des Landkreises Lörrach beizutragen.</p> <p>Die Gesellschaft darf im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vornehmen, die dieser Zweckbestimmung dienlich erscheinen. Dazu kann die Gesellschaft auch Zweigniederlassungen im Landkreis errichten.</p> <p>Die Gesellschaft darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen und sich an solchen Unternehmen beteiligen oder deren Geschäftsführung übernehmen.</p> <p>Entsprechend § 3 des Gesellschaftsvertrags ist die Gesellschaft selbstlos tätig und verfolgt unmittelbar und ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Der Gesellschafter erhält keinen Gewinnanteil oder sonstige Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft. Durch Ausgaben, die den Zwecken der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen darf niemand begünstigt werden. Bei Auflösung oder Aufhebung der Gesellschaft oder bei Wegfall ihres bisherigen Zweckes fällt das Vermögen der Gesellschaft an den Landkreis Lörrach, der es für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.</p>

Fragenkatalog zur Prüfung nach §53 HGrG

Geschäftsjahr	Kalenderjahr
Stammkapital	EUR 1.500.000,00
Gewinnverwendungs- vorschlag	Die Geschäftsführung wird der Gesellschafterversammlung vor- schlagen, den zum 31. Dezember 2014 ausgewiesenen Bilanz- gewinn von EUR 1.221.077,33 auf neue Rechnung vorzutragen.
Vorjahresabschluss	In der Gesellschafterversammlung am 8. Mai 2013 ist 1) der von der Geschäftsführung aufgestellte, von uns ge- prüfte und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 nebst Lagebericht vorgelegt und der Jahresabschluss festgestellt worden; 2) beschlossen worden, den zum 31. Dezember 2013 aus- gewiesenen Bilanzverlust von 5.797.490,20 EUR durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage in gleicher Höhe auszu- gleichen.
Größe der Gesellschaft	Die Gesellschaft ist i. S. d. § 267 Abs. 3 HGB eine große Kapi- talgesellschaft.
Verbundene Unterneh- men	DATA-MED Dienstleistungsgesellschaft mbH, Lörrach Medizinisches Versorgungszentrum Landkreis Lörrach GmbH, Lörrach Infolge der Inanspruchnahme der Befreiungsvorschrift gemäß § 290 Abs. 5 HGB Vj. m. § 296 Abs. 2 HGB wurde auf die Auf- stellung eines Konzernabschlusses verzichtet.
Aufsichtsrat	Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind im Anhang der Gesell- schaft (Anlage 1.3) aufgeführt.
Geschäftsführer	Die Mitglieder der Geschäftsführung sind im Anhang der Ge- sellschaft (Anlage 1.3) aufgeführt.

Steuerliche Verhältnisse

Die letzte steuerliche Außenprüfung betreffend die Veranlagungsjahre 2008 bis 2011 wurde im Geschäftsjahr 2013 abgeschlossen.

Entsprechend § 3 des Gesellschaftsvertrags ist die Gesellschaft selbstlos tätig und verfolgt unmittelbar und ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Demzufolge dient die Körperschaft Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken im Sinne des § 51 ff. AO, sodass die Gesellschaft insofern von der Körperschaftsteuer (§ 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG), Gewerbesteuer (§ 3 Nr. 6 GewStG), Umsatzsteuer (§ 4 Nr. 16 UStG) und der Grundsteuer (§ 4 Nr. 6 GrStG) befreit ist.

Im Übrigen hat das Finanzamt Lörrach der Gesellschaft am 13. Oktober 2014 zuletzt bescheinigt, dass diese eine von der Körperschaftsteuer befreite Körperschaft im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG ist.

Das Krankenhaus ist ein steuerlich begünstigter Zweckbetrieb im Sinne des § 67 AO.

Soweit wirtschaftliche Geschäftsbetriebe betrieben werden, erfolgt eine partielle Besteuerung.

Die Umsatzsteuerbefreiung der mit dem Krankenhausbetrieb eng verbundenen Umsätze hat zur Folge, dass gemäß § 15 Abs. 2 UStG die dem Krankenhaus in Rechnung gestellte Umsatzsteuer (Vorsteuer) nicht abzugsfähig ist und somit einen Bestandteil der Anschaffungskosten und Aufwendungen bildet.

Die Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH ist eine umsatzsteuerliche Organgesellschaft des Landkreises Lörrach



DATA-MED

Dienstleistungsgesellschaft mbH Lörrach

Der Jahresabschluss 2014



Einblick

	2013		2013		2012	
Durchschnittliche Zahl der Vollkräfte (VK)	378,0		379,8		349	
Umsatz je VK (in TEUR)	35,6		32,7		31,2	
Umsatz je Euro Personalkosten (in EUR)	1,018		1,038		1,041	
Umsatz						
	TEUR	in %	TEUR	in %	TEUR	in %
UMSATZ						
Umsatzerlöse	13.443	97,8	12.446	98,8	10.879	99,9
Personalaufwand	13.202	96,1	11.984	95,7	10.455	95,6
Materialaufwand	93	0,7	89	0,7	77	0,7
Abschreibungen	23	0,2	17	0,1	16	0,1
Betriebsergebnis (+/-)	62		73		-6	
Jahresergebnis (+/-)	61		36		-5	
VERMÖGEN						
Bilanzsumme	925	100,0	1.060	100,0	703	100,0
Anlagevermögen	40	4,3	62	5,8	76	10,8
Eigenkapital	177	19,1	116	10,9	80	11,4
Finanzmittelbestand	528	56,9	-1	0,1	131	18,7

Management Summary

Die DATA-MED Dienstleistungsgesellschaft mbH schließt das Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresüberschuss von 61.117,13 EUR (Vj 36.031,97 EUR) ab.

Die beiden Geschäftszweige Arbeitnehmerüberlassung und Gebäudereinigung entwickelten sich zufriedenstellend.

Im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung sind die Kliniken des Landkreises Lörrach und der Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach Auftraggeber.



Im Bereich der Gebäudereinigung sind die Hauptkunden die Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH und der Eigenbetrieb Heime des Landkreises. Daneben werden noch kleinere Reinigungsobjekte versorgt.

Die Zahl der Data-Med-Beschäftigten, die an die kreiseigenen Heime ausgeliehen worden sind, wurde im Jahr 2014 verringert. Hier wurden nach einem entsprechenden Kreistagsbeschluss etwa 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Data-Med in den TVöD überführt.

In 2014 waren durchschnittlich 378 Vollzeitkräfte (380 Vollzeitkräfte im Vorjahr) beschäftigt

Das Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 10.12.2013 (BAG 9 AZR 51/13) hat in der Frage der vorübergehenden Arbeitnehmerüberlassung für die Data-Med Dienstleistungsgesellschaft mbH letztinstanzlich festgestellt, dass die Arbeitnehmerüberlassung in der derzeitigen Handhabung im Rahmen der unbefristet erteilten Arbeitnehmerüberlassungserlaubnis rechtlich einwandfrei erfolgt.

Für 2015 wird eine neue Gesetzgebung zur Arbeitnehmerüberlassung gemäß Koalitionsvertrag erwartet. Diese wird maßgeblich Einfluss auf die Geschäftsentwicklung und Ertragslage der DATA-MED haben. Die Geschäftsleitung führt daher als Maßnahme mit den Gewerkschaften Gespräche über Strukturveränderungen in der DATA-MED.

Lörrach, 25.03.2015

Armin Müller
Geschäftsführer

Inhalt

PRÜFBERICHT	244
BILANZ	244
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	247
ANHANG	248
1. ALLGEMEINE HINWEISE	248
2. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN	249
3. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ	250
4. SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN:	251
5. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	251
6. SONSTIGE ANGABEN	251
ANLAGEN ZUM ANHANG	
ANL. 1: ANLAGENNACHWEIS	252

Bericht über die Prüfung

des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2014
der DATA-MED Dienstleistungsgesellschaft mbH Lörrach



■ DATA-MED Dienstleistungsgesellschaft mbH Lörrach

Die folgende Zusammenfassung stellt lediglich einen Auszug aus dem Prüfungsbericht inkl. Lagebericht zum Jahresabschluss 2013 der DATA-MED Dienstleistungsgesellschaft mbH Lörrach vom 31.03.2014 dar. Der vollständige Bericht kann bei der SST Controlling & Beteiligungsmanagement oder der DATA-MED Dienstleistungsgesellschaft mbH Lörrach eingesehen oder in elektronischer Form angefordert werden.

■ Prüfungsauftrag

Von der Gesellschafterversammlung der DATA-MED Dienstleistungsgesellschaft mbH, Lörrach wurde die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft am 09. Mai 2013 zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2013 gewählt. Die Aufsichtsratsvorsitzende der Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH beauftragte die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht nach den §§ 317 ff. HGB zu prüfen.

■ Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Gegenstand der Abschlussprüfung waren die Buchführung und der nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellte Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - und der Lagebericht der Gesellschaft.

Auftragsgemäß erstreckte sich die Prüfung weiterhin auf die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und die wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG.

Als Schwerpunkte der Prüfung wurden festgelegt:

- Prüfung des Prozesses der Jahresabschlusserstellung
- Periodenabgrenzung in der Umsatzrealisierung
- Vollständigkeit der Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter und den verbundenen Unternehmen

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG AG hat die Prüfung (mit Unterbrechung) im Monat März bis zum 31. März 2014 durchgeführt. Eine Vorprüfung wurde im Monat November 2013 durchgeführt.

■ Auszug aus dem Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer

„Wir haben den Jahresabschluss — bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang — unter Einbeziehung der Buchführung der DATA-MED Dienstleistungsgesellschaft mbH, Lörrach, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2013 geprüft...

... Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

... Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.“

Jahresabschluss zum 31.12.2014



Bilanz

AKTIVA	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Software	0,00	83,33
II. Sachanlagen		
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	39.833,46	61.794,21
	39.833,46	61.877,54
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
Hilfs- und Betriebsstoffe	4.500,00	15.400,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	33.809,30	169.124,39
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	99.488,61	2.838,64
3. Forderungen gegen den Gesellschafter	3.673,55	523.146,84
4. Sonstige Vermögensgegenstände	215.910,87	288.048,84
	352.882,33	983.158,71
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		
	527.951,71	0
	885.334,04	998.558,71
SUMME DER AKTIVA	925.167,50	1.060.436,25

PASSIVA	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
A. EIGENKAPITAL		
1. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
2. Bilanzgewinn (+)/ -verlust (-)	90.661,14	54.629,17
3. Jahresüberschuss (+)/ -verlust (-)	61.117,13	36.031,97
	176.778,27	115.661,14
B. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Steuerrückstellungen	36.219,00	30.200,00
2. Sonstige Rückstellungen	432.560,17	505.811,96
	468.779,17	536.031,96
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	822,68
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	11.798,25	16.927,14
2. Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin	19.909,24	235.586,19
3. Sonstige Verbindlichkeiten	247.902,57	155.407,14
- davon aus Steuern 228.320,02 EUR (Vj. 94.607,19 EUR)		
- davon aus sozialer Sicherheit 4.768,85 EUR (Vj. 2.952,00 EUR)		
	279.610,06	408.743,15
SUMME DER PASSIVA	925.167,50	1.060.436,25

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 - in EUR -	2013 - in EUR -
1. Umsatzerlöse	13.443.186,64	12.445.546,52
2. Sonstige betriebliche Erträge	301.247,28	148.925,33
3. Gesamtleistung	13.744.433,92	12.594.471,85
4. Materialaufwand		
Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe	- 93.295,71	- 88.906,48
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	- 11.208.012,41	- 10.031.873,39
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge und für Unterstützung	- 1.994.088,94	- 1.951.675,77
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	- 22.539,20	- 17.075,05
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 364.355,45	- 431.633,11
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	62.142,21	73.308,05
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 1.025,08	- 37.130,28
11. Sonstige Steuern	0,00	- 145,80
12. Jahresüberschuss / -fehlbetrag (-)	61.117,13	36.031,97

1. Allgemeine Hinweise

Die Gesellschaft ist eine mittelgroße Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 2 und Abs. 4 HGB.

Der Jahresabschluss der DATA-MED Dienstleistungsgesellschaft mbH wurde nach den Vorschriften für mittelgroße Kapitalgesellschaften unter Beachtung der Regelungen des GmbHG aufgestellt. Alleinigere Gesellschafter ist die Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH, Lörrach.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren nach § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

Die Form der Darstellung, insbesondere die Gliederung der aufeinander folgenden Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen, wurde beibehalten.

Die größenabhängigen Erleichterungen für mittelgroße Kapitalgesellschaften nach § 288 HGB wurden teilweise bei der Aufstellung des Jahresabschlusses in Anspruch genommen.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren im Wesentlichen die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Die immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Die Nutzungsdauern werden grundsätzlich nach der linearen Methode unter analoger Verwendung der steuerlichen Abschreibungstabellen festgesetzt; diese beträgt für entgeltlich erworbene Software 3 Jahre und für andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung 5 - 10 Jahre. Abnutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens mit Anschaffungskosten von mehr als EUR 150 bis EUR 1.000 werden im Zugangsjahr in einen Sammelposten eingestellt und über 5 Jahre abgeschrieben.

Die Vorräte wurden mit einem Festwert angesetzt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind grundsätzlich zum Nominalwert angesetzt. Risiken im Forderungsbestand waren nicht zu berücksichtigen.

Die liquiden Mittel werden zum Nennbetrag angesetzt.

Die Rückstellungen sind in Höhe des nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt worden und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten.

Die Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Ein Wechsel von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gegenüber dem Vorjahr fand nicht statt.

3. Erläuterungen zur Bilanz

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im nachfolgenden Anlagenspiegel dargestellt.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben -analog zum Vorjahr- eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten antizipative Posten in Höhe von TEUR 208 (i.V. TEUR 280) aus noch nicht abgerechneten Personalkosten im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung gegenüber dem Gesellschafter Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH.

Die Forderungen an den Gesellschafter in Höhe von TEUR 99 (i.V. TEUR 523) sowie die Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von TEUR 4 (i.V. TEUR 3) betreffen kurzfristige sonstige Forderungen aus dem laufenden Geschäftsverkehr.

Das gezeichnete Kapital beträgt EUR 25.000 und ist vollständig eingezahlt.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten Rückstellungen für Mehrarbeit/ Urlaub (TEUR 408), Archivierungskosten (TEUR 19) sowie interne und externe Jahresabschlusskosten (TEUR 5).

Die Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 280 (i.V. TEUR 408) haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die zum Bilanzstichtag ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter in Höhe von TEUR 20 (i.V. TEUR 236) betreffen kurzfristige Verbindlichkeiten aus dem Lieferungs- und Leistungsverkehr.

Die sonstigen Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr und betreffen Steuerverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 228 (i.V. TEUR 95) sowie Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit in Höhe von TEUR 5 (i.V. TEUR 3).

4. Sonstige finanzielle Verpflichtungen:

Am Bilanzstichtag bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 2.000 EUR p.a. aus gegenüber fremden Dritten abgeschlossenen Leasingvertrag. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis 30.11.2018.

5. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Periodenfremde Erträge sind im Berichtsjahr in Höhe von TEUR 44 (i.V. TEUR 0) angefallen.

Sie betreffen mit TEUR 38 im Wesentlichen Erstattungen für Vorjahre aus Weiterberechnungen.

Die im Berichtsjahr angefallenen Periodenfremden Aufwendungen in Höhe von TEUR 17 (i.V. TEUR 0) resultieren mit TEUR 15 aus der in 2013 durchgeführten Betriebsprüfung, deren Ergebnisse in 2014 eingearbeitet wurden.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag belasten in vollem Umfang das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

6. Sonstige Angaben

Die Geschäftsführung hat im Geschäftsjahr 2014 Herr Armin Müller, Lörrach wahrgenommen.

Der Geschäftsführer ist befugt die Gesellschaft alleine zu vertreten. Er ist nicht von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Gemäß § 286 Abs. 4 unterbleibt die Angabe der Gesamtbezüge der Geschäftsführung.

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss zusammen mit dem Gewinnvortrag von zusammen EUR 151.778 auf neue Rechnung vorzutragen.

In 2014 waren durchschnittlich 378 Vollzeitkräfte (380 Vollzeitkräfte im Vorjahr) beschäftigt.

Lörrach, den 25. März 2015

Armin Müller
Geschäftsführer

Anlage 1 zum Anhang

Anlagennachweis

	Anschaffungs- und Herstellungskosten			
	Stand 01.01.14 - in EUR -	Zugang - in EUR -	Abgang - in EUR -	Stand 31.12.14 - in EUR -
	1	2	3	1
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Software	410,10	0,00	0,00	410,10
	410,10	0,00	0,00	410,10
II. Sachanlagen				
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	141.752,37	495,12	1,00	142.246,49
	141.752,37	495,12	1,00	142.246,49
SUMME ANLAGEVERMÖGEN	142.162,47	495,12	1,00	142.246,49

kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
Stand 01.01.14 - in EUR -	Zugang - in EUR -	Abgang - in EUR -	Stand 31.12.14 - in EUR -	Stand 31.12.13 - in EUR -	Stand Vorjahr - in EUR -
5	6	7	8	9	10
326,77	83,33	0,00	410,10	0,00	83,33
326,77	83,33	0,00	410,10	0,00	83,33
79.958,16	22.455,87	1,00	102.413,03	39.833,46	61.794,21
79.958,16	22.455,87	1,00	102.413,03	39.833,46	61.794,21
80.284,93	22.539,20	1,00	102.823,1393	39.833,46	61.877,54

Lagebericht

für das Geschäftsjahr 2014



1. Grundlagen

Die Data-Med ist eine Tochter der Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH und überlässt mit behördlicher Genehmigung Arbeitnehmer u.a. an die Kliniken selbst, aber auch an kreiseigene Pflegeheime. Im Geschäftsjahr 2014 haben wir unsere Dienstleistungen mit einem durchschnittlichen Personalbestand von rd. 378 Vollzeitkräften erbracht.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Niedrige Zinsen, hohe Geldmittelverbräuche, wenig Investitionen und hohe Arbeitslosigkeit kennzeichnen die europäische Situation. In der Bundesrepublik lag das Wachstum mit 1,6% höher als erwartet und die Arbeitslosigkeit bleibt auf vergleichsweise niedrigem Niveau.

Der Markt für Zeitarbeit und Personaldienstleistungen wird wohl in 2015 durch das Bundes Arbeitsministerium die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung erleben und damit erheblichen Veränderungen ausgesetzt werden.

Die Begrenzung der Leiharbeit auf maximal 18 Monate wird die größte Veränderung für die Unternehmen bringen.

2.2. Geschäftsverlauf und Lage

2.2.1. Umsatz und Auftragsentwicklung

Der Umsatz konnte von 12.446 TEUR im Vorjahr auf 13.443 TEUR gesteigert werden. Grund hierfür war im Wesentlichen die Erhöhung der Beschäftigtenzahl durch Einführung von Servicehelfern auf Station und der Beschäftigung von Fremdkräften im ärztlichen und pflegerischen Bereich.

2.2.2. Personalwirtschaft

Seit dem 25.01.2007 verfügt die DATA-MED über eine Erlaubnis zur gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz. Diese Genehmigung wurde ab dem 25.01.2010 unbefristet erteilt.

Mehrere Entscheidungen verschiedener Landesarbeitsgerichte haben sich mit der Frage der dauerhaften konzerninternen Arbeitnehmerüberlassung befasst. Sowohl das LAG Baden-Württemberg als auch das LAG Berlin-Brandenburg gehen davon aus, dass eine dauerhafte konzerninterne Arbeitnehmerüberlassung nach dem AÜG in der Fassung seit 01.12.2011 unzulässig ist.

Das Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 10.12.2013 (BAG 9 AZR 51/13) hat in der Frage der vorübergehenden Arbeitnehmerüberlassung für die Data-Med Dienstleistungsgesellschaft mbH letztinstanzlich festgestellt, dass die Arbeitnehmerüberlassung in der derzeitigen Handhabung im Rahmen der unbefristet erteilten Arbeitnehmerüberlassungserlaubnis rechtlich einwandfrei erfolgt.

Da sich aber laut Koalitionsvertrag die Voraussetzungen für Leiharbeit verändern werden, sind von dem Geschäftsführer Gespräche mit Ver.di zu denkbaren Umstrukturierungen begonnen worden.

Die Zahl der Data-Med-Beschäftigten, die in die kreiseigenen Heime ausgeliehen worden sind, wurde verringert. Hier wurden nach einem entsprechenden Kreistagsbeschluss etwa 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Data-Med in den TVöD überführt.

In 2014 waren durchschnittlich 378 Vollzeitkräfte (380 Vollzeitkräfte im Vorjahr) beschäftigt.

2.2.3. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Bildung und Qualifizierung sind angesichts des Fachkräftemangels Kernthemen der Zeitarbeit für die Zukunft. In enger Abstimmung mit der Muttergesellschaft werden die Personalentwicklungsmaßnahmen weiter ausgebaut.

2.2.4. Vermögen-, Finanz- und Ertragslage

	2014		2013		Veränderung	
	in TEUR	in %	in TEUR	in %	absolut	in %
Bilanzsumme	925		1.060		-135	
Anteil Anlagevermögen	40	4,32%	62	5,85%	-22	-35,48%
Eigenkapital	177	19,14%	116	10,94%	61	+52,60%

Das Anlagevermögen ist durch Eigenkapital gedeckt. Die Abschreibungen beliefen sich auf 22.539 EUR. Auf Grund nur geringfügiger Investitionen ergab sich ein leichter Rückgang des Anlagevermögens. Trotz des erhöhten Umsatzvolumens ergab sich auf Grund der frühzeitigeren Abrechnungen ein Rückgang der Forderungen zum Stichtag. Insgesamt hat sich die Bilanzsumme von 1.060 TEUR auf 925 TEUR gesenkt.

Bei rückläufiger Bilanzsumme und einem um den Jahresüberschuss erhöhtem Eigenkapital verbesserte sich die Eigenkapitalquote auf rd. 19 %. Verminderten Verbindlichkeiten von 280 TEUR stehen Forderungen von 137 TEUR gegenüber. Die Rückstellungen, die im Wesentlichen Personalkosten betreffen, nahmen ebenfalls von 536 TEUR auf 469 TEUR ab.

Die erhöhten Umsatzerlöse resultieren auf dem verstärkten Einsatz von qualifizierteren Kräften, ebenso die erhöhten Personalkosten. Bei im Übrigen nur unwesentlich veränderter Kostensituation konnte ein Jahresüberschuss von 61.117 EUR erreicht werden.

Die Liquiditätslage der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2014 weiterhin konstant. Auf Grund des Abbaus im Umlaufvermögen erhöhten sich die liquiden Mittel der Gesellschaft im Vorjahresvergleich um 528 TEUR.

3. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Für 2015 wird eine neue Gesetzgebung zur Arbeitnehmerüberlassung gemäß Koalitionsvereinbarung erwartet. Diese wird maßgeblich Einfluss auf die Geschäftsentwicklung haben. Der im Wirtschaftsplan 2015 ausgewiesene Gewinn von 47 TEUR ist auch aufgrund des Jahresergebnisses 2014 wohl zu erreichen. Die oben angesprochenen Veränderungen werden wohl erst ab 2016 wirksam werden. Unabhängig von den gesetzgeberischen Initiativen führt die Geschäftsführung mit den Gewerkschaften Gespräche über Strukturveränderungen innerhalb der DATA- Med.

4. Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

4.1 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Es gibt keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres.

4.2 Risikomanagement und Methoden

Die Maßnahmen der Muttergesellschaft wirken sich auf das Tochterunternehmen aus.

Lörrach, den 25. März 2015

Armin Müller
Geschäftsführer

Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG **Haushaltsgrundsätzegegesetz**



Inhalt

FRAGENKREIS 1: TÄTIGKEIT VON ÜBERWACHUNGSORGANEN UND GESCHÄFTSLEITUNG SOWIE INDIVIDUALISIERTE OFFENLEGUNG DER ORGANBEZÜGE	261
FRAGENKREIS 2: AUFBAU- UND ABLAUFORGANISATORISCHE GRUNDLAGEN	262
FRAGENKREIS 3: PLANUNGSWESEN, RECHNUNGSWESEN, INFORMATIONSSYSTEM UND CONTROLLING	263
FRAGENKREIS 4: RISIKOFRÜHERKENNUNGSSYSTEM	265
FRAGENKREIS 5: FINANZINSTRUMENTE, ANDERE TERMIN-GESCHÄFTE, OPTIONEN UND DERIVATE	266
FRAGENKREIS 6: INTERNE REVISION	267
FRAGENKREIS 7: ÜBEREINSTIMMUNG DER RECHTS-GESCHÄFTE UND MAßNAHMEN MIT GESETZ, SATZUNG, GESCHÄFTSORDNUNG, GESCHÄFTSANWEISUNG UND BINDENDEN BESCHLÜSSEN DES ÜBERWACHUNGSORGANS	267
FRAGENKREIS 8: DURCHFÜHRUNG VON INVESTITIONEN	268
FRAGENKREIS 9: VERGABEREGELUNGEN	269
FRAGENKREIS 10: BERICHTERSTATTUNG AN DAS ÜBERWACHUNGSORGAN	269
FRAGENKREIS 11: UNGEWÖHNLICHE BILANZPOSTEN UND STILLE RESERVEN	270
FRAGENKREIS 12: FINANZIERUNG	271
FRAGENKREIS 13: EIGENKAPITALAUSSTATTUNG UND GEWINNVERWENDUNG	271
FRAGENKREIS 14: RENTABILITÄT/WIRTSCHAFTLICHKEIT	272
FRAGENKREIS 15: VERLUSTBRINGENDE GESCHÄFTE UND IHRE URSACHEN	272
FRAGENKREIS 16: URSACHEN DES JAHRESFEHLBETRAGES UND MAßNAHMEN ZUR VERBESSERUNG DER ERTRAGSLAGE	273

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

- a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?**

Organe der Gesellschaft sind gemäß § 5 des Gesellschaftsvertrags in der Neufassung vom 20. Oktober 2011 die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Die Zuständigkeiten der Gesellschafterversammlung regelt § 7 des Gesellschaftsvertrags.

Die Geschäftsführung bestand im Geschäftsjahr 2014 aus einem Geschäftsführer. In § 8 des Gesellschaftsvertrags werden Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft geregelt. Eine Geschäftsanweisung für den Geschäftsführer wurde bisher auskunftsgemäß nicht erstellt.

Die Zusammensetzung und die Tätigkeit der Organe basiert auf den Rechtsvorschriften und den Vorschriften des Gesellschaftsvertrags.

Die Verteilung der Aufgaben in den Entscheidungsprozessen der Geschäftsführung ist sachgerecht.

Der Geschäftsführer der Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH ist gleichzeitig Geschäftsführer der DATA-MED, sodass Entscheidungsprozesse der gesetzlichen Vertreter miteinander abgestimmt werden können.

- b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?**

Im Berichtsjahr fand eine Sitzung der Gesellschafterversammlung statt. Eine entsprechende Niederschrift wurde erstellt.

- c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?**

Die Geschäftsleitung ist seit 2014 Mitglied im Verwaltungsrat der Ev. Diakonissenanstalt Karlsruhe-Rüppurr.

- d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?**

Unter Anwendung der Befreiungsvorschrift nach § 286 Abs. 4 HGB werden die Bezüge der Geschäftsführung im Anhang nicht ausgewiesen.

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/ Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Ein Organigramm in dem Sinne gibt es nicht. Die Gesellschaft entsendet ihre Mitarbeiter an die Gesellschafterin und andere Einrichtungen, sodass sie im Wesentlichen in die Organisation dort eingebunden sind. Die Strukturen der Organisation der Verwaltung im Unternehmen selber sind übersichtlich, da aufgrund der Personenidentität des Geschäftsführers mit dem der Gesellschafterin und der Auslagerung der wesentlichen Verwaltungsaufgaben auf die Gesellschafterin (z. B. Buchführung, Personal) sich die Organisation dieser Aufgaben an die der Gesellschafterin anlehnt, die einen dokumentierten Organisationsaufbau hat.

Die Vorgehensweise erscheint trotz fehlender Dokumentation sachgerecht.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine derartigen Anhaltspunkte ergeben.

c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Eine schriftliche Dokumentation zur Korruptionsprävention liegt nicht vor. Die Verwaltung wird im Wesentlichen durch die Mitarbeiter der Gesellschafterin übernommen, sodass die Regelungen zur Korruptionsprävention von dieser gelten. Zu nennen sind hier Grundsätze wie Vier-Augen-Prinzip, keine Auszahlung ohne Beleg sowie Einkauf über Einkaufsgemeinschaften. Allerdings haben wir folgende Anhaltspunkte für folgende Schwachstelle betreffend die Sicherheit der verarbeiteten rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme festgestellt:

- Keine uneingeschränkte Nachvollziehbarkeit und Transparenz im Bereich der berechtigten EDV-Nutzern. Es ist möglich mit nicht personalisierten Benutzerberechtigungen zu arbeiten.
- Des Weiteren existiert eine Vielzahl von allumfassenden Nutzerberechtigungen (20 Nutzer SAP All User), welche weit über ihr Arbeitsgebiet hinaus EDV-Transaktionen ausführen können und welche nicht in SAP dokumentiert sind (kein Security-Audit-Log).

Die Geschäftsführung hat sich diesen Schwachstellen im Bereich der generellen EDV-Kontrollen angenommen und überarbeitet derzeit das Sicherheits- und Berechtigungskonzept. Wir möchten an dieser Stelle darauf hinweisen, dass diese Aktivitäten zeitnah umgesetzt werden sollten.

Als Reaktion auf diese Schwächen wurde von KPMG eine Massendatenanalyse durchgeführt. Aufgrund der Ergebnisse der Massendatenanalyse gehen wir davon aus, dass der erwähnte Sachverhalt keinen Einfluss auf die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft hat und dass der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt.

d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Der Gesellschaftsvertrag beinhaltet Regelungen im Zusammenhang mit wesentlichen Entscheidungsprozessen, wie zum Beispiel zu Investitionen, zur Kreditaufnahme und -Gewährung, zum Erwerb, Veräußerung oder Belastung von Grundstücken sowie zum Abschluss von Dienstverträgen. Durch die enge Einbindung der Verwaltung in die der Gesellschafterin und der Personenidentität des Geschäftsführers gelten auch die dort existierenden Richtlinien.

Im Rahmen unserer Prüfung sind uns keine Verstöße bekannt geworden.

e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Es besteht eine zentrale Vertragsverwaltung, die beim Leiter Controlling der Gesellschafterin angesiedelt ist. Dort werden auch die Verträge der DATA-MED mit einbezogen. Die Einzelheiten der jeweiligen Verträge haben die einzelnen Verantwortlichen der jeweiligen Resorts zu verwalten, zu aktualisieren und zu überwachen. In den jeweiligen Aufstellungen werden Angaben wie Vertragsverantwortliche, Abschlussdatum, Auslaufdatum und ähnliches gepflegt. Ein spezielles Verwaltungssystem mit automatischen Benachrichtigungen beispielsweise über auslaufende Fristen besteht nicht, die Einhaltung unterliegt daher der Verantwortung der jeweiligen Ressortverantwortlichen.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

a) Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?

Gemäß § 9 des Gesellschaftsvertrags erstellt die Geschäftsführung jährlich einen Wirtschaftsplan, der sich mindestens aus Erfolgs- und Vermögensplan sowie aus dem Stellenplan zusammensetzt. Der Wirtschaftsführung ist eine fünfjährige Erfolgs- und Finanzplanung zugrunde zu legen.

Uns sind keine Anzeichen dafür bekannt geworden, dass das Planungswesen und der Planungshorizont den Bedürfnissen der Gesellschaft nicht entsprechen.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Soweit sich wesentliche Abweichungen ergeben, werden sie in den monatlichen Wirtschaftsberichten (= Hochrechnungen) sowie in der Budget- und Erlöskontrolle analysiert und regelmäßig in verschiedenen Leitungsgremien besprochen und analysiert.

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Gemäß dem am 20. Januar 2012 abgeschlossenen Dienstleistungsvertrag wird die Personalverwaltung, die Lohn- und Finanzbuchhaltung, das Controlling sowie der Bereich Prüfervice von der Gesellschafterin Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH, Lörrach, erbracht. Diese setzt für Finanzbuchhaltung und Controlling die Anwendungssoftware SAP/R3 ein.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir keine Feststellungen getroffen, dass die verfahrensübergreifende Organisation der Datenverarbeitung im Rechnungswesen nicht den gesetzlichen Vorschriften und anerkannten Regeln entspricht und nicht entsprechend verfahren wird. Allerdings möchten wir an dieser Stelle nochmal auf das verbesserungsbedürftige Benutzerberechtigungskonzept verweisen (vgl. Fragenkreis 2.c).

Das Rechnungswesen entspricht nach unserer Einschätzung den Anforderungen, die hinsichtlich der Größe und der Komplexität der Gesellschaft erforderlich sind. Eine Kostenrechnung ist durch das Programmpaket SAP/R3 eingerichtet.

Die Gesellschaft benutzt seit 2014 den KHBV-Kontenrahmen, dessen Konten dann der HGB-Zuordnung angepasst werden.

d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Die Liquiditätsüberwachung wird durch die Finanzbuchhaltung und Geschäftsführung (in Personenidentität) der Gesellschafterin vollzogen, indem eine tägliche Meldung der Kontenübersichten vorgenommen wird. Zur Sicherung der laufenden Liquidität werden von der Hauptkundin Anzahlungen verlangt und bei kurzfristigem Liquiditätsbedarf wird auf die Kliniken zurückgegriffen, ein eingeräumter Kontokorrentkredit bei der Hausbank wird kaum in Anspruch genommen.

Für die Aufnahme und Gewährung von Darlehen außerhalb des Wirtschaftsplans ist gemäß § 7 des Gesellschaftsvertrags die Gesellschafterversammlung zuständig.

e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Gemäß einer mit der Sparkasse Lörrach-Rheinfeldern getroffenen Vereinbarung kann der gewährte Kreditrahmen für bestehende Guthaben und Kredite der einzelnen Häuser gegenseitig aufgerechnet werden. Kurzfristige Dispositionen können über das Online-Banking-Verfahren durch die Gesellschafterin vorgenommen werden, die das Geld dann zur Verfügung stellt. Anhaltspunkte dafür, dass die Regelungen hierzu nicht eingehalten werden, haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Die Rechnungsstellung an die Kunden erfolgt monatlich. Die Hauptkunden der Gesellschaft sind der Gesellschafter sowie diverse Einrichtungen des Eigenbetriebs Heime des Landkreises Lörrach. Es erfolgen regelmäßige Mahnläufe, welche jedoch aufgrund der übersichtlichen Kundenstruktur und der damit verbundenen geringen Anzahl der gestellten Rechnungen selten zu Mahnungen führen. Im Berichtsjahr waren keine Zahlungsausfälle zu verzeichnen.

g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?

Es besteht ein Controlling bei der Gesellschafterin, das alle wesentlichen Unternehmensbereiche umfasst und die Geschäftsführung regelmäßig über alle entscheidungsrelevanten Bereiche in Kenntnis setzt. Ab 2014 wird das Tool QlikView mit dem Modul FinanceView als weiteres Controllingtool eingesetzt werden. Unsere Prüfung hat keine Anhaltspunkte darüber aufgedeckt, dass das Controlling nicht den Anforderungen entspricht.

h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Es gibt keine Tochterunternehmen.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Eine gesonderte Risikoinventur und -bewertung für die wesentlichen betrieblichen Prozesse und Funktionsbereiche sowie für sonstige Umfeld- und Branchenrisiken liegt nicht vor, sie wurde im Rahmen der Risikoinventur der Gesellschafterin vorgenommen.

Aufgrund der besonderen Umstände, dass in der Hauptsache nur Geschäftsbeziehungen zum Gesellschafter (Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH) und zu den Eigenbetrieben des Landkreises Lörrach bestehen, wird auf eine Risikoinventur und Bewertung verzichtet. Da sich die Geschäftstätigkeit der DATA-MED GmbH fast ausschließlich auf die Erbringung von Dienstleistungen für den Gesellschafter und den Eigenbetrieb Heime des Landkreises Lörrach erstreckt, ist die Gesellschaft auch von der zukünftigen Entwicklung dieser Gesellschaften abhängig; über die Entwicklung der Gesellschafterin ist die Geschäftsführung aufgrund der Personenidentität und derselben Verwaltung unterrichtet.

■ Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG

Darüber hinaus werden monatlich interne Lageberichte an die Geschäftsführung erstellt, die alle relevanten betriebswirtschaftlichen Daten beinhalten, sodass bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können.

Wir weisen darauf hin, dass eine Dokumentation und Bewertung der Risiken und die jeweiligen Gegenmaßnahmen schriftlich dokumentiert werden sollten.

b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Um den identifizierbaren bestandsgefährdenden Risiken begegnen zu können, erscheinen die getroffenen Maßnahmen als geeignet. Die Hausbesprechungen und die besondere Stellung der Gesellschafterin gleichzeitig als Überwachungsorgan als auch als Hauptkundin lassen uns zu dieser Einschätzung kommen. Anhaltspunkte, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt wurden, haben sich nicht ergeben.

c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Eine schriftliche Dokumentation (z. B. in Form einer Risikomatrix) existiert nicht, zu der wir aber raten möchten.

d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Offensichtlicher Anpassungsbedarf besteht momentan aufgrund der Gesellschaftsentwicklung nicht.

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:

- Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?
- Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?
- Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?
- Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z. B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z. B. antizipatives Hedging)?

Da die Geschäftsführung keine derartigen Finanzinstrumente einsetzt bzw. Termingeschäfte tatsächlich tätigt und auch nicht beabsichtigt, sind keine solchen Regelungen festgehalten. Daher werden die anderen Fragen dieses Fragenkreises nicht beantwortet und auf deren Wiedergabe verzichtet.

Fragenkreis 6: Interne Revision

- a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?**

Bei der DATA-MED Dienstleistungsgesellschaft mbH, Lörrach, besteht keine Interne Revision. Wir verzichten auf die Wiedergabe der weiteren Fragen dieses Fragenkreises, da diese nicht anwendbar sind.

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechts-geschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

- a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?**

Der Gesellschaftsvertrag enthält in §§ 6 und 7 jeweils einen Katalog der durch die Gesellschafterversammlung zustimmungsbedürftigen Geschäfte und Maßnahmen der Geschäftsführung. Im Übrigen ist bei wesentlichen Angelegenheiten/Beschlüssen der Gesellschafterversammlung zuvor die Legitimation/Zustimmung der Gesellschafterversammlung der Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH einzuholen. Es haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass nicht gemäß diesen Bestimmungen verfahren wurde.

- b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?**

Es wurden keine Kredite an Mitglieder der Geschäftsleitung oder das Überwachungsorgan gewährt.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?**

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen wurden.

■ Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG

d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Unsere Prüfung hat keine Anhaltspunkte für solche Geschäfte und Maßnahmen ergeben.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Investitionen erfolgen im Rahmen der der Gesellschafterversammlung vorgelegten und von ihr genehmigten Wirtschaftspläne. Investitionen werden grundsätzlich vor Realisierung auf Notwendigkeit und/oder Rentabilität geprüft. Die Finanzierung der Investitionen in das Sachanlagevermögen sowie bei den immateriellen Vermögensgegenständen erfolgt in der Regel über die liquiden Mittel. Der Umfang ist mit 0,5 TEUR im Berichtsjahr (i. Vj. 3 TEUR) als übersichtlich anzusehen.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)

Es erfolgte eine sehr eingeschränkte Investitionstätigkeit. Im Berichtsjahr wurden keine Grundstücke erworben oder verkauft.

c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Aufgrund des geringen Investitionsvolumens ist die Geschäftsführung über die einzelnen Beschaffungen im Bilde.

d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Wesentliche Budgetüberschreibungen haben sich im Berichtsjahr nicht ergeben.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Nein.

Fragenkreis 9: Vergaberegelungen

a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

Bei größeren Investitionen ist die Auftragsvergabe durch Beschlüsse der Gesellschafterversammlung vorgegeben. Für die Gesellschaft gelten VOB, VOL etc. nicht, außerdem werden die jeweiligen Wertgrenzen nicht erreicht.

b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Bei Investitionsbeschaffung werden regelmäßig mehrere Angebote eingeholt. Kapitalaufnahmen und Geldeinlagen fanden nicht statt.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Vor den jeweiligen Gesellschafterversammlungen/bzw. auch den Aufsichtsratssitzungen der Gesellschafterin (vier Sitzungen pro Jahr) wird der Gesellschafterin, beziehungsweise deren Aufsichtsratsmitgliedern, unter Beachtung der Ladungsfristen zusammen mit der Tagesordnung Ausführungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten übersandt. In jeder Aufsichtsratssitzung wird durch den Geschäftsführer ein Kurzbericht zur Geschäftslage erstattet. Nach § 9 des Gesellschaftsvertrags hat die Geschäftsführung den Wirtschaftsplan und die Finanzplanung so aufzustellen, dass ihn die Gesellschafterversammlung, nach Vorberatung im Aufsichtsrat der Gesellschafterin, vor Beginn des betroffenen Geschäftsjahres genehmigen kann.

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Als wesentliche Informationsgrundlage stehen der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsplan und seine Teilpläne, der Jahresabschluss und die Ausführungen zu den Tagesordnungspunkten zur Verfügung. Diese Instrumente ermöglichen zusammen mit der detaillierten Berichterstattung in den Sitzungen sowohl einen ausreichenden Einblick in die derzeitige wirtschaftliche Lage als auch die Möglichkeit einer Abweichungsanalyse.

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Die Berichterstattung erfolgt im oben dargestellten Umfang. Oben beschriebene Vorfälle wurden im Berichtsjahr nicht bekannt.

■ Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG

d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Aus den uns vorgelegten Protokollen gehen keine derartigen Wünsche für das Geschäftsjahr 2014 hervor.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Solche Anhaltspunkte wurden uns im Rahmen unserer Prüfung nicht bekannt.

f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Es wurde keine D&O-Versicherung für die Geschäftsführung abgeschlossen.

g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offen gelegt worden?

Solche Interessenkonflikte wurden auskunftsgemäß im Berichtsjahr nicht gemeldet.

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen ist im Jahresabschluss der DATA-MED Dienstleistungsgesellschaft mbH, Lörrach, nicht ausgewiesen.

b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Außerhalb der zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs erforderlichen Bestände waren am Bilanzstichtag keine Vermögensgegenstände vorhanden. Die Bestände bewegen sich im üblichen Rahmen.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Mögliche stille Reserven konnten nicht identifiziert werden.

Fragenkreis 12: Finanzierung

a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschluss-Stichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Zum 31. Dezember 2014 beträgt die Eigenkapitalquote 19,1 % (i. Vj. 10,9 %). Die externe Finanzierung wird im Wesentlichen durch die Gesellschafterin vorgenommen, langfristige Verbindlichkeiten gegenüber Dritten sind nicht zu verzeichnen.

Wesentliche Investitionsverpflichtungen liegen nicht vor.

b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Die DATA-MED GmbH selbst ist kein Mutterunternehmen und als Tochterunternehmen in den Konzern der Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH, Lörrach, einbezogen.

c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Die Gesellschaft hat keine Finanz- oder Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2014 25 TEUR. Weiterhin verfügt die Gesellschaft über einen Bilanzgewinn von 152 TEUR (i. Vj. 91 TEUR).

Mit 19,1 % ist die Eigenkapitalquote im Vergleich zum Vorjahr aufgrund des Ergebnisses des Vorjahres angestiegen (i. Vj. 10,9%).

b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Der für das Jahr 2014 ausgewiesene Bilanzgewinn von 152 TEUR, der sich nach einem Jahresüberschuss von 61 TEUR ergeben hat, soll auskunftsgemäß auf neue Rechnung vorge tragen werden.

Dieser Vorschlag ist mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar.

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?

Diese Frage ist aufgrund fehlender Segmente und aufgrund der Nichterstellung eines Konzernabschlusses nicht anwendbar. Das Ergebnis konnte im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit erzielt werden.

b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Einmalige Vorgänge, die das Jahresergebnis entscheidend geprägt haben, waren im Berichtsjahr nicht festzustellen.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Im Rahmen unserer Prüfung ergaben sich keine Anhaltspunkte, dass Kredit- oder sonstige Leistungsbeziehungen zu unangemessenen Konditionen vorlagen.

Wesentliche Kreditbeziehungen zur Gesellschafterin Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH wurden im Geschäftsjahr 2014 nicht unterhalten. Die Leistungsbeziehungen mit dem Gesellschafter sind von wesentlicher Bedeutung und entsprechen dem Gesellschaftszweck. Hierüber liegen ausreichend dokumentierte Verträge und Vereinbarungen zugrunde. Die jeweils vereinbarten Konditionen erscheinen nicht unangemessen.

Leistungsbeziehungen sind insofern vorhanden, dass die wesentlichen Verwaltungsaufgaben durch einen Dienstvertrag an die Gesellschafterin übertragen wurden. Darüber bestehen Verträge, die nicht als eindeutig unangemessen anzusehen sind.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Entfällt, da kein Versorgungsunternehmen vorliegt.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Wesentliche verlustbringende Geschäfte wurden im Berichtsjahr nicht festgestellt.

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Entfällt

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Da ein Jahresüberschuss erwirtschaftet wurde entfällt diese Frage.

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Für 2015 wird eine neue Gesetzgebung zur Arbeitnehmerüberlassung gemäß Koalitionsvertrag erwartet. Dies wird maßgeblich Einfluss auf die Geschäftsentwicklung und Ertragslage haben. Die Geschäftsleitung führt daher als Maßnahme mit den Gewerkschaften Gespräche über Strukturveränderungen in der DATA-MED.

■ **Wirtschaftliche Grundlagen**

Tätigkeitsgebiet	<p>Die Gesellschaft erbringt gemäß den abgeschlossenen Rahmenverträgen wegen Arbeitnehmerüberlassung ihre Leistungen in Form von Personalgestellungen für den Eigen-betrieb Heime und für die Tochtergesellschaft des Landkreises Lörrach die Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH. Die von der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Stuttgart, seit dem 25. Januar 2007 ausgestellte Erlaubnis zur gewerbsmäßigen Überlassung von Arbeitnehmern wurde am 9. Februar 2010 rückwirkend ab dem 25. Januar 2010 unbefristet erteilt.</p> <p>Im Übrigen führt die DATA-MED GmbH Reinigungsarbeiten, insbesondere im Bereich Gebäudereinigung für die Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH, gemäß diverser abgeschlossener Werkverträge für Reinigungsdienstleistungen mit eigenem Personal durch.</p>
Geschäftsräume	<p>Die Gesellschaft verfügt nicht über Grundbesitz. Die Geschäftstätigkeit wird in angemieteten Räumen ausgeübt.</p>
Personal	<p>Das Rechnungs- und Personalwesen der Gesellschaft wird mit Dienstleistungsvertrag vom 20. Januar 2013 durch die Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH wahrgenommen und über eine Umlage an die Gesellschaft weiterbelastet.</p>

Wirtschaftliche und Gesellschaftsrechtliche Grundlagen

Gesellschaftsrechtliche Grundlagen

Gründung	Die Gesellschaft wurde am 26. März 1986 gegründet.
Firma	DATA-MED Dienstleistungsgesellschaft mbH
Sitz	Lörrach
Gesellschaftsvertrag	Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 20. Oktober 2011.
Handelsregister	Die Gesellschaft ist im Handelsregister von Freiburg im Breisgau unter HRB Nr. 670216 eingetragen. Der letzte uns vorgelegte Auszug datiert vom 10. März 2014.
Gegenstand	Die Erbringung von Facility-Dienstleistungen aller Art, insbesondere von IT-Leistungen sowie von Logistikleistungen, einschließlich dem Einkauf und dem Vertrieb von Investitions- und nicht unter das Arzneimittelgesetz fallenden Verbrauchsgütern sowie die Erbringung von sonstigen nicht medizinischen Dienstleistungen aller Art für Einrichtungen des Gesundheitswesens insbesondere der Kliniken des Landkreises Lörrach und für andere Einrichtungen und Tochtergesellschaften des Landkreises Lörrach sowie die Arbeitnehmerüberlassung nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) und der Erbringung von Personaldienstleistungen aller Art, insbesondere Personalmanagementaufgaben und Personalabrechnungen, nicht jedoch die Arbeitsvermittlung..
Geschäftsjahr	Kalenderjahr
Stammkapital	EUR 25.000,00
Gewinnverwendungsvorschlag	Die Geschäftsführung wird der Gesellschafterversammlung vorschlagen, den zum 31. Dezember 2013 ausgewiesenen Bilanzgewinn von EUR 90.661,14 auf neue Rechnung vorzutragen.

Vorjahresabschluss	<p>In der Gesellschafterversammlung am 9. Mai 2013 ist</p> <ol style="list-style-type: none"> (1) der von der Geschäftsführung aufgestellte, von BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 vorgelegt und der Jahresabschluss festgestellt worden; (2) beschlossen worden, den zum 31. Dezember 2012 ausgewiesenen Bilanzgewinn von EUR 54.629,17 auf neue Rechnung vorzutragen und (3) beschlossen worden, die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2013 zu wählen.
Größe der Gesellschaft	<p>Die Gesellschaft ist i. S. d. § 267 Abs. 2 HGB eine mittelgroße Kapitalgesellschaft.</p>
Verbundene Unternehmen	<p>Alleiniger Gesellschafter ist die Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH, Lörrach.</p> <p>Infolge der Inanspruchnahme der Befreiungsvorschrift gemäß § 290 Abs. 5 HGB i. V. m. § 296 Abs. 2 HGB wurde auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses der Muttergesellschaft Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH verzichtet.</p>
Geschäftsführer	<p>Die Mitglieder der Geschäftsführung sind im Anhang der Gesellschaft (Anlage 1.3) aufgeführt.</p>
Steuerliche Verhältnisse	<p>Im Berichtsjahr fand eine steuerliche Außenprüfung für die Jahre 2008 bis 2011 statt. Die Prüfung wurde im Geschäftsjahr 2013 abgeschlossen. Es wurden keine wesentlichen Feststellungen getroffen.</p> <p>Die DATA-MED Dienstleistungsgesellschaft mbH unterliegt grundsätzlich der Regelbesteuerung gemäß den §§ 16 bis 18 des UStG. Es besteht jedoch eine umsatzsteuerliche Organschaft mit dem Landkreis Lörrach zu der auch der Alleingesellschafter Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH gehört. Soweit Lieferungen und Leistungen innerhalb der Organschaft erfolgen, handelt es sich um nichtsteuerbare Innenumsätze. Für den Vorsteuerabzug ist daher auf die Ausgangsumsätze der Organschaft abzustellen, wobei hier die wesentlichsten Umsätze nach § 4 Nr. 14 UStG von der Umsatzsteuer befreit sind. Damit ist insoweit für die Organgesellschaft gemäß 15 Abs. 2 UStG die in Rechnung gestellte Umsatzsteuer (Vorsteuer) nicht abzugsfähig ist und somit einen Bestandteil der Anschaffungskosten und Aufwendungen.</p>



Medizinisches Versorgungszentrum
Landkreis Lörrach GmbH
Der Jahresabschluss 2014



Medizinisches Versorgungszentrum

Einblick

	2014		2013		2012	
Durchschnittliche Zahl der Vollkräfte	3		4		2	
Umsatz je Euro Personalkosten (in EUR)	1,14		0,71		0,71	
	TEUR	in %	TEUR	in %	TEUR	in %
UMSATZ						
Umsatzerlöse	225	99	140	99	99	94,5
Personalaufwand	196	59	196	52,9	139	40,4
Abschreibungen	75	23	78	21,1	77	22,4
Materialaufwand	45	14	32	8,5	39	11,2
Betriebsergebnis (+/-)	-148		-212		-239	
Jahresergebnis (+/-)	-148		-212		-239	
VERMÖGEN						
Bilanzsumme	639	100,0	617	100,0	632	100,0
Anlagevermögen	82	12,8	156	25,3	227	35,9
Eigenkapital	-447	-70	-299	-48,4	-86	-13,6
Finanzmittelbestand	21	3,3	99	16,06	306	48,5

Management Summary

Das Medizinische Versorgungszentrum (MVZ) Schopfheim hat das Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 148.330,79 EUR (Vj. 212.443,98 EUR) abgeschlossen.

Damit besteht zum 31.12.2014 ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Höhe von -446.860,10 EUR (Vj. -298.529,31 EUR).



Der Jahresfehlbetrag resultiert neben den Abschreibungen auf die Arztsitze i.H.v 66 TEUR aus dem operativen Geschäft der Gesellschaft. Insbesondere die Fixkosten (Personalaufwand mit 196 TEUR) nicht durch die Umsatzerlöse und sonstigen betriebliche Erträge (227 TEUR) erwirtschaftet werden, was vor allem daran liegt, dass es an ertragreichen Abrechnungen von Privatpatienten fehlt.

2013 ist die Arztstelle neu besetzt worden und damit verbunden wurde der Kassensitz in eine Orthopädie umgewandelt, was die Ertragslage verbessern soll. Zudem wurde mit einem Arzt des Krankenhauses in Rheinfelden im Bereich der Orthopädie die Vereinbarung getroffen, dass dieser den Arzt der MVZ GmbH vertritt um die Anzahl der Scheine zu steigern. 2014 ist der Vertrag eines Arztes ausgelaufen, sodass eine wesentliche Kostenbelastung wegfällt. Außerdem soll durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit die Anzahl der Patienten (vor allem die der Privatpatienten) gesteigert werden.

Die Perspektiven des MVZ werden im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung regelmäßig bewertet.

Lörrach, 25.03.2015

Armin Müller
Geschäftsführer

Inhalt

PRÜFBERICHT	286
BILANZ	286
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	289
ANHANG	290
1. ALLGEMEINE HINWEISE	290
2. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN	291
3. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ	292
4. SONSTIGE ANGABEN	293

Bericht über die Prüfung

des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2014
der Medizinisches Versorgungszentrum Landkreis Lörrach GmbH



■ Medizinisches Versorgungszentrum

Die folgende Zusammenfassung stellt lediglich einen Auszug aus dem Prüfungsbericht inkl. Lagebericht zum Jahresabschluss 2014 der MVZ GmbH Lörrach vom 25.03.2015 dar. Der vollständige Bericht kann bei der SST Beteiligungsmanagement eingesehen werden.

■ Prüfungsauftrag

In der Gesellschafterversammlung am 25. Juni 2015 der Medizinisches Versorgungszentrum Landkreis Lörrach GmbH, Lörrach, - im Folgenden auch kurz „MVZ GmbH“ oder „Gesellschaft“ genannt – sind wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2014 gewählt worden. Die Geschäftsführung hat uns demzufolge den Auftrag erteilt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 zu prüfen.

Auftragsgemäß erstreckt sich die Prüfung weiterhin auf die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG.

■ Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Wir haben den Jahresabschluss, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, unter Einbeziehung der Buchführung der MVZ GmbH für das zum 31.12.2014 endende Geschäftsjahr geprüft.

Als Schwerpunkte der Prüfung wurden festgelegt:

- Prüfung des Prozesses der Jahresabschlusserstellung,
- Beurteilung der Angemessenheit der durch die Geschäftsführung getroffene Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit (Going Concern Prämisse),
- Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände (Geschäfts- oder Firmenwert),
- Vollständigkeit der Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter und den verbundenen Unternehmen,
- Periodenabgrenzung der Umsatzerlöse

Wir haben die Prüfung (mit Unterbrechungen) in den Monaten Februar und März 2015 bis zum 25.März 2015 durchgeführt. Eine Vorprüfung haben wir im Monat November 2014 vorgenommen.

■ Auszug aus dem Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer

„Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung der Medizinisches Versorgungszentrum Landkreis Lörrach GmbH, Lörrach, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2014 geprüft...

... Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

... Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt“

Jahresabschluss zum 31.12.2013



Bilanz

AKTIVA	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Geschäfts- oder Firmenwert	66.346,68	132.606,71
	66.346,68	132.606,71
II. Sachanlagen		
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.675,05	23.661,25
	15.675,05	23.661,25
	82.021,73	156.267,96
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte	4.000,00	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	53.959,56	34.192,43
2. Forderungen gegen den Gesellschafter	2.000	0,00
3. Forderungen gegenüber verbundene Unternehmen	0,00	171,32
4. Sonstige Vermögensgegenstände	28.574,94	28.574,94
	84.534,50	62.938,65
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	21.259,79	99.050,87
	109.794,29	161.989,52
C. NICHT DURCH EIGENKAPITAL GEDECKTER FEHLBETRAG	446.860,10	298.529,31
SUMME DER AKTIVA	638.676,12	616.786,83

PASSIVA	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
A. EIGENKAPITAL		
1. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
2. Kapitalrücklagen	400.000,00	400.000,00
3. Verlustvortrag	723.529,31	511.085,33
4. Jahresfehlbetrag	148.330,79	212.443,98
	446.860,10	298.529,31
4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	446.860,10	298.529,31
	0,00	0,00
B. RÜCKSTELLUNGEN		
Sonstige Rückstellungen	3.500	4.500,00
	3.500,00	4.500,00
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	25.800,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.264,94	1.834,45
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin	600.000,00	603.000,00
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen	3.673,55	2.838,64
5. Sonstige Verbindlichkeiten	3.437,63	4.613,74
- davon aus Steuern 2.350,80 EUR (i.V. 2.690,82EUR)		
- davon aus sozialer Sicherheit 1.124,56 EUR (i.V. 1.729,36 EUR)		
	635.176,12	612.286,83
SUMME DER PASSIVA	638.676,12	616.786,83

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2014 - in EUR -	31.12.2013 - in EUR -
1. Umsatzerlöse	224.877,89	139.012,45
2. Sonstige betriebliche Erträge	2.124,35	19.581,61
3. Gesamtleistung	227.002,24	158.594,06
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe	- 4.855,47	- 7.382,95
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	- 40.116,70	- 24.287,72
	- 44.972,17	-31.670,67
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	- 168.644,09	- 167.595,55
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge und für Unterstützung	- 27.435,48	- 28.857,08
	- 196.079,57	-196.452,63
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	- 74.594,92	- 78.162,09
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 47.686,37	- 43.415,15
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 12.000,00	- 21.337,50
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 148.330,79	- 212.443,98
10. Jahresfehlbetrag (-) / -überschuss	- 148.330,79	- 212.443,98

1. Allgemeine Hinweise

Die Gesellschaft ist eine kleine Kapitalgesellschaft i. S. d. § 267 Abs. 1 HGB. Daher wurde der Jahresabschluss nach den Vorschriften für kleine Kapitalgesellschaften unter Beachtung der Regelungen des GmbHG aufgestellt. Gesellschafter ist die Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH, Lörrach.

Trotz einer bestehenden bilanziellen Überschuldung wird bei der Bewertung von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit ausgegangen. Zur Sicherung der Unternehmensfortführung wurde zum einen mit dem Gesellschafter Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH, Lörrach, eine Rangrücktrittserklärung abgeschlossen, die den zum Bilanzstichtag bestehenden „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag“ abdeckt. Zum anderen wurde der Gesellschaft eine Finanzierungszusage von den Kliniken des Landkreises Lörrach garantiert, welche zu jeder Zeit die Liquidität der Gesellschaft sicherstellt.

Entsprechend § 3 des Gesellschaftsvertrages verfolgt die Gesellschaft ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren im Wesentlichen die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Die Anschaffungs- und Herstellungskosten der einzelnen Vermögensgegenstände enthalten auch die nach den § 15 Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. § 4 Nr. 16 UStG nicht abziehbaren Vorsteuern.

Die immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und die Sachanlagen sind zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Die Nutzungsdauern werden grundsätzlich nach der linearen Methode unter analoger Verwendung der steuerlichen Abschreibungstabellen festgesetzt. Bei der Bemessung der linearen Abschreibungen wird der durch die §§ 9 ff. KHG festgelegte Rahmen beachtet. Der Geschäfts- oder Firmenwert wird über fünf Jahre abgeschrieben. Geringwertige Anlagegüter bis EUR 150 werden im Jahr des Zugangs in voller Höhe abgeschrieben und als Abgang gezeigt. Anlagengüter von mehr als EUR 150 bis EUR 1.000 werden im Zugangsjahr in einen Sammelposten eingestellt und über fünf Jahre abgeschrieben.

Die Vorräte wurden erstmals mit einem Festwert angesetzt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind grundsätzlich zum Nominalwert angesetzt. Risiken im Forderungsbestand waren nicht zu berücksichtigen.

Die liquiden Mittel werden zum Nennbetrag angesetzt.

Die Rückstellungen sind in Höhe des nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt worden und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten.

Die Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Ein Wechsel von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gegenüber dem Vorjahr fand mit Ausnahme des erstmaligen Ansatzes eines Festwertes nicht statt.

3. Erläuterungen zur Bilanz

Wie im letzten Jahr wurde die Befreiungsvorschrift des §274a Nr.1 HGB in Anspruch genommen und auf die Darstellung der Entwicklung des Anlagevermögens verzichtet.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Das gezeichnete Kapital beträgt EUR 25.000 und ist vollständig eingezahlt.

Im Bilanzverlust des Geschäftsjahres in Höhe von EUR 871.860 ist ein Verlustvortrag in Höhe von EUR 723.529 enthalten.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten ausschließlich Aufwendungen für die Jahresabschlussprüfung.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die zum Bilanzstichtag ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter sind sonstige Verbindlichkeiten und betragen EUR 600.000 (Vorjahr: EUR 603.000). Sie haben eine Laufzeit von über fünf Jahren.

Die zum Bilanzstichtag ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sind Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr und betragen EUR 3.674 (Vorjahr: EUR 2.839).

Die sonstigen Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr und betreffen Steuerverbindlichkeiten in Höhe von EUR 2.351 (Vorjahr: EUR 2.691) sowie Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit in Höhe von EUR 1.124,56 (Vorjahr: EUR 1.729).

4. Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr 2014 waren durchschnittlich 3 Mitarbeiter (Angestellte) beschäftigt.

Alleiniger Gesellschafter ist die Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH. Der Gesellschafter hat der Gesellschaft ein Darlehen von EUR 600.000 gewährt. Die Verzinsung des Darlehens erfolgt mit 2% p.a.

Zur Vermeidung einer Überschuldung im insolvenzrechtlichen Sinne wurden mit dem Gesellschafter eine Rangrücktrittsvereinbarung über das Darlehen in Höhe von insgesamt EUR 600.000 abgeschlossen.

Die alleinige Geschäftsführung hat im Geschäftsjahr 2014 Herr Armin Müller wahrgenommen.

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag zusammen mit dem bestehenden Verlustvortrag (insgesamt EUR 871.860) auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Gesellschaft ist grundsätzlich gem. § 290 HGB in den Konzernabschluss der Muttergesellschaft, die Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH, Lörrach, einzubeziehen. Infolge der Inanspruchnahme der Befreiungsvorschrift gemäß § 290 Abs. 5 HGB i.V. mit § 296 Abs. 2 HGB wurde von Seiten der Muttergesellschaft auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses verzichtet.

Lörrach, den 25. März 2015

Medizinisches Versorgungszentrum Landkreis Lörrach GmbH

Armin Müller
Geschäftsführer

Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG Haushaltsgrundsätzegesetz



Inhalt

FRAGENKREIS 1: TÄTIGKEIT VON ÜBERWACHUNGSORGANEN UND GESCHÄFTSLEITUNG SOWIE INDIVIDUALISIERTE OFFENLEGUNG DER ORGANBEZÜGE	296
FRAGENKREIS 2: AUFBAU- UND ABLAUFORGANISATORISCHE GRUNDLAGEN	297
FRAGENKREIS 3: PLANUNGSWESEN, RECHNUNGSWESEN, INFORMATIONSSYSTEM UND CONTROLLING	298
FRAGENKREIS 4: RISIKOFRÜHERKENNUNGSSYSTEM	300
FRAGENKREIS 5: FINANZINSTRUMENTE, ANDERE TERMIN-GESCHÄFTE, OPTIONEN UND DERIVATE	301
FRAGENKREIS 6: INTERNE REVISION	302
FRAGENKREIS 7: ÜBEREINSTIMMUNG DER RECHTSGESCHÄFTE UND MAßNAHMEN MIT GESETZ, SATZUNG, GESCHÄFTSORDNUNG, GESCHÄFTSANWEISUNG UND BINDENDEN BESCHLÜSSEN DES ÜBERWACHUNGSORGANS	302
FRAGENKREIS 8: DURCHFÜHRUNG VON INVESTITIONEN	303
FRAGENKREIS 9: VERGABEREGELUNGEN	304
FRAGENKREIS 10: BERICHTERSTATTUNG AN DAS ÜBERWACHUNGSORGAN	304
FRAGENKREIS 11: UNGEWÖHNLICHE BILANZPOSTEN UND STILLE RESERVEN	305
FRAGENKREIS 12: FINANZIERUNG	306
FRAGENKREIS 13: EIGENKAPITALAUSSTATTUNG UND GEWINNVERWENDUNG	306
FRAGENKREIS 14: RENTABILITÄT/WIRTSCHAFTLICHKEIT	307
FRAGENKREIS 15: VERLUSTBRINGENDE GESCHÄFTE UND IHRE URSACHEN	308
FRAGENKREIS 16: URSACHEN DES JAHRESFEHLBETRAGES UND MAßNAHMEN ZUR VERBESSERUNG DER ERTRAGSLAGE	308

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

- a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?**

Organe der Gesellschaft sind gemäß § 6 des Gesellschaftsvertrags die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Die Zuständigkeiten der Gesellschafterversammlung regelt § 8 des Gesellschaftsvertrags.

Die Geschäftsführung bestand im Geschäftsjahr 2014 aus einem Geschäftsführer. In § 9 des Gesellschaftsvertrags werden Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft geregelt. Eine Geschäftsanweisung für den Geschäftsführer wurde bisher auskunftsgemäß nicht erstellt.

Die Zusammensetzung und die Tätigkeit der Organe basiert auf den Rechtsvorschriften und den Vorschriften des Gesellschaftsvertrags.

Die Verteilung der Aufgaben in den Entscheidungsprozessen der Geschäftsführung ist sachgerecht.

Der Geschäftsführer der Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH ist gleichzeitig Geschäftsführer der MVZ GmbH, sodass Entscheidungsprozesse der gesetzlichen Vertreter miteinander abgestimmt werden können.

- b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?**

Im Berichtsjahr fand eine ordentliche Gesellschafterversammlung statt. Eine entsprechende Niederschrift wurde erstellt.

- c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?**

Die Geschäftsleitung ist seit 2014 Mitglied im Verwaltungsrat der Ev. Diakonissenanstalt Karlsruhe-Rüppurr.

- d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?**

Die Bezüge der Geschäftsführung werden im Anhang unter Anwendung der größenabhängigen Erleichterung gemäß § 288 Abs. 1 HGB nicht ausgewiesen. Weiterhin erübrigt sich die Angabe auch dadurch, dass die Gesellschaft selbst keine Vergütung an den Geschäftsführer zahlt.

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Ein Organigramm in dem Sinne gibt es nicht. Die Strukturen der Organisation der Verwaltung im Unternehmen selber sind übersichtlich, da aufgrund der Personenidentität des Geschäftsführers mit dem der Gesellschafterin und der Auslagerung der wesentlichen Verwaltungsaufgaben auf die Gesellschafterin (z. B. Buchführung) sich die Organisation dieser Aufgaben an die der Gesellschafterin anlehnt, die einen dokumentierten Organisationsaufbau hat.

Der Gesellschaftsvertrag regelt die Aufgabenbereiche der Geschäftsführung. Uns sind keine Vorkommnisse bekannt geworden, bei welchen nicht entsprechend den Vorgaben gehandelt wurde.

Die Vorgehensweise erscheint trotz fehlender Dokumentation sachgerecht.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine derartigen Anhaltspunkte ergeben.

c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Eine schriftliche Dokumentation zur Korruptionsprävention liegt nicht vor. Die Verwaltung wird im Wesentlichen durch die Mitarbeiter der Gesellschafterin übernommen, sodass die Regelungen zur Korruptionsprävention von dieser gelten. Zu nennen sind hier Grundsätze wie Vier-Augen-Prinzip, keine Auszahlung ohne Beleg sowie Einkauf über Einkaufsgemeinschaften. Allerdings haben wir folgende Anhaltspunkte für Schwachstellen betreffend die Sicherheit der verarbeiteten rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme festgestellt:

- Keine uneingeschränkte Nachvollziehbarkeit und Transparenz im Bereich der berechtigten EDV-Nutzern. Es ist möglich mit nicht personalisierten Benutzerberechtigungen zu arbeiten.
- Des Weiteren existiert eine Vielzahl von allumfassenden Nutzerberechtigungen (23 Nutzer SAP All User), welche weit über ihr Arbeitsgebiet hinaus EDV-Transaktionen ausführen können und welche nicht in SAP dokumentiert sind (kein Security-Audit-Log).

Die Geschäftsführung hat sich diesen Schwachstellen im Bereich der generellen EDV-Kontrollen angenommen und überarbeitet derzeit das Sicherheits- und Berechtigungskonzept. Wir möchten an dieser Stelle darauf hinweisen, dass diese Aktivitäten zeitnah umgesetzt werden sollten. Als Reaktion auf diese Schwächen wurde von KPMG eine Massendatenanalyse durchgeführt. Aufgrund der Ergebnisse der Massendatenanalyse gehen wir davon aus, dass der erwähnte Sachverhalt keinen Einfluss auf die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft hat und dass der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt.

■ Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG

d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Der Gesellschaftsvertrag beinhaltet Regelungen im Zusammenhang mit wesentlichen Entscheidungsprozessen, wie zum Beispiel Entscheidungen zu Investitionen, zur Kreditaufnahme und -gewährung, zum Erwerb, Veräußerung oder Belastung von Grundstücken, sowie zum Abschluss von Dienstverträgen, die gemäß § 8 des Gesellschaftsvertrags durch die Gesellschafterversammlung zu treffen sind. Durch die enge Einbindung der Verwaltung in die der Gesellschafterin und der Personenidentität des Geschäftsführers gelten auch die dort existierenden Richtlinien.

Im Rahmen unserer Prüfung sind uns keine Verstöße bekannt geworden.

e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Es besteht eine zentrale Vertragsverwaltung, die beim Leiter Controlling der Gesellschafterin angesiedelt ist. Dort werden auch die Verträge der MVZ GmbH mit einbezogen. Die Einzelheiten der jeweiligen Verträge haben die einzelnen Verantwortlichen der jeweiligen Ressorts zu verwalten, zu aktualisieren und zu überwachen. In den jeweiligen Aufstellungen werden Angaben wie Vertragsverantwortliche, Abschlussdatum, Auslaufdatum und ähnliches gepflegt. Ein spezielles Verwaltungssystem mit automatischen Benachrichtigungen beispielsweise über auslaufende Fristen besteht nicht, die Einhaltung unterliegt daher der Verantwortung der jeweiligen Ressortverantwortlichen.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

a) Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?

Gemäß § 11 des Gesellschaftsvertrags erstellt die Geschäftsführung jährlich einen Wirtschaftsplan, der sich mindestens aus Erfolgs- und Vermögensplan sowie aus dem Stellenplan zusammensetzt. Der Wirtschaftsführung ist eine fünfjährige Erfolgs- und Finanzplanung zugrunde zu legen.

Aufgrund der anhaltenden Verlustsituation ist das Planungswesen mit besonderer Sorgfalt durchzuführen.

Uns sind keine Anzeichen dafür bekannt geworden, dass das Planungswesen und der Planungshorizont den Bedürfnissen der Gesellschaft nicht entsprechen.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Soweit sich wesentliche Abweichungen ergeben, werden sie in den monatlichen Wirtschaftsberichten (= Hochrechnungen) sowie in der Budget- und Erlöskontrolle analysiert und regelmäßig in verschiedenen Leitungsgremien besprochen und analysiert.

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Gemäß dem am 21. Januar 2011 abgeschlossenen Dienstleistungsvertrag wird die Personalverwaltung, die Lohn- und Finanzbuchhaltung, das Controlling sowie der Bereich Prüfservice von der Gesellschafterin Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH, Lörrach, erbracht. Diese setzt für Finanzbuchhaltung und Controlling die Anwendungssoftware SAP/R3 ein.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir keine Feststellungen getroffen, dass die verfahrensübergreifende Organisation der Datenverarbeitung im Rechnungswesen nicht den gesetzlichen Vorschriften und anerkannten Regeln entspricht und nicht entsprechend verfahren wird. Allerdings möchten wir an dieser Stelle nochmal auf das verbesserungsbedürftige Benutzerberechtigungskonzept verweisen (vgl. Fragenkreis 2.c).

Das Rechnungswesen entspricht nach unserer Einschätzung den Anforderungen, die hinsichtlich der Größe und der Komplexität der Gesellschaft erforderlich sind. Eine Kostenrechnung ist durch das Programmpaket SAP/R3 eingerichtet.

Die Gesellschaft benutzt, in Anlehnung an die Gesellschafterin, den KHBV-Kontenrahmen, den sie dann in die HGB-Gliederung überführt.

d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Die Liquiditätsüberwachung wird durch die Finanzbuchhaltung und Geschäftsführung (in Personenidentität) der Gesellschafterin vollzogen, indem eine tägliche Meldung der Kontenübersichten vorgenommen wird. Bei kurzfristigem Liquiditätsbedarf wird auf die Kliniken zurückgegriffen.

Aufgrund der anhaltenden Verlustsituation der Gesellschaft ist die Liquiditätskontrolle von hoher Bedeutung. Die Geschäftsführung ist sich dessen bewusst und hat zur Sicherung der Liquidität von der Gesellschafterin in 2013 eine Finanzierungszusage erhalten, die im Falle eines Liquiditätsengpasses das Bereitstellen von Finanzmitteln zusichert.

Für die Aufnahme und Gewährung von Darlehen außerhalb des Wirtschaftsplans ist gemäß § 8 des Gesellschaftsvertrags die Gesellschafterversammlung zuständig.

e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Gemäß einer mit der Sparkasse Lörrach-Rheinfeldern getroffenen Vereinbarung kann der gewährte Kreditrahmen für bestehende Guthaben und Kredite der einzelnen Häuser gegenseitig aufgerechnet werden.

■ Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG

Kurzfristige Dispositionen können über das Online-Banking-Verfahren durch die Gesellschafterin vorgenommen werden, die das Geld dann zur Verfügung stellt. Anhaltspunkte dafür, dass die Regelungen hierzu nicht eingehalten werden, haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Die Abrechnungen mit Privatpatienten erfolgen wöchentlich. Die Abrechnung der ambulanten GKV Patienten erfolgt einmal im Quartal. Da der größte Teil der Forderungen gegenüber den gesetzlichen Krankenkassen besteht, ist das Ausfallrisiko entsprechend gering. Das Mahnwesen erfolgt daher nur einzelfallbezogen.

g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?

Es besteht ein Controlling bei der Gesellschafterin, das alle wesentlichen Unternehmensbereiche umfasst und die Geschäftsführung regelmäßig über alle entscheidungsrelevanten Bereiche in Kenntnis setzt. Die Geschäftsführung überwacht aufgrund der angespannten Lage die Situation der Gesellschaft in besonderem Maße.

Unsere Prüfung hat keine Anhaltspunkte darüber aufgedeckt, dass das Controlling nicht den Anforderungen entspricht.

h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Es gibt keine Tochterunternehmen.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Eine Risikoinventur und -bewertung für die wesentlichen betrieblichen Prozesse und Funktionsbereiche sowie für sonstige Umfeld- und Branchenrisiken liegt nicht vor, sie wurde im Rahmen der Risikoinventur der Gesellschafterin vorgenommen.

Es werden monatlich interne Lageberichte an die Geschäftsführung erstellt, die alle relevanten betriebswirtschaftlichen Daten beinhalten, sodass bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können. Weiterhin erscheint die Geschäftsleitung auch aufgrund der geringen Größe der Gesellschaft über alle wesentlichen Vorgänge gut informiert, sodass Frühwarnsignale rechtzeitig erkannt werden können.

Es besteht ein entwicklungsbeeinträchtigendes Risiko aufgrund der anhaltenden Verlustsituation, welches rechtzeitig erkannt wurde und gegen das geeignete Maßnahmen ergriffen wurden (Rangrücktritt der Gesellschafterin zur Vermeidung einer insolvenzrechtlichen Überschuldung und Finanzierungszusage zur Sicherung der Liquidität). Dieses Risiko ist weiterhin genau zu beobachten, was unserer Einschätzung nach von der Geschäftsführung auch getan wird.

Wir weisen darauf hin, dass eine Dokumentation und Bewertung der Risiken und die jeweiligen Gegenmaßnahmen auch schriftlich dokumentiert werden sollten.

b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Um den identifizierbaren bestandsgefährdenden Risiken begegnen zu können, erscheinen die getroffenen Maßnahmen als geeignet. Anhaltspunkte, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt wurden, haben sich nicht ergeben.

c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Eine schriftliche Dokumentation (z. B. in Form einer Risikomatrix) existiert nicht, zu der wir aber raten möchten.

d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Offensichtlicher Anpassungsbedarf besteht momentan nicht, die kritische Lage der Gesellschaft erscheint der Geschäftsleitung hinreichend bewusst zu sein. Auf sich ändernde Rahmenbedingungen wurde bisher entsprechend reagiert.

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termin-geschäfte, Optionen und Derivate

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:

- Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?
- Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?
- Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?
- Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z. B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z. B. antizipatives Hedging)?

■ Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG

Da sich das Wirken der Gesellschaft auf gemeinnützige Zwecke konzentriert und die Geschäftsführung keine derartigen Finanzinstrumente einsetzt bzw. Termingeschäfte tatsächlich tätigt und auch nicht beabsichtigt, sind keine solchen Regelungen festgehalten. Daher werden die anderen Fragen dieses Fragenkreises nicht beantwortet und auf deren Wiedergabe verzichtet.

Fragenkreis 6: Interne Revision

a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

Bei der Medizinisches Versorgungszentrum Landkreis Lörrach GmbH, Lörrach, besteht keine Interne Revision. Wir verzichten auf die Wiedergabe der weiteren Fragen dieses Fragenkreises, da diese nicht anwendbar sind.

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Der Gesellschaftsvertrag enthält in § 8 einen Katalog der durch die Gesellschafterversammlung zustimmungsbedürftigen Geschäfte und Maßnahmen der Geschäftsführung. Im Übrigen ist bei wesentlichen Angelegenheiten/Beschlüssen der Gesellschafterversammlung zuvor die Legitimation/ Zustimmung der Gesellschafterversammlung der Klinken des Landkreises Lörrach GmbH einzuholen. Es haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass nicht gemäß diesen Bestimmungen verfahren wurde.

b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Es wurden keine Kredite an Mitglieder der Geschäftsleitung oder das Überwachungsorgan gewährt.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen wurden.

d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Unsere Prüfung hat keine Anhaltspunkte für solche Geschäfte und Maßnahmen ergeben.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Investitionen erfolgen im Rahmen der der Gesellschafterversammlung vorgelegten und von ihr genehmigten Wirtschaftspläne. Investitionen werden grundsätzlich vor Realisierung auf Notwendigkeit und/oder Rentabilität geprüft. Die Finanzierung der Investitionen in das Sachanlagevermögen sowie bei den immateriellen Vermögensgegenständen erfolgt in der Regel über Eigenmittel. Der Umfang ist mit 0,5 TEUR im Berichtsjahr (i. Vj. 8 TEUR) als übersichtlich anzusehen.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)

Es erfolgte eine sehr eingeschränkte Investitionstätigkeit. Im Berichtsjahr wurden keine Grundstücke erworben oder verkauft, im Übrigen verfügt die Gesellschaft auch nicht über eigenen Grundbesitz.

c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Aufgrund des geringen Investitionsvolumens ist die Geschäftsführung über die einzelnen Beschaffungen im Bilde.

d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Wesentliche Budgetüberschreibungen haben sich im Berichtsjahr nicht ergeben.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Nein.

Fragenkreis 9: Vergaberegelungen

a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

Bei größeren Investitionen ist die Auftragsvergabe durch Beschlüsse der Gesellschafterversammlung vorgegeben. Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße haben sich nicht ergeben.

b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Bei Investitionsbeschaffung werden regelmäßig mehrere Angebote eingeholt. Kapitalaufnahmen und Geldeinlagen fanden nicht statt.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Vor den jeweiligen Gesellschafterversammlungen beziehungsweise auch den Aufsichtsratsitzungen der Gesellschafterin (vier Sitzungen pro Jahr) wird der Gesellschafterin, beziehungsweise deren Aufsichtsratsmitgliedern, unter Beachtung der Ladungsfristen zusammen mit der Tagesordnung Ausführungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten übersandt. In jeder Aufsichtsratssitzung wird durch den Geschäftsführer ein Kurzbericht zur Geschäftslage erstattet. Nach § 9 des Gesellschaftsvertrags hat die Geschäftsführung den Wirtschaftsplan und die Finanzplanung so aufzustellen, dass ihn die Gesellschafterversammlung, nach Vorberatung im Aufsichtsrat der Gesellschafterin, vor Beginn des betroffenen Geschäftsjahres genehmigen kann. Auch das Teilnehmungsmanagement des Landkreises Lörrach wird regelmäßig unterrichtet.

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Als wesentliche Informationsgrundlage stehen der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsplan und seine Teilpläne, der Jahresabschluss und die Ausführungen zu den Tagesordnungspunkten zur Verfügung. Diese Instrumente ermöglichen zusammen mit der detaillierten Berichterstattung in den Sitzungen sowohl einen ausreichenden Einblick in die derzeitige wirtschaftliche Lage als auch die Möglichkeit einer Abweichungsanalyse.

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Die Berichterstattung erfolgt im oben dargestellten Umfang. Oben beschriebene Vorfälle wurden im Berichtsjahr nicht bekannt.

d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungs-organ auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Aus den uns vorgelegten Protokollen gehen keine derartigen Wünsche für das Geschäftsjahr 2014 hervor.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Solche Anhaltspunkte wurden uns im Rahmen unserer Prüfung nicht bekannt.

f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Es wurde keine D&O-Versicherung für die Geschäftsführung abgeschlossen.

g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offen gelegt worden?

Solche Interessenkonflikte wurden auskunftsgemäß im Berichtsjahr nicht gemeldet.

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen ist im Jahresabschluss der MVZ GmbH nicht ausgewiesen.

b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Außerhalb der zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs erforderlichen Bestände waren am Bilanzstichtag keine Vermögensgegenstände vorhanden. Die Bestände bewegen sich im üblichen Rahmen.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Mögliche stille Reserven konnten nicht identifiziert werden.

Fragenkreis 12: Finanzierung

a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschluss-Stichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Zum 31. Dezember 2014 wird ein „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ in Höhe von 447 TEUR (i. Vj. 299 TEUR) ausgewiesen, sodass die Gesellschaft vollständig durch externe Quellen finanziert wird. Im Wesentlichen durch ein von der Gesellschaft gewährtes Darlehen, was mit 600 TEUR 94 % der Fremdmittel ausmacht. Bezüglich dieses Darlehens ist die Gesellschafterin im Rang zurückgetreten. Wesentliche Investitionsverpflichtungen bestehen nicht, die Investitionen, die getätigt werden, werden durch Eigenmittel oder Mittel der Gesellschafterin finanziert.

b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Die Medizinisches Versorgungszentrum Landkreis Lörrach GmbH selbst ist kein Mutterunternehmen und als Tochterunternehmen in den Konzern der Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH, Lörrach, einbezogen. Das Unternehmen selbst ist aufgrund der anhaltenden Verlustsituation auf die Finanzierung durch die Gesellschafterin angewiesen, welche sich dafür durch das Abgeben einer Finanzierungserklärung verpflichtet hat.

c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Die Gesellschaft hat keine Finanz- oder Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Aufgrund des „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrags“ in Höhe von 447 TEUR beträgt die Eigenkapitalquote -70,0 % (i. Vj. -48,4 %) und ist somit negativ.

Die schlechte Eigenkapitalausstattung kann wesentliche Finanzierungsprobleme hervorrufen und stellt eine entwicklungsbeeinträchtigende Tatsache dar, da aufgrund des mangelnden Eigenkapitals eine erhöhte Zinsbelastung für Kredite resultiert.

Die Gesellschaft ist momentan finanziert durch ein langfristiges Darlehen der Gesellschafterin in Höhe von 600 TEUR, für welches eine Rangrücktrittserklärung abgegeben wurde. Im Geschäftsjahr konnte dieses Darlehen die Liquidität sichern, allerdings bestehen zum 31. Dezember 2014 nur noch liquide Mittel in Höhe von 21 TEUR. Zur Abwendung einer Zahlungsunfähigkeit und Sicherstellung von Liquidität haben die Kreiskliniken mit Datum vom 19. März 2014 eine Finanzierungszusage abgegeben.

Solange diese Finanzierungszusage besteht, sind keine akuten Finanzierungsprobleme zu erwarten und von einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit kann ausgegangen werden, allerdings ist die schlechte Ertragslage ein wesentliches Risiko für die mittel- und langfristige Finanzierung und ist genau zu überwachen.

b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Der für das Jahr 2014 ausgewiesene Bilanzverlust von 872 TEUR (i. Vj. 724 TEUR), der sich nach einem Jahresfehlbetrag von 148 TEUR (i. Vj. 212 TEUR) ergeben hat, soll auskunftsgemäß auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?

Diese Frage ist aufgrund fehlender Segmente und eines fehlenden Konzerns nicht anwendbar.

b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Einmalige Vorgänge, die das Jahresergebnis entscheidend geprägt haben, waren im Berichtsjahr nicht festzustellen.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Im Rahmen unserer Prüfung ergaben sich keine Anhaltspunkte, dass Kredit- oder sonstige Leistungsbeziehungen zu unangemessenen Konditionen vorlagen.

In 2009 wurde der MVZ von der Gesellschafterin ein mittelfristiges Darlehen in Höhe von 600 TEUR für die Finanzierung der Aufbauphase gewährt, welches in 2010 zu 395 TEUR und in 2011 zu 205 TEUR vollständig ausgezahlt wurde. Das Darlehen wurde bis zum 30. September 2013 mit 4,075 % p. a. verzinst, ab dem 1. Oktober 2013 wurden 2 % p. a. Zinsen vereinbart, was nicht als eindeutig unangemessen zu beurteilen ist und kann mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten zum Quartalsende gekündigt werden. Aufgrund der schlechten Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurde auf das Darlehen eine Rangrücktrittserklärung abgegeben. Um die Liquidität der MVZ sicherzustellen, wurde zusätzlich eine Finanzierungszusage durch die Kliniken dahingehend abgegeben, dass Finanzmittel bei Engpässen im Finanzbereich zur Verfügung gestellt werden.

Leistungsbeziehungen sind insofern vorhanden, dass die wesentlichen Verwaltungsaufgaben durch einen Dienstvertrag an die Gesellschafterin übertragen wurden. Darüber bestehen Verträge, die nicht als eindeutig unangemessen anzusehen sind.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Entfällt, da kein Versorgungsunternehmen vorliegt.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Vereinzelte verlustbringende Geschäfte sind nicht festzustellen. Allerdings ist die allgemeine Ertragslage negativ, was an zu hohen Kosten bei zu wenigen Erlösen liegt. Die Anzahl der Scheine konnte zwar gesteigert werden, allerdings blieben wesentliche Umsätze, auch aufgrund fehlender Privatpatienten, aus.

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Die Geschäftsführung bemüht sich einerseits intern die Kosten zu senken (mit dem neuen Arzt wurde eine entsprechende Vereinbarung getroffen) und durch stärkeres öffentliches Auftreten die Anzahl der Scheine weiter zu steigern und einen größeren Anteil an Privatpatienten zu erreichen. Um dies zu erzielen, ist mit dem Krankenhaus in Rheinfelden vereinbart worden, dass die Ärzte des Krankenhauses als Vertretung bei der MVZ GmbH Sprechstunden übernehmen, um den Wissensaustausch zu fördern und um die Anzahl der Scheine zu steigern.

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Der Jahresfehlbetrag ergibt sich aus der operativen Tätigkeit. Eine wesentliche Belastung des Ergebnisses stellt die Abschreibung der Kassensitze mit 66 TEUR jährlich dar. Weiterhin können die Fixkosten (vor allem der Personalaufwand mit 196 TEUR) nicht durch die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge (227 TEUR) erwirtschaftet werden, was vor allem daran liegt, dass es an ertragsreichen Abrechnungen von Privatpatienten fehlt.

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

2013 ist die Arztstelle neu besetzt worden und damit verbunden wurde der Kassensitz in eine Orthopädie umgewandelt, was die Ertragslage verbessern soll. Zudem wurde mit einem Arzt des Krankenhauses in Rheinfelden im Bereich der Orthopädie die Vereinbarung getroffen, dass dieser den Arzt der MVZ GmbH vertritt um die Anzahl der Scheine zu steigern. 2014 ist der Vertrag eines Arztes ausgelaufen, sodass eine wesentliche Kostenbelastung wegfällt. Außerdem soll durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit die Anzahl der Patienten (vor allem die der Privatpatienten) gesteigert werden.

■ Wirtschaftliche Grundlagen

Tätigkeitsgebiet	Die Gesellschaft hat ihre Geschäftstätigkeit als Medizinisches Versorgungszentrum am 13. Oktober 2009 aufgenommen.
Geschäftsräume	Die Gesellschaft verfügt nicht über Grundbesitz. Die Geschäftstätigkeit wird in angemieteten Räumen ausgeübt.
Personal	Im Geschäftsjahr 2014 waren durchschnittlich 3 Mitarbeiter (Angestellte) beschäftigt.
Wichtige Verträge	<ul style="list-style-type: none">■ Das Rechnungs- und Personalwesen der Gesellschaft wird mit Dienstleistungsvertrag vom 21. Januar 2011 durch die Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH wahrgenommen und über eine Umlage an die Gesellschaft weiterbelastet.■ Die Finanzierung der Gesellschaft wird im Wesentlichen durch ein Darlehen der Gesellschafterin über 600 TEUR gewährleistet. Mit Vereinbarung vom 8. Februar 2013 ist die Gesellschafterin mit ihrem Rückzahlungsanspruch hinter die in § 39 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 InsO bezeichneten Forderungen zurückgetreten.

Wirtschaftliche und Gesellschaftsrechtliche Grundlagen

Gesellschaftsrechtliche Grundlagen

Gründung	Die Gesellschaft wurde am 13. Oktober 2009 gegründet.
Firma	Medizinisches Versorgungszentrum Landkreis Lörrach GmbH
Sitz	Lörrach
Gesellschaftsvertrag	Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 20. Oktober 2011.
Handelsregister	Die Gesellschaft ist im Handelsregister von Freiburg im Breisgau unter HRB Nr. 412229 eingetragen. Der letzte uns vorgelegte Auszug datiert vom 25. Februar 2015.
Gegenstand	<p>Die Gründung und der Betrieb eines medizinischen Versorgungszentrums i. S. d. § 95 SGB V zur Erbringung aller hiernach zulässigen ärztlichen und nichtärztlichen Leistungen und aller hiermit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten sowie die Bildung von Kooperationen mit ambulanten und stationären Leistungserbringern in der Krankenhausbehandlung und der Vorsorge und Rehabilitation und nichtärztlichen Leistungserbringern im Bereich des Gesundheitswesens einschließlich des Angebots und der Durchführung neuer ärztlicher Versorgungsformen, wie die integrierte Versorgung.</p> <p>Die Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten ärztlichen Leistungen durch Bereitstellung eines Medizinischen Versorgungszentrums im Sinne des § 95 SGB V.</p>
Geschäftsjahr	Kalenderjahr
Stammkapital	EUR 25.000,00
Gewinnverwendungs-vorschlag	Die Geschäftsführung wird der Gesellschafterversammlung vorschlagen, den zum 31. Dezember 2014 ausgewiesenen Jahresfehlbetrag zusammen mit dem bestehenden Verlustvortrag von zusammen 871.860,10 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

Vorjahresabschluss	<p>In der Gesellschafterversammlung am 25. Juni 2014 ist</p> <ol style="list-style-type: none">(1) der von der Geschäftsführung aufgestellte, von uns geprüfte und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 vorgelegt und der Jahresabschluss festgestellt worden;(2) beschlossen worden, den zum 31. Dezember 2013 ausgewiesenen Bilanzverlust von 723.529,31 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.
Größe der Gesellschaft	<p>Die Gesellschaft ist i. S. d. § 267 Abs. 1 HGB eine kleine Kapitalgesellschaft.</p>
Verbundene Unternehmen	<p>Alleiniger Gesellschafter ist die Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH, Lörrach.</p> <p>Infolge der Inanspruchnahme der Befreiungsvorschrift gemäß § 290 Abs. 5 HGB i. V. m. § 296 Abs. 2 HGB wurde auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses der Muttergesellschaft Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH verzichtet</p>
Geschäftsführer	<p>Die Mitglieder der Geschäftsführung sind im Anhang der Gesellschaft (Anlage 1.3) aufgeführt.</p>
Steuerliche Verhältnisse	<p>Die Gesellschaft ist nach § 4 Nr. 14 und Nr. 16 UStG von der Umsatzsteuer befreit. Die Befreiung von der Umsatzsteuer hat zur Folge, dass gemäß § 15 Abs. 2 UStG die in Rechnung gestellte Umsatzsteuer (Vorsteuer) nicht abzugsfähig ist und somit einen Bestandteil der Anschaffungskosten bzw. Aufwendungen bildet.</p> <p>Die Gesellschaft ist selbstlos tätig und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.</p>
